

Stenographisches Protokoll

36. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 23. Feber 1984

Tagesordnung

1. Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983
2. Bericht über den Antrag (78/A) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird
3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten
4. Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
5. Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 2951)

Entschuldigungen (S. 2951)

Geschäftsbehandlung

Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend unhaltbare Situation im LKW-Verkehr (S. 2997) — Zurückziehung (S. 3005)

Fragestunde (23.)

Land- und Forstwirtschaft (S. 2951)

Dkfm. DDr. König (159/M); Mag. Ortner, Gärtner, Heinzinger

Dipl.-Ing. Flicker (173/M); Hintermayer, Pfeifer, Dr. Puntigam

Deutschmann (174/M); Mag. Ortner, Schober, Hietl

Helga Wieser (175/M); Mag. Ortner, Peck, Neumann

Pfeifer (182/M); Deutschmann, Hintermayer, Reicht

Windsteig (183/M); Heinzinger, Probst

Hintermayer (188/M); Pfeifer, Hietl, Mag. Ortner

Wahlen in Institutionen

- (5) Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 3056)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Handelsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie (III-34) über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983 (204 d. B.)

Berichterstatter: Franz Stocker (S. 2964)

Redner:

Ing. Sallinger (S. 2965),
Mühlbacher (S. 2971),
Ing. Dittrich (S. 2978),
Haigermoser (S. 2982),
Vizekanzler Dr. Steger (S. 2987),
Dr. Schüssel (S. 2994),
Bundesminister Lausacker (S. 3000),
Bundesminister Blecha (S. 3002),
Dkfm. DDr. König (S. 3004),
Dr. Heindl (S. 3005),
Ingrid Tichy-Schreder (S. 3012),
Staatssekretär Dr. Schmidt (S. 3017),
Eigruber (S. 3019),
Helga Wieser (S. 3024),
Teschl (S. 3028),
Westreicher (S. 3031),
Lußmann (S. 3035),
Heideldore Wörndl (S. 3037),
Dr. Lanner (S. 3039) und
Dr. Blenk (S. 3041)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend unhaltbare Situation im LKW-Verkehr (S. 2997) — Zurückziehung (S. 3005)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf, Braun, Grabher-Meyer und Genossen betreffend unhaltbare Situation im LKW-Verkehr (S. 3005) — Annahme E 15 (S. 3044)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Sallinger und Genossen betreffend Entbürokratisierung (S. 3012) — Ablehnung (S. 3044)

Kenntnisnahme (S. 3043)

- (2) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag 78/A der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (224 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Preiss (S. 3044)

Redner:

Dr. Blenk (S. 3045),
Dr. Seel (S. 3047),
Dr. Höchtl (S. 3049),

Mag. Kabas (S. 3050) und
Dr. Ettmayer (S. 3052)

Annahme (S. 3053)

- (3) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (14 d. B.): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten (168 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Blenk (S. 3054)

Genehmigung (S. 3055)

- (4) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (167 d. B.): Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (225 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Ettmayer (S. 3055)

Genehmigung (S. 3056)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Stippel, Arnold Grabner und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend „Projekt Nadelburg“ in Lichtenwörth (505/J)

Dr. Stippel, Arnold Grabner und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Errichtung eines Arbeitsmuseums in Wiener Neustadt (506/J)

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend

umweltzerstörende Vorgangsweise der ÖMV in Klosterneuburg-Kritzendorf (507/J)

Dr. Steidl, Helga Wieser, Dr. Helga Rabl-Stadler, Mag. Schäffer, Schwarzenberger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend den Bau der Umfahrung Zell am See (508/J)

Dr. Kohlmaier, Dr. Schüssel, Ing. Gassner, Dkfm. DDr. König und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Besteuerung der Abfertigungen (509/J)

Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundeskanzler betreffend einseitige parteipolitische Ausrichtung der amtlichen „Wiener Zeitung“ (510/J)

Dr. Ermacora, Dr. Khol, Dr. Keimel, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Pischl, Huber, Dr. Steiner, Keller, Westreicher, Dr. Lanner und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Tiroler Anliegen an die österreichische Bundesregierung (511/J)

Parnigoni und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die zukünftige Stationierung der Lokreihe 2143 ab Herbst 1984 (derzeitiger Standort Wien FJB) (512/J)

Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Unterlassung der Stellung eines Haftantrages gegen einen Gewalttäter (513/J)

Dr. Feurstein, Dr. Keimel und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Bauprojekte, die über Bauträger abgewickelt werden (514/J)

Dr. Helga Hieden, Heide Lore Wörndl und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Häufigkeit von Schiunfällen (515/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Maria Stangl, Manndorff, Dipl.-Ing. Maria Möst, Ruhaltinger und Kottek.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dr. Zittmayr und Dr. Veselsky.

Fragestunde

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich beginne jetzt — um 10 Uhr 6 Minuten — mit dem Aufruf der in der vorhergehenden Fragestunde nicht mehr erledigten Anfragen.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen nunmehr zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. König (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

159/M

Wann wird das Biosprit-Projekt endlich begonnen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, daß die Vorarbeiten für ein Biosprit-Projekt ja schon vor Jahren begonnen haben. Ich gebe zu, daß das Problem ein sehr schwieriges ist, weil wir ja noch Wirtschaftspartnerverhandlungen gut zum Abschluß bringen müssen und weil vor allem außenhandelspolitische Fragen zu lösen sein werden.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Abgeordneter. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König**: Herr Bundesminister! In der Regierungserklärung am

31. Mai 1983 hat der Herr Bundeskanzler in diesem Hause gesagt, daß die Gewinnung von Alkohol für energetische Zwecke weiterhin gefördert werden wird. Nun, vorläufig ist es so, wie Sie es sagten: Über Verhandlungen, über Gespräche ist man nicht hinausgekommen.

Die Österreichische Volkspartei vertritt den Standpunkt, daß wir zunächst einmal in einer ersten Phase einen Beimischungszwang für Biosprit zum Normalbenzin einführen sollten. Das würde, bezogen auf den Gesamtverbrauch an Benzin — Normal- und Superbenzin —, und unter Einrechnung der Ersparnisse der entfallenden Getreidestützung nicht mehr als eine Erhöhung des Benzinpreises um 10 Groschen bedeuten. Ich glaube daher, daß es wirklich an der Zeit wäre, daß wir mit einer Beschlußfassung über den Beimischungszwang beginnen. Sind Sie bereit, eine solche Vorlage zu unterstützen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich bin sehr dafür, daß wir konsequent den Weg weitergehen, die Voraussetzungen für eine solche Vorlage herzustellen. Die österreichische Landwirtschaft hätte nichts davon, wenn wir zwar einen Beimischungszwang einführen, aber der billige Alkohol in Alkoholform oder in Benzin über die Grenzen hereinkommt. Das ist das eigentliche Problem, das ich sehe.

Übrigens hat die Bundesregierung schon bisher sehr erhebliche Mittel aufgewendet, vor allem für Forschungsprojekte.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König**: Herr Bundesminister! Es bauen österreichische Firmen — vor allem Vogelbusch — im Ausland beachtliche Anlagen zur Biospriterzeugung. Wir haben also jedenfalls in diesem Bereich das notwendige technologische Wissen.

Was die ausländische Absicherung anlangt, so glaube ich, machen wir uns hier übertriebene Sorgen, denn es ist ja so, daß ohne Stützung eine Biospritproduktion derzeit preislich nicht möglich ist. Aber wir ersparen uns Getreidestützungen, und daher geht es in Österreich, das autonom durchzuführen. Wir

Dkfm. DDr. König

laufen aber nicht Gefahr, daß wir durch billige Importe konkurrenziert werden. Wir laufen eher Gefahr — was derzeit passiert —, daß Methylalkohol hereinkommt, der wird heute schon beigemischt und bedeutet eine echte Schädigung der Chancen des Biospritprojektes.

Ich frage daher noch einmal, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, mit uns gemeinsam einen ersten entscheidenden Schritt zu setzen, der in der Schaffung des Beimischungszwanges für Biosprit zum Normalbenzin bestehen muß?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Wenn Sie die Firma Vogelbusch hier nennen, meinen Sie wahrscheinlich Projekte in Ländern, wo es zwei und drei Ernten im Jahr gibt. Dort haben sie andere Voraussetzungen. (*Abg. DDr. König: In Nordamerika!*) Ja, dort bestehen auch andere Voraussetzungen, natürlich hat das Agrarprodukt einen anderen Preis. Schauen Sie sich die Getreidepreise in Nordamerika an, das liegt doch auf der Hand, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren.

Herr Abgeordneter! Ihre Feststellung stimmt leider nicht. Wie immer wir die Differenz abdecken, die wir brauchen, wenn der heimische Alkohol teurer ist und der Benzin teurer wird, dann werden wir nicht verhindern können, daß entweder billiger Alkohol hereinkommt, der etwa halb soviel kostet wie der im Inland erzeugte. Wir müßten mit 10 S rechnen, 5 S kostet der importierte etwa, grob gesprochen. Von diesem Problem kommen wir nicht weg. Ich bin aber gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam diese Frage noch einmal eingehend zu diskutieren.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Ortner, bitte.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Ist in der Zwischenzeit auch geklärt, ob es im technischen Bereich, nämlich in der Umrüstung der Motoren, bei einer Beimischung von Biosprit zu technischen Veränderungen im Motorenbau kommen müßte?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Wir haben ja die Flotten-Tests, die ergeben haben,

daß 5 Prozent Beimischung ohne Gefahr möglich ist. Das wird allerdings von der Industrie bestritten, das muß ich auch hinzufügen, aber ich glaube, 5 Prozent sind zumutbar, und bei einer gesetzlichen Regelung gäbe es sicher keine Probleme.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Gärtner** (SPÖ): Herr Bundesminister! Die Wirtschaftlichkeit des österreichischen Biosprits scheint nun nicht befriedigend gelöst zu sein.

Ich frage Sie: Genügt es, einen Beimischungszwang zu verordnen, oder sind außenhandelsrechtliche Abkommen erforderlich?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Wie ich glaube, ist eine außenhandelspolitische Absicherung unerlässlich, weil wir sonst den Alkohol zu sehr niedrigen Preisen hereinbekommen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Abgeordneter Heinzinger, Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben in der heutigen Fragestunde selbst bestätigt, daß Stickoxide mit zu Hauptverursachern von Schäden zählen und daß Biosprit diese mindern würde. Seit fünf Jahren gibt es eine fruchtlose Biospriddiskussion. Im Jahr 1982 gab es eine eigene Parlamentsenquete. Schon damals wurde Einigkeit erzielt, wie sinnvoll Biosprit wäre. Sie meinten damals, 5 Prozent, überhaupt kein Problem.

In Brasilien wird dreimal soviel Biosprit produziert, als Österreich insgesamt Benzin verfährt.

Wir haben in Vogelbusch eine höchstentwickelte Technologie, und es geht nichts weiter.

Ich darf Sie daher konkret fragen: Wann wird in Österreich der erste Liter Biosprit beigemischt werden?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Darf ich Sie und den Herrn Abgeordneten König bitten, bei diesen Gesprächen, die wir ja vereinbart haben, vor allem auch den Herrn Präsi-

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

denten Sallinger zuzuziehen, daß die Widerstände der Wirtschaft ausgeräumt werden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen zur 2. Anfrage: Herr Abgeordneter Flicker (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

173/M

Warum verhindern Sie das Ölsaatenprojekt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister, darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Wenn Sie mich fragen „Warum verhindern Sie das Ölsaatenprojekt?“, dann ist das doch eine ungeheuerliche Unterstellung. Ich bin ein Anhänger des Ölsaatenprojektes, das wissen Sie. Sie wissen, daß wir außenhandelspolitische Probleme haben.

Sie wissen, daß uns diese Probleme von der Regierung Klaus im Jahr 1969 eingewirtschaftet wurden. Ich bin so fair und sage, Sie hätten vermutlich keine andere Wahl gehabt, wenn man das objektiv sieht, weil ja die Widerstände der Amerikaner ungewöhnlich groß waren. Sie wissen, daß die damalige Regierung, im GATT notifiziert, Verpflichtungen eingegangen ist, die wir jetzt nicht wegbringen. Und ich verhindere das Ölsaatenprojekt?, das kann doch nicht wahr sein, daß Sie eine solche Frage stellen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Flicker**: Herr Minister! Alle westeuropäischen Länder haben eine Ölsaatenproduktion in einem bestimmten Ausmaß, im Durchschnitt etwa 30 Prozent.

Wir in Österreich, wir sind das einzige Land, das total auslandsabhängig ist, importieren wir doch 96 Prozent. Das heißt, bei einer Krise kann über Nacht die Versorgung mit pflanzlichen Ölen und Fetten — also Speiseöl und Margarine — gefährdet sein.

Sie sagten soeben, Sie sind ein leidenschaftlicher Anhänger des Ölsaatenprojektes. Nun, wir haben den Eindruck, Sie sind eher ein leidenschaftlicher, auf der Bremse stehender Anhänger statt ein Zugmotor für das Ölsaatenprojekt, der Sie ja sein sollten.

Ich frage Sie daher konkret: Wann werden Sie eine Regierungsvorlage einbringen, damit

in Österreich die Ölsaatenproduktion aufgebaut werden kann?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, ich war der Landwirtschaftsminister, der die Ölsaatenförderung durch den Bund eingeführt hat. Früher hat es das nicht gegeben.

Ich darf Ihnen sagen, wir haben ein Gesetz dieser Art bereits ins Parlament gebracht. Sie wissen, daß wir dann von der amerikanischen Administration aufmerksam gemacht worden sind, daß wir Verpflichtungen eingegangen sind. Wir könnten vermutlich ohne GATT-Verhandlungen, ohne Kündigungen derzeit, wie ich es sehe, dieses Problem nicht lösen, und Kündigungsverhandlungen würden uns wiederum im Agrarbereich letzten Endes zu Konzessionen zwingen, die wir nicht machen können.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Flicker**: Herr Minister! Sie wissen sicherlich, daß zuerst eine gewisse Eigenproduktion vorhanden sein muß, damit das Problem Außenschutz, das sicher gewisse internationale Fragen berührt, zufriedenstellend gelöst werden kann. Wir haben aber keine Verpflichtungen, die uns am Aufbau einer Ölsaatenproduktion hindern. Sie kennen auch den Brief Ihres früheren Ressortkollegen Staribacher, der das ja bestätigt.

Meine Frage: Im Februar ist der damalige Bundeskanzler Kreisky in die Vereinigten Staaten gereist und hat auf Drängen der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer gesagt, daß das Ölsaatenprojekt im Mittelpunkt der Gespräche stehen wird.

Nach seiner Rückkehr haben wir uns erkundigt, wie die Gespräche verlaufen sind. Es war nicht möglich, Informationen darüber zu erhalten. Wir haben die Österreichische Botschaft in Washington, die doch bei so wesentlichen Gesprächen beigezogen wurde, gebeten, uns eine Information zu geben. Die Botschaft wußte von derartigen Gesprächen nichts.

Ich frage Sie: Haben Sie sich als zuständiger Ressortminister über diese wichtige Frage der Gespräche der österreichischen Regierungsdelegation in den Vereinigten

Dipl.-Ing. Flicker

Staaten informiert und welche Auskünfte wurden Ihnen gegeben?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich habe mich nicht nur informiert. Ich habe mit dem amerikanischen Landwirtschaftsminister John Bloch wiederholt, nicht einmal, Gespräche darüber geführt. In Amerika sagt man, ja, wir können miteinander sprechen und das tun wir. Nur, wie die Amerikaner das Sprechen miteinander verstehen, das können Sie ja der Aussage John Blochs bei der Grünen Woche in Berlin entnehmen, wie er sich der Europäischen Gemeinschaft gegenüber geäußert hat. Ich darf Ihnen das zumitteln, daß Sie das nachlesen können.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer, bitte.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Bundesminister! Der Getreideberg und die Schwierigkeiten des Absatzes über die Grenzen Österreichs hinaus veranlassen uns, nach Alternativpflanzen Ausschau zu halten. Ich möchte Sie fragen, was wird heuer alles gefördert im Bereich Pferdebohne und so weiter. Weiß man schon, in welcher Höhe?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Die Förderung der Körnerleguminosen, die Förderung des Anbaues von Pflanzen, die uns im Futtermittelbereich bei den Proteinen entlasten, scheint mir ein ganz entscheidender Schritt zu sein, denn damit würden die Bauern in die Lage versetzt werden, weniger Sojaschrott zu kaufen und eigene selbsterzeugte Proteine zu verfüttern.

Wir haben daher heuer den Pferdebohnenanbau verstärkt gefördert, zunächst auf einer Kontraktfläche von 2 300 Hektar. Ich stelle mir vor, daß wir diese Fläche im nächsten Jahr, wenn das Saatgut gesichert ist, erheblich erweitern sollten.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Pfeifer. Bitte.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Ölsaatenmotor wurde bekanntlicherweise 1969 von der ÖVP-Alleinregierung Klaus abgestellt.

Meine Frage ist: Wie ist Ihr Wissenstand in Sachen Ölsaatenprobleme in den EG-Ländern, und wie schauen die Lösungsversuche aus?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Die wesentliche Frage ist natürlich das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben der EG gegenüber ein striktes Nein geäußert zu dem Pflanzenfettgesetz, das die EG machen wollte. Bei dieser Veranstaltung, übrigens in Berlin, hat sich der amerikanische Landwirtschaftsminister sehr deutlich ausgedrückt, und man hat in Europa sicher mit Verwunderung aufgenommen, daß der Sachverhalt in dieser Form dargestellt wird.

Ich sehe die Entwicklung so, daß die Europäer, also die Gemeinschaft, eher in der Frage des cornglutin-feed zu einer Regelung kommen will und daß die Amerikaner das auch akzeptieren werden, wie ich glaube. Das ist eine persönliche Einschätzung von mir. Man muß die Entwicklung abwarten. Es sieht momentan nicht so aus, als ob eine Regelung in Sicht wäre, sodaß wir sozusagen im Kielwasser anhängen könnten.

Das war ja immer meine Überlegung. Als die EG noch gesagt hat: Ja, das muß jetzt kommen!, war ich der Auffassung: Dann müßten wir uns anhängen!

Ich glaube, die Europäer werden mit den Amerikanern konsequent diese Frage auch weiter zu diskutieren haben, und wir brauchen da Verbündete. Der große Verbündete kann nur die Europäische Gemeinschaft sein.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Puntigam. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Puntigam** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ihre jetzige Bemerkung, daß die Europäer das mit Verwunderung aufgenommen haben, was der amerikanische Landwirtschaftsminister gesagt hat, möchte ich dahin gehend ergänzen, daß die Bauern in Österreich es mit Verbitterung aufgenommen haben, was Sie als Antwort darauf gesagt haben. Es ist bei der Biosprit-Frage jetzt schon herausgekommen, und das gleiche gilt auch für die Ölsaaten, daß Sie eher nach Ausreden suchen als nach Lösungen.

Der Verwertungsbeitrag im Getreidesektor

Dr. Puntigam

wird unter Umständen über kurz oder lang dazu führen, daß die Bauern, die Getreide erzeugen, in die Veredelung ausweichen. Wir müssen also Alternativproduktionen aufbauen.

Es ist natürlich klar, daß es Schwierigkeiten gibt, eine Fettsteuer einzuführen, aber niemand hindert Sie daran, das Ölsaatenprojekt auf anderem Wege zu fördern.

Meine konkrete Frage: Sind Sie bereit, angesichts des Getreideüberschusses besondere Förderungsmittel bereitzustellen?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Einleitung: Ich pflege den Bauern nicht die Unwahrheit zu sagen. Die Bauern müssen die Wahrheit aushalten. Die halten sie auch aus (*Zwischenruf der Abg. Helga Wieser*), nur die Bauernfunktionäre halten die Wahrheit offenbar nicht aus! So ist die Situation. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und noch eine Feststellung zur Beantwortung Ihrer Frage. Ich habe die Förderung des Ölsaatenanbaus als erster Landwirtschaftsminister begonnen. Wo waren die Minister vor 1970? Und wenn sich die Bundesländer mit der Hälfte beteiligen, dann können wir die Förderung verdoppeln. Das ist eine einfache Rechnung. Ich lade Sie ein, helfen Sie in der Steiermark mit! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir kommen zur dritten Anfrage, der des Herrn Abgeordneten Deutschmann (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister.

174/M

Was werden Sie tun, daß die Bauern kostendeckende Preise erhalten?

Präsident Mag. Minkowitsch: Darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! Wir werden etwas sicher nicht tun: daß wir so wie in früheren Zeiten die Konsumentenpreise erhöhen und die Preise für die Bauern einfrieren — Milchpreisregelungen in der Zeit der letzten ÖVP-Regierung. Wir werden die Preispolitik wie bisher fortsetzen. Das Problem besteht ja nicht darin, daß wir in Österreich niedrigere Preise hätten als im Ausland. Das Problem besteht darin, daß wir in Österreich höhere Preise haben als im

Ausland, und ich füge gerne hinzu, daß für die Bauern diese höheren Preise unbefriedigend sind; das füge ich gerne hinzu. Aber wir haben die Überschußproblematik. Hätten wir keine Überschüsse — wie etwa in der Schweiz — wäre es ungleich leichter, mit der Preispolitik zu besseren Ergebnissen hinsichtlich der Einkommen der Bauern zu gelangen. (*Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Deutschmann, bitte.

Abgeordneter Deutschmann: Herr Bundesminister! Wir sind jetzt in der zweiten Fragestunde, wo wir sehr wesentliche agrarische Probleme diskutieren, und mit Verwunderung muß ich feststellen, daß wir bei jeder Antwort in die Vergangenheit gehen. Wir haben die Gegenwart und die Zukunft zu bewältigen! Ich glaube, daß gerade diese Frage der kostendeckenden Preise für die Bauernschaft eine Frage ist, ob der Bauer mit seiner Familie bestehen kann.

Diese Thematik liegt ja schon sehr weit zurück. Ich möchte sagen, Herr Bundesminister, daß Ihr Staatssekretär erklärt hat bei Eintritt in die Regierung: Kostendeckende Preise werden ein Schwerpunkt der neuen Agrarpolitik sein!

Die Frage an Sie, Herr Bundesminister: Wie weit sind die Gespräche zwischen den beiden Koalitionspartnern, daß endlich einmal die Bauern zu kostendeckenden Preisen kommen?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! In Österreich haben die Bauern im mehrjährigen Vergleich etwa 3 Prozent realen Einkommenszuwachs. In der EG dramatische reale Einkommensverluste, im Vorjahr in der Bundesrepublik 20 Prozent; Heeremann schreibt: Wenn die Brüsseler Beschlüsse sich realisieren sollten, 30 Prozent. Unsere Preise haben Gott sei Dank aufgeholt etwa gegenüber der Bundesrepublik. Uns wird schon der Vorwurf gemacht von der Wirtschaft, daß etwas die Viehpreise in Österreich höher sind als in der Bundesrepublik. Ich teile die Auffassung nicht. Aber unter den gegebenen Umständen haben wir mit unserer österreichischen Agrarpolitik Ergebnisse erzielt, die uns die anderen rund um Österreich herum erst nachmachen müssen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere

Präsident Mag. Minkowitsch

Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Deutschmann, bitte.

Abgeordneter **Deutschmann**: Herr Bundesminister! Einen Teil Ihrer Antwort nehme ich zur Kenntnis, in dem Sie erklärt haben, daß wir einiges nachgeholt haben zu EG-Ländern, das heißt, daß wir im nachhinein liegen. Ich glaube, daß es kein Trost ist, wenn wir etwas aufholen, was wir schon vergessen haben, weil wir es nicht bekommen haben.

Ich möchte aber nur sagen, Herr Bundesminister: Es ist Ihnen wie uns allen bekannt, daß die Betriebsmittelverteuerung zu enormen Zuständen führt. Es kann der Bauer nur entweder über Mehrproduktion oder über kostendeckende Preise sein Auslangen finden.

Über die Mehrproduktion und Überproduktion und Reserveproduktion werden wir bei den Marktordnungsverhandlungen ja reden. Das heißt, wenn in diesem Bereich keine Möglichkeit und keine zusätzliche, verbesserte Einkommenssituation geschaffen werden kann, so ist eben nur der kostendeckende Preis in der Lage, die Bauern zu halten.

Es wurde heute mehrmals gesagt, und, Herr Bundesminister, ich möchte Sie fragen: Was werden wir dagegen unternehmen, daß noch mehr Bauern in den Nebenerwerb gehen? Und glauben Sie, daß der Arbeitsplatz eines Bauern gleich viel wert ist wie einer in der Industrie und im Gewerbe?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Zunächst einmal kurz: Den Rückstand haben wir ja 1970 übernommen, sonst hätten wir ihn nicht! (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Staudinger: 1984!*)

Zweitens: Ich stimme mit Ihnen uneingeschränkt überein, daß Arbeitsplätze in allen Bereichen der Republik gleichbedeutend sein müssen, und deshalb sage ich ja immer: Die Absatzsicherung für die Bauern mit beträchtlichen Budgetmitteln, mit beträchtlichen Anstrengungen der Bauern selber, die Absatzsicherung ist die Arbeitsplatzsicherung für die Bauern. Und für die Struktur können wir alle keine Verantwortung übernehmen. Die Struktur haben wir übernommen, wie sie sich in den Jahrhunderten entwickelt hat. Wenn wir auf dem Boden des bäuerlichen Familienbetriebes stehen — und das tun wir doch gemeinsam —, dann müssen wir aus dieser

Agrarstruktur das Beste machen, das heißt, Hilfestellungen zu geben und gleichzeitig zu schauen, daß wir mit dem Absatz zurechtkommen, daß wir die Betriebe hinsichtlich ihrer Rationalisierung weiterbringen, daß auch Betriebskosten eingespart werden. Wir sind im Prinzip ohnehin einer Auffassung, Herr Abgeordneter.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion erscheint mir die Möglichkeit der bäuerlichen Direktvermarktung, weil sich hier in einem offenen Markt der Preis über Angebot und Nachfrage einspielt. Ich habe das Gefühl, daß eigentlich die Aufklärung darüber, daß der Bauer selbst Produzent und auch zur Vermarktung berechtigt ist, viel zuwenig sowohl bei den Bauern als auch bei den Konsumenten im Bewußtsein verankert ist.

Sehen Sie, Herr Minister, Chancen vor allem im Bereich der Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung über ihre Möglichkeiten, in der Direktvermarktung eine Verbesserung der Situation herbeizuführen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich teile Ihre Auffassung: Die Direktvermarktung ist sicher eine Chance für die Bauern, da wird man sich auch einiges einfallen lassen müssen. Das ist die Aufgabe der Bundesstellen, der Landesstellen, der Interessenvertretungen und nicht zuletzt der Bauern selbst. Nur warne ich vor der Illusion, daß die Direktvermarktung die herkömmliche Vermarktung über Vermarktungseinrichtungen ersetzen könnte. Diese Auffassung gibt es auch da und dort. Aber was wir direkt vermarkten können, etwa über den Fremdenverkehr, belastet uns nicht in unseren Vermarktungssystemen, und daher hat das sicher eine ganz große Bedeutung.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schober.

Abgeordneter **Schober** (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Preis für die landwirtschaftlichen Produkte hat für jene Betriebe, die über eine gute Struktur verfügen, zweifelsohne eine bedeutende Möglichkeit, daß hier das Einkommen erhöht werden kann. Im letzten Grünen Bericht ist nachgewiesen, daß die

Schober

strukturstarken Betriebe in den Ackerbauregionen auch große Einkommensverbesserungen erzielen konnten. Seit 1970 ist sowohl der Preis für Getreide als auch für Milch jährlich erhöht worden. In den Jahren vorher ist das nicht der Fall gewesen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wird es möglich sein, bei den Marktordnungsverhandlungen jenen strukturschwachen Betrieben, die in den Grünlandgebieten liegen, ein höheres Milchkontingent zuzuerkennen, damit diesen Betrieben auch auf diesem Wege Einkommensverbesserungen geboten werden können?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter, das ist ja das Problem, nämlich daß für die kleinen strukturschwachen Betriebe die Preise zu niedrig sind. Wenn wir aber nur über die Preispolitik das Problem lösen wollten, dann haben sicher die strukturstarken Betriebe Einkommenszuwächse, die auch nicht ganz vertretbar sind. Siehe letzten Grünen Bericht: Entwicklung in einigen Gebieten. Wir gehen ja deshalb den Weg der Direktzuschüsse etwa über das Bergbauernsonderprogramm. Und was die Milchordnung betrifft: Ich habe heute schon darauf hingewiesen. Wir werden uns bemühen, die Richtmengen dorthin zu verlagern, wo wir sie brauchen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben in der Beantwortung der Anfragen betont, daß wir in Österreich zweifellos höhere Agrarpreise hätten als so manche andere Länder der Welt. Ich muß dazu feststellen, daß das in bedingten, in einzelnen Fällen stimmt. Wir haben bei einigen Produkten, zum Beispiel beim Wein, die höchste Steuerlast der Welt.

Es wäre ganz einfach — vorausgesetzt, daß Sie dazu bereit sind —, das bäuerliche Einkommen, das seit 1970 — das ist durch Zahlen belegbar — ständig im Vergleich zu den Einkommen aller anderen Arbeitsgruppen Österreichs zurückgegangen ist, wieder ein bißchen näher an diese heranzuführen.

Daher meine konkrete Frage: Herr Bundesminister, sind Sie als zuständiger Ressortminister bereit, für kostendeckende Agrarpreise in Zukunft zu sorgen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter, weil Sie die Steuerbelastung beim Wein ins Treffen führen, darf ich Sie daran erinnern, daß wir eine Steuer, die die ÖVP in ihrer zu Ende gehenden Legislaturperiode noch eingeführt hat, abgeschafft haben. Wir haben einen wesentlichen Schritt getan, um die Weinbauern steuerlich zu entlasten, während Ihre Partei, als sie noch Verantwortung getragen hat, die Bauern belastet hat.

Kostendeckende Preise sind eine wichtige Frage, aber es wird über die Preise allein nicht möglich sein, die Unterschiede auszugleichen, die im Hinblick auf sehr kleine strukturschwache Betriebe bestehen. Daher müssen wir auch den Weg der Direktzuschüsse gehen, den Weg der Begleitmaßnahmen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen zur Anfrage 4: Frau Abgeordnete Wieser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

175/M

Bis wann werden die noch unerschlossenen 21 000 Bauernhöfe an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Frau Abgeordnete! Ich darf Ihnen sagen, daß wir noch 21 000 unerschlossene Bauernhöfe haben beziehungsweise solche, bei denen die Erschließung den heutigen Erfordernissen wirklich nicht entspricht.

Bis wann wir soweit sein werden, daß diese Betriebe an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen sind, das kann ich Ihnen nicht sagen. Sie wissen, daß Fragen des Güterwegnetzes und der Güterseilbahnen eine Aufgabe der Bundesländer sind. Ich weiß nicht, wie die Programme der Bundesländer ausschauen und in welchem Tempo sie ihrer Aufgabe nachkommen. Der Bund unterstützt die Bundesländer beim Ausbau des Güterwegnetzes nach besten Kräften.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Erste Zusatzfrage.

Abgeordnete **Helga Wieser**: Herr Bundesminister! In der heutigen Fragestunde haben Sie sich durchwegs auf die Länder ausgewendet: Sie können uns keine konkreten Antworten

2958

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Helga Wieser

ten geben, weil immer jemand anderer sozusagen für alles verantwortlich ist.

Ich möchte feststellen, daß sich seit Beginn der siebziger Jahre das Verhältnis der Förderung für den Güterwegebau so entwickelt hat, daß früher der Bundesanteil drei Viertel und der Landesanteil ein Viertel der Förderung betragen hat. Mittlerweile sind wir gerade in Salzburg soweit, daß 80 Prozent der Förderung das Land bezahlt und 20 Prozent der Bund.

Nachdem Sie heute schon den Vorschlag gemacht haben, daß bei allen Förderungen 50 Prozent die Länder zahlen sollen, frage ich Sie: Wann sind Sie bereit, auch für die Güterwegbauförderung diese 50 Prozent zur Verfügung zu stellen?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Frau Abgeordnete, ich rede mich auf niemanden aus (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Die halbe Zeit heute!*), aber ich kann die Verfassung nicht ändern. Die Verfassung ist jedoch so, daß ganz erhebliche Aufgaben im Bereich der Agrarpolitik in den Kompetenzbereich der Länder fallen. Da müssen wir über eine Verfassungsänderung reden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.*) Das müßte man sich halt überlegen; das wäre vielleicht da und dort nicht unzumutbar.

Frau Abgeordnete! Sie dürfen ja nicht übersehen, daß in anderen wesentlichen Fragen der Agrarförderung der Bund praktisch alles bezahlt und die Länder nichts. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Ich nehme die kreditpolitischen Maßnahmen her: Etwa 550 Millionen Schilling jährlicher Bedarf des Bundes, der Anteil der Länder ist sehr niedrig, besonders in Salzburg. Es gibt einige Bundesländer, wo ein bißchen was getan wird, aber nicht allzuviel. Sie können also nicht eine Förderungsmaßnahme herausgreifen, und schon gar nicht eine, für die die Länder zuständig sind.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Helga Wieser: Herr Bundesminister! Ich möchte feststellen, daß es nicht an der Verfassung liegt, sondern an der politischen Bereitschaft, ob Mittel zur Verfügung gestellt werden oder nicht, und zwar in allen Bereichen, egal ob das jetzt das Biosprit- oder das Ölsaatenprojekt betrifft oder die Exportförderung, all die Dinge, die heute hier schon

zur Diskussion standen. Wir wissen auch, daß der Güterweg die Lebensader zu den Höfen ist, unabhömmlich für den Fremdenverkehr und für den oft notwendigen Nebenerwerb ist, damit man eben Arbeitsstätten erreicht. Wir müssen aber feststellen, daß in den letzten Jahren budgetierte Mittel im Ausmaß von 243 Millionen Schilling, die für den Güterwegbau vorgesehen waren, nicht ausbezahlt, sondern anderen Zwecken gewidmet wurden. Meine Frage daher: Wieso haben Sie diese 243 Millionen Schilling einbehalten und für andere Zwecke verwendet?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Frau Abgeordnete! Sie wollen hier den Eindruck erwecken, als ob diese Mittel nicht für die Bauern verwendet worden wären.

Es ist ja immer wieder so, daß aus bestimmten Gründen gewisse Schwerpunkte entstehen, wenn Sie nur den Umstand hernehmen, daß wir unter Umständen bei Hagelschäden zusätzliche Maßnahmen treffen müssen, die nicht durch die Hagelversicherung gedeckt werden können. Es kann da und dort Schäden im Weinbau geben. Ich erinnere an die Maßnahmen für den Gartenbau. Darum wird es immer wieder notwendig sein, auch Umschichtungen vorzunehmen. Davor ist kein Landwirtschaftsminister und kein Agrarlandesrat gesichert. Es geht also nicht, daß man sagt, das Budget wird auf Heller und Pfennig so eingesetzt.

Die meisten Virement-Anträge kommen ja aus den Bundesländern. Erst kürzlich bin ich in Tirol gefragt worden: Herr Minister, können wir nicht ein Virement machen, können wir nicht hier Mittel wegnehmen und sie dort einsetzen? Vor dieser Frage werde ich immer wieder stehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Ortner, bitte.

Abgeordneter Mag. Ortner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Wie viele Mittel wurden 1983 nun tatsächlich für den Güterwegbau eingesetzt?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Für 1983 kann ich noch keine abschließenden Ergebnisse haben. Aber ich kann Ihnen sagen, daß für die Verkehrserschließung Bundesmittel

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

im Ausmaß von 353 Millionen Schilling im Jahre 1982 eingesetzt worden sind.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Peck, bitte.

Abgeordneter **Peck** (SPÖ): Herr Bundesminister! In den letzten Jahren wurden sehr viele Kilometer Güterwege und Hofzufahrten mit Hilfe des Bundes errichtet.

Ich frage Sie: Wie viele Zufahrten wurden 1983 mit Hilfe des Bundes errichtet?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Hofanschlüsse haben wir in den letzten Jahren etwas über 1 000. Es waren 1981 1 350, 1982 1 368. Ich nehme an, daß die Zahl im Vorjahr etwa gleich groß sein wird. Vorhaben insgesamt haben wir im Jahre 1982 3 771 gehabt.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Neumann, bitte.

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Wir haben heute in beiden Fragestunden immer wieder gehört, wie sehr den Bauern, im besonderen den Bergbauern, auch im Wegsektor durch Bergbauernprogramme, durch Bergbauernsonderprogramme geholfen wurde.

Wir wissen aber, wir haben das auch gehört, und der Sozialbericht der Bundesregierung sagt es, daß sich trotz dieser nicht greifenden Hilfen 18 Prozent der Bergbauern oder 36 000 Bergbauern nach 13 Jahren Amtsdauer sozialistischer Landwirtschaftsminister unter der Armutsgrenze befinden.

Mit die Ursache ist auch die unzulängliche Bedienung im Verkehrssektor, was dazu führt, daß viele Bergbauern hohe Eigenleistungen erbringen müssen, daß sie für die Erhaltung und für die Schneeräumung des Verkehrsnetzes selbst zu sorgen haben und daß noch 21 000 Bauernhöfe verkehrsmäßig unerschlossen sind.

Herr Minister, meine Frage: Werden Sie endlich für eine reale Anhebung — nicht für einen weiteren Rückgang — der Bundesmittel für den Güterwegebau und überhaupt für eine Neuordnung der Förderung sorgen, etwa auf der Basis des Wasserbautenförderungsgesetzes?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Wir haben 1983 im Budget 404 Millionen Schilling, 1984 425 Millionen Schilling. Ich darf darauf hinweisen, daß einige Bundesländer ihre Förderungsmittel gesenkt haben, das Land Steiermark ganz besonders in den letzten Jahre.

Es wäre sehr interessant, das einmal genauer herauszurechnen. Ich werde Ihnen Unterlagen schicken, wie sich die Förderung in der Steiermark entwickelt hat. Oder besorgen Sie es sich selber? (*Abg. Neumann: Die Förderung hat sich gewaltig erhöht, Herr Minister!*)

Das können Sie doch nicht behaupten. Sie können sich doch nicht herstellen und sagen, daß in der Steiermark die Mittel erhöht worden sind!

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen zur 5. Anfrage: Herr Abgeordneter Pfeifer (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

182/M

Wie hat sich im abgelaufenen Jahr der Viehabsatz entwickelt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen mitteilen, daß sich der Viehabsatz im Vorjahr sehr erfreulich entwickelt hat. Wir haben insgesamt 200 000 Stück Zuchtrinder, NutZRinder und Schlachtrinder exportiert. Allerdings ist der Zuwachs bei Schlachtrindern und Rindfleisch besonders groß, während der Absatz von Zuchtrindern sich unerfreulich entwickelt hat.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter **Pfeifer**: Herr Bundesminister! Wie hat sich denn im abgelaufenen Jahr der Viehpreis entwickelt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Die Versteigerungserlöse für Zuchtvieh sind im Durchschnitt des Vorjahres bei 21 600 S pro Rind gelegen, das sind um 3,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Bei

2960

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Schlachtrindern sind die Preise auf den Richtmärkten um 4,9 Prozent gegenüber 1982 gestiegen. Wir haben 25,53 S im Durchschnitt aller Kategorien — da sind die Kühe mit dabei — erreicht.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Pfeifer, bitte.

Abgeordneter **Pfeifer**: Herr Bundesminister! In der EG werden die Dinge nicht einfacher. Ich glaube aber, daß gerade der Viehabsatz in Länder der EG für die österreichischen Bauern enorm wichtig ist.

Ab 1. Jänner 1986 wird die Europäische Gemeinschaft auf zwölf Staaten erweitert werden. Meine Frage, Herr Bundesminister: Wie schätzen Sie denn unsere Position in Richtung Viehabsatz in Länder der EG in der Zukunft ein?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Die Situation auf den internationalen Märkten wird ganz sicher nicht einfacher, sondern erheblich schwieriger. Wir werden auch in Österreich einen höheren Viehausstoß haben und uns sehr anstrengen müssen, die Exporte so in Bewegung zu bringen, daß wir sowohl in Richtung Europäische Gemeinschaft wie auf Drittmärkten den Absatz gut bewältigen können.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Deutschmann, bitte.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Minister! Es ist uns bekannt, daß der Viehabsatz in der letzten Zeit enorm schwierig geworden ist. Verschiedene Umstände blockieren den Viehabsatz fast zur Gänze.

Wir haben ein Rinder-GATT-Kontingent, welches mehrmals auch hier in Hohen Haus als etwas sehr Positives aufgezeigt wurde. Ich bin informiert worden, daß wir nicht in der Lage sind, dieses GATT-Kontingent auszunützen.

Ich möchte Sie fragen, Herr Bundesminister: Was wollen Sie unternehmen, damit diese Möglichkeit GATT-Kontingent für die österreichischen Bauern ausgenützt wird?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Im Vorjahr haben wir natürlich auch zusätzlich das Problem gehabt, daß bisherige Abnehmer nicht bereit waren, im bisherigen Ausmaß zu kaufen. Das geht auf verschiedene Umstände zurück, unter anderem auch auf die klimatische Entwicklung im Vorjahr. Die Kauffreudigkeit war nicht so wie in den Jahren zuvor.

Daher müssen sich die exportierenden Firmen verstärkt und ganz besonders um diese Märkte kümmern. Das kann nicht alles der Staat dekretieren. Wir brauchen ein Marketing, bei dem wir gründlicher präsent sind als bisher. Das scheint mir eine ganz wesentliche Frage zu sein.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Bundesminister! Da man vom Importeuren, aber auch von Exporteuren immer wieder alarmierende Nachrichten bekommt und in den Medien sehr häufig von der Fleischmafia zu lesen ist, möchte ich Sie fragen, ob das Ressort schon weiß, wie sich die Importe, aber vor allem die Exporte im laufenden Jahr entwickeln werden.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich kann Ihnen nur sagen, daß sich die Vieh- und Fleischkommission schon auf die Notwendigkeit, mehr zu exportieren, eingestellt hat. Es ist beschlossen worden, Monatskontingente von 2 000 bis 2 500 Stück zu bewilligen. Ich glaube, die Exportentwicklung wird heuer gut sein.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Reicht. Bitte.

Abgeordneter **Reicht** (SPÖ): Herr Bundesminister! Können Sie mir sagen, wie sich die Fleischpreise für die Bauern 1983 im Vergleich zu 1982 entwickelt haben?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Auf die Rinderpreise habe ich schon hingewiesen, wie sich die Rinderpreise bei Zuchtrindern und bei Schlachtrindern entwickelt haben. Vielleicht ist noch interessant, wie sich der Schweinepreis entwickelt hat. Was die

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Schweinepreise betrifft, so haben wir ein Preisband von 20,50 S bis 23 S. Die Durchschnittsnotierungen gegenüber 1982 sind um 4,4 Prozent gestiegen. Wir hatten im Jahresdurchschnitt einen Preis von 21,37 S.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen zur nächsten Anfrage: Herr Abgeordneter Windsteig (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister.

183/M

Wie steht es um die Gewässergüte der Donau im Raum Hainburg?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Darf ich bitten, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, daß die Donau ganz erheblich durch Schmutzfrachten belastet war. Nach der Errichtung der großen Kläranlagen — von der Stadt Linz angefangen bis zur Wiener Kläranlage — hat sich die Situation erheblich verbessert. Wir haben derzeit im Winter eine Güteklasse zwischen 2 und 3. Eine Prüfung, die wir im Jänner vorgenommen haben, hat sogar Güteklasse 2 erbracht.

Nur möchte ich da keinen Irrtum aufkommen lassen — junge Leute haben mich nämlich eingeladen, ich solle doch das Donauwasser trinken, damit ich weiß, wie die Güteklasse ist —: Trinkwasser ist das natürlich keines! Es sind erhebliche Schmutzfrachten da. Aber die Güteklasse hat sich doch spürbar verbessert.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Windsteig**: Sehr verehrter Herr Bundesminister! Sie wissen, Kollege Flicker wird es auch wissen, daß ich im Grenzbezirk Gänserndorf wohne, der im Süden von der Donau und im Osten von der March begrenzt wird. Meine Heimatgemeinde liegt direkt an der Ostgrenze. Ich weiß daher aus Erfahrung, wie die Zustände im Bereich der March-Thaya-Auen ausschauen.

Meine Frage an Sie: Wie ist die Aulandschaft um Hainburg herum derzeit mit Wasser versorgt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Es ist so, daß die Dotierung sicher unzureichend ist.

Die Dotierung erfolgt ja über das Grundwasser auf der einen und durch Überflutungen bei Hochwasser auf der anderen Seite. Die Aulandschaft ist derzeit einem sehr langsamen Austrocknungsprozeß unterzogen. Das ist auch erkennbar daran, daß sich die Holzarten im Lauf der Zeit ändern. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Aulandschaft wieder mehr Wasser bekommen würde.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Windsteig**: Herr Bundesminister! Sie haben zuvor die relativ schlechte Wasserqualität der Donau erwähnt — ich weiß es aus Erfahrung, die der March ist noch schlechter — und hier die positive Auswirkung der Kläranlagen, insbesondere der Großkläranlagen, angeführt.

Ich möchte Sie fragen: Welchen Einfluß hat der Rückstau des Kraftwerkes auf die Kläranlage in Wien?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Da besteht kein Zusammenhang. Es werden jedoch rigorose Auflagen erforderlich sein, wenn das Kraftwerk gebaut wird. Meiner Ansicht nach — ich möchte dem Bewilligungsverfahren nicht vorgreifen — wird man aber auf Vollbiologie umstellen müssen. Schwebat bekommt eine vollbiologische Kläranlage. Wir müssen durch rigorose Auflagen dafür sorgen, daß die Grundwasserverhältnisse nicht beeinträchtigt werden. Das scheint mir die wichtigste Frage überhaupt zu sein, denn die Versorgung mit gesundem Wasser ist doch eine ganz elementare Frage — natürlich auch für die Stadt Wien.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Heinzinger. Bitte.

Abgeordneter **Heinzinger** (*ÖVP*): Herr Minister! Es war bemerkenswert: Der Kollege Windsteig meinte, daß die Qualität des Wassers relativ schlecht wäre, Sie hingegen meinten, daß sie relativ gut wäre. Ich möchte dazu folgendes sagen: Wir sind mit Ihrer Landwirtschafts- und Umweltpolitik in einem hohen Maße nicht einverstanden. Ich würde Sie aber trotzdem davor warnen, eine Wasserprobe der Donau zu trinken, weil ich Sie nicht vergiftet sehen möchte. Jede vierte bis fünfte Wasserprobe zeigt nämlich Salmonellen; eine Stichprobe zeigt 120 Colibakterien pro Milliliter; bei Badewasserqualität ist die Norm eins. Wir

Heinzinger

wissen alle, daß es beim Probeziehen ganz entscheidend darauf ankommt, ob man bei Hochwasser mißt, wo die Häuslgewässer von Wien und Umgebung in der Donau nicht in dem Konzentrat enthalten sind, oder zu einem anderen Zeitpunkt. Die Donau hat zu anderen Zeiten Qualitäten von 3 bis 4.

Herr Minister! Werden Sie ein längeres Meßprogramm strukturiert veranlassen und veröffentlichen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie um meine Gesundheit besorgt sind. Ich darf Ihnen versichern: Ich würde das Wasser nicht trinken, das habe ich ja gesagt. Eine tendenzielle Verbesserung der Wasserqualität ist aber nicht bestreitbar. Die Qualität des Donauwassers lag sicherlich in einem sehr kritischen Bereich; das gleiche gilt auch für die Mur. Diese haben derzeit Güteklasse 2 bis 3, wenn nicht sogar Güteklasse 2. (*Abg. Heinzinger: Über das Jahr?*) Das ist ja nicht möglich, Herr Abgeordneter, das wissen Sie ja. Es wird ja regelmäßig geprüft. Wenn ich Ihre Frage beantworten darf: Das geschieht ja.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst. Bitte.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich will es nicht abstreiten: Ich stehe dem Projekt Hainburg sehr, sehr skeptisch gegenüber, allerdings nicht mit jener absolut blindwütigen Ablehnung wie die Technikfeinde. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein, nein. Ich habe nicht die Meinung der alternativen Grünen, aber auch nicht die Meinung der alternativlosen Schwarzen! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Man soll nicht immer provozieren.

Ich bin auf der anderen Seite natürlich scharf dahinter her, daß, wenn möglich, Schaden vermieden wird. Sie haben mit Ihrem Ministerium eine Ökologiekommision eingerichtet. Ich möchte Sie im eigenen und vor allem im Interesse der Öffentlichkeit fragen, welche Zweckbestimmung, welche Aufgaben diese Ökologiekommision hat und welche Funktion ihr zukommt.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Der Bau

des Kraftwerkes war ja ursprünglich überhaupt nicht bestritten, auch seitens der Umweltschutzbewegung nicht. Es ging zunächst um die Frage, wo gebaut werden kann und welche Maßnahmen zu treffen sind, damit ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Das war die Frage.

Die Ökologiekommision wird eine entscheidende Aufgabe haben. Die Ökologiekommision wird während des Bewilligungsverfahrens die Frage zu prüfen haben: Was hat nun zu geschehen, damit die Au entsprechend dotiert wird, damit ökologische Begleitmaßnahmen gesetzt werden, was hinsichtlich der Windologie zu geschehen hat. Und wir werden auch auf die Landschaftsgestaltung Bedacht zu nehmen haben.

Und diese Kommission wird Vorschläge erarbeiten, die dann in das Bewilligungsverfahren als Auflagen einfließen sollen. Außerdem ist vorgesehen, daß diese Kommission bestehen bleibt, weil ja nicht gleichgültig ist, wie sich das Kraftwerk dann auswirkt, und weil auch schon nach Inbetriebnahme zu prüfen sein wird: Sind nun Auswirkungen da, die durch zusätzliche Maßnahmen dann besser bewältigt werden könnten.

Wir haben also eine ungleich bessere Voraussetzung, wenn dieses Kraftwerk gebaut wird, als bei den bisherigen Donaukraftwerken.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Hintermayer (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

188/M

Welche Maßnahmen wird die 1984 erfolgte Aufstockung des Bundeszuschusses für den Landwirtschaftsfonds nach sich ziehen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister! Darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Die Maßnahmen, die der Landwirtschaftsfonds zu treffen hat, schlägt er natürlich vor. Aber es ist selbstverständlich, daß der Landwirtschaftsminister diese Maßnahmen gründlich zu prüfen hat.

Ich möchte ganz allgemein feststellen: Daß wir Wein, Faßwein zu Niedrigstpreisen exportieren und ihn aus Mitteln des Landwirtschaftsfonds noch erheblich stützen, das kann nur eine Notmaßnahme sein. Ich war selber dafür. Aber dieser Weg kann nicht dauernd beschritten werden.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Ich glaube, die entscheidende Frage ist: Was können wir tun, um unser Marketing im Ausland zu verbessern? Was können wir tun, um in Amerika unseren Wein besser anzubieten als bisher? Was können wir tun, um etwa in der Bundesrepublik unseren Wein wirksamer und erfolgreicher anzubieten? Das ist die Aufgabe des Weinwirtschaftsfonds.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer. Bitte.

Abgeordneter **Hintermayer**: Herr Bundesminister! Wir alle wissen, daß uns die Weinmiserie vor eine große, schwierige Aufgabe stellt. Es wird gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, um hier einen Ausweg zu finden.

Ich möchte Sie fragen: Was, glauben Sie, könnte der Fonds bei absatzfördernden Maßnahmen verbessern, denn er ist ja schließlich zur Absatzförderung geschaffen worden?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Wir haben jetzt ein Gutachten da über den amerikanischen Markt. Es ist ein Beispiel für andere. Und nun wird der Fonds die Schlüsse aus diesem Gutachten zu ziehen haben, damit wir den amerikanischen Markt besser bedienen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer. Bitte.

Abgeordneter **Hintermayer**: Herr Bundesminister! Haben Sie das Konzept des Weinwirtschaftsfonds schon bei Ihnen, das den Absatz nach Übersee vorsieht?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Darauf warten wir natürlich jetzt.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Pfeifer. Bitte.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Bundesminister! Jeder weiß, daß die derzeitige Situation eine Folgewirkung, wie ich behaupte, einer verantwortungslosen Flächenerweiterungspolitik der ÖVP-Landesräte in den Bundesländern Burgenland und Niederösterreich ist.

Ich möchte Sie fragen: Sind jetzt auf Grund

der schwierigen Situation bei dem Tiefstpreisstand für die Weinbauern zusätzliche Maßnahmen der Bundesregierung überlegt worden? Wie denken Sie darüber? Und gibt es Maßnahmen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ja, ein wichtiger Schritt ist: Ich habe mit dem Herrn Finanzminister wiederholt Gespräche geführt und darauf hingewiesen, daß eine gewisse Entlastung bei den Einheitswerten für die Weinbauern im besonderen wünschenswert wäre, weil sich da die Rechnung wirklich, um mich zurückhaltend auszudrücken, sehr knapp ausgeht. Der Finanzminister hat das akzeptiert, und wir werden eine spürbare Senkung bei den Einheitswerten für die Weinbauer haben.

Im übrigen mache ich noch einmal darauf aufmerksam: Eine aggressive Marketingstrategie, um die Anteile im Export zu erhöhen, ist der einzige Weg. Importbeschränkungen zu verlangen, den Bauern einzureden, ja der böse Landwirtschaftsminister importiert, während der Weinpreis im Keller liegt, das ist nicht sehr fair. Das geschieht ja derzeit, der Bauernbund macht ja in Niederösterreich mobil. Das ist deshalb nicht sehr fair, weil alle Verantwortlichen wissen, daß wir um diese Importe nicht herumkommen und daß wir wesentlich mehr exportieren als wir importieren.

Ich würde nur davor warnen, etwa an der Grenze Schritte zu setzen; das wäre der Tod unserer Weinexporte. Und das möchte ich als Landwirtschaftsminister wirklich vermieden wissen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hietl. Bitte.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der Weinwirtschaftsfonds wurde im Jahre 1969, zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, geschaffen, die Finanzierung des Weinwirtschaftsfonds wurde gesetzlich festgelegt. Das hat gehalten bis 1972. Seit dieser Zeit, also zwölf Jahre, gibt es keine gesetzliche finanzielle Regelung des Aufwandes, der im Budget für den Weinwirtschaftsfonds vorgesehen ist.

Ich habe wiederholt mit meinen Kollegen Anträge in diese Richtung im Parlament gestellt, sie sind immer wieder von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt worden.

2964

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Hietl

Gegenwärtig liegt wiederum ein Antrag der ÖVP hier im Hause. Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister, fern jeder Polemik — ich glaube, die Situation ist heute im Weinbau so, daß wir unseren vielen kleinen Weinbaubetrieben gemeinsam helfen müssen und uns nicht gegenseitig die Schuld zuschieben dürfen —: Sind Sie bereit, als zuständiger Ressortminister bei Ihrem Finanzminister dahin gehend vorstellig zu werden, daß der von der ÖVP eingebrachte Initiativantrag betreffend fixe Dotierung des Weinwirtschaftsfonds für alle Zukunft angenommen wird, und gleichzeitig dafür zu sorgen, wie Sie in Ihrer Radioansprache vor zwei Tagen erklärt haben, daß eine Entsteuerung durch Senkung des Einheitswertes im Weinbau vorgenommen wird?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß die Grundlage für die Finanzierung des Weinwirtschaftsfonds eine Steuer war, die die Regierung Klaus damals eingeführt hat. In Ihrem Antrag fehlt der Finanzierungsvorschlag. Wollen Sie die Steuer wieder einführen, dann sagen Sie das, dann verhandeln wir darüber, dann kann man darüber reden. Ich glaube, es ist nicht unproblematisch, wollen Sie eine gemeinsame Finanzierung mit den Ländern vorschlagen.

Im damaligen Motivenbericht zu diesem Gesetz hat ein niederösterreichischer Abgeordneter ausdrücklich unterstrichen, daß die Frage der Strukturprobleme eine Angelegenheit der Länder ist, das hat auch der Minister damals unterstrichen. Daher wäre es durchaus vernünftig, wenn wir in dieser Frage zu einer gemeinsamen Finanzierung kämen. Sprechen wir darüber, die Länder können sich hier ihrer Verpflichtung ganz sicher nicht entziehen. Denn Sie wollen doch nicht wieder sagen, der Landwirtschaftsminister schiebe alles weg. Die Gesetze hinsichtlich der Beschränkung des Weinbaues sind ja Landesgesetze, das ist ja Aufgabe der Länder. Daher setzen wir uns zusammen, vielleicht finden wir eine Lösung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Ortner. Bitte.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Ihre Ausführungen hinsichtlich der Exportoffensive können nur fest unterstrichen werden. Nun ist es aber unbestritten, daß man auch ein Qualitätspro-

dukt entsprechend seiner Qualität anbieten soll.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir die Frage, wann die Verordnung in Kraft treten wird, nach der Prädikatswein nur mehr in Flaschen abgefüllt exportiert werden kann.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ja diese Verordnung haben alle von mir verlangt, auch das Burgenland. Dann haben wir eine Enquete gemacht, in der Enquete haben wir uns geeinigt, was wir machen. Und wir haben dann gesagt: Ja, es werden Trockenbeerenauslesen, Beerenauslesen und vielleicht ein Ausbruch noch dazu, der ja keine allzu große Bedeutung hat, ab 1. Juli einbezogen. Diese Verordnung ist draußen, aber es gibt schon wieder Probleme, ob es bei dieser Verordnung bleiben soll.

Nach meiner Auffassung sollte es so bleiben, wie es jetzt ist. Wir müssen endlich damit beginnen, daß wir hochwertigste Weine nicht im Tankzug über die Grenze bringen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen, und die Fragestunde ist somit beendet.

1. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie (III-34 der Beilagen) über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983 (204 der Beilagen)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie (III-34 der Beilagen) über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983 (204 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Stocker. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Franz **Stocker**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie hat gemäß §§ 5 und 6 des Bundesgesetzes über Maßnahmen zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft vom 1. Juli 1982, BGBl.

Franz Stocker

Nr. 351/1982, dem Nationalrat im dritten Quartal jeden zweiten Jahres, erstmals im Jahre 1983 — in diesem Jahr erst im vierten Quartal —, einen Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft vorzulegen.

Der vorliegende Bericht 1983 umfaßt — soweit entsprechende Daten vorlagen — die Jahre 1976 bis 1982. Er behandelt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft in diesem Zeitraum. Weiters gibt der Bericht Auskunft über eingeleitete und durchgeführte Maßnahmen der Bundesregierung zur Leistungssteigerung sowie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmungen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Der Handelsausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 17. Jänner 1984 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmeinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 1983 zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sallinger.

11.11

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist der Tag des Mittelstandsberichtes, wo über die Probleme und über die Leistungen der kleinen und mittleren Betriebe in unserem Land gesprochen wird.

Dieser Tag wird allerdings überschattet durch ein Ereignis, das jeden Unternehmer stark interessiert und betrifft — ich meine die Vorgänge im Zusammenhang mit der Steuer-

fahndung bei einem Hotelier in Altlengbach am Donnerstag in der vergangenen Woche.

Unbeschadet der Fakten und der Ergebnisse der kommenden Untersuchung bleibt bestehen, daß nach einer mehrstündigen Steuerfahndungsuntersuchung unter aufklärungsbedürftigen Umständen ein bisher unbescholtener Bürger Selbstmord begangen hat. Ich will der Untersuchung keineswegs vorgreifen, meine jedoch — und das soll sehr deutlich gesagt werden —, daß auch das System der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung überprüft werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde gestern schon gesagt, daß Steuerzahler kein Freiwild sein können, und es muß auch hier die Unschuldsvermutung so lange gelten, bis das Gegenteil bewiesen ist. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Für die österreichische Wirtschaft ist die heutige Debatte über den Mittelstandsbericht ein wichtiges Ereignis. Zum erstenmal befaßt sich das Parlament mit einem Bericht über die Lage der kleinen und mittleren Unternehmungen in unserem Lande, und zum erstenmal haben wir die Möglichkeit, so wie bei vielen anderen Berichten der Bevölkerung die Arbeit, die Bedeutung, aber auch die Probleme dieser kleinen Unternehmungen vor Augen zu führen.

Ich bin der Meinung, daß lange Zeit darüber hinweggegangen wurde, sich mit diesem Bereich der Wirtschaft zu befassen. Allzu lange hat man — das glaube ich — und hat auch die Bevölkerung nicht gewußt, welche Bedeutung diese vielen tausend kleinen Unternehmer aus allen Bereichen haben. Heute wollen wir das einmal sehr deutlich sagen, wir wollen um Verständnis werben und wollen auch Freunde gewinnen. Freunde, die sich damit befassen und dann auch das notwendige Verständnis haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundlage des Berichtes ist das von der Österreichischen Volkspartei schon seit Jahren angestrebte Mittelstandsgesetz, das vor zwei Jahren im Parlament einstimmig beschlossen worden ist. Ich möchte aber gleich sagen: Eine Schwalbe macht natürlich keinen Sommer, und das Bekenntnis zum Mittelstand allein hilft unseren Betrieben nicht.

In den letzten Jahren wurde viel darüber

Ing. Sallinger

gesprachen und auch viel versprochen. Die Firmen waren und sind aber nun etwas enttäuscht, weil nur wenig eingehalten wurde. Wir erwarten deshalb von der Regierung, daß sie sich endlich auch an diese Versprechen erinnert und Taten gesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist bedauerlich genug, daß es so lange gedauert hat, bis wir hier im Parlament diesen wichtigen Bereich der österreichischen Wirtschaft besprechen und uns mit dem Mittelstand befassen. Sicherlich gibt es noch viele andere wichtige Themen, aber ich glaube, daß man gerade jetzt von den kleinen und mittleren Betrieben reden muß, weil sie die Wirtschaft in Schwung halten, weil sie die meisten Arbeitsplätze überhaupt bereitstellen, weil sie den Großteil der Jugendlichen ausbilden — wir reden oft sehr stolz davon, daß wir in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit haben — und weil sie auch sehr anpassungsfähig sind. Anpassungsfähig durch die Vielfalt ihres Könnens, anpassungsfähig aber auch, weil sie sich den neuen Technologien gewidmet haben.

Und wenn ich aus diesen Punkten die Jugend herausheben möchte, will ich zuerst den Betrieben und der Handelskammerorganisation danken, weil sie alles darangesetzt haben, diese Jugendlichen auf guten Arbeitsplätzen unterzubringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist kein Reden allein. Jugend hat bei uns allen den Vorzug, weil wir in dieser Jugend auch die Zukunft, nicht nur der Wirtschaft, sondern unseres ganzen Landes sehen.

Wenn aber nun die Ausbildungsplätze bei der verstaatlichten Industrie stärker gefördert werden als bei den vielen Tausenden kleinen Betrieben, dann stößt man selbstverständlich diese Betriebe vor den Kopf. Und gerade diesen Betrieben, ich habe es schon gesagt, müßte man wirklich danken. Das hat sich auch in den krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre gezeigt.

Meine Damen und Herren! Die 35-Stunden-Woche, die Steuererhöhungen, die Defizitabdeckungen und Subventionen an die verstaatlichte Industrie und die Erhaltung verstaatlichter Industriestrukturen sind offenbar für die Regierung von größerem Interesse als die Stärkung des Mittelstandes. Ich habe den Eindruck, daß die Regierung noch immer nicht richtig erkennt, welchen Bereich sie da vernachlässigt und welche Möglichkeiten diese

kleinen und mittleren Betriebe bieten. Dies deshalb, weil ich glaube, daß in der Wirtschaftspolitik zuwenig Rücksicht auf diesen Bereich genommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte eines jetzt sehr deutlich sagen: Mittelstand ist wieder ein Begriff geworden! *(Beifall bei der ÖVP.)* Im Gegensatz zur Regierung wird auch in der Öffentlichkeit immer mehr und mehr von diesen kleinen Betrieben geredet, weil sie sich einschalten und für die Bevölkerung einen großen Wert haben.

Und wenn nun auch die Sozialistische Partei und die Freiheitliche Partei bei ihren Aussagen mittelstandsfreundlicher geworden sind, so bin ich froh darüber, weil die jahrelangen Anregungen, die wir gemacht haben, nun ein Echo gefunden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber trotzdem mit aller Deutlichkeit feststellen, daß Mittelstandspolitik nicht nur der ganzen Wirtschaft dient, sondern daß sie für mich und für alle, die im Wirtschaftsbund sind, auch wirklich eine Notwendigkeit und eine Herzensangelegenheit ist. Auf den Mittelstandszug sind viele andere Gruppen aufgesprungen, aber ich möchte eindeutig sagen, die Lokomotive waren immer wir. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden auch nicht nachlassen, für diese kleinen und mittleren Betriebe bessere Bedingungen in unserem Lande zu schaffen. Hier gibt es noch viel zu tun für uns alle, auch in einer Gemeinsamkeit.

Ich habe in der Budgetdebatte im vorigen Jahr eindeutig aufgezeigt, daß zum Beispiel in der Wirtschaftsförderung Großbetriebe und Kleinbetriebe ungleich behandelt wurden. Meine Damen und Herren! Das ist aber nur ein Punkt der vielen Benachteiligungen der kleinen Betriebe.

Der Mittelstand braucht zu seiner Entfaltung die Anerkennung seiner Leistung, Bereitschaft zum Risiko, das diese kleinen Leute aus sich selbst heraus erbringen, Innovation, Erleichterung bei der Eigenkapitalbildung und bei der Entscheidungsfreiheit in den Betrieben. Und er braucht vor allem ein Klima, das zu einer unternehmerischen Leistung und zu einem Wagnis ermutigt. Leistung und Wagnis brauchen wir, dann werden wir sicher auch wieder Wachstum bekommen.

Dieses Klima muß den Unternehmen — ich möchte hier besonders auch die Mitarbeiter

Ing. Sallinger

der Unternehmen wirklich hervorheben — gegeben werden, damit sie wieder Vertrauen in die Wirtschaftspolitik bekommen.

Trotz aller Versprechungen wird der Mittelstand in unserem Lande noch vielfach behindert. Ich denke an die ständige Verunsicherung durch Forderungen und Belastungen, ich denke an die Diskriminierung der Klein- und Mittelbetriebe bei Ausschreibungen und bei öffentlichen Förderungen.

Auch die Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie auf Großbetriebe ausgerichtet, obwohl eineinhalb Millionen Menschen in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt sind. Ich möchte hier sagen, daß wir den großen Betrieben das genauso gönnen, daß wir aber die kleinen mit dabei haben wollen. Wir wollen für diese Betriebe in Österreich gleiche Rechte haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Durch all diese Vorgänge wird der Wettbewerb verzerrt, und außerdem bekommen die Klein- und Mittelbetriebe immer mehr Verwaltungsarbeit aufgebürdet, für die eigentlich der Staat da sein müßte.

Klein- und Mittelbetriebe nehmen keinen Rechenstift in die Hand. Sie haben zu ihren Mitarbeitern, ob diese nun Facharbeiter, Arbeiter oder Hilfsarbeiter sind, ein enges Verhältnis, ein menschliches Verhältnis, sie nehmen keinen Rechenstift zur Hand und halten ihre Arbeitsplätze, solange man es ihnen möglich macht.

Dann müssen sie sich, wenn sie all das tun, noch sagen lassen, daß sie ihre Betriebe nicht richtig führen und daß sie womöglich am Markt vorbeiproduzieren. Das kann schon deshalb nicht stimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil unsere Wirtschaft im Export erfolgreich ist. Unsere Firmen — dazu gehören nicht nur die großen mit entsprechenden Anlagen, sondern auch die vielen tausend kleinen Unternehmen, die als Spezialerzeuger oder als Mitproduzenten wirken — setzen sich unter härtester internationaler Konkurrenz durch. Ich glaube nicht, daß Unternehmen auf den Weltmärkten mit schlechten Waren ankommen, weil sie diese nicht verkaufen können. Sie konnten ihre Marktanteile im Ausland 1982 um 4 und 1983 noch um 1 Prozent erhöhen.

Trotz dieser schlechten internationalen Konjunkturlage haben die österreichischen Unternehmer die Exporte von 226 Milliarden Schilling 1980 auf 277 Milliarden Schilling im Jahre 1983 gesteigert. Das, meine Damen

und Herren, ist fast ein Viertel, es sind 23 Prozent. Trotzdem wird vom „Vorbeiproduzieren“ geredet.

Eine solche Politik schadet der Wirtschaftsentwicklung und schadet unserem Land.

Sie wird auch von der Bevölkerung jetzt nicht mehr wirklich befürwortet. Bei unserer Umfrage, die wir in den letzten Monaten gemacht haben, haben sich 89 Prozent der Bevölkerung dafür ausgesprochen, daß Klein- und Mittelbetriebe stärker gefördert werden sollen, und 7 Prozent sind für eine Förderung der Großbetriebe eingetreten. Demgegenüber meinen 83 Prozent, daß sich der Staat viel mehr um Großbetriebe als um Kleinbetriebe kümmert. Ich habe schon gesagt: Ich vertrete alle, die großen und die kleinen, wir wollen ein gleiches Recht haben, daß sie alle in der selben Stellung mitarbeiten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe geht aber weit über die Wirtschaft hinaus. Für eine freie Gesellschaft ist nach unserer Auffassung eine starke mittelständische Wirtschaft unentbehrlich. Wir sind uns alle darüber einig, daß Freiheit nicht nur in der freien Meinungsäußerung und in einem freien Wahlrecht bestehen kann. Unsere freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat uns den heutigen Lebensstandard, eine Verbesserung der Lebensqualität, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit ermöglicht.

Ein solches Gesellschaftssystem setzt allerdings voraus, daß Menschen Verantwortung tragen wollen, daß Menschen Verantwortung tragen, daß sie Risiko übernehmen und daß sie Ideen verwirklichen. All diese Eigenschaften — meine Damen und Herren, das möchte ich deutlich sagen — sind Eigenschaften des mittelständischen Unternehmers. Er muß aber auch Bedingungen vorfinden, die es ihm erlauben, diese Eigenschaften und Fähigkeiten auszunützen und auch weiterzuentwickeln.

Die Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen sichert nicht nur eine lebendige bedarfsgerechte Wirtschaft. Sie schafft auch die konkreten Möglichkeiten für die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, für eine freie Konsumwahl und gibt dem einzelnen die Chance, sich persönlich zu entfalten und durch Leistung aufzusteigen.

Daher ist meiner Auffassung nach Mittelstandspolitik viel mehr als Wirtschaftsförderung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie ist ein wesent-

Ing. Sallinger

liches Element für den gesellschaftlichen und den sozialen Fortschritt in unserem Land und damit eine wichtige Aufgabe für jede Regierung. Selbst das unbestrittene Ziel der Vollbeschäftigung kann meines Erachtens nur durch eine wirksame Förderung dieser kleinen und mittleren Betriebe, durch den Mittelstand, ermöglicht werden.

Der bisherige Weg, Arbeitsplätze vor allem in Großbetrieben mit direkten Zuschüssen und ständigen Defizitabdeckungen zu sichern, hat sich letztlich nicht als erfolgreich erwiesen. Damit hat man nur bewirkt, daß die notwendige Strukturanpassung behindert, daß die Staatsschuld vergrößert wird und daß die Steuerbelastung höher geworden ist.

Die wirkliche Lösung für die verstaatlichte Industrie liegt darin — wir sind für eine solche Lösung —, die Unternehmer wieder konkurrenzfähig zu machen und die Strukturen zu verbessern, damit sie aus eigener Kraft — aus eigener Kraft! — wieder sichere Arbeitsplätze bieten können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe als Präsident der Bundeswirtschaftskammer alle Bereiche der Wirtschaft zu vertreten — ich möchte das sehr deutlich sagen —: die Industrie, ob sie privat oder verstaatlicht ist, das Gewerbe, den Handel, den Verkehr, den Fremdenverkehr, das Geld- und Kreditwesen, also die großen und die kleinen, und das tue ich auch. Es gibt bei allen Sektionen große und kleine Betriebe.

Ich bin in der vorigen Woche darauf angesprochen worden, daß man angeblich beim Handel oder in anderen Bereichen die großen vertritt. Meine Damen und Herren! Das ist nicht der Fall. Keiner wird vergessen, und ich werde sehr objektiv meine Aufgaben wahrnehmen.

Heute sind es nun die kleinen und die mittleren Betriebe, die im Gespräch sind. Um Mißverständnisse zu vermeiden, habe ich schon gesagt — ich möchte es aber noch deutlicher sagen —, daß ich mich immer, jetzt und schon vorher, grundsätzlich auch zu einer gesunden verstaatlichten Industrie bekannt habe. Ich bin dafür, daß man trachtet, daß wir in keinem Bereich der Wirtschaft Arbeitslose haben, das heißt, daß wir so viele Menschen wie möglich in den Betrieben unterbringen. Das geht aber nur dann, wenn sie wettbewerbsfähig sind und Gewinne erzielen.

Die Gewinne sind dazu da, um zu investieren, Investitionen sind dazu da, um sichere

Arbeitsplätze zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man, meine Damen und Herren, diese Grundsätze nicht akzeptiert und Defizite einfach aus dem Budget bezahlt, dann führt das eben dazu, daß man gesunde Klein- und Mittelbetriebe mit Steuern mehr belastet oder mehr belasten muß. Damit wird ihre Wettbewerbsfähigkeit ausgehöhlt, die Innovationen werden vermindert und die Ertragskraft wird natürlich empfindlich geschmälert. Das bedeutet im Endeffekt weniger Arbeitsplätze, höhere Sozialkosten, weniger Steuerertrag für den Finanzminister und eine deutliche Einbuße an wirtschaftlicher Dynamik.

Man sollte auch die Nebenwirkungen der verfehlten staatlichen Arbeitsmarktpolitik nicht unterschätzen. Sie hat eine Behinderung, oft sogar eine Gefährdung dieser Betriebe gebracht. Das hat auch dazu geführt, daß in verschiedenen subventionierten Bereichen eine bevorzugte Schicht von Arbeitnehmern entstanden ist: mit höheren Löhnen, mehr Sozialaufwand und einer staatlichen „Beinahe“-Arbeitsplatzgarantie. Das wird nicht nur von mir als Arbeitgebervertreter gesagt, ich glaube auch, daß von Arbeitnehmerseite ähnliches empfunden wurde.

Ich bin ein erklärter Feind der Arbeitslosigkeit. Ich habe in meiner eigenen Familie erlebt, was es heißt, arbeiten zu wollen und keinen Arbeitsplatz zu finden. Ich weiß, was es für Familien bedeutet, durch Arbeitslosigkeit in Not zu geraten. Darum werde ich immer für eine Vollbeschäftigung eintreten, und die Bundeswirtschaftskammer wird auch diese Hilfestellung immer geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verstehe es aber auch, daß durch die unterschiedliche Behandlung von Arbeitnehmern in verstaatlichten Unternehmen und in privaten Klein- und Mittelbetrieben Unmut entsteht. Viele Mitarbeiter in unseren Klein- und Mittelbetrieben haben die schwierige Situation und die schwierige Lage der Wirtschaft und ihrer Betriebe erkannt. Ich möchte diesen Leuten auch danken, denn sie haben mehr geleistet, sie haben Opfer gebracht, um den Betrieb und ihren Arbeitsplatz zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie verstehen es nicht, daß andere Arbeitnehmer von vornherein etwas mehr geschützt sind als die anderen. Ich glaube, daß es wirklich gute und sichere Arbeitsplätze — und das habe ich sehr oft gesagt — nur in gesunden Betrieben gibt. Staatsschulden und staatliche Beschäftigungsprogramme können auf Dauer die Wett-

Ing. Sallinger

bewerbsfähigkeit, Innovation und Leistungskraft der Betriebe nicht ersetzen.

Es gibt nur einen Weg, der zum Erfolg führt: die Wirtschaftspolitik muß ein Klima schaffen, in dem sich alle Unternehmen — die kleinen, die großen, die privaten und die verstaatlichten — gut entwickeln können und auch wohlfühlen.

Hohes Haus! Heute steht hier im Parlament die mittelständische Wirtschaft zur Diskussion. Ich möchte daher noch einmal unsere Vorschläge für eine moderne Mittelstandspolitik zusammenfassen.

Wir brauchen einen Belastungsstopp. Ich habe das schon so oft gesagt, daß ich selber nicht mehr glaube, daß er von der Regierung gemacht wird. Ich möchte diese Vorschläge aber doch noch einmal unterbreiten. Der Staat sollte sich so wenig wie möglich in die Betriebe einschalten. Regierung, Parteien und Sozialpartner müßten gemeinsam versuchen, das Wirtschaftsgeschehen zu entbürokratisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich habe diese Anregung schon früher gemacht, und sie ist von der Regierung auch aufgegriffen worden. Dafür möchte ich mich ebenfalls bedanken, weil man einen Weg geht, diesen Betrieben zu helfen. Ich hoffe, daß wir auf diesem Gebiet bald Erfolge erzielen. Die Österreichische Volkspartei wird im Verlaufe der heutigen Sitzung noch einen diesbezüglichen Entschließungsantrag einbringen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, sollte die Regierung größeres Vertrauen in die Leistungen der privaten Wirtschaft setzen. Dirigistische Maßnahmen sollten viel kritischer beurteilt werden. Die privatwirtschaftliche Tätigkeit des Staates sollte sich auf die unbedingten Notwendigkeiten beschränken. Eine ausreichende Eigenkapitalbildung ist eine Selbstverständlichkeit, die wir immer verlangt haben, eine wesentliche Grundlage für Investitionen, für Innovationen und auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, aber auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Dazu könnten steuerliche Einrichtungen und Finanzierungsformen wesentlich beitragen.

Wir brauchen mehr Unternehmer. Vor allem brauchen wir junge Menschen, denen man Anreize geben mußte, selbständig zu werden, sich selbständig zu machen und auch Betriebe zu gründen. Eine solche Politik würde nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die ganze Bevölkerung von Vorteil sein. Die Chancen der kleinen und der mittleren Betriebe, eine Wirtschaftsbelebung herbeizu-

führen, sind besser und sind größer, als viele annehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die stärkste Kraft der österreichischen Wirtschaft liegt in den Menschen, in den Unternehmen und allen ihren Mitarbeitern. Klein- und Mittelbetriebe können sich an neue Märkte besser anpassen — das haben wir in der letzten Zeit, glaube ich, gemeinsam feststellen können —, und bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sind sie, wie zahlreiche ausländische Beispiele zeigen, besonders erfolgreich.

Die Bundeskammer, meine Damen und Herren, ist ständig bemüht, dabei wirkliche Hilfe zu leisten. Die Wirtschaftsförderungsinstitute der Kammerorganisation haben 1983 rund eine Viertelmillion Menschen weitergebildet. Schon daraus ist zu ersehen, daß die österreichischen Unternehmer, daß ihre Mitarbeiter, die hier eine Gemeinschaft sind, laufend ihr Fachwissen vergrößern und Informationen über neue Einrichtungen und Entwicklungen sammeln wollen.

Auch das Beratungsservice der Handelskammer wird stark in Anspruch genommen. In den letzten Jahren wurden rund 11 000 Betriebsberatungen durchgeführt, wovon 80 Prozent Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten waren. Das zeigt, daß gerade diese kleinen und mittleren Unternehmer alle Möglichkeiten ausnützen, um Schritt zu halten, Schritt zu halten mit der neuen Technik, Schritt zu halten mit der Technologie, sich so zu stellen, daß sie nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland wettbewerbsfähig sein können.

Sie erbringen aber auch ihrerseits eine unersetzliche Ausbildungsleistung. Derzeit sind in der gewerblichen Wirtschaft rund 190 000 Lehrlinge beschäftigt, und ich habe schon einmal gesagt, wir haben, soweit dies möglich ist, alles ausgenützt, damit die Jugend beschäftigt ist. Zum Unterschied von vielen anderen Industrieländern konnten in Österreich die meisten Schulabgänger auf Lehrplätzen untergebracht werden. Für unsere Jugend, die für uns so wichtig ist, ist großes Verständnis — nicht nur in Reden — erforderlich. Die praxisnahe Ausbildung in unseren Betrieben ist von hoher Qualität und eine Grundlage für die spätere Berufstätigkeit. Unsere Ingenieure, unsere Facharbeiter und alle, die dort tätig sind, sind nicht nur hier im Inland, sondern auch im Ausland sehr bekannt und sehr geschätzt. Erwiesenermaßen sind fachlich hochqualifizierte Arbeits-

2970

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Ing. Sallinger

kräfte von der Arbeitslosigkeit weniger bedroht als Leute, die keine gediegene Berufsausbildung haben.

Der Mittelstandsbericht der Bundesregierung beinhaltet eine eingehende Analyse der Probleme der kleinen und der mittelständischen Betriebe und zeigt auch viele branchenspezifische Besonderheiten und Erfordernisse auf. Somit gibt dieser Bericht meines Erachtens viele wertvolle Ansatzpunkte für mittelstandspolitische Maßnahmen. Ich betone ausdrücklich, daß bei der Erstellung dieser Analyse das Handelsministerium eng mit der Bundeswirtschaftskammer zusammengearbeitet hat, und ich möchte auch dazu danke sagen.

Ich hätte mir aber gewünscht, daß bei der Erarbeitung des Maßnahmenanteils unsere Vorstellungen stärker berücksichtigt worden wären. Dieser Teil geht leider kaum über die Beschreibung bestehender Maßnahmen und Aktionen hinaus. Ich vermisse Lösungsvorschläge für wichtige Probleme, etwa für die Verbesserung der Eigenkapitalbildung. Es fehlen auch zukunftsorientierte Aussagen über weitere Entwicklungschancen der kleinen und der mittleren Betriebe in ihrem Bereich.

Demnach habe ich doch die Hoffnung, daß dieser Bericht die Basis ist für manche wirtschaftspolitische Entscheidungen. Ich möchte sagen, es ist ein Anfang für mich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dazu wird es aber notwendig sein, daß der Politik endlich realistische Vorstellungen darüber zugrunde gelegt werden, was ein Betrieb ist und welche Aufgaben er hat. Manche glauben, ein Betrieb sei eine willkürliche Ansammlung von Arbeitsplätzen. Andere wieder meinen, ein Unternehmen ist vor allem ein Feld für Sozialexperimente. Sogar als Demonstrationsprojekte für staatliche Beschäftigungssicherung werden Betriebe benützt.

All diese Vorstellungen sind ebenso falsch wie schädlich. Das alles hat mit einem lebendigen Betrieb nichts zu tun. Sie kennen ja meine Meinung, daß wir uns Politiker alle auch einmal einen Betrieb von innen anschauen sollen, womöglich mitgearbeitet haben sollen. Dann erst verstehen wir, was im Buch steht, und dann erst wissen wir, was die Wirklichkeit uns gibt und zeigt.

Ein Unternehmen ist eine Leistungsgemeinschaft. Es hat den Zweck, Produkte und

Leistungen, die auf den Märkten gefragt sind, zu konkurrenzfähigen Preisen anzubieten. Entscheidend ist die Auffassung, daß nicht der Staat, sondern nur konkurrenzfähige Unternehmen in einer Zusammenarbeit mit ihren Partnern im Betrieb auf Dauer Arbeitsplätze schaffen und sichern können.

Ich glaube, wir sollten für die Mittelstandspolitik der Zukunft einige wichtige Fragen außer Streit stellen. Das ist in erster Linie die unentbehrliche Rolle des freien Unternehmers in der Gesellschaft. Ohne Unternehmer, die risikobereit sind und Erträge erzielen, ist weder die Beschäftigung zu halten noch die soziale Sicherheit zu finanzieren.

Wir wollen uns gemeinsam bemühen, ein gutes soziales Klima, das wir haben, zu verbessern und vielleicht ein neues zu schaffen.

Wir brauchen auch ein unternehmerisches Klima. Wir brauchen ein Klima, das den Unternehmer zu Investitionen anregt, das ihn zu Wagnis und Innovationen ermutigt. Und außer Streit stehen müßte, daß unsere Wirtschaftsordnung mehr Markt und weniger Staat braucht.

Auch manche Vertreter der großen Regierungspartei sind zu der Auffassung gelangt, daß der Staat nicht für alle Bereiche ein Allheilmittel sein kann. Sie sehen diese Frage längst nicht mehr ideologisch, sondern pragmatisch an.

Eine Privatisierung sollte überall dort Platz greifen, wo durch Privatinitiativen bessere und wirtschaftliche Ergebnisse erzielt werden können. Und schließlich müssen wir außer Streit stellen, daß die Betriebe eine Leistungsgemeinschaft sind. Die Betriebe sollten mehr unternehmen können als verwalten müssen.

Andererseits haben wir die Erhaltung der Vollbeschäftigung, der sozialen Sicherheit und unseres Wohlstandes längst außer Streit gestellt.

Die Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, wird dann in die Zukunft investieren, wenn sie auf die unternehmerische Initiative vertraut und sich nicht damit begnügt, immer nur die Schulden für Arbeitsplätze von gestern abdecken zu müssen.

Wenn wir uns über diese grundlegenden Fragen einig werden, habe ich keine Sorgen um unsere wirtschaftliche Zukunft. Und dann wird auch die mittelständische Wirtschaft in unserem Land ihren Beitrag weiterhin zur

Ing. Sallinger

Beschäftigung und vielleicht sogar erhöht zum Wohlstand der gesamten Bevölkerung in unserem Lande leisten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.44

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Mühlbacher.

11.44

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben soeben eine herzhafteste Rede des Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer gehört, und, man muß es ja auch betonen, des Obmannes des Wirtschaftsbundes. Denn er hat sich selbst darauf bezogen, daß der Wirtschaftsbund das alles gemacht hat, er hat ihn „Lokomotive“ genannt.

Da muß ich eines dazu sagen. Es war eine Rede, die über das ganze wirtschaftliche Feld geführt hat, beginnend von Eigenkapitalbildung ... *(Abg. Graf: Wie hätten Sie es denn gern gehabt?)* Das sage ich Ihnen jetzt, Herr Präsident Graf, wie ich mir das vorstelle, und ich werde Ihnen das auch demonstrieren, nämlich nicht in der Form, wie es der Herr Präsident gemacht hat, daß er alles angezogen hat, aber nichts dazu gesagt hat.

Im Gegenteil, ich habe seiner Rede nur Widersprüchlichkeiten entnommen. Widersprüchlichkeiten wie: weniger Staat, aber wir wollen gefördert werden. Das heißt, ich verlange vom Staat Unterstützung. Die Rede enthielt zum Beispiel den Ausspruch: mehr Mittelstandspolitik als Förderung. Aber gleichzeitig hat der nächste Satz gelautet: Aber die gewerbliche Wirtschaft braucht die Unterstützung des Staates, die Unterstützung der Regierung und die Anerkennung.

Verehrte Damen und Herren! Sicherlich ist das alles heute zu sagen, aber dem Grund nach liegt der Bericht über die Lage der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich vor. Ich kann mich mit dem Wort „Mittelstand“ noch immer nicht anfreunden, denn ich weiß nicht, was Sie damit meinen, und ich weiß auch nicht, was Sie mit „Mittelstandsbericht“ meinen.

Klar und deutlich ist: Bericht zur Lage der kleineren und mittleren Betriebe in Österreich. Dies ist ein erster Bericht.

Die Bundesregierung erfüllt mit der Vorlage dieses Berichtes ihre gesetzliche Verpflichtung nach dem im Jahre 1982 einstimmig beschlossenen Bundesgesetz über Maßnahmen zur Leistungssteigerung kleiner und

mittlerer Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! Ich habe unterstrichen: einstimmig beschlossen, weil der Herr Präsident gesagt hat, er ist die Lokomotive von allen. Das war ein einstimmiger Beschluß. Und wenn er das Wort „Wirtschaftsbund“ heute schon genannt hat, dann verweise ich auf das Zielprogramm des Freien Wirtschaftsverbandes, da steht nämlich schon im Jahre 1970 drinnen, daß wir einen Bericht über die Lage der kleinen und mittleren Betriebe wollen. *(Abg. Staudinger: Und da haben Sie so lange gebraucht!)*

Also das Hervorstellen, daß alles die „Lokomotive Sallinger“ macht, das möchte ich ein bißchen in Frage stellen. Denn so ist das natürlich auch nicht. Aber ich bin ja einer jener, der immer bereit ist, für die Wirtschaft zusammenzuarbeiten, für die gewerbliche Wirtschaft und insbesondere für die kleinen Betriebe. *(Abg. Dr. Keimel: Dann müssen Sie die Partei wechseln! — Abg. Graf: Er soll nur dort bleiben, bei seiner Partei!)*

Verehrter Herr Kollege! Was Herr Präsident Sallinger verschwiegen hat und auf was ich bei meinen Ausführungen jetzt besonderen Wert lege, war ja das, daß genau die Maßnahmen dieser Regierung, und die sind im Bericht angeführt, dazu geführt haben, daß eine Verbesserung in der gewerblichen Wirtschaft eingetreten ist, verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das hat nicht der Wirtschaftsbund gemacht, sondern das war die tatkräftige Unterstützung der sozialistischen Regierung und nunmehr der sozialistischen und freiheitlichen Regierung.

Verehrte Damen und Herren! Wie schon erwähnt, wird mit diesem ersten Bericht gewissermaßen Neuland betreten. Es wird ein neuer Weg beschritten in der Information und der Diskussion über die Wirtschaftspolitik. Erstmals wird über einen besonderen Teilbereich unserer Wirtschaft, nämlich die Klein- und Mittelbetriebe, nicht im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, dem Budget und einem speziellen Gesetz, von dem die gewerbliche Wirtschaft betroffen wird, diskutiert.

Mit diesem Bericht wird uns die Möglichkeit gegeben, umfassend und ausschließlich über die Anliegen und Wünsche der Klein- und Mittelbetriebe, über ihre Probleme und ihre Möglichkeiten und über die Politik, die

Mühlbacher

für sie gemacht wird, und ihre Auswirkungen zu diskutieren und die notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Ich glaube, daß diese Möglichkeit gut und nützlich ist, und wie sich herausstellt, sind wir in diesem Punkt hier im Hause einer Meinung. Ich möchte aber gleich hinzufügen, nützen wir diese Chance im Interesse unserer Betriebe zu sachlichen und konstruktiven Beratungen.

Natürlich ist diese Debatte für jede Partei die Gelegenheit, ihren Standpunkt und ihre Vorschläge zu präsentieren. Politische Schlagworte, meine Damen und Herren, und Propagandaparenen bringen uns aber nicht weiter.

Ebenso selbstverständlich ist, daß mit diesem Bericht auch aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik, die auch die Rahmenbedingungen für die Klein- und Mittelbetriebe schaffen und beeinflussen, diskutiert werden. Auch dazu möchte ich Stellung nehmen.

Bevor ich jedoch direkt auf die Aussagen dieses Berichtes und die Schlußfolgerungen daraus näher eingehe, möchte ich, meine Damen und Herren, vorneweg noch eine grundsätzliche Feststellung treffen. Dieser Bericht und nicht nur sein Inhalt und seine Aussagen, sondern allein schon die Tatsache, daß er mit viel Sorgfalt ausgearbeitet wurde und daß er von uns mit größter Aufmerksamkeit und Verantwortungsbewußtsein beachtet und beraten wird, soll auch die Wertschätzung, welche die Bundesregierung und die Sozialistische Partei diesem wichtigen Teil unserer Wirtschaft und den in diesem Bereich tätigen Selbständigen und Betriebsinhabern entgegenbringen, zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, nun zu dem Bericht, der die Entwicklung der kleineren und mittleren Unternehmungen in den Jahren 1976 bis 1982 umfaßt. An der Erstellung des Berichtes haben zahlreiche Institutionen, Stellen und Behörden mitgearbeitet, die zuständigen Ministerien, Nationalbank, das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, das Statistische Zentralamt, die Institute für Gewerbeforschung und Handelsforschung, die verschiedenen Fonds und Finanzierungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und selbstverständlich auch die öffentlich-rechtliche Interessensvertretung der Wirtschaft, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Sie alle haben umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt und Beiträge geleistet.

Die Zusammenfassung dieser Daten in dem vorliegenden umfassenden Bericht bestätigt erneut, was bereits bekannt und uns allen bewußt ist: Die Klein- und Mittelbetriebe sind ein Faktor unserer Wirtschaft, der einfach nicht wegzudenken ist und dessen Bedeutung nicht hoch genug bewertet werden kann. Und das in verschiedener Hinsicht.

98,7 Prozent aller österreichischen Betriebe beschäftigen weniger als 100 Mitarbeiter. Bei fast 86 Prozent der Betriebe liegt die Zahl der Beschäftigten unter 10. Aber gerade diese Betriebe waren es in den letzten Jahren, die zur Erhaltung der im internationalen Vergleich bei uns noch immer erfreulich günstigen Beschäftigungssituation einen besonders wichtigen Beitrag geleistet haben. Die Entwicklung der Beschäftigung in den Jahren 1973 bis 1981 zeigt nämlich, daß es gerade — und nur bei den kleinen und mittleren Betrieben der gewerblichen Wirtschaft — eine Zunahme bei den Arbeitsplätzen gab.

Bei den kleinsten Betrieben war diese Zunahme sogar am stärksten. In der Kategorie der Unternehmen bis zu 10 Beschäftigten nahm die Zahl der Arbeitsplätze um 12,1 Prozent zu. Bei den Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten gibt es um 9,9 Prozent mehr Arbeitsplätze. Bei allen größeren Betriebskategorien hat in der gleichen Zeit durch den Strukturwandel und durch Rationalisierungsmaßnahmen die Zahl der Arbeitsplätze abgenommen. Daß es in der Zeit von 1973 bis 1981 insgesamt einen Zuwachs bei den Arbeitsplätzen von 1,3 Prozent gab, ist also nur den Betrieben bis zu 50 Beschäftigten zu danken.

Unbestritten ist auch die Wichtigkeit der Klein- und Mittelbetriebe für die Ausbildung des Berufsnachwuchses und damit für die Jugendbeschäftigung. Drei Viertel aller Lehrlinge werden von Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten ausgebildet. Diese Ausbildungsleistung unseres Gewerbes, des Handels und im Fremdenverkehr wird von der Allgemeinheit und der öffentlichen Hand heute in weitaus größerem Maß anerkannt und gewürdigt. Das ist erfreulich. Während früher oft die falsche Meinung zu hören war, wie: die Ausbildung von Lehrlingen sei für die Betriebe ein gutes Geschäft, so weiß heute doch ein jeder, der sich dafür interessiert, daß Ausbildung des Berufsnachwuchses zu guten Facharbeitern für den Betrieb zusätzliche Kosten und eine Belastung bedeutet. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Die Wirtschaft unterzieht sich aber trotzdem dieser Aufgabe, nicht zuletzt deshalb, weil sie selbst gutausgebil-

Mühlbacher

dete Fachkräfte braucht, um in Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben.

Die öffentliche Hand anerkennt die Ausbildungsleistung der gewerblichen Wirtschaft, indem sie heute in weit stärkerem Umfang als früher im bestimmten Fällen die Ausbildung der Jugend durch eine Lehrstellenförderung unterstützt. Diese verstärkte Unterstützung der Lehrlingsausbildung erfolgte in materieller Hinsicht durch die mehrmalige Erhöhung der Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge, das Sonderprogramm des Bundes zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen sowie durch eine Reihe spezieller Förderungsaktionen, wie zum Beispiel die Förderung von Lehrstellen für Mädchen in Berufen mit geringem Frauenanteil, die Förderung der Bereitschaft zu mehr Mobilität, wenn es darum geht, eine Lehrstelle außerhalb des Wohnortes anzunehmen, oder die finanzielle Unterstützung von Institutionen und Vereinigungen, die Lehrlingen und jugendlichen Arbeitnehmern günstige und preiswerte Wohnmöglichkeiten bieten.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich im Hinblick auf die in der Vergangenheit zum Teil sehr heftig geführte Diskussion über die Förderung von zusätzlichen Lehrstellen noch eine Feststellung treffen. Entgegen der Behauptung, daß es hier zu einer ungerechtfertigten Bevorzugung der Industrie, vor allem der verstaatlichten Industrie, gekommen sei, geht aus dem vorliegenden Bericht eindeutig hervor, daß dem nicht so ist. Ich zitiere einen Satz aus dem Bericht zu diesem Punkt wörtlich: Der Prozentsatz der Klein- und Mittelbetriebe an den insgesamt 4 235 geförderten Betrieben betrug in den einzelnen Jahren zwischen 80 und 93 Prozent. (*Abg. Staudinger: ... doch die Differenzierung in der Höhe der Förderung !*) Aber Herr Abgeordneter, das bestätigt genau das, was ich gesagt habe! Ich würde Sie bitten, mit Ihren Unterlagen dann entsprechend das Gegenteil aufzuzeigen, wenn Sie glauben, daß es einen Wert hat, das zu behaupten.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zu einem sehr wichtigen Punkt, nämlich zu der Frage: Was hat die Bundesregierung in den letzten Jahren zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe getan? — Wir sind uns darüber einig, daß der rasche wirtschaftliche und technische Wandel zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Wirtschaft geführt hat. Diese Veränderungen haben alle Bereiche erfaßt; niemand, egal welche Branche, blieb davon verschont. Und dieser Prozeß wird sich

in Zukunft noch fortsetzen. Für die Betriebe ergab und ergibt sich der Zwang, sich anzupassen, sich auf die neue Situation einzustellen.

Nun ist gerade die Anpassungsfähigkeit, die Flexibilität, eine der großen Stärken der kleineren und mittleren Betriebe. Sich anzupassen, den Anschluß an die neuen Entwicklungen nicht zu verlieren, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten bedeutet für die Betriebe: investieren, modernisieren, rationalisieren. Das bedeutet für die Betriebe auch einen erhöhten Kapitalbedarf.

Die Bundesregierung hat es immer als ihre Aufgabe angesehen, die Wirtschaft und insbesondere auch die kleineren und mittleren Betriebe bei dieser Aufgabe nach besten Kräften zu unterstützen. Es ist daher auch diesem vorliegenden Bericht klar zu entnehmen, daß neben der indirekten, also der steuerlichen Wirtschafts- und Investitionsförderung vor allem die direkte Wirtschaftsförderung stark ausgeweitet wurde.

Die für die gewerbliche Wirtschaft in diesem Zusammenhang nach wie vor wichtigste Einrichtung ist die BÜRGES, über die zahlreiche mit Bundesmitteln geförderte Aktionen abgewickelt werden.

Die einzelnen Förderungsaktionen für die gewerbliche Wirtschaft wurden wiederholt verbessert und ausgebaut. Neue Aktionen wurden ins Leben gerufen.

Dazu, meine Damen und Herren, nur einige Zahlen, welche die Ausweitung der Bundesförderung der Klein- und Mittelbetriebe eindrucksvoll belegen: Bei der Kleingewerbekreditaktion, der sogenannten Stammbürges, wurde die Kreditobergrenze für den einzelnen Förderungsfall auf 500 000 S angehoben und für den Förderungswerber die Möglichkeit geschaffen, zwischen einem Zinsenzuschuß und einem einmaligen Förderungszuschuß von 12 Prozent zu wählen.

Allein in dem Zeitraum dieses Berichtes, also in den Jahren 1976 bis 1982, wurden für diese Aktion Bundesmittel in der Höhe von über 820 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Damit, meine Damen und Herren, war es möglich, Investitionsvorhaben von 31 297 Betrieben allein im Rahmen dieser Aktion zu fördern und zu unterstützen.

Die geförderte Kreditsumme erreichte das gewaltige Ausmaß von weit über 7,6 Milliarden Schilling.

Mühlbacher

Im Jahre 1983 hat sich übrigens die starke Nachfrage nach geförderten Investitionskrediten fortgesetzt.

Bei der Kleingewerbekreditaktion hat die Zahl der bewilligten Förderungsanträge um 21 Prozent auf 4 602 zugenommen.

Das geförderte Kreditvolumen ist im Vorjahr bei dieser Aktion um 17,4 Prozent auf 1,21 Milliarden Schilling gestiegen.

Die zweite Förderungsaktion, die über die BÜRGEN abgewickelt wird und für die kleineren und mittleren Betriebe von besonderem Gewicht ist, ist die Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969. Auch bei dieser Aktion kam es zu ganz entscheidenden Verbesserungen für die Wirtschaft.

Voraussetzung dafür war, daß der Bund dafür mehr Mittel zur Verfügung stellte. Waren es ursprünglich nur 3 Prozent der Einnahmen aus der Bundesgewerbesteuer, die dafür bereitgestellt wurden, so wurde dieser Prozentsatz zur Zeit der sozialistischen Regierung vorerst auf 5 Prozent und seit dem Jahr 1979 auf 7,5 Prozent, also auf das Zweieinhalbfache des ursprünglichen Satzes, angehoben. Damit war eine starke Ausweitung der Aktion möglich.

Diese Ausweitung kommt der gewerblichen Wirtschaft in Form der Anhebung der geförderten Kreditobergrenze auf 5 Millionen Schilling und in der Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Förderungsformen — einer Prämie in der Höhe von 15 Prozent oder verschiedenen Varianten von Kreditkostenzuschüssen — zugute.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Gewerbestrukturverbesserungsaktion zwei neue besonders attraktive Förderungsaktionen geschaffen. Es handelt sich dabei um die TOP-Aktion für bestehende Gewerbebetriebe und die TOP-Aktion für die Neugründung von Klein- und Mittelbetrieben. Mit diesen beiden neuen Aktionen werden sowohl bestehende Betriebe als auch Betriebsneugründungen stark gefördert, wenn es sich um Investitionen von besonderer struktureller Bedeutung handelt.

In solchen Fällen ist erstmals eine Mehrfachförderung in der Weise vorgesehen, daß zusätzlich zu einer Investitionsprämie in der Höhe von 15 Prozent gleichzeitig ein Kreditkostenzuschuß und eine Haftungsübernahme gewährt werden.

Welches Volumen diese Förderungsaktion hat, zeigen wiederum die Zahlen in diesem Bericht.

Von 1976 bis 1982 haben 13 409 Betriebe diese Aktion in Anspruch genommen. Die geförderte Kreditsumme erreichte über 24 Milliarden Schilling. Die Bundesmittel, die dafür zur Verfügung gestellt wurden, lagen bei 2,3 Milliarden Schilling.

Ich würde bitten, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, diese Beträge doch auch den Finanzierungen der Großbetriebe gegenüberzustellen. Sie werden daraus erkennen, daß die Kleinbetriebe sicherlich nicht benachteiligt sind, wenn Sie dabei noch berücksichtigen, welche Bedeutung die Großbetriebe für die Kleinbetriebe haben, nämlich daß sie die kleinen Betriebe als Zulieferer beschäftigen.

Meine Damen und Herren! In den Berichtszeitraum fällt auch die Schaffung einer gerade für den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe besonders wichtigen neuen Förderungsaktion: die Aktion zur Förderung von Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen durch junge Unternehmer.

Zunächst wurde diese Aktion im Jahre 1977 nur für die Förderung von Neugründungen und die Übernahme von Nahversorgungsbetrieben und Betrieben in abwanderungsgefährdeten Gebieten eingerichtet. Im Jahre 1979 wurde dann diese Beschränkung aufgehoben und die Aktion auf alle Branchen und Bereiche ausgeweitet. Gleichzeitig wurde die Förderungsobergrenze von 500 000 S auf 2 Millionen Schilling angehoben, was wieder bedeutet, daß ein Jungunternehmer heute mit einer Starthilfe durch den Staat bis zu 300 000 S rechnen kann.

Seit Bestehen dieser Aktion wurden bis Ende 1982 über 4 500 Neugründungen oder Neuübernahmen von Betrieben durch vorwiegend jüngere Mitbürger gefördert, wofür über 280 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt wurden.

Diese geförderten Betriebsneugründungen beziehungsweise Betriebsübernahmen kamen übrigens zu je rund 40 Prozent dem Gewerbe und dem Fremdenverkehr und zu rund 20 Prozent dem Handel zugute.

Die geförderte Kreditsumme überschritt in dieser Zeit bereits die 2,5-Milliarden-Schilling-Grenze.

Mühlbacher

Wie wichtig diese Aktion zur Erneuerung unserer Wirtschaft und zur Förderung von jungen Österreichern mit Initiative und Tatendrang ist, zeigt auch die Entwicklung dieser Aktion im Vorjahr. Eine Zunahme der bewilligten Förderungen um beachtliche 27 Prozent, womit 1 305 Neugründungen oder Übernahmen gefördert wurden, läßt erkennen, daß das Interesse und die Bereitschaft, eine selbständige Existenz aufzubauen, heute zumindest ebenso groß ist wie früher.

Diese erfreuliche Tendenz bei unserer Jugend soll durch eine weitere Verbesserung der Förderung von Existenzgründungen und Jungunternehmern unterstützt werden.

Neben diesen drei Förderungsaktionen wurden auch alle übrigen Aktionen zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in dem Berichtszeitraum weiter ausgebaut und verbessert. Ich möchte hier nur die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion, die zahlreichen Prämienaktionen für den Fremdenverkehr, wie die Komfortzimmer-Aktion, die Aktion „Jederzeit warme Küche“, Sanitärräume auf Campingplätzen, die Seen-Aktion, die ERP-Ersatzaktion, die gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern oder die Zinsenstützungsaktion erwähnen.

Alle diese Förderungsaktionen — ich lasse hier absichtlich die Aktionen zur Forschungsförderung und für den Export vorerst unerwähnt — erleichterte in der Vergangenheit den Klein- und Mittelbetrieben die Finanzierung notwendiger Investitionen zur Modernisierung der Betriebe und zur Strukturanpassung.

Ja man kann sagen: Diese umfangreiche Förderung in direkter Form über die verschiedenen Aktionen und in indirekter Form durch die Steuerbegünstigungen ermutigten in vielen Fällen die Unternehmer. So mancher Wirtschaftstreibende konnte sich durch die Förderung überhaupt erst an Investitionen, die er für die Zukunft seines Betriebes für notwendig hielt, heranwagen.

Diese Tatsache, meine Damen und Herren, muß man gemeinsam mit dem sich aus unserer steuerlichen Abschreibungspraxis ergebenden Bild unserer Firmenbilanzen berücksichtigen, wenn man über die Eigenkapitalsituation unserer Betriebe ernsthaft diskutieren will.

Es ist richtig, daß der Fremdfinanzierungsanteil in den letzten Jahren weiter zugenom-

men hat und insgesamt bei den Betrieben sehr hoch ist.

Es ist auch richtig, und auch ich bin dieser Ansicht, daß die Eigenkapitalbasis der Betriebe gestärkt werden soll und daß dafür etwas getan werden muß. Aber es ist falsch, wenn man an der derzeitigen Situation der Wirtschafts- und Steuerpolitik die Schuld zu geben versucht. Es ist falsch, wenn man immer nur von zusätzlichen Belastungen, die der Wirtschaft angeblich aufgebürdet werden, spricht und alle wirtschaftsfördernden Maßnahmen für die Betriebe verschweigt und einfach übergeht. *(Abg. Staudinger: Was wird zugunsten der Eigenkapitalbildung getan werden?)*

Herr Abgeordneter Staudinger! Wir kommen wieder zu der Frage der Eigenkapitalbildung, und da gehe ich davon aus, daß das auf Grund der Statistik hier vorgebracht wird. Ich verweise wieder auf die indirekten Investitionsförderungen, das heißt auf die steuerbegünstigten Investitionen, die in Österreich und nur in Österreich möglich sind, weil sie einmalig ausgestattet sind.

Durch die Abschreibungsmöglichkeiten, die durch das Gesetz, durch die Investitionsfreundlichkeit geboten werden, stehen auf der Aktivseite unsere Investitionen fast immer mit Null zu Buche, weil sie vorzeitig abgeschrieben werden können, andererseits aber ihren Wert doch behalten. Denn nach den ersten zwei Jahren repräsentieren sie ja noch einen Wert, der aber nicht in der Bilanz ausgewiesen ist, während die aufgenommenen Kredite mit dem Nominalbetrag als Passiva in der Bilanz aufscheinen. Daher ist dieses Bilanzbild trügerisch, weil ja das Eigenkapital durch schlechte Bewertung falsch ausgewiesen wird.

Ich gebe die Erhöhung des Fremdkapitals in unseren Betrieben zu, aber nicht die immer von Ihnen hervorgestrichene Eigenkapitalknappheit, die sich nur aus den Bilanzen ergibt und die nicht den Tatsachen entspricht. *(Abg. Staudinger: Darüber wird heute noch zu sprechen sein!)* Darüber wird man sprechen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir bei den immer wieder zitierten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehört, insbesondere für ein so kleines Land mit einer starken Außenhandelsverflechtung wie Österreich, zum einen die weltwirtschaftliche

Mühlbacher

Situation. Diese war in dem Berichtszeitraum alles andere als erfreulich. Die Schwierigkeiten und die Probleme, die sich daraus auch für unser Land und für unsere Wirtschaft ergeben haben, sind allgemein bekannt, ich will hier nicht näher darauf eingehen.

Obwohl sich in der Internationalen Konjunktur eine leichte Besserung abzeichnet, sind wir die Sorgen, die sich aus der Weltwirtschaftslage ergeben, vermutlich in nächster Zeit noch nicht los.

Nach den OECD-Prognosen wird die Arbeitslosigkeit in Europa von 17,5 Millionen im zweiten Halbjahr 1983 bis Mitte 1985 noch auf über 20 Millionen steigen.

Zur Bewältigung dieses Arbeitsmarktproblems, das durch den Strukturwandels, die Mikroelektronik und andere neue Technologien bedingt ist, hat auch die Anfang Februar in Paris tagende Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der 24 Mitgliedsländer der OECD kein Patentrezept gefunden.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen speziell für die Klein- und Mittelbetriebe wurden in den letzten Jahren auch eine Reihe legislativer Maßnahmen getroffen, Maßnahmen, die von der gewerblichen Wirtschaft seit langem gefordert worden waren.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Schaffung eines zeitgemäßen Gewerbe-rechtes. Die neue Gewerbeordnung ist zwar schon mit 1. August 1974 in Kraft getreten, als Grundlage für jede wirtschaftliche Tätigkeit als Selbständiger hat sie naturgemäß auch für den Berichtszeitraum fundamentale Bedeutung.

Ich erinnere an die Neuregelung des Berufsausbildungsgesetzes, die für die Klein- und Mittelbetriebe im Hinblick auf ihre schon erwähnte überragende Stellung bei der Lehrlingsausbildung besonders wichtig ist. Besonders unterstreichen möchte ich in diesem Zusammenhang, daß dabei kein Zweifel an der Beibehaltung der bewährten betrieblichen Lehrlingsausbildung in Form des Systems der dualen Berufsausbildung gelassen wurde.

Ich erinnere an die gesetzlichen Regelungen, die zum Schutze der kleineren und mittleren Betriebe im Handel beschlossen wurden: an das Gesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen im Handel, an das gesetzliche Verbot des Verkaufs bestimmter Waren unter dem

Einstandspreis, an das neue Ausverkaufsrecht, an die Festsetzung von Festpreisen, wie zum Beispiel für Zucker, womit kleinere Einzelhandelsgeschäfte, die eine wichtige Nahversorgungsfunktion erfüllen, geschützt werden.

Ich erinnere an die Reform des GesmbH-Rechtes und die steuerlichen Erleichterungen für die bestehenden Gesellschaften.

Ich erinnere an das Garantiesgesetz beziehungsweise an die Novelle zu diesem Gesetz, mit der die Grundlage für den Ankauf von Forderungen zum Schutz kleinerer Betriebe nach Insolvenzfällen geschaffen wurde.

Und ich erinnere nicht zuletzt an die Verbesserungen des Sozialrechtes für Selbständige und ihre Familien. Als Beispiel möchte ich nur die Einführung des Wochengeldes für Unternehmerinnen erwähnen, eine langjährige Forderung der selbständig erwerbstätigen Frauen im Freien Wirtschaftsverband.

Alle diese Gesetze sind ein Teil der Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Existenz der kleineren und mittleren Betriebe zu schützen, um ihre Chancen in der Wettbewerbskraft zu stärken, kurz, um die Rahmenbedingungen für sie zu verbessern.

Zu diesen Bemühungen gehört auch die in den letzten Wochen erzielte Einigung über die Erleichterung für Klein- und Mittelbetriebe bei der Bewältigung der Arbeiterabfertigung.

Meine Damen und Herren! Zur Förderung und Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe ist in den letzten Jahren viel geschehen; das bestätigt der vorliegende Bericht. Es bleibt aber auch in Zukunft noch viel zu tun. Wo die Ansatzpunkte und die Schwerpunkte dafür sind, soll nicht zuletzt die Diskussion über diesen Bericht zeigen. Lassen Sie mich einige dieser Schwerpunkte kurz andeuten.

Zunächst zum Bereich der Steuern. Hier sind wir meiner Meinung nach vor allem bei der Vereinfachung der Steuergesetzgebung noch zu wenig weit vorangekommen. Die Vorschriften und Bestimmungen sind noch immer viel zu kompliziert, sie sind für den Selbständigen zu unübersichtlich, und sie verursachen zuviel Verwaltungsaufwand; eine Aufgabe, die bei der kommenden Steuerreform gestellt ist.

Eine Entlastung der Betriebe ist auch im Bereiche der übrigen administrativen Vorschriften und von Verwaltungsaufgaben not-

Mühlbacher

wendig. Unnötige bürokratische Bestimmungen gehören beseitigt, damit dem Unternehmer wieder mehr Zeit bleibt, um sich auf seine ureigenste unternehmerische Aufgabe zu konzentrieren.

Dieser Abbau der Bürokratie, zu dem sich Bundeskanzler Dr. Sinowatz ausdrücklich bekannt hat, ist vor allem auch für jenen Bereich besonders wichtig, der in Zukunft besonders gefördert werden soll: für die Neugründung von Betrieben.

Einfachere Vorschriften, weniger bürokratische Auflagen und übersichtlichere Bestimmungen sind für einen Jungunternehmer oft eine ebenso wirksame Starthilfe wie die finanzielle Förderung.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich auf den von Ihnen einzubringenden Entschließungsantrag zu sprechen kommen.

Es ist wieder einmal das Typische von seiten der Österreichischen Volkspartei: Die Regierung sagt bereits zu, arbeitet an einer Entbürokratisierung, setzt alle Maßnahmen bereits in Bewegung. Und nun kommt die Österreichische Volkspartei und wird heute einen Antrag betreffend Entbürokratisierung der Wirtschaft einbringen.

Sie verlangt in diesem Entschließungsantrag, daß die Bundesregierung eine Kommission einsetzt, bestehend aus den Vertretern der Bundesministerien für Finanzen, Soziales, Handel und Gewerbe, aus Vertretern der Sozialpartner und der drei im Nationalrat vertretenen Parteien mit folgendem Arbeitsauftrag — es folgen nun sieben Punkte.

Schon aus der Zusammensetzung ist zu erkennen, daß eine Monsterkommission gegründet werden soll, die so umfassend ist, daß sie über alle Ressorts hinweggeht.

Und jetzt kommen wir zu diesen sieben Punkten, verehrte Damen und Herren! Der erste besagt gleich: „Geltende Vorschriften ... sollen auf ihre Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Folgewirkung auf den Wirtschaftsablauf überprüft werden.“

Verehrte Damen und Herren! Diese Aufgabe steht uns grundsätzlich bei jeder Novellierung hier im Haus zu, und wir können jederzeit damit beginnen. Wir brauchen dazu wirklich nicht diese große Kommission, die sicherlich nicht so wirksam arbeiten kann wie der jeweilige parlamentarische Ressortbe-

reich, wie der Handelsausschuß, der Finanzausschuß, der Sozialausschuß und so weiter.

Sie verlangen im Punkt 2, daß die Erledigungsfristen für Konzessionserteilungen, Baugenehmigungen, Betriebsanlagengenehmigungen, Förderungsansuchen und so weiter verkürzt werden sollen mit einer Befristung von drei Monaten.

Verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Das umfaßt ja nicht nur Bundesangelegenheiten. Hier kommen Sie in den Gemeindebereich und in den Landesbereich hinein. Sie wollen also etwas schaffen, das so umfassend ist, das aber nicht wirksam sein kann, weil Sie ja von hier aus nicht auf andere Gremien einwirken können. (*Abg. Dr. Schwiemer: Mit einem Wort: Sie haben Vorbehalte gegen einen Bürokratieabbau!*)

Weiter geht es mit Punkt 3: „Bei Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen sollten möglichst alle zur Betriebsaufnahme notwendigen Bewilligungen bei einer Behörde, die dafür federführend ist, konzentriert werden.“

Verehrte Damen und Herren! Dazu sind bereits Stellen eingerichtet beim Handelsministerium und andere Informationsstellen. Es geht ihnen jeder an die Hand. Ich glaube, auch dazu ist diese Kommission nicht erforderlich. Aber was Sie damit machen wollen: Sie wollen jetzt einen Antrag einbringen, damit Sie sagen können, so wie das heute der Herr Präsident Sallinger gemacht hat, Sie sind die Lokomotive, obwohl das alles zum Teil schon getan ist oder im Werden ist.

Punkt 4: „Die Behörden sollten dem Anfragenden eine Checkliste zur Verfügung stellen, aus der alle erforderlichen Unterlagen und Genehmigungen ersichtlich sind. Auch Unterlagen über Förderungsmaßnahmen sollten ausgehändigt werden.“

Verehrte Damen und Herren! Diese Unterlagen gibt es überall, insbesondere bei der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Das gehört ja auch zu ihrem Aufgabenbereich. Sie soll informieren. Wie ich weiß und wie bekannt ist, ist auch beim Handelsministerium eine solche Servicestelle eingerichtet. Also dazu ist diese Kommission auch nicht notwendig.

Damit kommen wir zum finanzamtlichen Teil. Sie verlangen: „Betriebsprüfungen sollten möglichst am Ort der Aufzeichnung vorgenommen werden“ und so weiter und so wei-

Mühlbacher

ter, außerdem eine Vereinfachung der Lohnverrechnung.

Dazu verweise ich auf die bereits bestehende Kommission beim Finanzminister. Bei ihm besteht nämlich eine Kommission, die eingerichtet wurde mit dem Gesetz zur Leistungssteigerung der Klein- und Mittelbetriebe, eine Kommission, die zur Aufgabe hat, Vereinfachungen herbeizuführen, Vorschläge zu unterbreiten, die den Verkehr der Steuerpflichtigen mit dem Finanzamt verbessern. Dort wäre dieser Wunsch gerechtfertigt angebracht. Diese Kommission soll arbeiten, und sie hat auch bereits diese Aufgabe zugewiesen.

Verehrte Damen und Herren! Aus diesen Gründen wird meine Fraktion Ihrem Entschließungsantrag, der von einem Ihrer nächsten Redner eingebracht wird, nicht beitreten und ihm nicht zustimmen.

Zum Schluß meiner Ausführungen: Ein Problembereich, der vor allem den kleinen und mittleren Unternehmungen zu schaffen macht und in manchen Branchen bereits ein bedrohliches Ausmaß erreicht, ist das Pfuscherunwesen. Zum Schutz der Betriebe, zum Schutz der Arbeitsplätze in den Betrieben, aber auch zum Schutz der Konsumenten wird es dringend notwendig sein, gemeinsam nach wirksameren Maßnahmen zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Pfuscherunwesens zu suchen. Ein diesbezüglicher Entschließungsantrag wurde ja bereits im Hohen Hause verabschiedet.

Zur Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, das nach übereinstimmender Meinung gerade für die kleineren und mittleren Betriebe besonders wichtig ist, gehört nicht nur, daß Leistung anerkannt wird und daß unternehmungswillige Menschen auch die entsprechenden Entfaltungsmöglichkeiten haben, sondern zu einem solchen Klima gehört auch, daß mit den Versuchen aufgehört wird, die Situation falsch darzustellen, wie etwa mit dem Versuch, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als eine Politik zugunsten der Großbetriebe abzustempeln. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)*

Wir müssen uns bewußt sein, daß nur das Zusammenwirken von Groß- und Kleinbetrieben eine gesunde Basis für eine positive Entwicklung darstellt.

Meine Damen und Herren! Wir sollten vielmehr gemeinsam versuchen, den erfolgreichen Weg in der Wirtschaftspolitik fortzusetzen,

den die Bundesregierung in ihrem Arbeitsprogramm vorgesehen hat. Für die gewerbliche Wirtschaft bedeutet das eine offensive Strategie zur Verbesserung von Service und Information für die Wirtschaftstreibenden, eine Vereinfachung im Bereich der Bürokratie und neue Anreize zu wirtschaftlich sinnvollem Handeln durch eine Ergänzung und Verbesserung des bewährten Instrumentariums zur Wirtschaftsförderung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{12.22}

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Dittrich.

^{12.22}

Abgeordneter Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst muß ich schon eine Richtigstellung machen, Herr Kollege Mühlbacher: Sie haben behauptet, aus dem Bericht gehe hervor, daß es kein differenziertes Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Großbetrieben und Privatbetrieben beziehungsweise gegenüber der Verstaatlichten gibt. Das ist schlicht und einfach unrichtig, Herr Abgeordneter Mühlbacher, und zwar deshalb, weil sich der Bericht ja nur auf die Jahre 1978 bis 1982 bezieht. Die Entgleisung des Herrn Sozialministers war jedoch 1983: 1983 hat er der Verstaatlichten 7 000 S im Monat zur Verfügung gestellt und den Privatbetrieben nur bis maximal 2 500 S.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Mittelstandsbericht gibt Gelegenheit, über die Situation der Betriebe zu beraten und uns damit eingehend zu beschäftigen.

Ich muß aber zu Beginn meiner Ausführungen noch einmal auf den empörenden Vorfall in Altengbach zurückkommen, und zwar deshalb, weil es sich hierbei um einen typischen mittelständischen Kleinbetrieb handelt. Ich möchte eines ganz klipp und klar vorweg feststellen: Wir werden das Recht der Finanzbehörden, gegen Steuerhinterzieher vorzugehen, in keiner Weise antasten. Ich muß jedoch schärfstens dagegen protestieren, daß wir Unternehmer gleichsam das letzte Freiwild in Österreich sind.

Meine Damen und Herren! Die Rechtsvorschriften, die Anlaß für ein solches Vorgehen sind, atmen den Geist eines Obrigkeitsstaates, wie er durch die Zeit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts schon längst als überholt schien. Diese absolutistischen Rechtsvorschriften werden in einer derart extremen Art und Weise ausgelegt und angewandt, daß die Würde des Menschen dabei auf der Strecke

Ing. Dittrich

bleibt (*Zustimmung bei der ÖVP*), ja sogar in einer psychischen Streßsituation das Leben kostet.

Meine Damen und Herren! Aber gegen den Tod gibt es keine Berufung mehr.

Wir fordern daher den Finanzminister und die Bundesregierung auf, dem Parlament raschest die Novellierung der entsprechenden gesetzlichen Normen vorzulegen und bis dahin ihre Behörden anzuweisen, in einer Art und Weise tätig zu werden, wie es einer demokratischen Gesellschaft entspricht. Einen zweiten Fall Altlenbach darf es nicht mehr geben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Finanzminister hat gestern bei einer Wortmeldung davon gesprochen, daß er Auftrag gegeben hat, die entsprechenden Rechtsnormen zu überprüfen, und er hat uns zur Mitarbeit eingeladen. Herr Finanzminister! Im Namen meiner Partei darf ich Ihnen mitteilen, daß Sie unsere Mitarbeit selbstverständlich in dieser Sache haben.

Nun zum Inhalt beziehungsweise Nicht-Inhalt des vorliegenden Mittelstandsberichtes.

Zunächst bin ich froh darüber, daß sich das Parlament nun zumindest alle zwei Jahre damit zu beschäftigen hat, denn in diesem ersten Bericht sind lediglich sehr viele statistische Angaben enthalten. Auf die wahre Problematik der Klein- und Mittelbetriebe ist man wenig eingegangen, und es gibt im Bericht kaum Hinweise in Richtung neuer Impulse.

Unsere Kritik, die wir heute üben, und unsere Anregungen, die wir bringen, sollen dazu dienlich sein, in den nächsten Bericht all diese Dinge aufzunehmen; das wäre der Sache, dem Mittelstand, sicherlich dienlich.

Sie führen in Ihrem Bericht lediglich jene Entlastungen des sogenannten Belastungspakets an, über die wir hier schon sehr oft diskutiert haben, und zwar über deren Wert oder Unwert, vor allem deshalb, weil sie der Mehrzahl der Klein- und Mittelbetriebe überhaupt nicht zugute kommen. Vielmehr sollte man in diesem Zusammenhang auf zwei Punkte sehr konkret eingehen: Zum einen auf die Eigenkapitalsituation, die der Kollege Mühlbacher anders darzustellen versucht hat, zum anderen auf das Belastungspaket selbst.

Zur Eigenkapitalsituation, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen folgendes sagen:

Sie bewegt sich alarmierend nach unten, die Betriebe haben keine Eigensubstanz mehr, sie haben keine Widerstandskraft mehr, und die kleinste betriebliche Fehlentscheidung — egal ob sie von innen oder von außen kommt — führt unweigerlich zum Handelsrichter.

Zum Belastungspaket müssen wir feststellen, daß es im gewerblichen Bereich, vor allem im Handel und im Verkehr, deutlich spürbar wird. Wir haben ja am vergangenen Montag das erste Alarmzeichen in dieser Richtung geliefert bekommen, nämlich die Inflationsrate Jänner 1984 mit 5,6 Prozent. Die Jahresprognose 1984 lautet 5,3 Prozent und muß daher, wie ich meine, hinaufprognostiziert werden.

Ich vertrete nach wie vor die Meinung — und wir haben das vor der Beschlußfassung immer wieder deponiert —: Gäbe es dieses Belastungspaket nicht, so könnte die österreichische Wirtschaft im Jahre 1984 sicherlich mit einem Wachstum von 2 bis 2,5 Prozent rechnen. Entsprechende Hinweise von den Vereinigten Staaten und von der Bundesrepublik Deutschland sind bereits vorhanden. Aber durch dieses Paket werden wir uns zwischen etwa 0,5 und 1 Prozent bewegen, und das ist außerdem sehr fraglich.

Das wird von verschiedenen Umständen abhängen, zunächst einmal von der Haltung der Gewerkschaften. Nach Bekanntwerden der Jänner-Zahlen hat man ja sofort von sogenannten Nachforderungen gelesen. Ich bin neugierig, ob die sehr beachtliche Aussage dazu von Präsident Benya auch dem Geist und Inhalt nach von den Fachgewerkschaften übernommen wird. Die Forderung der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter spricht ein anderes Wort; die verlangen ungefähr 7 Prozent. Wenn Sie annehmen, daß wir 1983 bei den Ist-Löhnen im Schnitt mit 3 Prozent und bei den KV-Löhnen mit 3,5 Prozent abgeschnitten haben, würde das eine Verdoppelung bedeuten. Wie sich dies auf die Inflationsrate auswirken würde, brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu sagen.

Vor der Regierungsklausur in Steyr wurde sehr viel von „Kooperation“ mit der Wirtschaft, von „Signalen“ gesprochen. Klubobmann Wille hat ein Angebot an unseren Präsidenten Sallinger gerichtet, der Herr Bundeskanzler hat vom Abbau der Bürokratie, von einer gemeinsamen Kommission gesprochen.

Meine Damen und Herren! Nur ein Beispiel von vielen Hunderten, das wir zur Bürokratie liefern könnten. Wir haben eine wissenschaft-

Ing. Dittrich

liche Untersuchung im vergangenen Jahr anstellen lassen, und diese hat folgendes Ergebnis gebracht: Beim Lebensmittel-Einzelhandel gibt es 129 Gesetze und Verordnungen im Gesetzesrang, 21 finanzrechtliche Vorschriften, 39 Verordnungen zum Lebensmittelgesetz und zum Qualitätsklassengesetz, also 190 Rechtsnormen.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Wer kann 190 Rechtsnormen behalten, einhalten und sie auch durchführen? — Das ist einfach unvorstellbar!

Der Abgeordnete Mühlbacher hat angekündigt, die Regierung werde unseren Antrag heute ablehnen. Es wird also — wie bisher — bei der Ankündigungspolitik bleiben. Weiter geht nichts, es gibt derzeit keine Gesprächspartner, die sich mit dieser Frage beschäftigen.

Das waren also nur Ankündigungen, jedoch keinerlei Signale. Was hätten uns wir Unternehmer von Steyr vorgestellt, was haben wir erwartet? — Keine utopischen Vorstellungen, meine Damen und Herren, nur realistisches Denken. Zunächst waren wir doch fast sicher, daß die Kreditsteuer ab sofort gestrichen wird.

Zum zweiten hätten wir uns einen Belastungsstopp für mindestens zwei Jahre vorgestellt, mit anschließender Rückführung der Überbelastungen wie vor dem 2. Abgabenänderungsgesetz und Möglichkeiten, die Eigenkapitalsituation wesentlich zu verbessern.

Was ist herausgekommen? — Bei der Kreditsteuer, meine Damen und Herren, ist es Ihnen gelungen, das praxisfremdeste Ergebnis zu erzielen, das man sich überhaupt vorstellen kann. Ich kann nur sagen: Was Sie machen wollen, ist das größte Wischi-Waschi, das man sich als Praktiker überhaupt vorstellen kann. Denn wie spielt sich denn das in der Praxis ab? Wann nimmt ein Unternehmer einen Kredit auf? — Dann, wenn er ihn braucht. Er wird also zunächst diesen Kredit in Anspruch nehmen. Er wird Phasen während des Jahres haben, wo er ihn nur teilweise ausnützt. (*Vizekanzler Dr. Steger: Kreditgebühren meinen Sie?*) Dann wird er sicherlich im Oktober oder spätestens im November wieder voll den Kredit durch die überhöhten Einkäufe der Ware zu Weihnachten ausnützen; es kommt auch die Weihnachtsremuneration zur Auszahlung.

Sie sehen jetzt eine Erleichterung darin, daß man diese Gebühren nur von dem in

Anspruch genommenen Betrag zahlen muß. Meine Damen und Herren! Das ist so praxisfremd, und ich weiß nicht, wie man überhaupt auf so eine Idee kommen kann. Wo sind denn da die Praktiker, wenn es gilt, solche Dinge zu beraten?

Zum 40prozentigen Investitionszuschuß bei Firmenneugründungen in Notstandsgebieten: Das ist der falsche Weg. Das ist der falsche Weg deshalb, weil Gelder zur Schaffung von Infrastruktur über Anlegung von Betriebsstätten, Maschinen, Büroeinrichtungen ausgegeben werden, die wo anders schon vorhanden sind. Der richtige Weg wäre, für jeden neu zu schaffenden Arbeitsplatz einen Betrag zur Verfügung zu stellen, ganz egal, ob es sich um bestehende, um neu zu gründende Betriebe handelt, egal, wo in Österreich. Das ist leicht überprüfbar, leicht durchführbar, wir haben das etwa bei der zusätzlichen Aktion von Lehrplätzen in Wien, wo jeder zusätzliche Arbeitsplatz gefördert wird. Das geht rasch und unbürokratisch.

Meine Damen und Herren! Wie wird denn definiert, was ein Notstandsgebiet ist? Wird das global als solches anerkannt, wird es eine Branchenbeziehung geben müssen oder nicht? — Es ist ja sehr schwierig, das überhaupt zu ermitteln. Daß es schwierig ist, haben Sie selbst ja im Finanzausschuß miterlebt.

Ich meine, daß mein Vorschlag, für jeden zusätzlichen Arbeitsplatz Förderungsmittel zur Verfügung zu stellen, weit gesünder wäre. Ich kann für die Wiener Situation sagen: Wir haben 63 000 Betriebe in Wien; in diesen Privatbetrieben beschäftigen wir 550 000 Menschen. Wenn Sie vergleichen: Im gesamten Bereich der Verstaatlichten sind 100 000 Menschen beschäftigt. Da können Sie doch, glaube ich, die Größenordnung der Wiener Wirtschaft feststellen. Wir bilden 28 500 Lehrlinge aus.

In den vergangenen fünf, sechs Jahren war die Situation so, daß etwa 80 000 bis 100 000 von der Industrie freigesetzte Mitarbeiter vom Handel, vom Gewerbe, vom großen Dienstleistungsbereich übernommen wurden. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit wesentlich verschlechtert. Vor allem beim Handel kommt es in zunehmendem Maß zu Freisetzungen. Das ist ein Ergebnis, meine Damen und Herren von der SPÖ, Ihrer falschen Wirtschaftspolitik und zum anderen die Folge überhöhter Bürokratie.

Ist es doch zum Beispiel im Fremdenver-

Ing. Dittrich

kehr im Sommer so, daß der Lehrling dann nicht eingesetzt werden kann und darf, wenn die Gäste da sind, weil die Arbeitszeit dagegenspricht.

Ich glaube, Ihr Modell wird zusätzlich Kleinindustrie-Friedhöfe schaffen, von denen wir schon viel zu viele haben. Ich kann Sie in das Grenzlandgebiet führen und Ihnen zeigen, wieviel gute, moderne Betriebe dort zugesperrt haben und niemand in der Lage ist, sie zu öffnen. (*Abg. Mühlbacher: Genau um dieses Problem geht es, daß wir diese Betriebe aufsperrn, und zwar mit der 40prozentigen Investitionsprämie!*) Das wäre die Wiederöffnung eines bestehenden Betriebes. Das ist ja richtig. Aber wenn ich diese Beträge nur für Neugründungen gebe und diese Problematik nicht ausnütze, so ist schade ums Geld, Herr Kollege Mühlbacher. Das sollte man dabei sehr, sehr berücksichtigen.

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Für einen Unternehmer, der täglich die Sorgen und Probleme im eigenen Betrieb erlebt, wird das dauernde Gerede von der wundersamen Vermehrung der Arbeitsplätze, die bei jeder Gelegenheit ertönt, langsam unerträglich. Es werden Hunderte, Tausende, ja Hunderttausende Arbeitsplätze mit ein paar hingeworfenen Sätzen „geschaffen“, ohne sich darüber im klaren zu sein, wie schwierig es tatsächlich ist, auch nur einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen, auch wie schwierig es ist, die Produkte, die dort erzeugt werden, verkaufen zu können.

Meine Damen und Herren! Sie erleben das ja jetzt beispielhaft bei General Motors in Wien. General Motors sollte laut bestehenden Verträgen 2 800 Mitarbeiter haben. Es wird demnächst, wie ich höre, ein Gespräch zwischen Staatssekretär Lacina, Stadtrat Mayr und dem Generaldirektor von GM geben, wo man ihn fragen wird, warum die zugesicherte Zahl der Beschäftigten nicht eingehalten wird. Sie sind derzeit weit weg von diesen 2 800, und in den nächsten Monaten werden Abgänge nicht ersetzt werden.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Sie kommen jetzt darauf, daß man weder durch ein Gesetz noch durch einen Vertrag Arbeitsplätze schaffen kann. Das geht ganz einfach nicht! General Motors kann die Leute nicht voll beschäftigen, weil ein Produktionszweig — in dem Fall das Fünf-Gang-Getriebe — nicht oder kaum absetzbar ist. Ich glaube, man soll daraus ... (*Abg. Windsteig: Das*

hat uns aber sehr stark geholfen, gerade in unserem Bereich nördlich der Donau!)

Sie haben einen Vertrag mit GM gemacht, in dem steht: 2 800 Menschen sind zu beschäftigen. Wenn man das auf die Zahl der Personen umlegt, die dort Beschäftigung finden sollen, kommen 1,2 Millionen Schilling an Zuschuß heraus. Jetzt sind es wesentlich weniger, jetzt kommen 1,5 oder 1,6 Millionen heraus. Sie sollen ja dadurch erkennen und lernen, daß man weder mit einem Vertrag noch mit einem Gesetz Arbeitsplätze schaffen kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze. Das ist keine Frage.

Wir brauchen — Präsident Sallinger hat das ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht — ein ruhiges, freundliches Klima, keine Reden, keine Ankündigungspolitik. Die Regierung hat die Voraussetzung für die Wirtschaft zu schaffen, wirtschaften tut dann schon die Wirtschaft selbst. Aber was wir vor allem in der derzeitigen Situation nicht brauchen, das ist eine Diskussion über die 35-Stunden-Woche. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn die 35-Stunden-Woche würde unsere Wirtschaft in der derzeitigen Phase endgültig kaputtmachen!

Ich habe da eine sehr interessante Befragung aus der letzten „Bunten“ — Sie werden Gelegenheit haben, sie zu lesen —, wie die deutsche Bevölkerung auf die Frage der 35-Stunden-Woche reagiert. Ich glaube, wir müssen uns doch hier alle einig sein: Im Alleingang ist das unmöglich. Das ist abhängig von unseren großen Handelspartnern — zu denen gehört die Bundesrepublik Deutschland —, und bevor diese die 35-Stunden-Woche nicht schon längst vollzogen hat, brauchen wir uns sicherlich damit nicht zu beschäftigen.

Wir brauchen ein Klima, das zu Investitionen anregt. Die Situation ist doch so — jede Rückfrage bei Banken bestätigt das —, daß derzeit die Investitionen nicht „anspringen“. Es ist zu wenig, in dieser Phase nur zu reden und Ankündigungen zu machen. Jetzt sind Signale zu setzen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Ob Sie nun mit uns über einen Kurswechsel reden wollen oder nicht, steht für mich nicht mehr zur Diskussion. Die wirtschaftliche Entwicklung, der vermehrte Anfall von Krisengebieten und Krisenbranchen wird Sie über kurz oder lang zwingen, mit uns zu reden. Man muß dazu sagen: Je

Ing. Dittrich

früher das geschieht, desto besser für dieses Land. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie tragen dafür die Verantwortung!

Wenn Ihr Staatssekretär Lacina unlängst erklärt hat, die Verstaatlichte müsse nun wieder in den Gewinnbereich kommen, weil die Verluste auf die Dauer nicht mehr finanzierbar seien aus öffentlichen Mitteln, und CA-Generaldirektor Androsch feststellte, für VEW gibt man 20 Milliarden Schilling und schafft zusätzlich 10 000 Arbeitslose mehr, so muß ich schon fragen... *(Abg. Teschl: Wieviel bei der VEW?)* 20 Milliarden Schilling Zuschüsse insgesamt — laut CA-Generaldirektor Androsch — und trotzdem 10 000 Arbeitsplätze weniger. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Ich habe diese Aussage von Androsch der Presse entnommen. *(Vizekanzler Dr. Steger: Sie müssen doch wissen, Herr Präsident, daß das nicht so ist!)* Es stand in den Zeitungen, meine Damen und Herren! *(Abg. Dr. Mock: Mehr als eure Leute zu zitieren können wir nicht!)*

Meine Damen und Herren! Ohne Signale, ohne Taten wird es in der Zukunft nicht mehr gehen. Dieser heutige Mittelstandsbericht gibt wirklich die Chance, Fehler und Ursachen zu listen und sachlich darüber zu diskutieren, welche neuen Impulse gesetzt werden sollen. Ich hoffe, daß diese Chance auch heute genutzt werden wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.45

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Haigermoser.

12.45

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zuvor darf ich aus aktuellem Anlaß zur Situation an unseren Grenzen einige Worte sagen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß in regelmäßigen Abständen die Situation an den Grenzen zu Italien chaotisch ist. Da zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe im Transportgewerbe „in den Kolonnen“ stehen, wäre es, glaube ich, höchst an der Zeit, daß die italienische Regierung für Ordnung bei der Einreise in das südliche Nachbarland sorgt. Ich glaube, es ist notwendig, darüber zu sprechen, daß sich das Transportgewerbe auf Grund dieser Situation in Schwierigkeiten befindet. *(Demonstrativer Beifall des Abg. Staudinger.)*

Herr Kollege! Die Regierung hat auch die Aufgabe, sich im Wege diplomatischer Betätigung mit den Problemen auseinanderzusetzen, und sie hat das auch bereits getan. Das

zu Ihrer Information. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Nun zu den Worten meines Vorredners, des Herrn Kollegen Dittrich. Es ist ihm nicht sehr viel eingefallen in seiner Wortmeldung, ich glaube, das haben wir alle bemerkt. *(Abg. Dr. Mock: Sie können ja zeigen, daß Ihnen mehr einfällt!)* Es war dies eine Wiederholung von bereits bekannten Stehsätzen, die Sie seit einem halben Jahr trommeln.

Es stellt sich auch die Frage, ob Präsident Dittrich überhaupt in der Lage ist, die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe zu vertreten, da er sich ja laut Pressemeldungen besonders stark für die freihändige Vergabe an Großbetriebe beim U-Bahn-Bau in Wien eingesetzt hat. Wenn das stimmt — das ist mit Fragezeichen zu sehen —, dann, glaube ich, ist er nicht der richtige Mann, für Klein- und Mittelbetriebe zu sprechen, umso mehr, als Herr Präsident Sallinger in seiner Wortmeldung ja ausgeführt hat, daß offensichtlich — nach seiner Diktion — die Klein- und Mittelbetriebe bei öffentlichen Auftragsvergaben benachteiligt werden. Ich frage daher: Klappt die Kommunikation zwischen den beiden Präsidenten nicht? — Offensichtlich ist das der Fall.

Nun zu dem angekündigten und vom Kollegen Mühlbacher bereits skizzierten Antrag der Österreichischen Volkspartei „zur Entbürokratisierung der Wirtschaft“. Es ist richtig, daß die angezogenen Maßnahmen, die in diesem Papier enthalten sind, in weiten Bereichen notwendig sind, aber dieser Antrag stellt nur das Aufspringen auf einen bereits abgefahrenen Zug dar. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Wo fährt er denn?)* Denn wie Sie wissen, Frau Kollegin Tichy-Schreder, oder auch nicht, vielleicht wurde es Ihnen noch nicht mitgeteilt, wurde Herr Präsident Sallinger mit Brief vom 13. Jänner 1984 zu jener Kommission eingeladen, die sich dieses Paketes angenommen hat, und er hat zugesagt, daran teilzunehmen. Ihr Antrag stellt also nicht einmal eine Fleißaufgabe dar, sondern es wird der Öffentlichkeit lediglich etwas vorexerziert, Aktivität vorgetäuscht, aber das ist doch nur das Aufspringen auf einen bereits im Schnellzugtempo fahrenden Zug. *(Abg. Dr. Blenk: Ist das Problem schon gelöst?)*

Meine Damen und Herren! Nun zum Mittelstandsbericht, der die Wichtigkeit dieses Wirtschaftszweiges beleuchtet. Wenn dieses Hohe Haus hier und heute den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über die Situation der kleinen und mittleren

Haigermoser

Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft diskutiert, so tun wir dies aus der Sicht der sozialdemokratisch-freiheitlichen Koalition im Bewußtsein der Bedeutung dieser Klein- und Mittelbetriebe für unsere Volkswirtschaft.

Zuvor darf ich feststellen, daß die Bundesregierung durch den Handelsminister den zitierten Bericht dem Hohen Haus vorgelegt hat, um neben der Darstellung der Ist-Situation vor allem die bereits beschlossenen und die weiteren Maßnahmen zur Leistungssteigerung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmungen der österreichischen Bevölkerung nahezubringen.

Nun zum Ist-Zustand, denn ohne die Ausleuchtung des Ist-Zustandes können die weiteren Maßnahmen nicht gesetzt werden.

Positiv ist zu vermerken, daß der Mittelstandsbericht keine Schönfärberei beinhaltet. Der Kollege Mühlbacher hat das ja bereits in seinen Worten zum Ausdruck gebracht und hat erklärt, daß die Regierung ehrlich an die Probleme im Zusammenhang mit dem Mittelstand herangeht. Dieser Bericht nennt im Gegenteil die Dinge beim Namen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Herr Kollege Blenk! Sie können der Regierung zubilligen, daß sie die Angelegenheit sehr ernst in die Hand genommen hat. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Ihr Zwischenruf sagt ja offensichtlich etwas anderes aus. *(Erneuter Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Nicht nur ich verstehe Sie manchmal falsch, offensichtlich tun dies auch andere in diesem Hause.

Wie es in der Wirtschaft üblich und notwendig ist, wird von Daten, Fakten und Zahlen gesprochen, die Hand und Fuß haben. Bedauerlich ist — das ist auch bei den Vorrednern bereits mehrmals angeklungen —, daß die Eigenkapitaldecke der Klein- und Mittelbetriebe sich in dem graphisch im Bericht dargestellten Zeitraum zum Beispiel im Facheinzelhandel ständig verdünnt hat. Diese dünn gewordene Eigenkapitaldecke ist mit Sicherheit einer der Gründe für manche Insolvenzen in der Vergangenheit. Wer vor diesen Tatsachen die Augen verschließt, wird mit Sicherheit den Problemen der Klein- und Mittelbetriebe nicht gerecht.

Nun betrachtet die sozialdemokratisch-freiheitliche Bundesregierung *(Abg. Staudinger: Das ist ein Zungenbrecher!)* offenen

Auges die Situation der mittelständischen Wirtschaft.

Herr Kollege! Sie können mir glauben, daß wir von der freiheitlichen Fraktion sehr wohl darauf schauen, daß die Interessen dieser Wirtschaftszweige gewahrt werden, umso mehr ich selbst einen mittelständischen Betrieb mit meiner Familie leite, und Sie können mir zugestehen, daß ich mich in dieser Problematik auskenne. Herr Kollege! Ich schätze Sie sehr, aber seien Sie ehrlich und überlassen Sie diese Zwischenrufe anderen, die etwas weniger als Sie verstehen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Staudinger: Ich habe nur gesagt: ein Zungenbrecher!)*

Wir bezeichnen unsere Koalitionspartner als Sozialdemokraten; das sind sie auch. Ich bin soweit Demokrat, das anzuerkennen. *(Abg. Schwarzenberger: Einfacher ist: sozialistische Koalitionsregierung!)*

Herr Kollege Schwarzenberger! Die Diktion, die Ihnen von irgendwelchen Parteiapparatschiks aufgeschrieben wurde, nachzureden, ist nicht sehr lustig und auch nicht sehr einfallsreich. Lassen Sie sich bitte selbst etwas Neues einfallen, dann bin ich gern bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Die zur Verbesserung der Situation des Rückgrats der Wirtschaft — dieses Rückgrat stellt nun einmal die mittelständische Wirtschaft dar —, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorgesehenen Maßnahmen werde ich Ihnen, meine Damen und Herren, in der Folge darstellen. Jedenfalls wird mit den zu schildernden Maßnahmen eindeutig bewiesen, wer der wahre Anwalt der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich ist, nämlich die Bundesregierung mit dem ressortzuständigen Handelsminister Dr. Steger. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)* Und diese Anwaltsfunktion, meine Damen und Herren von der oppositionellen ÖVP, werden wir Freiheitliche uns trotz Ihrer Unkenrufe im Interesse der mittelständischen Wirtschaft nicht nehmen lassen, sondern werden sie noch verstärken und ausbauen.

Einem aufmerksamen Beobachter der ÖVP-Tiraden gegen die positive Arbeit der Bundesregierung könnte manchmal der Gedanke kommen, die Opposition wünsche sich fast ein Scheitern der Wirtschaftsbemühungen der Bundesregierung. Wenn dies den Tatsachen entsprechen sollte, kann man den Titel „verantwortungsvolle Opposition, dem Gemeinwohl verpflichtete Opposition“ mit Sicherheit

2984

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Haigermoser

in der letzten Schublade lassen. (*Abg. Staudinger: Das entspricht den Tatsachen nicht!*)

Hören Sie mir aufmerksam zu, Herr Kollege Staudinger, ich werde Ihnen noch einiges erzählen. Das können Sie aufschreiben und Ihren Freunden erzählen, damit sie die Ideen der Freiheitlichen weitertragen. (*Abg. Gurtner: Es wäre besser, ihr würdet sie in der Regierung verwirklichen!*)

Herr Kollege! Melden Sie sich zu Wort. Ich bin gern bereit, Ihnen aufmerksam zuzuhören. Wahrscheinlich haben Sie dazu nichts zu sagen.

Wenn noch dazu der Präsident Abgeordneter Graf, der Wirtschaftssprecher oder einer der Wirtschaftssprecher der ÖVP, in den spätherbstlichen Plenartagen des Jahres 1983 die Handelskammer, die Interessenvertretung der Wirtschaft und somit hoffentlich auch der Klein- und Mittelbetriebe, sinngemäß zum Instrumentarium der ÖVP degradierte, kann das nicht als Beitrag zur Schaffung eines positiven Wirtschaftsklimas durch die ÖVP bezeichnet werden.

Die Bemühungen der Bundesregierung um die Erhaltung von Arbeitsplätzen und um die Schaffung von Lehrstellen machen deutlich, daß die Bedeutung gerade des Mittelstandes als Fundament wirtschaftlicher Stabilität wieder stärker ins Bewußtsein gerückt ist. Dies alles geschieht ohne Aufforderung durch die Österreichische Volkspartei.

Meine Damen und Herren! Nun zu einem besonders wichtigen Thema. Der Bundesregierung ist bewußt, daß die Klein- und Mittelbetriebe in den Sektionen Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr die überwiegende Anzahl der Lehrlinge ausbilden, nämlich mehr als 80 Prozent der Auszubildenden werden in diesen Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt.

Leider gibt es in zunehmendem Maß besonders im Handel Großvertriebsformen, die als Schmarotzerbetriebe in der Lehrlingsausbildung keine Anstalten treffen, volkswirtschaftlich verantwortungsvoll zu handeln. Da diese Schmarotzer, meine Damen und Herren, offensichtlich nicht bereit sind, eine verantwortungsvolle und fachgerechte Lehrlingsausbildung zu leisten, kann und darf nicht ausgeschlossen werden, gegebenenfalls Überlegungen anzustellen, trotz liberaler Handlungen über gesetzliche Maßnahmen nachzudenken, die eine gerechtere Lastenverteilung in

der Lehrlingsausbildung bewerkstelligen können. Die Klein- und Mittelbetriebe und damit deren Inhaber sind sich jedenfalls der Verantwortung für einen gut ausgebildeten Nachwuchs bewußt.

Um die Lehrlingsausbildung nicht zu erschweren, hat dieses Hohe Haus im vergangenen Jahr eine neuerliche Fristverlängerung für die Ausbilderprüfung beschlossen. Ein neuerlicher Beweis der positiven Haltung — und jetzt kommt es wieder, Herr Abgeordneter Staudinger — der sozialdemokratisch-freiheitlichen Bundesregierung gegenüber dem Mittelstand.

Als typisches Beispiel in der Struktur der Klein- und Mittelbetriebe sind die Fremdenverkehrsbetriebe herauszugreifen. Die jüngsten Maßnahmen und Aktivitäten des Handelsministers Dr. Steger für den Fremdenverkehr werden nicht nur im Inland positiv registriert, sondern sind auch im Ausland gut angekommen. Jedenfalls wurden diese über die Grenzen hinaus bekanntgewordenen Fremdenverkehrsaktivitäten des ressortzuständigen Ministers Dr. Steger in Gesprächen mit maßgeblichen Vertretern der beiden größten deutschen Reiseveranstalter und der größten Sonntagszeitung der Bundesrepublik am Rande der derzeit in Wien laufenden Tourismusmesse besonders begrüßt. Über diesen Erfolg darf ich als Fremdenverkehrssprecher der freiheitlichen Nationalratsfraktion meiner besonderen Genugtuung Ausdruck verleihen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hohes Haus! Interessant und bemerkenswert ist die Tatsache, daß innerhalb der forschenden Unternehmen Klein- und Mittelbetriebe, gemessen am Umsatz, einen höheren Forschungsaufwand leisten als Großbetriebe. Als Untermauerung einige wenige Zahlen.

Hat sich ein Klein- oder Mittelbetrieb für ein Forschungsvorhaben entschieden, so sind seine Aufwendungen überdurchschnittlich hoch. In Zahlen: 2,8 Prozent des Umsatzes für Betriebe bis 99 Beschäftigte, 1,9 Prozent für Betriebe mit 100 bis 499 Beschäftigte und 2,2 Prozent für Betriebe über 500 Beschäftigte.

Wenn Sabel in einem WIFO-Vortrag im Jahr 1983 die These vertrat, daß in Zukunft jene Betriebe und Unternehmungen Vorteile haben werden, die durch flexible Spezialisierung gekennzeichnet seien, ist die Aktivität des freiheitlichen Handelsministers im Innovationsbereich geradezu als Lehrstück des Einsatzes für die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe anzusehen.

Haigermoser

Fast skurril kann im Zusammenhang mit Innovation, Kreativität, Erfindungsgeist der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Mittelstandsbereich die neueste Aktion der Österreichischen Volkspartei mit dem Einspruch des Bundesrates zur Patent- und Markengebühren-Novelle 1984 bezeichnet werden. In einer Milchmädchenrechnung wird versucht, der österreichischen Wirtschaft einzureden, die Patent- und Markenschutzmaßnahmen seien gegen die Wirtschaft gerichtet. So die Diktion der Österreichischen Volkspartei. Ich werde Ihnen gleich erklären, was da dahintersteckt, Herr Kollege Staudinger. (*Abg. Staudinger: Bitte fragen Sie den Herrn Handelsminister!*)

Aus freiheitlicher Sicht ist gerade im Hinblick auf die Schaffung besserer Innovationsvoraussetzungen für die Klein- und Mittelbetriebe — und über die reden wir ja heute — die Reduzierung der Gebühr für die Erstattung von Recherchen vom Stand der Technik aus der Patentedokumentation von derzeit 4 500 S auf 2 000 S und eine Reduktion der Gebühr für kombinierte Recherchen mit Gutachten von derzeit 6 500 S auf 3 000 S besonders zu begrüßen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie können sich vorstellen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses — offensichtlich ausgenommen die Abgeordneten der Volkspartei, sonst hätten ja die Oppositionsabgeordneten am 26. Jänner 1984 nicht gegen die Reduktion der angeführten Gebühren ohne eine einzige Wortmeldung gestimmt —, daß es nichts anderes als ein Akt der Solidarität in der Wirtschaft ist, wenn den kreativ in den Markt drängenden Klein- und Mittelbetrieben unter die Arme gegriffen wird. Für einen mit Forschergeist beseelten Kleingewerbetreibenden ist es sehr wohl eine Hilfe, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, wenn Gebühren, die zu bezahlen sind, um mehr als die Hälfte reduziert werden.

Ob die zugegebenermaßen auch beinhaltenen Erhöhungen in dieser Novelle, ob die Erhöhung der Schutzdauergebühr für Marken, die bereits am Markt eingeführt sind und somit Gewinn abwerfen — und dazu bekennen wir Freiheitlichen uns —, ob eine derart läppische Gebühr von nunmehr 125 S monatlich als Belastung bezeichnet werden kann — diese Frage ist schlicht und einfach zu verneinen. Die ÖVP hat wieder einmal bewiesen... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Sie haben sich das offensichtlich lang angeschaut, Herr Kollege Blenk, wie läppisch diese Beträge sind, die Sie als Belastungs-

ket der Wirtschaft bezeichnen. Die ÖVP hat wieder einmal bewiesen, daß es ihr nicht um die Kleinen geht, sondern daß die Riesen und Giganten Liebling einer Neinsager-Partei sind. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Es würde mich aber nicht wundern, wenn trotz Ablehnung durch die Österreichische Volkspartei die angeführten Erleichterungen für die Klein- und Mittelbetriebe nach einigen Wochen vom Wirtschaftsbund als eigener Erfolg plagiativ auf dem Flohmarkt der Doppelzüngigkeit feilgeboten würden. (*Abg. Dr. Blenk: Wer hat Ihnen denn das formuliert?*) Dürfen Sie in Vorarlberg verwenden, aber nicht auf Alemannisch, das kann man auf Alemannisch sehr schlecht aussprechen.

So nach dem Motto eines ÖVP-Sitzens in der ersten Reihe bei der Eröffnung des Wiener Konferenzentrums, wie es gestern der Abgeordnete Staudinger von der ÖVP schon angekündigt hat. Als Salzburger Abgeordneter freut es mich ganz besonders, daß im Rahmen der Förderaktion für Klein- und Mittelbetriebe im Jahre 1983 vom Handelsministerium im Land Salzburg den Unternehmungen sehr großzügig unter die Arme gegriffen wurde. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Vielleicht wäre es im Sinne einer Zusammenarbeit für die Wirtschaft, wenn im Presseorgan der Salzburger Handelskammer außer der Hofberichterstattung aus der Residenz des Landeshauptmannes auch einmal folgende Zahlen den Salzburger Wirtschaftstreibenden bekannt gegeben würden. Da der Chefredakteur des Kammerblattes gleichzeitig Pressechef der Landes-ÖVP ist, wird dieses Ersuchen wohl ungehört verhallen. (*Abg. Mag. Minkowitsch: ...sympathisch! So kann man sich täuschen!*)

Herr Präsident! Es gibt auch außerhalb der Österreichischen Volkspartei hoffentlich sympathische Menschen. Auch bei der ÖVP gibt es, wie ich schon erwähnte, sehr nette Leute. Das wollen wir nicht bestreiten. Soweit sind wir Demokrat. (*Ruf bei der ÖVP: Alle! Alle!*) Das ist, bitte schön, eine Frage, die ich hier nicht beantworte. Das ist nicht meine Aufgabe. Aber ich stehe hier, um Ihnen Kreditvolumen-Summen bekanntzugeben, die vom Handelsministerium im Jahr 1983 Salzburg zur Verfügung gestellt wurden, und zwar:

Aktion — nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 — 252,453 Millionen Schilling; BÜRGES Kleingewerbe-Kreditaktion 66,270 Millionen Schilling; Förderung von

Haigermoser

Betriebsneugründungen und -übernahmen 92,780 Millionen Schilling und — als Fremdenverkehrssprecher möchte ich das noch einmal erwähnen — besonders erfreulich die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion mit 67,648 Millionen Schilling.

Hausaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie 83,360 Millionen Schilling. — Das zieht sich herunter. Ich möchte Ihnen das ersparen. Sie haben es hoffentlich durchgelesen und werden es auch draußen den Leuten, den Bürgern dieses Landes erzählen.

Nun auch zu einer Aktivität im Lande Salzburg, die die Bundesregierung jüngst gesetzt hat: der Oberpinzgau-Lungau-Regionalförderungsvertrag, dieser Vertrag, den, wie erwähnt, jüngst der Bundeskanzler zusammen mit dem Vizekanzler in Mittersill unterzeichnete. Diesen Vertrag besonders zu erwähnen, hieße Eulen nach Athen tragen. Der Landeshauptmann-Stellvertreter Katschthalerschen-Hinhaltetaktik ist es jedenfalls nicht gelungen, die Unterzeichnung des für Salzburg so wichtigen Vertrages bis nach den Salzburger Landtagswahlen zu verzögern.

Daß in dieser von der Bundesregierung gesetzten Maßnahme zahlreiche Hilfestellungen für die Klein- und Mittelbetriebe gewährt werden, braucht wohl nicht extra erwähnt werden.

Nachdem die gegenwärtige Situation ausgeleuchtet wurde, meine Damen und Herren — selbstverständlich konnte dies nur andeutungsweise geschehen —, gilt es zum Unterschied von den Konservativen den Blick in die Zukunft zu richten. Diesen Blick in die Zukunft läßt sich die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung auch durch die oppositionellen Scheuklappen nicht verhängen.

Allen Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ist klar, daß kurzfristig eine Rückkehr zur Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit nicht zu erwarten ist. Ein Umdenken in vielen Gesellschaftsbereichen ist erst am Beginn der Meinungsbildung. Weltweit wird über zu treffende Maßnahmen im Sinne einer Belebung der Wirtschaft nachgedacht. Auch bei uns in Österreich kann die Bundesregierung „nur“ Hilfestellung leisten, um die Wirtschaft noch besser, als es bis jetzt schon geschah, in Schwung zu bringen. Diese Hilfestellung soll folgenden drei Zielen dienen:

Erstens einer forcierten Modernisierung und Umstrukturierung, zweitens einer Stär-

kung des Wachstums und des Exportpotentials, drittens einer Stärkung der innovativen Kräfte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Um diese Ziele zu erreichen, sind folgende Maßnahmen der Bundesregierung mittelfristig vorgesehen:

Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas als Basis für ein qualitatives Wirtschaftswachstum. Zu bezweifeln ist im Zusammenhang mit dem genannten positiven Wirtschaftsklima, ob die Haltung der Oppositionspartei, nämlich die destruktive Oppositionspolitik der ÖVP, eine Hilfestellung für die Klein- und Mittelbetriebe sein kann. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Aus freiheitlicher Sicht ist besonders erwähnenswert, daß mit den folgenden Maßnahmen die Eigenkapitaldecke der Klein- und Mittelbetriebe schrittweise von einem Strohsack, wenn schon nicht zu einer Daunendecke, so doch zumindest zu einer Antirheuma-, sprich Überlebensdecke, gemacht wird. (*Abg. Dr. Blenk: Und das von einer Umfallerpartei wie der Ihrigen!*) Diese Maßnahmen sind, Herr Kollege Blenk, zum Mitschreiben und zum Nachdenken für Sie.

Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in Drei-Jahres-Etappen, beginnend mit 1. Jänner 1984; Anhebung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer von 50 000 S auf 60 000 S und unbefristete Verlängerung der auf die Jahre 1982 und 1983 begrenzten Begünstigungen für die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen; Reduktion der Vermögensteuer für Unternehmungen ab 1. Jänner 1984 um 10 Prozent; Erhöhung der Steuerbegünstigung für im Betrieb belassene Gewinne von 15 auf 20 Prozent des Jahresgewinnes.

Eine urfreiheitliche Forderung ist der Wegfall der anachronistischen Lohnsummensteuer. Daher wird die Bundesregierung den Wegfall dieser Steuer in die Verhandlungen mit den Finanzausgleichspartnern einbringen. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es würde den Zeitraum dieser Debatte über die Klein- und Mittelbetriebe sprengen, all die Maßnahmen der Bundesregierung für den Mittelstand darzulegen. Daher konnte dies nur auszugsweise geschehen. Zusammenfassend und abschließend darf ich daher aus freiheitlicher Sicht erklären, daß die sozialdemokratisch-freiheitliche Koalitionsregierung den

Haigermoser

Stellenwert der Klein- und Mittelbetriebe als Rückgrat der Wirtschaft anerkennt und begleitende Maßnahmen setzt, um der mittelständischen Wirtschaft Hilfestellung zu geben. Der freiheitliche Handelsminister hat in seiner bisherigen Tätigkeit bereits bewiesen, daß er bereit ist, sich den Interessen der mittelständischen Wirtschaft besonders zu widmen. Die Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner funktioniert auch im Zusammenhang mit einer aktiven Arbeitsplatzsicherung im klein- und mittelbetrieblichen Bereich hervorragend. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Schließen darf ich mit einem Satz von Aristoteles, der da heißt: Es ist klar, daß die Gemeinschaft, die sich auf den Mittelstand gründet, die beste ist, und daß solche Staaten in der Lage sind, eine gute Verfassung zu haben, in denen eben der Mittelstand zahlreich vertreten ist und, wenn möglich, die beiden anderen Klassen oder doch eine von ihnen an Stärke übertrifft. Denn auf welche Seite er sich wirft, nach der gibt er den Ausschlag und verhindert das Aufkommen der entgegengesetzten Extreme.

Diesen Worten von Aristoteles ist nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 13.10

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger.

13.10

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Steger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man der Debatte über den Bericht betreffend die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich aufmerksam gefolgt ist, dann hat man nicht überhören können, daß heute von allen Debattenrednern sehr positive Zwischentöne über die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu hören waren.

Ich möchte ausdrücklich festhalten, daß es für mich eine Genugtuung war, bereits im Ausschuß zu erleben, daß dieser Bericht, der heute zur Debatte steht, einstimmig zur Kenntnis genommen wurde, daß also nicht zu übersehen war, daß die gute Vorarbeit, die zu diesem Bericht geführt hat, damit auch anerkannt worden ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, bevor ich auf einige inhaltliche Details eingehe, allen, die an diesem ersten Bericht über die Lage der Klein- und Mittelbetriebe in

Österreich mitgewirkt haben, danken. Das ist so eine Art Fieberthermometer, das dann alle zwei Jahre diesem Wirtschaftsteil hingehalten werden kann, um damit die Entwicklung in den folgenden Jahren doch einer etwas genaueren Kontrolle unterziehen zu können. Ich möchte also allen Mitarbeitern herzlich danken. Das waren insbesondere das Institut für Gewerbeforschung, das Institut für Handelsforschung, das Statistische Zentralamt und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die hier mit Ausnahme des Maßnahmenteiles auch an der Formulierung mitgewirkt hat. *(Beifall bei FPÖ, SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)* Ich möchte aber auch den Beamten meines Ressorts herzlich danken. Ich hoffe, daß ich diesen Applaus auch für die Beamten des Ressorts ungehindert übernehmen darf, die hier eine gute Arbeit, eine sachliche Arbeit im Geiste der Zusammenarbeit geleistet haben. *(Allgemeiner Beifall.)* Es freut mich, daß Sie, Herr Präsident Dittrich, hier auch durch Ihren Applaus gezeigt haben, daß Sie das unterstreichen.

Es ist für mich besonders wichtig, daß wir zunächst einmal, bevor wir dann die verschiedenen Möglichkeiten an Maßnahmen diskutieren, wo es natürlich immer wieder unterschiedlichste Blickwinkel gibt, gemeinsam die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe für die Gesamtwirtschaft nicht nur nicht in Zweifel ziehen, sondern ganz bewußt festhalten: Diese kleinen und mittleren Betriebe sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft.

98,7 Prozent aller Unternehmen haben weniger als 100 Beschäftigte, 1,1 Prozent der Unternehmen haben zwischen 100 und 499 Beschäftigte. Wenn Sie sich diese Relation anschauen, merken Sie schon, daß wir eine ganz spezifische klein- und mittelständische Wirtschaftsform in Österreich haben, die in weiten Regionen nicht wegdenkbar ist aus der Entwicklung der Gesamtwirtschaft der jeweiligen Region.

Der überwiegende Teil der zwischen 1973 und 1981 in der gewerblichen Wirtschaft geschaffenen Arbeitsplätze geht auf die Kleinstbetriebe mit weniger als neun unselbständig Beschäftigten zurück, und zwar der überwiegende Teil von insgesamt 23 500 neuen, zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen. Fast gleich viele wurden von den Betrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern geschaffen. In den größeren Betrieben hat es einen Personalabbau gegeben; da merkt man die Rationalisierungsbestrebungen, die es dort gegeben hat, sodaß es eben insgesamt dann zu dieser

2988

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Vizekanzler Dr. Steger

entsprechenden Arbeitsplatzvermehrung in diesem Wirtschaftsbereich gekommen ist.

Heute wurde schon angeführt: Etwa drei Viertel aller Lehrlingsplätze befinden sich in diesen Betriebsformen.

Es ist also durchaus festzustellen: Für die Lehrlingsausbildung, für die jungen Menschen, für die gesamtwirtschaftliche Situation sind die Klein- und Mittelbetriebe der wesentlichste Bestandteil überhaupt. Ohne eine gute Entwicklung in diesem Bereich kann es keine gute Wirtschaftsentwicklung in Österreich geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierung hat aber auch bereits in der Regierungserklärung dieser Tatsache voll Rechnung getragen. Es heißt dort — ich zitiere:

„Die österreichische Wirtschaft ist durch einen hohen Anteil an Klein- und Mittelbetrieben geprägt. Sie sind für die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus von besonderer Bedeutung und haben sich durch ihre Anpassungsfähigkeit und Marktnähe als besonders krisenfest erwiesen. Im Interesse einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und eines größeren Angebotes an Arbeitsplätzen muß alles für ihre Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit getan werden.“ — Ende des Zitats.

Ich möchte, bevor ich im Detail die Wirtschaftsfrage noch beleuchte und zukünftige Maßnahmen erörtere, ganz kurz auf die bisherigen Maßnahmen eingehen, weil sie mir in den bisherigen Debattenbeiträgen doch noch nicht ausreichend gewürdigt erscheinen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Übersehen Sie doch nicht, daß es schon etwas bedeutet im Geiste der Bundesregierung, wie hier diskutiert wurde, wenn trotz einer allgemeinen Reduktion der Förderungsmittel für Klein- und Mittelbetriebe die zur Verfügung stehenden Mittel erhöht wurden. Den all das, was an Förderungsmitteln über das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie vergeben wird, kommt primär, wie Sie ja allen Statistiken entnehmen können, den kleinen und mittleren Betrieben zugute. Daß jedenfalls von diesen ungefähr 200 Millionen Schilling an Erhöhungen, die es für den Förderungsbereich im Jahre 1984 gibt, zirka 120 Millionen Schilling den kleinen und mittleren Betrieben zugute kommen werden, und zwar allein von diesen Erhöhungen, möchte ich schon angemerkt haben.

Aber auch die Aufstockung der Mittel des Forschungsförderungsfonds ist so ein Signal dafür, daß man in der gesamten Regierung diesen Themenkreis sehr ernst nimmt.

Ich darf ein drittes Beispiel anfügen: Die Maßnahmen zur Förderung der Errichtung von Eigenheimen und Wohnungen kommen ja auch primär wieder dem Kleinen und Mittleren im Baubereich zugute, denn gerade dort sind es die kleinen Betriebe, die besonders bei der Errichtung und dann auch beim Ausbau tätig sind. Es kann sicher nicht mehr bei den Exportkrediten differenziert werden, die den kleinen und größeren gemeinsam zugute kommen. Die Verbilligung steht aber fest, die hier durchgeführt wurde. Meine Damen und Herren! Ich bin sehr optimistisch dahingehend, daß das auch im nächsten Jahr gute Möglichkeiten für die österreichische Exportwirtschaft bringen wird.

Die steuerlichen Maßnahmen bzw. Steuerstreichungen wurden heute bereits erwähnt. Man kann, Herr Präsident Dittrich, diese Steuerstreichungen nicht immer so ganz negieren, wenn man gleichzeitig weiß, daß wir sehr ernste Gespräche darüber führen mußten, wie wir die Finanzkraft der Kammern sicherstellen, weil durch die Reduzierung der Hebesatzmöglichkeiten plötzlich etwas Entscheidendes wegfällt. „Entweder oder“ kann ich nur sagen.

Wir haben uns dazu bekannt, daß es hier ein Dreiparteienregelung gegeben hat. Sie sollten aber auch als Kammervertreter anerkennen, daß daher die Steuerstreichungen ebenfalls etwas bedeuten müssen, denn sonst wäre das andere nicht notwendig gewesen.

Wenn wir uns da finden könnten, wäre schon für die zukünftige Diskussion viel gewonnen. Ich hätte jedenfalls die Bitte, daß Sie von der Oppositionsseite her etwas mehr Sachlichkeit bei den Steuerstreichungen mit hineinbringen in die Diskussion. Sie dürfen auch von uns erwarten, daß wir Sachlichkeit in der Diskussion dort haben, wo es um die Kammergebühren geht. Das eine wird vom anderen nicht zu trennen sein. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Staudinger: Ob die Klein- und Mittelbetriebe von der Gewerbesteuer auf Kapital einen wesentlichen Vorteil haben, muß allerdings dahingestellt bleiben!)*

Herr Abgeordneter! Ich bin gerne bereit, darauf später einzugehen. Ich habe es jetzt bei Ihrem Zwischenruf nicht verstanden, weil das sprachlich für mich nicht ganz zu verste-

Vizekanzler Dr. Steger

hen war. (*Abg. Staudinger: Sie kriegen es schriftlich!*) Es geht durchaus auch mündlich, aber Sie werden wahrscheinlich noch heute reden.

Daß wir uns mittlerweile mit der Bundeswirtschaftskammer auch auf eine Aufstokkung der Förderungsmittel für Unternehmerberatung und -schulung geeinigt haben, sei ebenfalls angemerkt. Das ist doch auch etwas Wesentliches. Das gleiche gilt dafür, daß es bereits eine Einigung über die Förderung des Incoming-Bereiches in der Fremdenverkehrswirtschaft gibt.

Die regionalen Sonderförderungsprogramme sind erwähnt worden.

Der Umweltfonds ist hinlänglich bekannt. Die Tatsache, daß der Pfschererlaß fertig ist — das geschah im Zusammenwirken mit der Kammerorganisation —, ist ja auch ein Signal dafür, wie groß die Zusammenarbeitsbereitschaft ist, die im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe besonders notwendig ist, die aber dann auch von der Kammer ab und zu bestätigt werden sollte. Auch der Minister merkt, daß sich in den Monaten seit der Regierungsbildung sicher das eine oder andere in der Zusammenarbeit noch als verbesserungsfähig herausstellt. Es hat sich aber insgesamt bereits eine gute Ebene der Zusammenarbeit ergeben. Sonst, Herr Präsident Dittrich, hätte sicher nicht die Österreichische Volkspartei diesen Bericht über die kleinen und mittleren Betriebe im Ausschuß bereits zur Kenntnis genommen. Auch das war ja schon ein Signal, das in diese Richtung geht.

Wenn Sie sagen, daß es durchaus Ihr Einverständnis gibt, in diese Richtung weiter voranzukommen und Positives nicht zu übersehen, dann freut mich das sehr.

Ich möchte aber auch umgekehrt sagen, daß es im Rahmen der Regierung einen Themenkreis gibt, der jetzt in den letzten Tagen sehr, sehr an Bedeutung gewonnen hat.

Meine Damen und Herren! Es hat bereits bei der Anwesenheit des italienischen Ministerpräsidenten in Österreich massive Gespräche wegen der Situation an der italienischen Grenze, die damals noch nicht so verschärft war, gegeben. Damals ist sowohl vom Herrn Bundeskanzler als auch von den zuständigen Ministern darauf verwiesen worden, daß es nicht tragbar ist, daß ein veraltetes System der Zollbehandlung und eine derart geringe Anzahl von Zöllnern auf italieni-

scher Seite eingesetzt werden, sodaß es im Transport- und Handelsbereich am schwierigsten ist, mit Italien zu entsprechenden Zollmaßnahmen für den einzelnen Unternehmer oder Kraftfahrer zu kommen.

Es gab bereits die Zusage des italienischen Ministerpräsidenten, sich persönlich um diesen Themenkreis zu kümmern. Ich möchte jedenfalls anmerken, daß ich auch an den italienischen Handelsminister ein Telegramm geschickt habe, weil ja der Zustand, der jetzt auf den internationalen Fernstraßen herrscht, für die gesamte wirtschaftliche Situation in sehr kurzer Zeit gefährlich werden kann. Ein Verkehrskollaps zunächst im Transportgüterbereich und als nächster Schritt ein Verkehrskollaps im privaten PKW-Bereich ist nicht nur für die Fremdenverkehrswirtschaft, sondern für die gesamte österreichische Wirtschaft nicht hinzunehmen. Es werden daher alle Gespräche mit allem Nachdruck vorangetrieben, um die italienische Seite dazu zu bringen, diese Probleme wirklich zu lösen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Helga Wieser: Außerdem sind solche Entwicklungen gefährlich!*)

Solche Entwicklungen sind sogar für die gesamte Demokratie gefährlich, wenn sich plötzlich zeigt, wie Blockaden zu einem gefährlichen Ergebnis führen können. Ich bin, Frau Abgeordnete, durchaus Ihrer Meinung, daß diesbezüglich rasch und massiv alles unternommen werden muß.

Meine Damen und Herren! Damit zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Ich glaube, daß die Situation der Klein- und Mittelbetriebe nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gelöst werden kann. Und da meine ich schon, daß die Situation jetzt Anlaß für einen vorsichtigen Optimismus ist.

Sicher war es zunächst notwendig, und das ist der Regierung gar nicht leichtgefallen, die Budgetstabilisierung im Vordergrund zu sehen. Die ersten Daten, die jetzt zum Rechnungsabschluß 1983 bekannt sind, zeigen ja, daß sich das Budget schon 1983 im letzten Teil wesentlich günstiger entwickelt hat, als es noch einige Monate vorher den Anschein hatte.

Noch Mitte des Jahres war die Prognose bei 6,1 Prozent Nettodefizit im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Gegen Jahresende hat sich das auf etwa 5,5 Prozent reduziert, und wir hoffen für das Jahr 1984, das sicher notwendige Opfer für alle in der Bevölkerung bringt, das Budget noch weiter zu verbessern,

2990

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Vizekanzler Dr. Steger

noch mehr zu stabilisieren und eine Quote von etwa 4,9 Prozent des Nettodefizits im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu erreichen, was ein stolzer Wert in der westeuropäischen Entwicklung, wenn Sie das mit der Budgetentwicklung in anderen europäischen Ländern vergleichen.

Am Rande der Diskussionen in der Europäischen Gemeinschaft habe ich natürlich auch Gespräche über die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft geführt.

Meine Damen und Herren! Jemand, dem es nicht extrem gut geht, kann es nie trösten, daß es jemand anderem schlechter geht. Nur: Loslösen von all dem, was woanders passiert, kann man doch die Betrachtung nicht, wenn man seriös darüber weiterdiskutieren will.

Wenn andere vergleichbare kleine Länder in den EG-Staaten ein Nettodefizit haben, das zweistellige Prozentraten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aufweist und eine Arbeitslosigkeit, etwa in Belgien, zwischen 17 und 18 Prozent in der Prognose für 1984, dann kann man nicht übersehen, daß vergleichsweise die Wirtschaftsmaßnahmen in Österreich sehr wohl dazu geführt haben, daß es bei uns wirtschaftlich besser ist.

Wenn man dann noch weiß, daß diese Regierung positive Rahmenbedingungen nicht nur herbeireden will, sondern bei den Steuermaßnahmen, bei den Förderungsmaßnahmen, bei den Entbürokratisierungsmaßnahmen ganz Konkretes bereits für die Diskussion vorschlägt, dann kann man nicht übersehen, daß ein gewisser vorsichtiger Optimismus nicht nur notwendig für die Wirtschaft ist, sondern tatsächlich bereits eine realistische Grundlage hat.

Meine Damen und Herren! Ich persönlich bin jemand, der sich zum Wirtschaftswachstum als notwendiges Ziel bekennt. Ich glaube nicht daran, daß es eine positive Wirtschaftsentwicklung gibt, wenn man Umverteilung ohne Wirtschaftswachstum anstrebt.

Ich bekenne mich zur Leistungsförderung, ich bekenne mich auch zur Marktwirtschaft, und ich glaube, daß alle, die ein ähnliches Gedankengut vertreten, durchaus mit den Anzeichen, die derzeit am Horizont in der Wirtschaftsentwicklung Österreichs vorhanden sind, zufrieden sein können. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Eine Bestätigung dafür haben Sie durch Wirtschaftsforscher in Österreich: Professor

Knapp, Dr. Kramer, ja sogar der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Professor Krejci, der wirklich nicht im Verdacht steht, ein Freiheitlicher zu sein oder gar ein Sozialist. Sie entschuldigen diese Formulierung; aus seiner Sicht wäre das wahrscheinlich so formuliert worden. Er steht nicht im Verdacht, das eine und schon gar nicht das andere zu sein.

Meine Damen und Herren! Ähnliches kann ich Ihnen auch aus dem internationalen Bereich sagen. *(Zwischenrufe.)* Diese Formulierung können Sie bei Professor Krejci selber nachlesen, wenn Sie sich das ab und zu in seinen Publikationen anschauen. Es weiß auch die Sozialistische Partei ganz genau, wie es mit dem persönlichen Bekenntnis aussieht. Vielleicht hat der Herr Staatssekretär schon wieder neue Informationen über das politische Bekenntnis des Herrn Generalsekretärs. Aber ich glaube nicht, daß sich da etwas geändert hat.

Wenn Sie sich das beim Europäischen Management-Forum anschauen, mit der Umfrage, wonach wir uns deutlich in der Einschätzung verbessert haben, wenn Sie sich das in den OECD-Statistiken anschauen, dann werden Sie doch zum Ergebnis kommen, daß dieser Optimismus nicht nur herbeigeredet wird, sondern auch objektivierbare Grundlagen hat.

Ich sage Ihnen jetzt einige Indikatoren, an die Sie sich schon halten können, und zwar Indikatoren für den Aufschwung der Wirtschaft gerade in den kleinen und mittleren Betrieben.

Nehmen Sie zunächst die steigende Nachfrage der Klein- und Mittelbetriebe nach geförderten Investitionskrediten. Es war doch unsere größte Sorge in der letzten Zeit: Wird auch wieder investiert werden? Ist auch wieder eine Bereitschaft vorhanden, wenn man Förderungsmittel zur Verfügung stellt, nach diesen zu greifen und Investitionen durchzuführen?

Ich sage Ihnen einige Zahlen aus der jüngsten Zeit: Bei der Kleingewerbekreditaktion ist der Antragszuwachs, die Menge der Anträge, 21 Prozent. Das geförderte Kreditvolumen hat ein Plus von 17,4 Prozent. Nehmen Sie die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion: Anträge plus 6,6 Prozent, gefördertes Kreditvolumen plus 10,2 Prozent. Nehmen Sie die Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen: Kreditanträge plus 27 Prozent

Vizekanzler Dr. Steger

in der Anzahl der Anträge, Kreditvolumen plus 17,2 Prozent.

Meine Damen und Herren, das muß doch alle Abgeordneten in diesem Hause froh machen. Es zeigt sich doch, daß das Interesse, der Wille zur Investition, die Risikobereitschaft, eine selbständige Existenz überhaupt aufbauen zu wollen, in Österreich nicht nur ungebrochen vorhanden ist, sondern wieder stark zunimmt.

Ich darf Ihnen auch weiteres Tröstliches sagen, was aus einer Statistik stammt, die ich gerade gestern bekommen habe: die Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft in den Wintermonaten. Im Jänner — die Dezemberzahlen habe ich schon einmal bekanntgeben können — gab es bei den Nächtigungen ein Plus von 3,2 Prozent. Nimmt man die gesamte Winterhalbjahresbilanz November 1983 bis inklusive Jänner 1984, so haben wir bei den Nächtigungen ein Plus von 2,6 Prozent zum Vergleichszeitraum des Vorjahres. Damals war es wieder gegenüber dem Jahr davor ein Minus von 2,2 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wenn ich den Herrn Abgeordneten Westreicher sehe, weiß ich, das enthebt uns nicht der Sorge, alles zu tun wegen des Sommerfremdenverkehrs, wo wir noch sehr viele Diskussionen führen müssen. Aber es soll uns doch froh machen, daß es im Winterhalbjahr offensichtlich wieder aufwärts geht, nachdem es zwischendurch eine rückläufige Entwicklung gegeben hat.

Ich meine, daß ein bißchen mehr Glaube an die Heimat, ein bißchen mehr Glaube an die Arbeitsfähigkeit der Österreicher, ein bißchen mehr Glaube an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsbetriebe in Österreich der nächste Schritt ist, um ein noch besseres Ergebnis zu erzielen, das ich jedenfalls am Horizont schon als erreichbar ansehe.

Bei den Warenexporten hatten wir im vergangenen Jahr ein schönes Ergebnis. Es war am Schluß überschattet dadurch, daß es bei den Importen im Konsumbereich in den letzten Monaten, vor allem im Weihnachtsgeschäft, eine so starke Zunahme gegeben hat. *(Abg. Probst: Die ist ja nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen!)*

Es war deswegen nicht unbedingt schlecht, weil es zeigt, daß die Leute sehr wohl noch Geld haben. Denn im Konsum viel Geld ausgeben, also im Bereich der Konsumwirtschaft, damit da keine politischen Mißverständnisse aufkommen, viel Geld ausgeben

heißt ja zunächst, daß die Masse der Österreicher Geld haben muß. Anders ist es ja nicht erklärbar. Und daß der Wirtschaftsaufschwung letztendlich in Österreich und im gesamten Westeuropa immer nur so einsetzen konnte, daß zunächst im konsumtiven Bereich etwas beginnt und daß dann im nächsten Schritt auch die Investitionsbereitschaft anläuft, das war uns immer klar und hat offensichtlich auch — noch nicht in voller Dimension, aber doch mit einigen positiven Schritten — bereits eingesetzt.

Die Prognose für das nächste Jahr: 5 Prozent Plus im Export und ein Gleichbleiben, vielleicht ein leichtes Plus beim Import würde doch bedeuten, daß wir unsere Leistungsbilanz stark verbessern können. Und ich glaube, daß eben alle diese positiven Anzeichen nicht übersehen werden dürfen.

Trotz dieser positiven Anzeichen darf man auch Negatives nicht übersehen. Und da bin ich durchaus auch der Meinung, daß man das immer sehr seriös mit den Kammern, mit der Bundeswirtschaftskammer, mit der Arbeiterkammer diskutieren muß, weil es notwendig ist, immer wieder das, was sich eben im negativen Bereich anzeigt, rechtzeitig durch Gespräche zu beseitigen, damit es nicht über groß und drohend im Raum steht.

Der größte Vorteil der Kleinbetriebe ist ihre Flexibilität. Sie reagieren sehr rasch. Sie sind wendig im wirtschaftspolitischen Ablauf. Ihr größter Nachteil ist ihre geringe Risikokapazität, die sich vor allem im Export, aber auch bei der Realisierung technologischer Innovationen als Nachteil herausgestellt hat.

Der zweite große Nachteil und der zweite große Problembereich, über den es Besprechungen geben muß und ja laufend gibt: Der Anteil am Basissektor der Industrie, der sehr energie- und rohstoffintensiv ist, ist im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten sehr hoch. Das heißt, wir haben noch immer bei den technischen Verarbeitungsprodukten einen zu geringen industriellen Anteil.

Da hat es bereits in den letzten zehn Jahren einen starken Nachholprozeß gegeben. Das muß mit allen Anstrengungen weitergetrieben werden.

Auch dazu sind halt Förderungsmaßnahmen im Industriebereich immer wieder notwendig, weil hier die gewerbliche Wirtschaft allein sicherlich nicht erfolgreich sein kann. Die Vergleichszahlen: Österreich ist hier bei den technischen Verarbeitungsprodukten

Vizekanzler Dr. Steger

nach einer Statistik des Jahres 1980 bei 35 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland bei 44 Prozent. Da merkt man sofort, wo hier ein wirklicher Problembereich liegt.

Daß die mangelnde Eigenkapitalausstattung ein Problem ist, wird von dieser Bundesregierung gar nicht in Abrede gestellt. Es soll aber nicht übersehen werden, daß erste Schritte zur steuerlichen Entlastung bereits geschehen sind, weil eben auch von den Arbeiterkammern anerkannt wurde, wie wichtig dieser Bereich zur Arbeitsplatzsicherung ist, sonst wäre es ja letztendlich zu dieser Vereinbarung der beiden Regierungsparteien in diesem Bereich nicht gekommen.

Und wenn, meine Damen und Herren, bürokratische Eingriffe als lästig, als mühsam und sehr oft auch als Hemmnis für die Wirtschaft empfunden werden, dann braucht nicht heute ein Entschließungsantrag gemacht zu werden, denn der Beschluß, diese Kommission einzusetzen, ist bereits in der Bundesregierung gefaßt worden. Noch am selben Tag habe ich an die Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und der Arbeiterkammer einen Brief geschrieben und um die Mitarbeit gebeten. Beide Präsidenten haben zugesagt, daß es eine Mitarbeitsbereitschaft geben wird.

Und, meine Herren von der Opposition, der Präsident der Bundeswirtschaftskammer hat mir sogar schon schriftlich nominiert, wer seine Vertreter für die Expertendiskussionen sind. Und ich möchte ihm danken, daß er schon so reagiert hat.

Ich habe auch bereits wieder einen Brief, der meines Wissens gestern unterschrieben worden ist, an die Präsidenten gerichtet, mit dem konkreten Termin. Das wird also in wenigen Wochen zu konkreten Gesprächen mit den verschiedenen Ressorts, also Finanzministerium, Sozialministerium, natürlich auch Handelsministerium, mit den Staatssekretären, die sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigen, und mit den Vertretern der Kammern führen, weil wir glauben, daß das wirklich ein wichtiger Themenkreis ist, wo Sie mit Recht anmerken, Herr Präsident Sallinger, daß Wirtschaftstreibende darauf warten, daß hier etwas kommt, wo ich aber genauso an Ihre Adresse sage: Allein kann man da gar nichts machen. Da müssen wir die Gespräche führen über alle diese Bereiche und dann sehen, wo der Kompromiß ist. Sehr oft meinen die Menschen, die Bundesregierung ist das bürokratische Hemmnis. Sie wissen aber, manchmal sind es auch die Länder,

und manchmal meinen die Menschen sogar, die Kammern sind ein bürokratisches Hemmnis. Das sage ich aber nur ganz leise hier. *(Heiterkeit.)* Und da werden wir ja dann in der Kommission etwas lauter darüber sprechen müssen.

Innovationsförderung, das ist ja mittlerweile bekannt, Exportförderung, Exportringe. Herr Präsident Sallinger! Ich bin nach wie vor gesprächsbereit. Sie haben mir gesagt, für das nächste Jahr werden wir etwas finden, für das weitere wird man noch sprechen müssen bezüglich der schon bestehenden Organisationseinheit wegen des Verlustabganges, der sich dort entwickelt hat, und über alles, was sonst kommen soll.

Natürlich bin ich da auch Ihrer Meinung, Herr Präsident: Einen ständigen Zuschußbetrieb im Exportringbereich können wir nicht gemeinsam eröffnen. Da müssen wir noch sehr genau schauen, welche Konstruktion denkbar ist, damit hier eine gerechte Lösung gefunden wird.

Aber diese Bundesregierung wird jedenfalls die Außenhandelsoffensive im Zusammenwirken mit der Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer fortführen. Ich möchte auch anmerken, daß sich ja dort in den vergangenen Monaten überhaupt die beste Zusammenarbeit zwischen uns bisher herauskristallisiert hat.

Man soll sich dann nicht, wie das etwa ein Abgeordneter der Opposition gemacht hat — ich bin nicht ganz sicher, aber ich glaube, es war der Abgeordnete Bergmann —, plötzlich lustig machen darüber, daß das Handelsministerium auch dafür sorgt, daß ganze Delegationen auf Reisen gehen unter der Führung des Ministers, unter der Führung des Staatssekretärs. Es war da irgend so ein abträglicher Satz dazu.

Ja selbstverständlich kann im Außenhandel kein österreichischer Betrieb erfolgreich verkaufen, wenn er nicht hingeht auf den Markt, wenn er nicht dort ist. Und selbstverständlich ist hier die Tätigkeit des Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer wichtig und ist hier die Tätigkeit der Regierungsmitglieder wichtig gewesen. Erfolge sind nur im Zusammenwirken möglich gewesen. Wir sollten uns da gemeinsam zu dem Erfolg bekennen und eben auch zur Zusammenarbeit bekennen. Die Regierung bekennt sich jedenfalls dazu. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Und weil das heute mehrfach angezogen

Vizekanzler Dr. Steger

worden ist, möchte ich auch sagen, daß es immer wieder anderes gibt, wo die Wirtschaft mit Recht oft nervös wird, etwa wenn so ein tragischer Fall zu verzeichnen ist wie dieser Selbstmord eines Wirtschaftstreibenden. Meine Damen und Herren! Niemand wird ernsthaft der Steuerhinterziehung das Wort reden, aber niemand kann einfach hinnehmen, daß so etwas passieren konnte.

Ich meine — und da habe ich genug Erfahrungen auch als Rechtsanwalt —, man muß immer wieder sehr genau die Rechtsstaatlichkeit überprüfen. Der Herr Finanzminister hat das angekündigt. Man muß aber auch immer wieder überprüfen, ob die Rechtsordnung in einem ganz bestimmten Bereich noch dem entspricht, was wir uns im Zuge der Weiterentwicklung der Demokratie von unserer Rechtsordnung ständig erwarten.

Das Strafrecht allgemein ist sehr modernisiert worden. Es gibt genug Rechtsschutzeinrichtungen. Und wir müssen sehr aufpassen, daß auch dort, wo es um Beamte im Direktbereich geht, wo es sich nicht um die Gerichtsbarkeit handelt, die tätig wird, eine gleichartige Überschaubarkeit vorhanden ist und daß dort letztendlich die demokratischen Grundrechte aller Menschen genauso gewahrt werden. Als unschuldig hat nicht nur im Gerichtsverfahren jeder bis zu einem Urteilsspruch zu gelten, als unschuldig muß jemand auch im Verwaltungsverfahren gelten und entsprechend behandelt werden. Darauf wird die Bundesregierung genauso Wert legen, daß das klar ist für alle Beteiligten. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich möchte sagen, daß es noch einen anderen Themenkreis gibt, den Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht unterschätzen sollten. Seitdem ich Handelsminister bin, vergeht keine Woche, wo nicht mehrere Gewerbetreibende kommen und mich darauf aufmerksam machen, wie sie existenzbedroht sind durch die Grünen Riesen quer durch Österreich. Die Gewerbeordnungsänderung Anfang der siebziger Jahre, wo man de facto einen Blankogewerbeschein für diesen ganzen Bereich ausgestellt hat, war damals sicher von der Idee getragen, daß letztendlich im Rahmen der Bundeswirtschaftskammer hier schon ein Ausgleich gefunden werden wird.

Übersehen Sie bitte nicht, daß man hier sehr ernsthaft aufpassen muß, daß nicht ein Bereich, der formalrechtlich privatwirtschaftlich organisiert ist, aber in seiner Substanz, in seiner Größenordnung natürlich viel, viel

stärker ist als jeder kleine Private, daß dieser Bereich nicht bereits den kleinen Unternehmer im Würgegriff hat. Ich meine, auch hier sollten Sie die Fairneß haben, und zwar zunächst durchaus, Herr Präsident, einmal hinter verschlossenen Türen, daß wir auch diesen Themenkreis sehr ernsthaft diskutieren.

Frau Abgeordnete Tichy-Schreder! Auch Sie werden sicher die Briefe kennen von Wirtschaftstreibenden quer durch Österreich, die sich existenzbedroht fühlen als Händler, wenn sie plötzlich ausgekauft werden aus ganzen Märkten, wenn plötzlich ein gnadenloser Preiskampf losgeht in einer Region, wo der Grüne Riese beinhaltet jeden Privaten aus diesem Markt hinauswirft. Das kann nicht im Sinne der Nahversorgung und auch nicht im Sinne des Wirtschaftsdenkens sinnvoll sein. Hier muß man schon einige Überlegungen anstellen. Das beginnt wahrscheinlich bei der steuerlichen Besserstellung mancher Genossenschaften gegenüber der Privatwirtschaft und endet dort, wo sich diese Großeinheiten jenseits aller Kartellbestimmungen bereits ganz bestimmte Vorteile verschafft haben.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß niemand übersieht — und Sie sollten dieses Bewußtsein auch haben —, daß die Probleme der österreichischen Wirtschaft groß sind, daß aber insgesamt kein Anlaß besteht, pessimistisch zu sein hinsichtlich der Chancen der österreichischen Wirtschaft und im besonderen der Möglichkeiten der kleinen und mittleren Betriebe.

Es wird der Mut zur Eigeninitiative, der Mut dazu, einen eigenen Betrieb zu eröffnen, der Mut dazu, selbst Arbeitsplatzsicherung für sich zu betreiben durch die Gründung des Betriebes und für die Angestellten und Arbeiter, die dann Mitarbeiter werden, es wird dieser Mut auch in Hinkunft von der Bundesregierung anerkannt werden und zu ganz konkreten Schritten führen, zu Förderungsmöglichkeiten, zu Steuererleichterungen.

Ich jedenfalls habe als Handelsminister hier wirklich die gute Möglichkeit, Ihnen zu sagen: Ich bin nicht pessimistisch, weil die Substanz der österreichischen Betriebe an sich in Ordnung ist. Auch in Hinkunft wird dieses Rückgrat der österreichischen Wirtschaft, werden diese kleinen und mittleren Betriebe gute Möglichkeiten haben, wenn wir nur den Mut aller Menschen, die bereit sind, selbständig zu werden, die bereit sind, einen Betrieb zu gründen, im Zweifelsfall belohnen, die Leistung anerkennen und gemeinsam

2994

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Vizekanzler Dr. Steger

dafür sorgen, daß es ein positives Wirtschaftsklima in Österreich gibt. Ich glaube, daß dies ein realistisches Ziel ist, das wir auch in Zukunft erreichen können. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 13.43

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel. Ich erteile es ihm.

13.43

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es gibt ein ganz interessantes Buch, das vor kurzem herausgekommen ist, es heißt „Megatrends“ von John Naisbitt und beschreibt die künftigen technologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten. Dabei zeigt sich bei den Ökonomen ein ganz interessanter völliger Denkwandel. Früher hat es nämlich geheißt: „What's good for General Motors“, das heißt, was ist gut für big business, „is good for America.“ Und heute sagen die Ökonomen: „What's good for small business, is good for America.“

Das zeigt, daß im Denken vieler Ökonomen eigentlich ein gigantischer Trendwandel sichtbar wird. Das ist nicht nur eine Theorie, sondern sie findet auch in der ökonomischen Realität ihre Entsprechung. 80 Prozent der neuen Arbeitsplätze entstehen im Westen in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern. In den Vereinigten Staaten sind in den letzten 13 Jahren netto 22 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden, allein in den letzten 14 Monaten 4 Millionen zusätzlich, sagte Roger Porter bei der OECD-Beschäftigungskonferenz in Paris. Der Mann ist immerhin Präsidentenberater von Reagan.

Auffallend dabei ist — und das sollte zu denken geben —, daß diese wirtschaftlichen Aufschwungtendenzen interessanterweise von jenen Ländern kommen, die eine sehr starke marktwirtschaftliche Dynamik haben, also von den Vereinigten Staaten, von England und der Bundesrepublik.

Österreich hätte hier eine gute Chance mitzutun. Die erste Chance wurde leider Gottes schon vergeben. Die Regierung hat durch das Belastungspaket, das mit 1. Jänner in Kraft getreten ist, immerhin die Chance auf ein höheres Wirtschaftswachstum von einem dreiviertel Prozent vergeben.

Herr Vizekanzler — ich habe das Knurren im Hintergrund sehr genau gehört —: Ein dreiviertel Prozent Wirtschaftswachstum, das ist schon eine Größenordnung, auf die man

nicht unbedingt verzichten kann in einem kleinen Land wie Österreich.

Die zweite Chance liegt in unserer dynamischen mittelständischen Wirtschaftsstruktur. Diese muß man aber auch nützen und die muß man ermutigen.

Viel brutaler, als ich es hier zu sagen gewagt hätte, hat das der französische sozialistische Staatspräsident Mitterrand im Jänner dieses Jahres gesagt. Er hat — aufgrund der großen Industrieprobleme, die es dort gibt, Talbot etc. — brutal gesagt: Wir haben in Frankreich nur die Wahl zwischen alten und neuen Arbeitsplätzen. Die Mittel, die zur Subventionierung nicht rentabler Tätigkeiten verwendet werden, fehlen bei der Unterstützung neuer zukunftsträchtiger Industrien.

Meine Damen und Herren! Das ist wirklich auch bei uns die Alternative. Wir haben die Wahl zwischen alten Arbeitsplätzen oder neuen Arbeitsplätzen. Schön wäre, könnten wir beides finanzieren, nur geht das leider Gottes eben nicht.

Und was tut die Regierung in Österreich nun wirklich? Wir haben in Österreich mit Sicherheit nicht zu wenig Geld zur Verfügung, wir haben eigentlich genug Geld, nur für beides zugleich reicht es nicht.

Wer ist aber nun eigentlich der entscheidende Wirtschaftsminister in diesem Kabinett? Das ist eine ganz interessante Frage. Wer hat a) wirklich etwas zu reden und b) genügend Geld, um etwas durchzusetzen?

Dabei stoßen wir eigentlich auf eine ganz interessante Tatsache: Nicht der Finanzminister ist der wirkliche Wirtschaftsminister im Kabinett, schon gar nicht der Handelsminister, der einige Förderungsmöglichkeiten verwalten kann, auch nicht der Bautenminister, der sehr viel Geld für Aufträge vergeben kann. Der wirkliche Wirtschaftsminister im Kabinett Sinowatz — Steger heißt Dallinger. (Abg. Heininger: Das ist schlimm!) Das ist beweisbar, und das ist schlimm genug. Denn damit hat man wahrhaft den Bock zum Gärtner gemacht. Man hat diesem Mann im Kabinett so viel frei verfügbares Geld zur Verfügung gegeben wie keinem anderen. Bitte nachprüfbar, beweisbar. Der Sozialminister hat als einziger Minister dieser Regierung ein frei verfügbares Budget für Wirtschaftsförderung von etwa 3 Milliarden Schilling. Das hat kein anderer Minister. Sonst ist alles gesetzlich gebunden, für fortgesetzte Aktionen, wo man schwer heraus kann. Dallinger hat frei

Dr. Schüssel

verfügbar 3 Milliarden. Das ist die Arbeitsmarktförderung, zur Hälfte von den Arbeitnehmern, zur Hälfte von den Betrieben finanziert.

Diese Arbeitsmarktförderung ist gigantisch hochgepuscht worden. 1970 standen dafür noch 170 Millionen Schilling zur Verfügung, 1984 sind es bereits 2,4 Milliarden. Und dazu kamen im vorigen Jahr 500 Millionen und kommen heuer 400 Millionen für „volkswirtschaftlich wichtige Projekte“, die aus dem allgemeinen Budget finanziert werden.

Das Bedenkliche dabei ist, daß es bei dieser Vergabe der Mittel eigentlich keine demokratische Kontrolle, nicht einmal Mitsprachemöglichkeiten in ausreichender Konsequenz gibt. Nicht einmal alle Regierungsmitglieder können hier mit einem Ministerratsbeschluß mitbestimmen. Das war ja das Hintertür, das es dem Vizekanzler und Handelsminister ermöglicht hat, dem Experiment Steyr nicht zustimmen zu müssen, weil Dallinger allein frei verantwortlich, niemanden fragen müsend, die Gelder für sein Arbeitszeitexperiment ausgeben kann. Er hat einen Beirat für gewisse Förderungen, aber er ist nicht gebunden an die Empfehlungen. Er hält sich auch oft nicht daran, gerade bei sogenannten Selbsthilfebetrieben, die er sehr gerne forciert. Manche davon sind sinnvoll, andere sind es sicherlich nicht.

Und bei diesen 500 Millionen beziehungsweise heuer 400 Millionen Schilling für die volkswirtschaftlichen Projekte muß Dallinger überhaupt niemanden fragen, da wird nicht einmal der Beirat informiert. Er gibt auch uns Parlamentariern keine Auskunft. Wir haben Anfragen gestellt im Finanz- und Budgetausschuß. Das Äußerste an Antwort war: Von diesen Geldern sind im vorigen Jahr 80 Prozent in den CA-Konzern hineingeflossen für die Betriebe Semperit und Andritz. Ein Beitrag also zur Bankensanierung, mehr immerhin, als die Länderbank im vorigen Jahr bekam. Alles ohne Mitsprache, ohne demokratische Kontrolle!

Dabei werden vielfach ja keine wirtschaftsstrukturellen Überlegungen angestellt, sondern in der Regel — was für Dallinger legitim, aber ehrlich gesagt für die Wirtschaftspolitik des Landes eine Katastrophe ist — ausschließlich sozialpolitische, manchmal auch machtpolitische Überlegungen. (Abg. Braun: Arbeitsplatzpolitische Überlegungen! Wenn Ihnen die tausend Kündigungen lieber gewesen wären, dann sagen Sie es!) Ja, alte Arbeitsplätze, Herr Kollege, und wir

haben nur die Wahl, das Geld, das wir haben, leider nur begrenzt haben, da oder dort einzusetzen. (Abg. Braun: So schwarzweißmalen kann man nicht, wenn man ernst genommen werden will!)

Wenn Sie nun lesen, wohin denn die Gelder von der Arbeitsmarktverwaltung, Arbeitsmarktförderung gehen, dann sehen Sie in Wirklichkeit: Das geht alles in Großbetriebe, ich könnte Ihnen jetzt vorlesen: General Motors 30 Millionen, Ankerbrot 20 Millionen, Enka 40 Millionen im Jahre 1982, BMW 45 Millionen, Stölzle 55 Millionen, Steyr 167 Millionen, 1983 General Motors 15 Millionen, Enka 10 Millionen, Steyr 40 Millionen, VEW 52 Millionen. Lauter Großbetriebe! (Abg. Braun: Wo sind die Restposten?)

Ich kann alles noch belegen, lauter Großbetriebe, die hier gefördert werden. Wir sehen also, die Arbeitsmarktförderung wird ein reines Umverteilungsinstrument von den Kleinen zu den Großen. Alle müssen zahlen, aber die Kleinen kriegen nichts. Das ist Mittelstandspolitik im Sinne dieser Bundesregierung.

Es ist weiters eine Umverteilung auch zu Lasten der Arbeitnehmer. Denn früher war es so, daß die Arbeitnehmer über die individuellen Beihilfen sehr viel mehr bekommen haben als heute. Im Jahre 1978 sind etwa 57 Prozent der Gelder für Beihilfen den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt worden und nur ein Viertel für Betriebssubventionen.

Heute ist es genau umgekehrt. Nur mehr 29 Prozent Beihilfen für die Menschen, aber 60 Prozent Subventionen für Betriebe. Und es ist dazu noch eine gigantische Umverteilung von den Privaten hin zur verstaatlichten Industrie und zu den Banken — Konzernbetrieben.

Im vorigen Jahr gingen 94 Millionen der Arbeitsmarktförderung in den ÖIAG-Konzern, 64 Millionen in die Banken — Konzernbetriebe, 15 Millionen in den Sonderfall General Motors und 64 Millionen in die übrige Privatwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Mittelstandspolitik, wie sie diese Bundesregierung offensichtlich für sinnvoll und für vertretbar hält, wir jedenfalls nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Wie sehr man sogar noch einfahren kann und mit der Nase am Boden radiert, zeigt der Fall General Motors ja sehr, sehr deutlich. Im

Dr. Schüssel

Grunde war das eine Blamage sondergleichen für diese Bundesregierung.

Wenn man jetzt sieht, mit wieviel Propaganda hier Milliarden in ein großes Werk eingesteckt wurden, und wie jetzt großartig verkündete Zusagen nicht eingehalten werden können und der österreichische Staat gar keine Möglichkeit hat, sich hier vom Betrieb irgend etwas zurückzuholen, dann beginnt man sich schon zu wundern.

Der Konzern hat in Wien heute ein Werk von rund 8 Milliarden Schilling Wert stehen. Wenn man jetzt rechnet einschließlich Subvention, einschließlich Gratisgrundaufschließung, Werksgelände, Übernahme der Einschulungskosten für die Belegschaft, so kommt man drauf, daß wahrscheinlich die Hälfte des Wertes dieses Werkes ein Geschenk der österreichischen Steuerzahler ist.

Die Politiker — und da sind nur die Herren der Regierungspartei gemeint, zunächst einmal hier auch ausgeklammert die Freiheitliche Partei — haben sich hier nicht abgesichert, denn die Subventionen müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn das Werk mindestens ein Jahr lang stillstehen wird. Das wird sicherlich nicht der Fall sein. Aber der stolze Satz von Dallinger: „Wer zahlt, schafft an“, verwandelt sich eigentlich in bittere Ironie. Wir haben alle zahlen dürfen, zu reden haben wir leider nichts. Das ist die Wahrheit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Normalerweise wäre das allein schon ein Grund, diesen heimlichen Wirtschaftsminister des Kabinetts zum Rücktritt zu bringen, und das wäre auch wahrscheinlich in einer anderen Regierung sicherlich schon der Fall gewesen.

Wie katastrophal sich so eine kurzfristige von Tag-zu-Tag-Politik auswirken kann, sagt Professor Weizsäcker aus der Schweiz sehr deutlich: „Nichts kann eine Volkswirtschaft stärker ruinieren als die ausschließliche Jagd nach kurzfristigem Erfolg.“ Und genau das wird seit Jahr und Tag praktiziert.

Der Mittelstand wird überdies auch in anderen Bereichen diskriminiert. Im vorigen Jahr gab es 13 Milliarden Schilling direkte Wirtschaftsförderung des Bundes. Davon haben die Klein- und Mittelbetriebe — Herr Minister, davon habe ich heute gar nichts gehört — sage und schreibe 14 Prozent bekommen. Die 98,7 Prozent österreichischer Klein- und Mittelbetriebe haben von der

direkten Wirtschaftsförderung des Bundes 14 Prozent bekommen. 86 Prozent dieser Förderungsmittel sind voll in die Großbetriebe hineingegangen. Und das gehört geändert.

Die Diskriminierung geht aber weiter. Ich nehme etwa die Exporthaftungen her. Haben Sie zum Beispiel gewußt — davon haben wir auch kein Wort gehört —, daß die zehn größten Firmen in Österreich rund 50 Prozent des Volumens der Exporthaftungen haben, weit mehr, als ihrem eigentlichen Exportanteil von 30 Prozent entspricht? Und wenn ich die 20 größten Firmen hernehme, dann komme ich sogar auf 60 Prozent des Volumens. Auch eine Diskriminierung der Klein- und Mittelbetriebe!

Bei den Krediten ist es genauso. Ich habe jetzt eine Statistik bekommen, die mich wirklich gewundert hat. Derzeit gibt es rund 55 Milliarden Schilling sogenannte Barvorlagen. Das sind kurzfristige Gelder, Kredite mit einer Untergrenze von 5 Millionen Schilling, was sicherstellt, daß nur die großen Firmen solche Barvorlagen in Anspruch nehmen können, die Verzinsung dafür liegt zwischen 5¼ und 7 Prozent. Das heißt, ... *(Abg. Dr. Nowotny: Das hat doch mit dem öffentlichen Sektor überhaupt nichts zu tun, das sind alles Kreditgeschäfte!)*

Das hat mit dem öffentlichen Sektor nichts zu tun, das habe ich ja auch nicht behauptet. Ich sage nur, daß der Mittelstand auf allen Ebenen diskriminiert wird: bei der Förderung genauso wie bei den Exporthaftungen und beim Kreditzinsniveau. Die besten Topkredite, auf die der Herr Vizekanzler so stolz ist, sind schlechter verzinst als die 5¼ Prozent der Barvorlagen, die beispielsweise die VOEST-Alpine bekommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch beim Eigenkapital merken wir natürlich die Talfahrt der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe besonders. Das Eigenkapital der Klein- und Mittelbetriebe ist in den letzten 13 Jahren um ein Viertel zurückgegangen.

Dafür aber sind die Sozialkosten gestiegen, und zwar inflationsbereinigt gleich um ein Viertel. Wären sie gleichgeblieben, so hätten die Betriebe Substanz genug, um ungefähr 90 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu Durchschnittslöhnen zu haben.

Die Betriebssteuern sind seit 1970 um das Dreifache gestiegen. Wären sie inflationsbereinigt gleichgeblieben, hätten die Betriebe Substanz genug, um etwa 50 000 Arbeitsplätze

Dr. Schüssel

zusätzlich zu schaffen. Man darf sich also nicht wundern, wenn die Arbeit plötzlich ausgeht. Mit dem gleichen Geld, mit dem man 1970 noch drei Arbeitsplätze schaffen konnte, kann man heute nur mehr zwei Arbeitsplätze schaffen. Das sind die Fakten, von denen wir heute eigentlich vom Handelsminister, der sich dafür für zuständig hält, gar nichts gehört haben.

Der Fall Steyr wurde von mir schon erwähnt. Die Bundesregierung ging in Klausur, hielt Versammlungen, tagelang waren die Zeitungen voll, man zerbrach sich darüber den Kopf, was eigentlich mit den Arbeitsplätzen dort geschieht. Es war sicherlich richtig, sich einzusetzen, obwohl das Ergebnis zu dem Tamtam ja überhaupt in keinem Verhältnis steht. Immerhin wird es auch von eigenen Leuten nicht sehr strahlend beurteilt. So hat der Arbeiterkammerpräsident Czettel wörtlich erklärt — laut „Presse“ vom 11./12. Februar dieses Jahres —:

„Ich habe den Bundeskanzler gebeten, von solchen Aktionen wie bei Steyr künftig abzu-
sehen.“

Das sagt kein oppositioneller Politiker, das sagt der Arbeiterkammerpräsident, der nicht zufällig auch noch sozialistischer Nationalrat ist.

Besonders rauschend war dieser Erfolg in Steyr also nicht. Aber — und jetzt kommt's — die österreichischen Frächter, die güterbefördernde Wirtschaft haben einen konkreten Vorschlag gemacht, wie man bei Steyr Arbeitsplätze wirklich sichern könnte. Sie haben vorgeschlagen: Beseitigt die Diskriminierung bei den steuerlichen Investitionsförderungen, vorzeitige AfA, Investitionsfreibetrag, Investprämie, und wir sind in der Lage, zusätzliche Lkws neu zu kaufen und würden damit Arbeitsplätze sichern. (*Staatssekretär Dr. Schmidt: Importförderungsidee, Herr Kollege!*)

Herr Staatssekretär, ich bin in der Lage, der Bundesregierung, abgesprochen mit der österreichischen Güterbeförderungswirtschaft, noch einmal präzise zu sagen, worum es geht:

Ändern Sie die Investitionsbegünstigung in diesem Punkt, beseitigen Sie die Diskriminierung der Verkehrswirtschaft, und die österreichischen Frächter garantieren Ihnen den Ankauf — sofort! — von 500 Lastkraftwagen — Steyr, österreichische Produkte. Sie würden damit — der Gegenwert liegt

ungefähr bei einem Arbeitsplatz pro Jahr; mit diesem Wert —, wenn Sie dieses Angebot annehmen, 500 Arbeitsplätze in Steyr mindestens ein Jahr lang sichern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist keine Diskussion wert? — Wenn ich der Bundeskanzler wäre, ich würde sofort zu einem Gesprächstermin bitten, würde sagen: In Ordnung, rechnen wir das durch, verhandeln wir mit den Herren! Nicht einmal einen Termin hat es bisher gegeben, nicht einmal beantwortet worden sind die Telegramme und Fernschreiben, sie wurden abgetan. Man ist nicht wirklich interessiert. Show zählt alles, wirkliche Verhandlungen nichts.

Nun haben wir heute einen weiteren Punkt: An den Grenzen gibt es eine hochexplosive Stimmung, die auch die güterbefördernde Wirtschaft betrifft, die Grenzen sind blockiert, es gibt dort große Probleme. Und einige Herren haben es jetzt schon der Mühe wert gefunden, gegen einen Antrag der Österreichischen Volkspartei zu polemisieren, der überhaupt noch nicht eingebracht worden ist. Ja bitte, ein Vorredner von der Freiheitlichen Partei hat polemisiert, wir wollten daraus parteipolitisches Kapital schlagen.

Ich darf einmal den Antrag einbringen, damit es leichter wird, damit wir überhaupt wissen, worüber wir verhandeln.

Ich stelle hiemit den

EntschlieBungsantrag

der Abgeordneten Graf, Dkfm. DDr. König, Dr. Steiner, Staudinger und Genossen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird dringend ersucht, rasche und zielführende Maßnahmen zu ergreifen, um den Straßenverkehr mit Italien wieder zu normalisieren und in diesem Zusammenhang umgehend Gespräche mit der italienischen Regierung mit dem Ziel einer raschen Lösung der Problematik bei der Grenzabfertigung zu führen.

Was ist daran eine Polemik wert? — Wir haben ganz so, wie es im Parlament üblich ist, mehrere Stunden vorher diesen Antrag den anderen beiden Fraktionen mit der Einladung gegeben: Gehen Sie mit als Antragsteller, stellen wir gemeinsam einen Dreiparteienantrag, der der Bundesregierung Rückendeckung geben soll bei den Verhandlungen mit Italien

2998

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Dr. Schlüssel

und mit der Bundesrepublik Deutschland!
(Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind der Meinung, daß das auch als Signal ganz günstig wäre. An den Grenzen ist die Stimmung explosiv, und wir meinen, der Nationalrat soll sich mit dieser Frage befassen und damit ein Signal setzen, daß wir die Dinge, die dort passieren, ernst nehmen. Darin ist überhaupt keine Polemik enthalten.

Niemand wirft der Regierung vor, sie hätte bisher etwa gar nichts getan. Im Gegenteil. Wir wissen ganz genau, daß gestern etwa mit dem Bundeskammerpräsidenten Sallinger geredet wurde, daß gestern ein telefonischer Kontakt mit dem Bundeskanzler Kohl stattgefunden hat; Sallinger war dabei. Wir wissen, daß beim Mittagessen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi, anwesend Sinowatz und der Vizekanzler Steger, darüber geredet wurde. Das ist ja überhaupt keine Frage.

Warum, bitte, fühlen sich einige Herren, insbesondere der hochsensible und nervöse Vizekanzler und Handelsminister, gleich auf den Schlips getreten? Ja sind Sie denn wirklich nicht interessiert, daß der österreichische Nationalrat mit allen drei Fraktionen gemeinsam hier die Bundesregierung unterstützt, tätig zu werden, und daß die Frächter und die Fahrer draußen an den Grenzen merken, daß alle drei Fraktionen in diesem Haus an einer raschen Bereinigung der Situation interessiert sind?

Nur eines, meine Damen und Herren von der Linken und der Halblinken, möchte ich gerne sehen: Lehnen Sie meinerwegen diesen Antrag ab. Aber wie werden Sie dann in der Öffentlichkeit Ihre Ablehnung begründen? Wollen Sie etwa nicht gemeinsam mit allen anderen, gemeinsam mit der Opposition hier der Regierung in den Verhandlungen Schützenhilfe geben? Ich möchte dann gerne Ihre Ablehnung des Antrags hören, bevor Sie mit weiteren Polemiken beginnen.

Das ist alles. Das ist das Faktum. Parlamentarisch ganz usuell. Wir laden Sie ein: Gehen Sie mit! Wir wollen keine Polemik machen. — Die Polemik würde sicherlich erst beginnen, wenn Sie ablehnen, mit uns gemeinsam diese Initiative zu starten. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir wollen aber nicht nur von den Sorgen der Klein- und Mittelbetriebe reden. Ich glaube, es gibt genügend Chancen für diese mittelständische Wirtschaft. Ich nenne hier

zwei Stichworte: Innovation und Renovation. Innovation als das Spielbein und Renovation als das Standbein.

Wir brauchen Innovation, Unternehmensneugründungen, neue Produkte, Forschung, Risikokapital, venture-capital, wobei wir uns durchaus wünschen würden, daß Österreich auf diesem Gebiet sogar etwas kapitalistischer würde. Denn eines ist geradezu absurd: daß man jede Idee vom Genußscheinfonds bis zum Venture-capital-fund sofort mit der Punze eines staatlichen Monopols versieht und dem privaten Markt zuwenig Chancen gibt mitzuspielen.

Und Renovation ist als das Standbein ganz, ganz wichtig, wahrscheinlich sogar quantitativ bedeutender, weil wir auch für die bestehenden Betriebe sehr viel tun müssen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt uns — und das hat mich persönlich sehr getroffen —, daß 85 000 Betriebe bis zum Jahr 1990 in ihrer Substanz so gefährdet sind, daß sie wahrscheinlich zusperren werden. Da kann man meiner Meinung nach nicht zuschauen. Wir müssen etwas zur Substanzerhaltung dieser Betriebe tun. Da müssen wir etwas unternehmen.

Wir haben zum Beispiel diese Forderungsankäufe für Klein- und Mittelbetriebe vor eineinhalb Jahren gehabt. Das war sehr sinnvoll. Über eine halbe Milliarde Schilling wurde dafür aufgewendet und sicherlich vielen Betrieben und Arbeitsplätzen geholfen. Warum haben Sie diese Aktion nicht weitergeführt? Warum ist sie einfach mit Jahresbeginn vorigen Jahres sang- und klanglos eingeschlafen? — Ich verstehe es nicht. Gerade jetzt würden wir so etwas brauchen, weil die Insolvenzelle die Klein- und Mittelbetriebe voll erfaßt hat.

Wir würden eine Insolvenzprophylaxe brauchen. Wir würden eine Sozialoffensive brauchen, gerade etwa bei Betriebsübergaben oder Betriebsstillegungen, und wir würden eine Betriebsmittelkreditaktion brauchen, die übrigens gemeinsam im Parlament beschlossen wurde und bis heute aussteht.

Meine Damen und Herren! Und wir brauchen mehr Privatinitiative und weniger Staat. Ich bin sehr froh, daß gerade der Arbeiterkammerpräsident Czettel hier gemeinsam mit anderen vernünftigen Ökonomen auf der sozialistischen Seite mitgegangen ist. Darüber soll man reden. Man soll es nicht zu einer ideologischen Frage machen; das glaube ich auch, will ich auch nicht.

Dr. Schüssel

Ich habe mir selber zum Beispiel einmal die Beteiligungen herausgesucht, die der Bund hat, und ich glaube, daß diese Liste gar nicht erschöpfend ist. Der Finanzminister hat einmal eine Liste von 133 Beteiligungen genannt. Das reicht von einer 100prozentigen Beteiligung etwa ATW, Tabakregie, über eine 50prozentige beim Flughafen Schwechat bis zu einer 0,01prozentigen an der Chemosan-Union. Ja warum ist denn der Bund beteiligt an der Milchgenossenschaft Mang, am Intercontinental-Hotel, an der Braunviehgenossenschaft Voitsberg, an der Axamer Lizum, am Österreichischen Bundesverlag, an der Obst- und Gemüsegenossenschaft des Bezirks Neusiedl, an der Studiengesellschaft für audiovisuelle Medien, an der Wiener Tapetenfabrik, an der Zillertaler-Verkehrsbetriebe-Aktiengesellschaft?

Überprüfen Sie doch einmal die Bundesbeteiligungen, und ich glaube, da werden wir sehr schnell zu einer Liste von Betrieben und Beteiligungen kommen, die ohneweiters, ohne ideologische Betrachtung privatisiert, abgegeben werden könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Besonders kraß war ja der Fall des Österreichischen Verkehrsbüros. Es ist Ihnen ja sicherlich bekannt, daß es in Österreich ohnedies 1 800 private Reisebüros gibt, die sehr gut arbeiten. Wozu, bitte, eigentlich noch ein Österreichisches Verkehrsbüro, das noch dazu durch eine gigantische Expansionspolitik ... *(Abg. Pechtl: ...erst nachher dazugekommen, die 1 800! Das Verkehrsbüro war das erste am Platz! Alte Tradition! Das liegt in der Konzessionerteilung!)* Ja aber entschuldigen Sie, Herr Kollege, weil im Jahr 1756 irgend etwas als erstes da war, muß es ja nicht unbedingt heute 1984 noch aktuell sein! Das kann man doch festhalten.

Durch eine gigantische Expansionspolitik im Österreichischen Verkehrsbüro ist ein Verlust von 200 Millionen Schilling entstanden, der aus dem Budget bezahlt werden mußte, sagt der Rechnungshofbericht. Warum? Weil man sich nicht einmal nur auf das Reisebürogeschäft konzentriert hat, sondern man hat in dieser Zeit durch die Neuübernahme von nicht weniger als 17 Hotels, Gaststättenbetrieben, durch den Aufbau eines Filialnetzes, durch den Kauf von Heurigenlokalen, Schankstätten et cetera ungeheuer investiert. Es kam zu einer Verdreifachung der Hotelbeteiligungen. Und der Rechnungshof stellt am Schluß fest: Keine einzige Neuübernahme war betriebswirtschaftlich gerechtfertigt, es hat nie schriftliche Entscheidungshilfen gegeben, die geeignet gewesen wären, die eingeschlagene Expansionspolitik zu begründen.

Es hat — am Anfang überwiegend sogar — nicht einmal Konzessionen gegeben, und im Verkehrsbürovorstand hat kein einziges Mitglied der Geschäftsführung ausreichende Kenntnis im Hotelgewerbe gehabt. Da muß ich schon sagen: Sie machen ja manchmal das Gegenteil und privatisieren nicht, sondern nehmen noch und noch in den staatlichen Sektor hinein und schaden damit den Privaten.

Ich darf Ihnen ein besonders krasses Beispiel bringen. Es gibt in der Brünner Straße in einem Wiener Gemeindebau ein Frisurenstudio der Gewerkschaft, und zwar im Schlingerhof. Dort werden ausgelernte Friseure, die arbeitslos sind, beschäftigt. Jeder, der will, kann sich dort einen Gratishaarschnitt verpassen lassen. Da am Anfang nicht genügend Leute gekommen sind, hat man sogar eine Flugblattaktion in den Gemeindebauten ringsherum gemacht: Floridsdorfer und Floridsdorferinnen, kommt zu uns, unterstützt arbeitslose Jugendliche und laßt euch bei uns gratis die Haare schneiden! Ergebnis: Den angestammten Betrieben ist die Stammkundschaft weggelaufen.

Meine Damen und Herren, das ist doch wohl absurd! Da werden mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung — das wird nämlich von dort aus bezahlt — junge Leute beschäftigt, und angestammte Betriebe verlieren ihre Kunden, weil es dort einen Gratishaarschnitt gibt, der auf Kosten des Steuerzahlers subventioniert wird. Ja halten Sie das wirklich — der Handelsminister ist noch immer nicht da — für eine angewandte Mittelstandspolitik, die vertretbar ist, oder würden Ihnen dazu nicht auch einige Worte einfallen, wie man es anders machen sollte? *(Abg. Bergmann: Er weiß es nicht!)*

Chancen, so glaube ich, gibt es genug für die mittelständische Wirtschaft. Nur: Eines — und das hat Präsident Sallinger sehr klar gesagt — müßte hinzukommen. Wir haben in Österreich — Gott sei dank — das vielgerühmte soziale Klima: das ist wichtig, das ist notwendig, dazu stehen wir. Was wir bräuchten, das wäre — als Ergänzung dazu — ein besseres unternehmerisches Klima. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das hat Margaret Thatcher auf dem Small-business-Kongreß am 8. Februar dieses Jahres vor 1 200 mittelständischen englischen Betrieben sehr klar gesagt. Ich kann es nur auf englisch sagen, aber es ist wirklich ein sehr schöner Gedanke, den außerdem jeder versteht. Sie hat folgendes gesagt: Wir brauchen in England keine Give-it-to-me-, sondern eine Do-it-yourself-

Dr. Schüssel

nation. Wir brauchen ein Get-up-and-go- und kein Sit-back-and-wait-Britain.

Genau das gilt auch für Österreich! Das könnten wir uns ruhig von der Margaret Thatcher anschauen, vielleicht anderes nicht, aber darin ist sie nachahmenswert. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.13

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Verkehr Lausecker.

Aber zuerst möchte ich noch bekanntgeben, daß der vom Abgeordneten Dr. Schüssel verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf, DDr. König, Dr. Steiner, Staudinger, Dr. Schüssel und Genossen genügend unterstützt ist und mit in Verhandlung steht.

Nun erteile ich dem Herrn Bundesminister Lausecker das Wort.

14.13

Bundesminister für Verkehr **Lausecker:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte die Behandlung dieses für die österreichische Wirtschaft so bedeutungsvollen Tagesordnungspunktes benützen, um Ihnen einen aktuellen Bericht über die Situation auf den Straßen Tirols und teilweise auch Kärntens zu geben, und mein Kollege Blecha wird das dann noch ergänzen. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß das Hohe Haus nicht nur darüber informiert ist, was geschieht, sondern auch darüber, was unternommen wird, um die schwere Beeinträchtigung nicht nur der österreichischen Wirtschaft, sondern auch des österreichischen Lebensraumes zu beseitigen oder zumindest zunächst einmal zu erleichtern.

Lassen Sie mich in einigermaßen chronologischer Abfolge damit beginnen, daß der Herr Bundeskanzler den italienischen Ministerpräsidenten anlässlich dessen Besuches in Österreich — damals wurde schon bekannt, daß es im italienischen Frächtergewerbe einen Konflikt gibt — mit dieser Frage befaßt und alles unternommen hat, um vorzubeugen.

Der Außenminister hat ein Gleiches getan, er hat diesbezüglich mit seinem italienischen Amtskollegen gesprochen, und ich bin von ihm ermächtigt, zu sagen, daß, als sich die Situation immer mehr dramatisiert hat, alle erdenklichen Schritte unternommen werden, und zwar vom österreichischen Botschafter im Außenamt in Rom, in der Generaldirektion der italienischen Zollverwaltung. In Wien hat sich gestern der Außenminister den italieni-

schen Botschafter kommen lassen und ihm die entsprechenden Vorhaltungen gemacht.

Als durch die Kampfkationen der Zöllner durch ihren Streik beziehungsweise durch den Dienst nach Vorschrift die Grenzabfertigung immer problematischer wurde, haben wir, da dies nicht nur ein Frage der Brennergrenze und eine Frage zwischen Österreich und Italien ist, unverzüglich unter Befassung aller betroffenen Ressorts — der Herr Bundeskanzler hat gestern persönlich den Innenminister, den Außenminister, den Finanzminister und auch den Verkehrsminister ständig mit der Frage befaßt — und ungeachtet aller intensiven Vorstellungen und Vorhalte gegenüber der italienischen Seite in den anderen europäischen Staaten versucht zu vermeiden, daß wir immer mehr LKW in unser Land hereinbekommen.

So hat etwa gestern der Herr Bundeskanzler mit dem deutschen Bundeskanzler ein Telefongespräch geführt. Ich stand und stehe gewissermaßen laufend in Kontakt mit dem deutschen Verkehrsminister Dollinger, weil wir ja dann, als sich die Sache immer mehr zugespitzt hat, die Grenzen für die transitierenden Verkehre sperren mußten. Es hatten sich ja 1 500 bis 2 000 LKW-Züge in Tirol angesammelt, und es wurden dann nur mehr diejenigen LKW-Züge ins Land gelassen, die zur Versorgung oder die im bilateralen Verkehr oder die in Leerfahrten unterwegs waren, nicht aber mehr die transitierenden Fahrzeuge. So wurde zunächst nur in Kiefersfelden und dann auch an anderen Grenzübergängen vorgegangen.

Wir haben dann gestern beim Herrn Bundeskanzler mit Herrn Präsidenten Sallinger, mit dem Generalsekretär der Bundeskammer Kehrer und mit dem Leiter der verkehrspolitischen Abteilung und auch in Kontaktnahme mit der Arbeiterkammer und mit der Dienstnehmervertretung und — ich unterstreiche — in ständigem Kontakt mit Landeshauptmann Wallnöfer und der Tiroler Landesregierung die Fragen behandelt. Das heißt, mit den Herren der Bundeswirtschaftskammer wurde die Vorgangsweise im einzelnen besprochen, denn es handelte sich ja längst nicht mehr nur um eine Frage mit wirtschaftlichen Schädlichkeitswirkungen für ein einzelnes Gewerbe, sondern um ein Frage, die ja Dimensionen erreicht hatte, die für die gesamte Wirtschaft Österreichs, für den Lebensraum des Bundeslandes Tirol und auch teilweise für jenen des Bundeslandes Kärnten von Bedeutung wurde, und inzwischen hat sich ja die Sache auch über die

Bundesminister Lausecker

Grenzen Österreichs hinaus entwickelt. Bis tief in den süddeutschen und den mitteldeutschen Raum hinein sind dadurch, daß wir die Grenzen dichtmachen mußten, dann Tausende LKW-Züge aufgelaufen.

Meine Damen und Herren! Meine Ministerkollegen und ich haben auch mit dem holländischen Botschafter Kontakt aufgenommen, und ich bin auch mit dem holländischen Verkehrsministerium direkt in Verbindung getreten, weil sehr viele holländische Frächter in die Sache involviert sind. Wir mußten auch alles daransetzen, daß nicht durch unüberlegte Handlungen — wenn Menschen dort Stunden, Tage und Nächte hindurch in Kälte verharren müssen, gerät ja solch eine Entwicklung leicht aus der Kontrolle — Ärgeres passiert.

Daher, meine Damen und Herren, nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß wir in der Regierung in des Wortes wörtlichster Bedeutung Tag und Nacht im Einvernehmen mit der Tiroler Landesregierung, mit dem Herrn Landeshauptmann und den Interessenvertretungen versucht haben, diesem Ereignis beizukommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wichtig, daß man in einer solchen Stunde hinzufügt, wie auch die anderen darüber denken, wie sie handeln. So hat mir mein deutscher Kollege Dollinger gestern erklärt, daß man natürlich auch von deutscher Seite im Rahmen der EG alles unternimmt. Er hatte sich gestern abend zum Beispiel sehr dafür verwendet, daß etwa eine Sonder-Ministerratssitzung der Verkehrsminister der Europäischen Gemeinschaft zusammenkommen möge — ich weiß nicht, ob das gelingen wird —, um auf die globale Bedeutung dieser Frage hinzuweisen. Ich glaube, wir sollten daher über den Anlaßfall hinaus bedenken, daß wir als eine Verkehrsbrücke Europas, die wir immer sind, auch die Hauptbetroffenen sind, Teil eines europäischen Ganzen in dieser Frage sind, und in dieser Frage Teil eines leidvollen und eines schmerzlichen Ganzen geworden sind.

Meine Damen und Herren! Wir weisen von dieser Stelle aus immer darauf hin, daß wir das bei weitem am meisten belastete Straßen-gütertransitland sind, 17,3 Millionen Tonnen pro Jahr. Das hat auch nicht annähernd irgendein anderer Staat Europas aufzuweisen, das ist eine permanente Belastung.

Wenn dann diese Verkehrsströme unterbrochen sind, dann sind wir neben dem meist belasteten Land Europas auch noch zum Puf-

ferland geworden. Ich glaube, wir sollten in einer so schwierigen Stunde zusammenstehen, wissend, daß es hier nur eines gibt: ein österreichisches Gesamtinteresse. *(Allgemeiner Beifall.)*

Es wird Kollege Blecha im Anschluß an meine Erklärung noch ausführen, was im einzelnen von den Sicherheitsbehörden und aus humanitären Überlegungen geschehen ist. Ich kann nur hoffen, daß nicht Aktionen, wie böse oder gut sie auch gemeint sind, die Sache noch verschlimmern. Es bestand jetzt Tag und Nacht die Gefahr, daß nicht nur die LKW-Verkehre blockiert sind, sondern daß auch der Fremdenverkehr aufs schwerste beeinträchtigt wird, daß die PKW-Verkehre da oder dort behindert wurden. Und dann stand schon die Sorge im Raum, was sein wird, wenn die Bahnverkehre davon berührt werden.

Ich kann nur hoffen, daß es in dieser Stunde nur einen Ruf gibt, nämlich den Ruf zur Besonnenheit. Denn es kann niemand einen politischen Vorteil daraus ziehen, wenn der Schaden immer größer wird.

Ich möchte es mir bewußt versagen, jetzt auf die Erklärungen des Herrn Abgeordneten Schlüssel einzugehen, denn es ist eine Frage der parlamentarischen Fraktion, wie sie sich in diesem Punkt verständigen werden. Herr Abgeordneter, lassen Sie mich nur das eine sagen: Wenn von steuerlichen Maßnahmen die Rede ist, davon, daß damit noch einmal Hunderte oder Tausende LKW in Österreich angekauft werden könnten, dann haben Sie diesen Punkt nur berührt von der Situation des Produktionsgewerbes her, dort hat man sicher ein Interesse daran. Lassen Sie mich mit aller Behutsamkeit dazu sagen: In einem Staat mit einer Güterbelastung auf den Straßen, wie dies Österreich darstellt, ist es eine Frage, ob immer mehr LKW auf unseren Straßen wirklich das Glück für die Menschen bedeuten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben mit großer Anstrengung Verkehrsalternativen aufgebaut, und ich glaube, in der Folge, wenn wir die aktuellen Erscheinungen beseitigt haben werden, sollten wir verstärkt auch verkehrspolitisch darangehen, uns zu überlegen, ob die Verkehrsabwicklung in unserem Lande und in Europa überhaupt sinnvoll erfolgt oder ob es nicht ein partnerschaftliches Nebeneinander von Bahn und Straße und, wo es geht, auch von Schifffahrt geben sollte, wie dies ja zur Stunde nicht der Fall ist.

Bundesminister Lausecker

Ich möchte mich hier und heute darauf beschränken, Ihnen zu sagen, Ihnen vor Augen zu führen, daß wir in dieser Frage intensiv bemüht sind, die Beseitigung der Hindernisse in die Wege zu leiten. Man sollte aber bedenken, wie ohnmächtig ein einzelner Staat, noch dazu ein kleiner Staat, inmitten Europas in einer derartigen Frage ist. Das, meine Damen und Herren, bitte ich Sie mit zu bedenken.

Wir werden alle intensiven Anstrengungen weiter im Zusammenwirken mit den anderen Staaten fortsetzen, denn die Verkehre, die jetzt hier auf den Straßen stehen, sind ja zu 80 Prozent EG-Verkehre, auf der Brenner-Destination sind es 95 Prozent der LKW-Verkehre im Interesse der Europäischen Gemeinschaften. Das bitte ich auch bei Behandlung des in Rede stehenden Tagesordnungspunktes nicht zu vergessen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.24

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Inneres Blecha.

14.24

Bundesminister für Inneres **Blecha**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ergänzung zur Wortmeldung des Herrn Bundesministers für Verkehr betreffend die durch Maßnahmen italienischer Zöllner und italienischer Frächter entstandene Situation im europäischen LKW-Verkehr möchte ich dem Hohen Hause Veranlassungen des Bundesministeriums für Inneres mitteilen.

Auf Grund eines in der Vorwoche an den Herrn Bundeskanzler und auch an mich abgesetzten Fernschreibens des Verbandes Österreichischer Frächter, demzufolge Gegenmaßnahmen gegen den Streik der italienischen Zöllner angekündigt worden sind, haben wir Anweisung an die Sicherheitsdirektionen Tirol und Kärnten erteilt, eine verstärkte Patrouillentätigkeit entlang der Ausfallstraßen durchzuführen und zu prüfen, ob es zu Maßnahmen der von den schleppenden Abfertigungen betroffenen LKW-Lenkern kommt.

Seit diesem Tag sind wir im Innenministerium Tag und Nacht mit unseren nachgeordneten Dienstbehörden und Dienststellen in Tirol und Kärnten in Verbindung, ebenso mit der Tiroler Landesregierung. Noch am 20. und am 21. Februar wurde uns bis 18.00 Uhr immer wieder von den Sicherheitsdirektionen berichtet, daß es keine Anzeichen dafür gibt, daß die Frächter Blockademaßnahmen durchführen werden.

Vorgestern um 18.10 Uhr erreichte mich die Mitteilung, daß die Frächter eine Protestaktion, nämlich eine Blockade am Brenner für den 24. Februar 1984, also für den kommenden Freitag, anmelden werden. Ich habe unmittelbar danach den Herrn Bundeskanzler davon unterrichtet, Kontakt mit meinen Regierungskollegen aufgenommen und auf Grund der Tatsache, daß zu diesem Zeitpunkt durch die eingestellte Abfertigung am Brenner ein Stau von etwa 1 000 LKW entstanden war, dringend ersucht, weiteren Zustrom von LKW nach Österreich stoppen zu helfen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten ist es uns auch unmittelbar danach gelungen, bei den deutschen Behörden zu erwirken, daß beim Grenzübergang Kiefersfelden keine LKW Richtung Österreich mehr abgefertigt wurden, sofern sie eben nach Italien weiterreisen wollten.

Diese Maßnahme hat dazu geführt, daß natürlich auch in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere im Stauraum Rosenheim, eine äußerst prekäre Situation entstanden ist. Von dieser Minute an bis jetzt gibt es eine sehr enge und ausgezeichnet funktionierende Zusammenarbeit mit den bayerischen Behörden, mit der bayerischen Grenzpolizei.

Am 22. Februar, gestern vormittag, hat die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck-Land die von den Frächtern angekündigte Demonstration in Form einer Blockade untersagt. Gestern um etwa 14.00 Uhr hat mir der Herr Landeshauptmann von Tirol Wallnöfer mitgeteilt, daß es ihm in einer Aussprache mit den Frächtern gelungen sei, die Zusicherung zu erhalten, daß von wilden Blockademaßnahmen Abstand genommen wird. Durch den Umstand, daß ab gestern 14.00 Uhr am Brenner nicht mehr abgefertigt wurde, also praktisch der Stau noch größer geworden ist, kam es dann zu Blockademaßnahmen im süddeutschen Raum, insbesondere in grenznahen Gebieten Südbayerns. So ist die Autobahn bei Oberaudorf in Richtung Kufstein blockiert worden.

Diese Aktion sprang auch auf Österreich über, und es kam in den Nachmittagsstunden zu Blockaden der Inntalautobahn bei Wörgl, wobei der PKW-Verkehr rechtzeitig auf die Bundesstraße umgeleitet, nach der Blockadestelle wieder auf die Autobahn geführt und durch die Sicherheitsexekutive ohne nennenswerte Beeinträchtigung aufrechterhalten werden konnte.

Bundesminister Blecha

Heute früh ergab sich eine weitere dramatische Verschärfung der Situation durch die Blockade des Zollamtsplatzes am Brenner, weil hier Frächter mit holländischem, österreichischem und deutschem Kennzeichen verhindern wollten, daß Fahrzeuge aus Italien nach Österreich kommen. Mit der Blockade ist aber auch der LKW-Verkehr von Österreich nach Italien abgeschnitten worden.

Ich habe veranlaßt, daß sich der Herr Sicherheitsdirektor von Tirol, Hofrat Dr. Platzgummer, sofort zur Blockadestelle begibt. Er hatte die Aufgabe, dort zu veranlassen, daß die Blockade aufgehoben wird. In der Zwischenzeit sind mit Bussen LKW-Lenker verschiedenster Nationen, interessanterweise vorwiegend italienischer Herkunft, auf der Bundesstraße tätig geworden, um diese zu sperren. Der Sicherheitsexekutive, insbesondere dem Sicherheitsdirektor Tirols, ist es gelungen, die Bundesstraße nach kürzester Zeit für den PKW- und Omnibusverkehr freizubekommen.

Wir haben bis zur Stunde erreicht, daß die Brenner-Bundesstraße für den PKW-Verkehr frei ist, daß Sillian in beiden Fahrtrichtungen freigemacht worden ist, hier begann nämlich heute früh auf italienischer Seite eine Blockade, die auch auf den österreichischen Teil übergegriffen hat. Der Reschenpaß wird in beiden Fahrtrichtungen für den gesamten Verkehr offen gehalten, trotz versuchter Störaktionen. Der Sicherheitsdirektor, der sich nach seinen Interventionen am Paß nach Italien begeben hat, hat mich vor kurzer Zeit aus Italien telefonisch benachrichtigt, daß es ihm gelungen wäre, die Zusicherung zu bekommen, daß ab heute Mitternacht von der italienischen Seite wieder normal abgefertigt wird und die Maßnahmen der Zöllner eingestellt werden.

Ich sage das in der Möglichkeitsform, und zwar deshalb, weil es sich um eine telefonische Benachrichtigung auf Grund längerer Verhandlungen und Interventionen handelt und wir schon einige Male im Verlauf dieser Aktionen mit einem anderen Verhalten konfrontiert worden sind. Aber das, was von seiten der Sicherheitsdirektionen in einer solchen Situation geschehen kann, was von seiten des für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zuständigen Ressorts geschehen kann, ist, wie ich durch diesen Bericht glaube nachweisen zu können, in maximaler Weise geschehen (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich habe eben die Meldung bekommen, daß sich der Herr Sicherheitsdirektor wieder auf

österreichischem Gebiet befindet und dort eine Verhandlung mit den Frächtern begonnen hat, um über seine Ergebnisse in Sterzing zu berichten, um die Blockade endgültig beseitigen zu können.

Gleichzeitig habe ich aber auch veranlaßt, daß genügend Gendarmeriebeamte in das Krisengebiet entsendet werden. Sie müssen sich vorstellen, daß die Tiroler Gendarmerie seit vielen Tagen ununterbrochen im Einsatz ist und daß dieser Einsatz wirklich das einem Menschen zumutbare Maß übersteigt. Es ist Sorge getragen worden, daß, sollte diese Situation trotz italienischer Zusagen weiter anhalten, jedenfalls auch eine Ablösung der Beamten möglich ist.

Ich betone, daß jede einzelne der von mir dargelegten Maßnahmen im engen Einvernehmen auch mit der Tiroler Landesregierung verfügt worden ist. Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler habe ich bereits vorgestern, als wir eingeschaltet worden sind, die Zusicherung gegeben, daß wir selbstverständlich Kosten übernehmen werden für die Betreuung der sich in einer außergewöhnlichen Ausnahmesituation befindlichen LKW-Lenker. So wurden sie — entgegen anderslaufenden Meldungen — laufend mit Nahrungsmitteln und Getränken versorgt, mit heißen Würsteln, Käsesemmeln, Tee und dergleichen. Hier hat insbesondere das Tiroler Rote Kreuz hervorragende Arbeit geleistet. Ich stehe nicht an, diese Wortmeldung zum Anlaß zu nehmen, um den Beamten der Sicherheitsexekutive, die unermüdlich im Einsatz sind, und ebenso den aufopfernd tätigen freiwilligen Helfern herzlich zu danken. (*Allgemeiner Beifall.*)

Der holländische Botschafter — darauf hat Herr Bundesminister Lausecker schon aufmerksam gemacht — hat sich ebenfalls unermüdlich bemüht, beruhigend einzuwirken. Wir sind Tag und Nacht mit ihm in Kontakt, er hat telefonisch mehrmals mit holländischen Frächtern Kontakt aufgenommen und erwirkt, daß von holländischer Seite weitere Blockademaßnahmen unterlassen worden sind. Holländische Lenker waren unter den ersten, die Fahrzeuge quergestellt haben; er hat auch sein Verkehrsministerium eingeschaltet.

Es ist heute Vormittag zur Entkrampfung der Situation im Raum Wörgl und am Brenner ein sehr ausführliches Telex der zuständigen holländischen Ministerin an die Frächter zur Kenntnis gebracht worden, was zu einer wirklichen Entspannung beigetragen hat.

Bundesminister Blecha

Ich habe volles Verständnis für die unschuldig in eine wirkliche Notsituation geratenen LKW-Fahrer und Frächter, und ich möchte noch einmal sagen, daß wir im Einvernehmen mit den anderen Ressorts, freiwilligen Hilfsorganisationen und der Tiroler Landesregierung alles tun, um deren Leiden lindern zu helfen. Wir sind auch immer wieder dabei, zusätzliche Schlafplätze für Österreicher in Kasernen, für die Ausländer in Jugendherbergen und Gasthöfen im Einvernehmen mit den Tiroler Stellen zu bekommen, wir haben aber kein Verständnis für Belastungen der eigenen österreichischen Bevölkerung, die nicht geeignet sind, das Los dieser LKW-Fahrer zu verbessern.

Daher habe ich Weisung gegeben, mit allen Mitteln die Umfahrungsstraßen freizuhalten, den Verkehr auf den österreichischen Bundes- und Landesstraßen, der bis zur Stunde klaglos funktionieren kann, zu sichern.

Ich hoffe, daß die in Sterzing erreichten Erfolge in den Nachmittagsstunden am Brenner doch zu einer vorläufigen Aufhebung der Blockade führen können und den Normalisierungsprozeß einleiten werden. (*Allgemeiner Beifall.*) 14.35

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. König. Ich erteile es ihm.

14.36

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es freut mich, daß der Appell des Kollegen Schüssel bei den Regierungsparteien auf fruchtbaren Boden gefallen ist und daß wir in der Lage sind, heute gemeinsam in dieser Notsituation aufzutreten.

Ich möchte hier nachträglich unterstreichen, was Schüssel bereits einleitend betont hat, nämlich daß wir von der Österreichischen Volkspartei durchaus die Bemühungen der Bundesregierung, die Bemühungen der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft, der Tiroler Landesregierung, der Tiroler Sicherheits-exekutiven und des Roten Kreuzes anerkennen, würdigen und daß wir hier im Hohen Haus der Auffassung sind, daß der Nationalrat als ganzes diese Bemühungen unterstützen soll, mit dazu beitragen soll, daß das eminent große österreichische Interesse an einer raschen Bereinigung dieser unerträglichen Situation sichtbar zum Ausdruck gebracht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, daß es möglich ist, daß in einer solchen echten Notsituation alle Fraktionen des Hauses zusammenstehen und sich zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden haben. Das zeigt, daß es in ernster Stunde doch möglich ist, über die Parteigrenzen hinweg das gemeinsame Anliegen zu sehen und auch gemeinsam zu handeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich unterstreiche den Appell zur Besonnenheit, den Herren Minister Lausecker hier ausgesprochen hat, aber wir müssen auch Verständnis haben für die Situation der Frächter, die in Kälte und Schnee stunden- und tageslang der Witterung ausgesetzt sind, ungeschützt am Brenner warten, die außerdem — und das kommt dazu — ja nicht zum erstenmal dieser Situation ausgesetzt sind, sondern die unter den Belastungen dieser Situation an den Grenzen eigentlich schon jahraus, jahrein leiden. Jetzt hat das einen Höhepunkt gefunden, der unerträglich geworden ist und geradezu zu einem nationalen Notstand zu werden droht.

Wir haben erst am 21. Februar in den Gesprächen der Delegation des österreichischen Parlaments mit der Delegation des Europäischen Parlaments unter der Leitung der Abgeordneten Dr. Hesele und Dr. Steiner genau dieses Anliegen diskutiert und aufgegriffen. Wir waren übereinstimmend mit den Kollegen des Europäischen Parlaments der Auffassung, daß es nicht genügen kann, daß wir für den Ausbau der europäischen Transitstraßen uns einsetzen, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, diese Hemmnisse abzubauen, die dazu angetan sind, die modernsten Straßen sinnlos zu machen, und die die Völker in Europa trennen, den Verkehr aufhalten und echte Versorgungsengpässe mit sich bringen.

Ich möchte auch sagen: Herr Bundesminister Lausecker, wenn der Kollege Schüssel darauf hingewiesen hat, daß man den Absatz unserer heimischen LKWs fördern soll, dann ist das keineswegs gegen die Bahn gerichtet — wir haben ja eine gemeinsame Gesellschaft für den kombinierten Verkehr zwischen der gewerblichen Wirtschaft und der Bahn —, sondern hier geht es darum, ob ausländische LKWs oder österreichische LKWs gekauft werden. Und da, glaube ich, kann österreichischerseits nur ein ganz legitimes Interesse daran bestehen, daß wir unsere österreichischen Erzeugnisse auch von österreichischen Frächtern kaufen und verwenden lassen.

Meine Damen und Herren! Ich bin daher

Dkfm. DDr. König

auf Grund der gemeinsamen Haltungen der Fraktionen in der Lage, den Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf, Schüssel, König und Staudinger zurückzuziehen, und kann statt dessen folgenden gemeinsamen Entschließungsantrag einbringen. Er lautet:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Graf, Braun, Grabher-Meyer, DDr. König, Pechtl und Genossen betreffend unhaltbare Situation im LKW-Verkehr zum Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft (III-34/204 d. B.)

Der Streik beziehungsweise der von den italienischen Zöllnern durchgeführte Dienst nach Vorschrift hat an den österreichischen Grenzen, vor allem am Brenner, zu einem riesigen LKW-Rückstau geführt. So warten derzeit fast 2 000 LKW auf der Brenner- und auf der Inntalautobahn auf die Abfertigung nach Italien. Erboste LKW-Chauffeure haben die Inntalautobahn bei Wörgl und die deutsche Autobahn zwischen Kufstein und Rosenheim bei Oberaudorf vollkommen blockiert. Durch diese Situation entstehen für die österreichischen Frächter und die gesamte österreichische Wirtschaft pro Tag Millionenverluste.

Angesichts dieser krisenhaften Situation stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die von der Bundesregierung bereits ergriffenen Maßnahmen werden begrüßt, und die Bundesregierung wird ersucht, die Maßnahmen in verstärktem Ausmaß fortzusetzen, um den Straßenverkehr mit Italien wieder zu normalisieren und eine rasche Lösung der Problematik bei der Grenzabfertigung zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß es möglich war, zu diesem gemeinsamen Entschließungsantrag zu finden, und daß wir in dieser schweren Situation gemeinsam das gemeinsame österreichische Anliegen vertreten, zu dem wir uns voll und ganz bekennen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.44

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter Dr.

König! Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß dem Präsidium zurzeit weder die Rückziehung des früheren Entschließungsantrages vorliegt, noch der neue. Ich kann daher erst zu dem Zeitpunkt, da dies erfolgt ist, die genügende Unterstützung feststellen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm.

14.45

Abgeordneter Dr. Heindl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube im Namen aller sprechen zu können, daß wir nach den Berichten der beiden Bundesminister Lausecker und Blecha sehr zufrieden sind mit den Aktivitäten dieser beiden Minister und der anderen Regierungsmitglieder, aber auch aller in den Ländern mit diesen Problem konfrontierten Persönlichkeiten und Behörden.

Wir sind froh, daß ein Teil des Entschließungsantrages, in der Begründung zumindest, nämlich Blockade Kufstein und Rosenheim, Oberaudorf durch diese Aktivitäten bereits erledigt worden ist. Wir sollten allen, die damit befaßt sind, unseren besonderen Dank zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Dem Herrn Kollegen Schüssel wollte ich sagen: Gerade unser rasches Reagieren zu dem Entschließungsantrag zeigt, wie man miteinander reden soll. Wenn man den richtigen Ton findet, dann kommt es auch entsprechend zurück. Meine Fraktion wird diesem Entschließungsantrag in der Form, wie er jetzt eingebracht ist, selbstverständlich die Zustimmung erteilen.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun wieder zurückkehren zu dem sicherlich uns alle so berührenden und auch intensiv diskutierten Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen.

Ich möchte vorweg dem Kollegen Schüssel sagen: Ich kenne auch die Untersuchungen der amerikanischen Wissenschaftler über den Trendwandel. Ich kann noch mehr dazu sagen. Diese Wissenschaftler vollziehen eigentlich nach, was sich in den letzten 20 oder 25 Jahren bereits in Amerika entwickelt hat. Die Untersuchung des Strukturwandels zeigt nämlich auch dort, daß in den gesamten großen Industriebereichen Rückgänge der Zahl der Arbeitsplätze zu verzeichnen sind, im Klein- und Mittelbetriebsbereich aber zusätzliche Arbeitsplätze, zusätzliche Betriebe entstanden sind.

Dr. Heindl

Das heißt also, der Trendwandel geht dort schon etwas länger zurück. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen zeigen können, daß er auch bei uns tatsächlich schon im Gange ist, wir ihn nur zum Teil noch gar nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Ein Wort auch zur Klarstellung bezüglich der Kritik über die Exporthaftung. Herr Dr. Schüssel wird sicher wissen, und das sollte man auf Grund der tatsächlichen Situation sagen, daß die Haftungen für Großunternehmen in der Regel implizieren, daß bei Generalunternehmern die entsprechenden Klein- und Mittelbetriebe, oft Dutzende an der Zahl, insgesamt in einer solchen Haftungsübernahme inbegriffen sind. Daher gibt die Statistik die tatsächliche Gegebenheit nicht wider.

Aus dem Bericht, der uns heute vorliegt, wurde schon die Entwicklung zitiert, daß wir im Klein- und Mittelbetriebsbereich eine beachtenswerte positive Entwicklung sowohl hinsichtlich Neugründungen wie auch hinsichtlich neuer Arbeitsplätze feststellen können. Gerade weil wir das positiv vermerken, sollten wir auch kritisch anmerken, was sich noch ändern muß, damit in diesen Bereichen neue Aktivitäten noch intensiver Platz greifen können.

Was ich konkret meine, was uns in Österreich noch fehlt, das können — leider, muß ich jetzt sagen — Klein- und Mittelbetriebe nicht machen. Ich meine den im Bericht sehr deutlich angesprochenen Bereich des Consulting Engineering. Das wäre gerade für unsere Struktur der Klein- und Mittelbetriebe in Richtung Exportwirtschaft sehr notwendig, so wie es andere Staaten machen. Oft sind das auch kleine, zum Beispiel Holland ist wahn-sinnig aktiv. Die haben durch die Tätigkeit von Consulting-Büros — das ist eine hochqualifizierte Tätigkeit, das nicht nur ein enormes Fachwissen, sondern auch Sprachwissen erfordert — einen Startvorteil.

Es ist klar, daß ein holländisches, italienisches oder französisches Consulting-Büro natürlich Produkte seines eigenen Landes bei Ausschreibungen besser plazieren kann. Unsere Unternehmungen haben hingegen den Nachteil sowohl in Richtung Information wie natürlich auch, daß sie sich zum Teil an Ausschreibungen anpassen müssen, die unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen heimischen Industrie gemacht worden ist.

Was ich anmerken möchte und was durchaus kritisch ist: Ich glaube, daß bei uns in der

Ausbildung sowohl im Mittelschulbereich wie auch im Hochschulbereich eine Komponente viel zu sehr vernachlässigt wird, nämlich die sprachliche Seite.

Ich kann ganz einfach noch immer nicht glauben, daß man bei uns auf der Wirtschafts-universität Fachleute ausbildet und nicht verlangt, daß sie zumindest zweisprachig ausgebildet werden.

Ebenso möchte ich dazu sagen, daß das in den Bereich der Mittelschule hineingehen muß. Denn wenn jemand eine Sprache erst mit 18 oder 19 Jahren beginnt, so ist das nicht mehr das gleiche, wie wenn er vom zehnten Lebensjahr an Sprachen lernt.

Meine Damen und Herren! Der Strukturwandel, der bei uns seit zehn, zwölf Jahren sehr stark im Gange ist, impliziert und zeigt uns, daß unser Land hier große Chancen hat. Gerade die vor 10 und 20 Jahren von allen Seiten, auch von meiner Partei, oft kritisierte Situation, wir hätten zuviel Klein- und Mittelbetriebe, erweist sich jetzt im Zuge des Strukturwandels in den letzten 15 Jahren als vorteilhaft.

Nur — und jetzt kommt schon wieder das „Nur“ —, hier müssen wir von der Ausbildungsseite her doch viel mehr Rücksicht nehmen auf diese Entwicklung. Denn was nützt uns der beste Techniker, was nützt uns der beste Bauingenieur, wenn er in der lokalen Umgebung mit Arbeitern oder Facharbeitern eines anderen Landes nicht sprechen kann? Einen Dolmetscher dazugeben kann man nicht, es funktioniert auch nicht. Das heißt, hier müssen wir der sprachlichen Ausbildung mehr Augenmerk schenken. Der Strukturwandel bietet unseren Betrieben große Chancen und sie werden auch genützt. Ich werde ja zeigen, welche phantastischen Entwicklungen wir hier in den letzten Jahren aufzuweisen hatten. Das würde aber noch eine wesentlich bessere Entwicklung ermöglichen.

Ich darf ein paar Dinge aus dem Bericht zitieren, weil sie doch zeigen, daß vieles oft schief dargestellt wird in der Öffentlichkeit.

Im Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes, der ebenfalls zu diesem Bericht Pate gestanden ist, heißt es zum Beispiel zum Thema Produktivitätsentwicklung — weil immer wieder bei uns geklagt wird, wir hätten eine schlechte Produktivitätsentwicklung —: Gegenüber einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate für zwölf verglichene OECD-Länder von 3,5 Prozent per anno bis 1981 lag

Dr. Heindl

die österreichische Produktivitätssteigerung mit 4,2 Prozent per anno deutlich höher. Besonders gegenüber den großen Industrienationen — die Bundesrepublik mit nur 2,9 Prozent, die Vereinigten Staaten mit 2,6 Prozent, Großbritannien mit nur 2,2 Prozent — zeigt sich hier deutlich eine Entwicklung, die wir registrieren sollten. Es ist dies eine durchaus positive Entwicklung.

Wenn wir uns generell die Entwicklung des letzten Jahrzehnts im Industriebereich, der ja doch hier hereinspielt, ansehen, so zeigt sie auch, daß wir in Österreich eine Entwicklung haben, die wir registrieren sollen, die positiv ist, meine Damen und Herren. Wir haben hier Ziffern — alles Untersuchungen, die bis in das Jahr 1970 zurückreichen, zum Teil bis 1973 —, wonach das Wachstum der Industrie in Österreich von 1970 bis 1982 47 Prozent betragen hat, im gesamten OECD-Westeuropa lediglich 26 Prozent, meine Damen und Herren.

Mit dieser Entwicklung, die wir sehen sollten, läuft in etwa parallel die Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe. Hier ist in Österreich die Entwicklung sogar positiv, plus 1 Prozent, während es in Westeuropa ein Minus von 15 Prozent gab. Hier sind also Entwicklungen im Gange, meine Damen und Herren, die uns eigentlich befriedigen sollten und die wir nicht kritisieren sollten.

Die Produktivität in Jahresprozenten habe ich angeführt. Insgesamt zeigt sich beim Vergleich Österreichs mit Westeuropa, daß sich die Produktivität in Österreich von 1970 auf 1981 um 50 Prozent verbessert hat, in Westeuropa lediglich um 38 Prozent.

Wir registrieren oft die Cash-flow-Entwicklung, die durchaus nicht günstig ist in manchen Bereichen. Aber gerade im Industriebereich schien mir im Zusammenhang mit diesem Bericht eine Aussage des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung beachtenswert, nämlich daß sich die Cash-flow-Quote in Prozent des Rohertrages bei der technischen Weiterverarbeitung bei uns von 21,5 im Jahre 1970 auf 23 Prozent im Jahre 1983 sogar verbessert hat, obwohl sonst die Cash-flow-Entwicklung im Verhältnis zur Entwicklung des Umsatzes negativ war, ein Rückgang von 25,9 auf 17,2 Prozent zu verzeichnen war. Also auch bei der technischen Weiterverarbeitung sind sehr positive Ansätze zu bemerken.

Der Export wurde schon erwähnt, meine

Damen und Herren. Auch hier zeigt sich, daß gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen unter Einbindung der Großbetriebe, meine Damen und Herren — das muß man ja dazusagen, daß das für uns am günstigsten ist, weil hier noch wesentlich bessere Wertschöpfungsmöglichkeiten gegeben sind —, eine sehr beachtenswerte Entwicklung feststellbar ist.

Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Unternehmenssektors heißt es hier — ich zitiere das, denn wenn das einer von uns sagen würde, würde es wahrscheinlich heißen, das ist wieder eine falsche Kritik —: „Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der österreichischen Unternehmer und Unternehmungen, ja gegenüber der unternehmerischen Einstellung der Österreicher überhaupt ist weit verbreitet und hat lange Tradition.“ Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist ganz ohne Zweifel befriedigender verlaufen, als in den meisten westeuropäischen Ländern.

Meine Damen und Herren! Das zeigt einmal mehr das, was wir immer sagen. Auch wenn Sie kritisieren, daß dieses oder jenes nach Ihrer Meinung eine Fehlentwicklung ist. Sie sollten insgesamt sehen, daß sich unsere Gewerbestruktur und unsere Industriestruktur, damit die Wirtschaftsstruktur positiv entwickelt hat.

Ähnlich ist es auch bei den Arbeitskosten, wo hier deutlich zum Ausdruck gebracht wird, daß seit etwa 1977 eine relative Abnahme der Kosten, die zuletzt wieder auf das relative Niveau der früheren siebziger Jahre zurückgesunken sind, festgestellt werden kann.

Und hinsichtlich der von Ihnen immer wieder kritisch ins Treffen geführten Nettoabgabenbelastung auch eine Aussage in diesem Bericht: „Noch schwieriger“ — steht hier, das dürfte für die Wissenschaftler schon so sein — „sind Vergleiche der Nettoabgabenbelastung. Die ständig wiederkehrenden Klagen zählen“ — so steht wörtlich hier — „zum Standardrepertoire, doch knüpfen sie sehr häufig bei einem Vergleich an die nominellen Steuerbelastungssätze an, ohne die Ausnahmen und die Subventionen mitzuberücksichtigen.“ Es werden dann Vergleiche angeführt zwischen Österreich und anderen Staaten, die zeigen, daß wir hier günstiger liegen, meine Damen und Herren. Auch das sollten wir, wenn wir über diese Dinge reden, in den Vordergrund rücken.

Dr. Heindl

Aber wie reagierten Sie, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren? Ich gebe schon zu, die heutige Diskussion ist etwas anderes. Aber in der Regel war es so: Man hörte sonst nichts als Krankjammerei, Schlechtmachen, Negativreaktion.

Zuletzt habe ich erst vorige Woche gelesen vom Kollegen Schüssel im „Börsenkurier“ vom „Jahrzehnt der Diskriminierung des Mittelstandes“. Bitte, ich weiß nicht, ob das stimmt. Es steht drinnen. Ich habe ausdrücklich erwähnt, Herr Kollege Schüssel, im „Börsenkurier“, ich weiß nicht, Seite 7 oder 9; Headline: „Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes: Ein Jahrzehnt der Diskriminierung des Mittelstandes.“

Meine Damen und Herren! Wenn wir diese Berichte, an denen ja die Handelskammern mitgearbeitet haben, an denen Wirtschaftsinstitute, diverse wissenschaftliche Institute mitgearbeitet haben, wenn wir die alle ansehen, so sehen wir, daß die Entwicklung und die Politik, die in diesem Zusammenhang gemacht worden ist, doch eine wesentlich andere ist. Es kommt immer wieder durch, auch wenn es heute vorsichtig war beim Präsidenten Sallinger: Hier die Verstaatlichte, dort die Private, die quasi für die verstaatlichte Industrie arbeitet. Es wird zwangsläufig ein Gegensatz konstruiert. (Abg. Helga Wieser: Wir bekennen uns auch dazu!) Frau Kollegin, das stimmt nicht! Der Präsident Sallinger hat zwar wieder gesagt: Ich bekenne mich zur verstaatlichten Industrie. Das Bekennen ist aber ein bißchen wenig, wenn man sich ständig hierherstellt und kritisiert, daß die Privatwirtschaft quasi für die Verstaatlichte arbeitet. Das stimmt also nicht, und ich werde es ihnen gleich zeigen, wie die Wirklichkeit aussieht. Wenn sie nur ein bißchen zuhören, Frau Kollegin Wieser! (Abg. Helga Wieser: Man kann sich dazu bekennen und trotzdem die Feststellung treffen, daß der Private weniger gefördert wurde als die Verstaatlichte! Etwas anderes hat ja der Präsident Sallinger nicht gesagt!)

Ich habe ja nichts gegen diese Feststellung. Ich will nur festhalten, daß hier ein Widerspruch besteht. Das ist ein eklatanter Widerspruch, und ich werde Ihnen sagen warum.

Unsere Politik war immer darauf ausgerichtet: Seit die Sozialistische Partei die Regierungsverantwortung trägt, seit 1970, war sie orientiert, die verstaatlichte Industrie und die Privatwirtschaft nebeneinander zu fördern. Nur ein konstruktives Miteinander und ein Nebeneinander ist in Wirklichkeit das

Geheimnis unseres Erfolges in Österreich. Glauben Sie mir das, meine Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Sie können doch nicht leugnen — was ich ihnen jetzt sagen werde, sind Daten, Ziffern, die wir nicht erfinden, sondern die man aus Bilanzen, aus Unterlagen, aus Untersuchungen herauslesen kann, Sie so wie ich, lesen können Sie das genauso wie ich, aber sagen müßten Sie es dann hier, bitte —: Seit 1970 haben die verstaatlichten Unternehmungen in Österreich rund 250 Milliarden Schilling an Private, an Klein- und Mittelunternehmen durch Aufträge für Zulieferungen weitergegeben.

Meine Damen und Herren! Das ist das Miteinander verstaatlichter mit privater Wirtschaft, mit Klein- und Mittelbetrieben. Da kann ich doch nicht sagen, die Verstaatlichte diskriminiert die Kleinen. Im Gegenteil: Die arbeitet mit den Klein- und Mittelbetrieben zusammen. (Abg. Helga Wieser: Herr Abgeordneter Heindl! Das ist ja gar nicht umstritten!)

Gnädige Frau, dann müssen Sie herausgehen und das einmals sagen. Ich habe es hier noch nicht gehört. Daher erlaube ich es mir zu sagen. Wenn Sie es wissen, dann sagen Sie es auch einmal. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Helga Wieser: Sie haben gesagt, das ist umstritten! Das ist nicht umstritten!) Wenn es nicht umstritten ist, dann bin ich ja sehr froh. Aber ich habe es festgehalten, und ich würde mich freuen, wenn Sie es einmal bestätigen.

Von 1970 bis 1982 hat die verstaatlichte Industrie 95,7 Milliarden Schilling investiert. Das ist größtenteils wiederum den Klein- und Mittelbetrieben zugute gekommen, meine Damen und Herren. Die haben ja die Investitionen zu verarbeiten gehabt. Die Wertschöpfung ist dann dort erfolgt und nicht in der verstaatlichten Industrie. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die Beschäftigten der verstaatlichten Industrie — und das wird ja auch oft unterschätzt — haben regional eine enorme Bedeutung. Das verfügbare Einkommen der Beschäftigten in diesen großen Betrieben hat eine große Bedeutung für Klein- und Mittelbetriebe. Die Beschäftigten der verstaatlichten Industrie verfügen im Jahr über 22 Milliarden Schilling, und die werden ausgegeben in den jeweiligen Regionen. Tausende und Abertausende Klein- und Mittelbetriebe, meine Damen und Herren, leben davon, daß die Kaufkraft in diesen

Dr. Heindl

Regionen funktioniert. Sie sollten nicht hergehen und sagen: Das ist ein Gegensatz. (*Abg. Helga Wieser: Die Kaufkraft funktioniert ja nicht mehr!*) Aber sicher, sonst würden ja die Klein- und Mittelbetriebe nicht leben können, Frau Kollegin! (*Abg. Helga Wieser: Dann fragen Sie Ihre Kollegen!*) Daß es da oder dort ein Problem gibt, ist ja klar, aber ich werde es Ihnen ja nachweisen, meine Damen und Herren, die Ziffern lügen nicht, die sagen die Wahrheit.

Wir sehen eben im gesunden Nebeneinander und im Miteinander der verstaatlichten Industrie und der Kleinbetriebe die gute Politik, und die werden wir auch fortsetzen, darauf können Sie sich verlassen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie sagen immer wieder, wir haben ein Jahrzehnt lang oder jetzt schon 14 Jahre die Klein- und Mittelbetriebe vernachlässigt. Meine Damen und Herren! Wo Sie das herhaben, weiß ich nicht. Es stimmt ganz einfach nicht. Denn wenn wir uns die Unterlagen ansehen, schaut es anders aus. Der Kollege Mühlbacher hat bereits auf die vielen Förderungen hingewiesen.

1970, als wir die Regierung übernommen haben — ich kann mich noch genau erinnern —, als wir damals ins Handelsministerium gekommen sind, gab es die BÜRGES, meine Damen und Herren, jawohl — nur war kein Geld da. Also für Förderungen war nichts vorhanden.

Um dem Herrn Präsidenten Sallinger etwas zu sagen: Jawohl, Herr Präsident, Sie haben die Lokomotive. Aber den Treibstoff dafür haben wir geliefert (*Beifall bei der SPÖ*), denn die Lokomotive konnte erst wieder fahren, als wir begannen, diese Institution, so wichtig sie ist und die gemeinsam geschaffen worden ist, wieder in Bewegung zu bringen. (*Abg. Helga Wieser: Wissen Sie, was der Treibstoff war? Der Treibstoff war der Fleiß der Unternehmer, aber nicht die Regierung!*) 70 Milliarden Schilling waren das, 70 Milliarden Schilling ausschließlich für Klein- und Mittelbetriebe, kein einziger Schilling für verstaatlichte Unternehmen! Das ist die Wahrheit! (*Abg. Helga Wieser: Das stimmt doch nicht!*) Wenn Sie sagen, ich habe die Unwahrheit gesagt, bin ich gerne bereit, das zurückzunehmen wenn Sie es mir nachweisen können: es wird Ihnen nur nicht gelingen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Helga Wieser: Wenn Sie meine Beweise nicht anerkennen, kann ich es Ihnen nicht beweisen!*) Sie werden mir, Frau Kollegin, nicht beweisen können, daß

von den gesamten Förderungen, von den 42 Förderungsmaßnahmen, die über die BÜRGES abgewickelt worden sind, nur ein Schilling in die verstaatlichte Industrie gegangen ist! Das ist in Klein- und Mittelbetriebe gegangen! Und da kann ich mich doch nicht hierherstellen und sagen: Für die Klein- und Mittelbetriebe wurde nichts gemacht, die haben wir vernachlässigt. Das ist ja nicht wahr, meine Damen und Herren!

An sich hätte ich etwas nicht gesagt, wenn es jetzt zweimal von Ihren Rednern abgeschnitten worden wäre, so quasi: Die in den Verstaatlichten Beschäftigten werden überverteilt in ihren Löhnen, in ihren sozialen Belangen.

Meine Damen und Herren! Auch eines sollte man sagen, ohne jeden Vorwurf, ich sage das ohne jede Mentalreservation, nur so wie es ist: Im letzten Jahr wurden für Pensionen von 1,2 Milliarden Unselbständigen vom Bund 7,3 Milliarden Schilling ausgegeben, im selben Jahr für 320 000 Selbständige 11 Milliarden.

Wir bekennen uns dazu, meine Damen und Herren. Nur, sagen wir doch nicht, diese Regierung tut nur für die eine Seite etwas und für die andere nichts. Das ist doch auch die Wahrheit, und das soll man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen, daß die ganze Entwicklung nur möglich war, weil auf diese Dinge Rücksicht genommen worden ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ein weiteres Beispiel, weil Sie permanent sagen, wir diskriminieren die Klein- und Mittelbetriebe, es wird nichts seitens der Regierung gemacht. Meine Damen und Herren! Ich erinnere an die Zulieferpolitik für die PKW. Das ist vor einigen Jahren von Staribacher begonnen worden. Es sind hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert worden. Im Jahr 1982 sind in etwa 6,5 Milliarden Schilling ausschließlich über diese Klein- und Mittelbetriebe in den Export gegangen, hundertprozentig in den Export. Es gab höchste Wertschöpfungsmöglichkeiten. Im Jahr 1983 waren es bereits 12,5 Milliarden Schilling. Über 300 Betriebe mit mehr als 11 000 Beschäftigten, ausnahmslos Klein- und Mittelbetriebe, wurden davon erfaßt.

Meine Damen und Herren! Das waren Ideen dieser Regierung, das waren Aktivitäten dieser Regierung, die diese Herren fortsetzen. Wir sollten das nicht beiseite schieben und sagen, das ist alles nichts (*Abg. Helga Wieser: Das sagt ja niemand!*), aber in Wirk-

Dr. Heindl

lichkeit kritisieren wir und sind froh. Das ist die Realität!

Es werden immer wieder neue Wege beschritten, und die zeigen, in welche Richtung sich unser Land entwickelt hat, nämlich positiv. Das Miteinander kann ja nur das einzige Wollen sein, das Sie und wir haben. Nur, sagen Sie es auch und tun Sie nicht immer so, als ob die Regierung nur für die einen etwas tun würde und für die anderen nichts, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Nun möchte ich zu einem Thema kommen, das auch immer wieder im Raum steht. Herr Präsident Sallinger hat es mehrfach angesprochen, und es wird auch immer wieder in Pressegesprächen seitens der ÖVP-Politiker erwähnt: das Wirtschaftsklima.

Jawohl, ich bin auch der Auffassung: Ohne ein vernünftiges Klima kann es kein vernünftiges Wirtschaften geben. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen jene Atmosphäre verbreiten, die eben den Menschen, egal, ob sie als Unternehmer, Manager oder als Angestellter und Arbeiter tätig sind, das Vertrauen gibt, das es sich in diesem Land zu arbeiten lohnt, zu engagieren lohnt, daß die Einsatzbereitschaft auch bezahlt wird, meine Damen und Herren.

Gerade wenn wir uns die Ziffern ansehen, meine Damen und Herren, so zeigen sie uns ja, daß die Entwicklung positiv war.

Und, Herr Präsident, auch hier: Es tut einem weh. Sie verlangen zu Recht immer ein positives Wirtschaftsklima. Nur, die Darstellungen seitens der ÖVP zum Thema Wirtschaft gehen halt oft — ich sage es jetzt vorsichtig — an der Realität vorbei.

In den letzten Tagen habe ich gehört, daß Ihr Parteiboss Mock gesagt hat — ich habe mir das aufgeschrieben, weil ich es zweimal lesen mußte, um zu wissen, was er damit meint —, wir müssen doch endlich den Kampf gegen den wirtschaftspolitischen Fatalismus beginnen — in der Erklärung zur Lage der Nation stand das drinnen — und einen Kurswechsel vornehmen. Meine Damen und Herren! Da muß man sich ja fragen: Haben die Berater des Dr. Mock auch gelesen, wie diese Wirtschaft, wie dieses Land heute dasteht insgesamt? Und auf das darf ich jetzt kurz eingehen, weil es zum Thema „wirtschaftspolitisches Klima“ gehört. *(Abg. Helga Wieser: Ein Jubelbericht ist es ja sicher nicht, oder?)* Ich unterschreibe sonst alles, was der Präsi-

dent Sallinger zu dem Thema gesagt hat, weil ich wirklich der Meinung bin, wir brauchen den Respekt vor diesen Betrieben, wir brauchen die Leistungskraft, wir brauchen das positive Engagement. Aber dann sollte man auch den Menschen draußen sagen, wie es wirklich aussieht.

Jahrelang wurde nämlich von Ihrer Seite auf den „katastrophalen Zustand“ der österreichischen Wirtschaft hingewiesen, es wurde schwarzgemalt, ständig das Zusammenbrechen der Wirtschaft an die Wand gemalt.

Meine Damen und Herren! Was Sie damit anrichten, ist wahrlich kein Beitrag zu einem konstruktiven Wirtschaftsklima, es ist wirklich keine Hilfe für die in der Wirtschaft Tätigen, und es ist auch alles andere als eine Unterstützung für unser Land.

Und was ist nämlich wirklich? Tatsächlich erleben wir doch alle das erstaunliche Phänomen in Österreich, daß alle seit dem Frühjahr 1983 ganz wesentlich verbesserten Wirtschaftsdaten nicht nur nicht zur Kenntnis genommen werden, sondern sogar mit dem Argument der Budgetdefizite, des überhöhten Schuldenstandes, der Probleme in der Stahlindustrie, der Strahlkrise wegdiskutiert und in eine Gesamtkrisensituation der österreichischen Wirtschaft umfunktioniert werden.

Wie schaut es wirklich aus? Auch wieder offen die Ziffern auf den Tisch. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, meine Damen und Herren, daß im Grunde unsere Wirtschaft gesund ist, dann war es in den letzten Wochen und Monaten, wo deutlich wurde, daß sich unsere Wirtschaft aus der weltwirtschaftlich bedingten Rezession herausentwickelt. Die Beweise sind da. Im ersten Halbjahr 1982 hatten wir eklatante Einbrüche, ein Minus, und im zweiten Halbjahr ein entsprechendes Plus. Zum Beispiel lag die österreichische Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1983 noch um 2,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau, in den Sommermonaten aber bereits um 5 Prozent darüber, im dritten Quartal um 4,2 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresniveau — Gott sei Dank eine sehr positive Entwicklung.

Der Warenexport, der im ersten Halbjahr 1983 noch stagnierte, explodierte förmlich im zweiten Halbjahr, meine Damen und Herren. Im September hatten wir zum Beispiel Zuwachsraten von 17 Prozent, sodaß sich das gesamte Warenexportpaket 1983 um 4 Prozent steigerte.

Dr. Heindl

Trotz massiv gestiegener Importe in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres wird die Leistungsbilanz 1983 in etwa ein ausgeglichenes Ergebnis bringen. Und das zeigt insgesamt wieder, wenn man es untersucht, daß unser positiver Strukturwandel schon so weit fortgeschritten ist, daß nicht einmal importbelastende Vorzieheffekte imstande sind, die Zahlungsbilanz auch nur vorübergehend wesentlich anzukratzen. Das war 1977, als wir eine ähnliche Situation hatten wie 1982, nicht der Fall.

Besser als von vielen befürchtet war auch die Beschäftigungsentwicklung. Die Prognose, wir kämen weit über 200 000 Arbeitslose, meine Damen und Herren, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet.

Die wirtschaftliche Erholung ist also insgesamt gesehen nicht mehr wegzudiskutieren, auch wenn sie vielerorts, insbesondere von den Medien, noch nicht zur Kenntnis genommen wird.

Die im Dezember 1982 für 1983 prognostizierten wirtschaftlichen Eckdaten mußten in der Jahresmitte 1983 revidiert werden und sind zum Jahresende 1983 neuerlich geändert worden.

Was bedeutet das alles? Von den neun wichtigsten wirtschaftlichen Eckdaten, meine Damen und Herren, haben sich im Vergleich zu den Prognosen für 1983 sieben signifikant in die positive Richtung verändert. Enttäuscht hat lediglich die Investitionstätigkeit. Und wenn wir uns auf Grund dieser Entwicklung die Prognosen für heuer ansehen, so muß ich sagen, daß wir bei aller Vorsicht hinsichtlich der Inflationsrate — die 5,6 Prozent im Jänner sind sicher ein Signal, das man sehen muß — doch mit einer besseren Entwicklung, als in den Prognosen dargestellt, rechnen können.

Einmal mehr wird also politisch motivierter und permanent zur Schau getragener Pessimismus von der Realität desavouiert. Mit Ihrer Schwarzmalerei rücken Sie immer wieder die internationale Stahlkrise — ich habe es schon gesagt — und die davon hauptsächlich betroffenen verstaatlichten Unternehmungen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und die Medien spielen leider Gottes dabei kräftig mit.

Nicht gesagt wird, daß die gesamte ÖIAG, meine Damen und Herren, nicht mehr als vier Prozent der österreichischen Wirtschaft repräsentiert und auch davon maximal die

Hälfte in etwa mit Problemen kämpfen muß. Nicht gesagt wird, daß diesem relativ kleinen Problembereich eine überwältigende verschwiegene Mehrheit von 95 Prozent von hervorragend geführten, kerngesunden und florierenden Unternehmungen gegenübersteht, die sich Jahr für Jahr — Herr Präsident, ich teile Ihre Auffassung — hervorragend auf dem internationalen Markt bewährt. Denn das ist eine unserer besonders positiven Entwicklungen.

Nicht gesagt wird, daß diese Schwarzmalerei und alle Fehlprognosen in den letzten Jahren in einer systematischen Unterschätzung des Struktur- und Modernisierungswandels unserer Wirtschaft wurzeln und vor allem auch in Teilen der Industrie.

Der technologische Strukturfortschritt Österreichs übertrifft in Wahrheit alle Vorstellungen, weil er an Effizienz und Durchschlagskraft im OECD-Raum von keinem Land außer Japan, meine Damen und Herren, übertroffen wird. Seit 1973, also dem Jahr des ersten Ölschocks und der damals beginnenden Wachstumskrise, erzielte Österreich im Export Marktanteilsgewinne von japanischen Dimensionen. Gemessen an den Gesamtexporten aller 24 OECD-Länder, also alle 24 OECD-Staaten sind hier berücksichtigt, hat Österreich in diesem Jahrzehnt seinen Marktanteil exemplarisch erhöht. Aber das Besondere an dieser Entwicklung ist das, was sich dahinter verbirgt: nämlich enorme Strukturverbesserungen zugunsten höherwertiger Produktpaletten.

Im Industriewarenexport allein stieg nämlich der österreichische Marktanteil in diesem Zeitraum um 15 Prozent, in der technologisch anspruchsvollsten Kategorie „Maschinen und Verkehrsmittel“ sogar um 30 Prozent.

Fügt man aber den Immenstechnologien den intensiven Know-how-Export vor allem im Anlagenbau hinzu, dann zeigt sich, daß wir in Wirklichkeit Raten von 11 Prozent im Warenexport, von 24 Prozent im Industrieexport und unglaubliche 57 Prozent, meine Damen und Herren, beim Verkehrsmittel feststellen können.

All das, meine Damen und Herren, sind nicht wegzudiskutierende Tatsachen, das ist die Entwicklung von zwölf Jahren Politik in diesem Lande und ist in Wirklichkeit eines jener Beweismittel, daß hier eine vernünftige und für das Volk gute Politik gemacht worden ist.

Dr. Heindl

Wenn Sie andere Länder vergleichen, ob das die Bundesrepublik ist, ob das die Vereinigten Staaten sind, ob das England ist, ob das Frankreich ist oder die Schweiz, so haben in diesen Bereichen alle, die ich genannt habe, Rückgänge zu verzeichnen. Einzig und allein Japan, Italien und Österreich haben hier positive Entwicklungen zu verzeichnen. Und das ist es, was, wie wir glauben, bei einer Debatte wie der jetzigen gesagt werden muß, weil es in Wirklichkeit die Voraussetzung dafür ist, daß wir in den nächsten Jahren, wenn es uns gelingt, diese Politik fortzusetzen, mit einer positiven Entwicklung rechnen können.

Meine Damen und Herren! Wogegen wir uns also wehren, ist der Pessimismus, den Sie verbreiten. Wir wollen Realismus, wir wollen eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auf diesem Gebiet, wir wollen aber insbesondere eines: daß man die Dinge so darstellt, wie sie wirklich sind, nämlich positiv in den letzten Jahren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.16

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

15.16

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Heindl, Ihre Rede war vollgespickt mit Zahlen, womit Sie dokumentieren wollten, wie gut es der österreichischen Wirtschaft geht.

Ich möchte Ihnen eines sagen: Je länger Sie Zahlen nannten, desto weniger neu waren sie. Denn es ist immer die Frage, von welchem Gesichtspunkt aus man Zahlen sieht. Der Länge Ihrer Rede nach zu schließen, müßten Sie sehr viel überzeugen, sonst glaubt es nämlich niemand.

Neu an Ihrer Rede war, und da muß ich sagen, daß es mir insofern gefallen hat, als Sie zugegeben haben, daß Sie vor 10 bis 15 Jahren noch der Auffassung waren, daß es zu viele Klein- und Mittelbetriebe gegeben hat, und daß Sie Ihre Meinung geändert haben. Das haben Sie gesagt. Das hat sich geändert, und Sie haben erkannt, daß das notwendig ist. Ich bin sehr froh, daß Sie einmal etwas zugeben; das ist ein Schritt zur Besserung.

Herr Dr. Heindl! Sie werfen uns immer Krankjammern und Schwarzmalerei vor und daß wir aus einer Sache parteipolitisches Kapital schlagen. Wenn wir auch, wie Sie sagen, Realitäten aufzeigen und wie es den Betrieben durch unsere Arbeit in den Betrie-

ben und durch die Gespräche, die wir mit Unternehmern führen, geht, dann müssen Sie auch das zur Kenntnis nehmen und nicht sagen: Das gibt es nicht, das ist nicht wahr!

Ich möchte speziell zu einem Punkt, und zwar zum Wirtschaftsklima sprechen. Das Thema Wirtschaftsklima zieht sich durch alle Gespräche. Und wer verschlechtert das Wirtschaftsklima? Es ist heute schon angeschnitten worden: Der Herr Bundesminister Dallinger ist der eine Teil.

Der zweite Teil ist auch beim wirtschaftspolitischen Klima die Bürokratie. Daher möchte ich zunächst, damit wir besser darüber reden können, unseren Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Sallinger, Ingrid Tichy-Schreder und Genossen betreffend Entbürokratisierung zum Bericht des Handelsausschusses über den Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie (III-34 der Beilagen) über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983 (204 der Beilagen)

Die österreichische Wirtschaft wird in ihrer Leistungsstärke, in ihrer Wettbewerbskraft und in ihrer Anpassungsfähigkeit (neben den ständig steigenden Belastungen) nicht zuletzt auch durch zunehmende bürokratische Barrieren, wachsende Verwaltungsarbeiten und durch eine immer größere Fülle an unüberschaubaren Vorschriften behindert. Auch durch zahlreiche Doppelgleisigkeiten bei administrativen Erfordernissen werden produktive wirtschaftliche Kräfte gebunden, die besser genutzt werden könnten.

Besonders erschwert werden von diesen Hemmnissen Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein wesentliches Potential für einen neuen Aufschwung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sein könnten.

Es müßte ein wichtiges gemeinsames Anliegen der Regierung, der politischen Parteien und der Interessenvertretungen sein, überflüssigen bürokratischen Ballast abzubauen und bestehende Vorschriften auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und damit die produktiven Kräfte der Wirtschaft zu entfesseln.

Ingrid Tichy-Schreder

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, eine Kommission bestehend aus Vertretern des Bundeskanzlers, des Bundesministers für Finanzen, des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, des Bundesministers für soziale Verwaltung, der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes mit folgendem Arbeitsauftrag einzusetzen:

1. Geltende Vorschriften (Gesetze, Verordnungen) sollen auf ihre Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Folgewirkung auf den Wirtschaftsablauf überprüft werden.

2. Die Erledigungsfristen für Konzessionerteilungen, Baugenehmigungen, Betriebsanlagengenehmigungen und Förderungsansuchen sollen soweit wie möglich verkürzt werden. Bei Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen sollen alle notwendigen Ansuchen und Genehmigungen innerhalb von höchstens drei Monaten erledigt beziehungsweise entschieden werden.

3. Bei Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen sollten möglichst alle zur Betriebsaufnahme notwendigen Bewilligungen bei einer Behörde, die dafür federführend ist, konzentriert werden. Dort, wo die Zuständigkeit mehrerer Behörden unabdingbar ist, sollten die Vorschriften harmonisiert werden.

4. Die Behörden sollten dem Anfragenden eine Checkliste zur Verfügung stellen, aus der alle erforderlichen Unterlagen und Genehmigungen ersichtlich sind. Auch Unterlagen über Förderungsmaßnahmen sollten ausgehändigt werden.

5. Betriebsprüfungen sollten möglichst am Ort der Aufzeichnung vorgenommen werden. Betriebsprüfungen, die an ähnlichen Tatbeständen anknüpfen (Lohnsteuer, Lohnsummensteuer, Sozialversicherungsbeiträge, U-Bahn-Beiträge et cetera), sollten möglichst innerhalb einer Prüfung erledigt werden.

6. Die Lohnverrechnung sollte unverzüglich vereinfacht werden.

7. Verwaltungsstrafen im Bereich des Betriebsablaufes sind auf ihre Praxisnähe und Zweckmäßigkeit zu überprüfen und möglichst zu verringern.

Die Kommission soll alle sechs Monate ihren Tätigkeitsbericht und konkrete Vorschläge zur Erreichung der genannten Ziele veröffentlichen.

Dies ist unser Entschließungsantrag.

Meine Damen und Herren! Mich hat es sehr berührt, daß sowohl die Sozialistische Partei — und besonders Herr Abgeordneter Mühlbacher — als auch die Freiheitliche Partei diesen unseren Entschließungsantrag ablehnen werden. Ich möchte sagen, warum. Der Herr Abgeordnete Haigermoser glaubt besonders gescheit zu sein, wenn er sagt, der Zug ist bereits abgefahren und der Herr Präsident Ing. Sallinger weiß nicht, daß der Herr Bundeskanzler Sinowatz ihm einen Brief geschrieben hat — der Brief ist vom Jänner — und damit die Entbürokratisierung erledigt ist. Er hat beides nicht gesehen und versteht es nicht und glaubt wirklich, der Präsident Sallinger weiß nicht, was er tut.

Der Herr Abgeordnete Mühlbacher sagt, ja das ist alles, was schon zum Beispiel in der Mittelstandskommission beim Finanzministerium behandelt wird. Meine Damen und Herren! Ich möchte eines sagen: Ich bin in der Mittelstandskommission beim Finanzministerium. Ich muß sagen, es war eine kooperative, gute Zusammenarbeit. Es wurde gemeinsam ein Bericht gemacht. Aber der Bericht an den Finanzminister ist im Jänner abgegangen, vor der Ausschusssitzung des Handelsausschusses. Wir haben heute den 23. Februar, und bis heute kam keine Antwort von Herrn Finanzminister Salcher auf diese Vorschläge. Nichts! Und das berührt einen, wenn man zum Mittelstandsbericht spricht, schon sehr stark, wenn man in mehr als zehn Sitzungen ein Einvernehmen herstellt und dann keine Antwort hört. Ich möchte wissen, wie es weiter geht. Wie stellt sich der Herr Finanzminister dazu?

Gerade die bürokratischen Vorhalte sind die Punkte, die besonders die Klein- und Mittelbetriebe belasten, und das trägt auch zum wirtschaftspolitischen Klima bei. Ein kleines Beispiel:

Ich habe die Fotokopie einer Strafverfügung einer Lebensmittelhändlerin, die nach

Ingrid Tichy-Schreder

dem Qualitätsklassengesetz bestraft worden ist, weil sie die Auszeichnung für fünf Häuptel Karfiol, für zehn Häuptel Salat noch nicht ordnungsgemäß durchgeführt hatte, und zwar zu einer Strafe von je 1 000 S, das sind 2 000 S für 15 Stück, die kosten nicht einmal so viel. Wissen Sie, was das für ein Ärger ist? Sie hat gesagt, sie traut sich nicht hinaufzugehen auf den Magistrat und das dort zu beanstanden, denn sie würde „explodieren“, und dann bekommt sie noch eine Verwarnung.

Die Lebensmittelhändler, wie Präsident Dittrich bereits gesagt hat, haben soundso viele Verordnungen, und es hängt davon ab, wie das durchgeführt wird, wie man das behandelt. Eine Lebensmittelhändlerin, die in der Früh um sechs Uhr als Alleinkraft im Geschäft steht, weil ihre Mitarbeiterin erst um acht Uhr kommt — um dreiviertel acht kommt dann jemand, das zu prüfen, und sagt, es ist noch nicht richtig ausgezeichnet mit der Qualitätsklasse, und sie wird mit je 1 000 S bestraft, das ist das Klima in diesem Land. Und das hängt auch von Ihnen ab, wie das gehandhabt wird. Das sind Schikanen und das ist die Bürokratie, gegen die wir vorgehen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Nachdem ich ja selbst Unternehmerin bin, kann ich Ihnen ja anhand meiner eigenen Beispiele, die ich als Unternehmerin erfahre, auch Lieder davon singen, Lieder, die ich auch im Mittelstandsausschuß beim Finanzministerium gesungen habe. Da möchte ich auch auf diesen Bericht an den Finanzminister kommen. Hier wurden Vorschläge gebracht, und zwar Vorschläge für die Verständlichkeit von Gesetzen, Verordnungen und Erlässen. Das ist gemeinsam erarbeitet worden, auch von Vertretern des Freien Wirtschaftsverbandes der Sozialistischen Partei, und der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat sich heute diesbezüglich darüber lustig gemacht.

Es nützt nichts, wenn man nichts dazu tut und sagt, es wird sowieso passieren, und alle haben festgestellt, das ist nicht passiert. Jetzt wollen wir das durch unseren Entschließungsantrag verbessert haben, und Sie lehnen das ab, damit die Klein- und Mittelbetriebe eben weniger verständliche Gesetze haben. Das ist das wirtschaftspolitische Klima, das wir hier beklagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Etwas ist einvernehmlich festgestellt worden: die Wiederverlautbarung von Gesetzen, weil sie so verworren sind. Aber ich hätte gerne gewußt, wann das in Gang gesetzt wird. Wir haben eine Dringlichkeitsstufe festgelegt,

was davon wichtig ist, womit und mit welchen Gesetzen wir es am meisten zu tun haben — aber bis jetzt noch keine Antwort vom Herrn Finanzminister.

Noch etwas: Im Finanzministerium gibt es Geheimerlässe — der Herr Abgeordnete Dr. Schlüssel hat es vorgebracht —, die über den Einzelfall hinausgehen. Wir haben dort erreicht, daß die Informationen, die über den Einzelfall hinausgehen, auch verlautbart werden. Das ist ein wichtiger Punkt, weil man nicht weiß, womit man dann rechnen muß. Das ist zuerkannt worden, aber eine Stellungnahme des Finanzministers haben wir noch nicht. Und gerade die Geheimerlässe sind es, worüber der Herr Abgeordnete Schlüssel gestern gesprochen hat, was da passiert ist. Das müssen wir sensibel behandeln und darauf eingehen.

Ein sehr wichtiger Punkt ist meiner Auffassung nach auch die Koordinierung von Prüfungen von lohnabhängigen Abgaben. Wir haben es hier im Entschließungsantrag, weil es eine konkrete Möglichkeit war, in dieser Kommission darüber zu sprechen. Gesprochen ist darüber worden, nur sind natürlich die Einwände der einzelnen Stellen gekommen. Wenn wir ununterbrochen reden, es geht nicht und wir machen einen Startversuch, dann reden wir noch fünf bis zehn Jahre und die Betriebe leiden darunter. Wenn einmal der Betriebsprüfer kommt, dann kommt der Lohnsteuerprüfer, dann kommt der Krankenkassenprüfer, dann kommt der Lohnsummensteuerprüfer, dann kommt der Getränkesteuerprüfer, und das in einem Betrieb. Das kann hintereinander passieren, und alle Augenblicke sitzt ein anderer Prüfer da.

Wir wollen eine Vereinfachung auch der Verwaltung, eine Möglichkeit, das zu koordinieren und zu konzentrieren, weil die Betriebe damit belastet werden. Nichts gegen die Prüfungen, das sage ich eindeutig, sondern die Betriebe sollen durch die Prüfungen nicht belastet werden, man soll sie konzentrierter machen.

Natürlich behauptet jede Stelle von sich aus, das ist wichtig, es soll eine Koordination durchgeführt werden, aber in der Bürokratie ist das nicht möglich. Aber wir als Politiker, als Gesetzgeber haben die Möglichkeit, dort aktiv zu werden. Und das verlangen wir, denn solange nur die Bürokratie spricht, kommt kein Ergebnis heraus, wir müssen handeln. Und das tun Sie eben nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ingrid Tichy-Schreder

Ein weiterer Punkt ist die Informationsstelle bei den Finanzämtern. Darüber haben wir lange diskutiert, weil es unser ursprünglicher Vorschlag war, einen Ombudsmann für Klagen beim Finanzamt einzustellen. Wir sind dann im Laufe der Gespräche darauf gekommen, daß das sehr schwierig ist, weil es soundso viele Stellen gibt und man sich auch nicht traut, hinzugehen.

Selbst die Steuerberater haben gesagt, daß sie sich ungern über jemanden beim Finanzamt beschweren, weil sie könnten in einem anderen Betrieb wieder zu dem kommen und benachteiligt werden. Was mich stört, ist die Willkür der Beamten, die teilweise zum Ausdruck kommt — nicht aller, dezidiert: nicht aller. Aber das gibt es. Aber wie können wir das lösen? Indem wir besonders aufpassen und nicht immer das so darstellen, daß eben die Beamtenschaft — nicht generell, bitte — beziehungsweise der Staat das Wichtige ist und der kleine Bürger als Bittsteller kommen soll. Das soll es nicht geben. Der Staat ist ein Diener der Bürger — das soll zum Ausdruck kommen, das wäre das Wichtige. Das haben wir erreicht. Und da hätte ich gerne die Stellungnahme des Finanzministers dazu gehört. Wird das geschehen, wo wir uns einvernehmlich dazu bekannt haben, eine Informationsstelle beim Finanzamt einzurichten?

Mir selbst ist es ja auch so ergangen: Wenn man anruft und der Referent ist nicht da, muß man sich durchfragen, bis man zur richtigen Stellen kommt. Wenn ein Staatsbürger zum Finanzamt geht, weiß er nicht genau, in welche Abteilung er mit seinem Problem gehen soll. Daher wäre es günstig, daß dort jemand sitzt, der ihn zuweist, weil man nicht genau weiß, das gehört in diese Abteilung oder in jene Abteilung, weil alles so kompliziert ist. Und da hätte ich gerne gewußt, wann geschieht das, wann passiert das endlich, wann ist die Stellungnahme des Finanzministers da? Sie ist eben nicht da. Und wieder eine Verzögerung zu Lasten der Klein- und Mittelbetriebe in diesem Fall.

Ein weiteres Problem — und das liegt mir besonders am Herzen — ist der Zoll. Der Zoll ist ein ganz eigenes Kapitel. Es fängt schon an bei der Erstellung der Formulare, da sie sehr unübersichtlich und teilweise schlecht lesbar sind. Das könnte man eigentlich schon verbessern.

Der zweite Punkt war, daß wir beim Zoll erreichen konnten, daß man Drucksorten für Einzelabgabe vorrätig hält. Und dann etwas Besonderes: die „Bürgernähe“ der Zollämter.

Es gibt auch dort — ich will nicht generalisieren — nette Beamte, die freundlich sind. Mir selber ist es nicht zum erstenmal passiert — weil ich habe auch schon verzollt als kleiner Betrieb und nicht über eine Spedition —, wie man beim Zollamt behandelt wird: Das verstehen Sie nicht? Wozu gibt es eine Spedition? Mit dem „Grabler“ kommen Sie daher? — So wird man behandelt! — Das wissen Sie nicht? Gut. Diese Vorgangsweise wurde auch von allen bestätigt. Wie kann man dem abhelfen? — Indem man die Zollbeamten schult und darauf hinweist.

Und noch etwas, was ich immer wieder feststelle: Wenn ich ein und dieselbe Ware wöchentlich ins Ausland versende — glauben Sie mir, jeder Zollbeamte findet etwas anderes bei der Ausfüllung der Formulare, was falsch ist. Er sieht das anders. Das kann es doch nicht geben, ein und dieselbe Ware, jede Woche anders bei einem anderen Zollbeamten abgefertigt, und immer heißt es: Das haben Sie schlecht ausgefüllt, und der andere sieht das. Da stimmt doch etwas nicht! Und das ärgert den Bürger. Da sind wir großartig, wir machen Exporte, aber da werden die Klein- und Mittelbetriebe davon abgehalten, diesbezüglich etwas zu machen.

Ein ganz besonderes Gustostückerl eines Beamten vom Zollamt Wien darf ich Ihnen sagen, wo ich angefragt habe. Ich habe eine Ware, die ich verzollt hereinbekommen habe, nicht direkt bearbeitet. Es handelt sich um Flaschen, die gefüllt und wieder exportiert wurden. Ich habe mich bei unserer Bundeskammer informiert, ob es nicht möglich ist, den Zoll, den ich bezahlt habe, refundiert zu erhalten, wenn ich sie exportiere. Der Zollbeamte dort hat gesagt, das gibt's nicht. Sage ich: Entschuldigen Sie, die Bundeskammer, meine Vertretung, hat gesagt, selbstverständlich gibt es das. — Nein, das gibt es bei uns nicht! Sage ich: Kann ich mit Ihrem Vorgesetzten sprechen? — Nein, der ist nicht da. Wenn ich Ihnen sage, ich bin 20 Jahre im Dienst, das gibt es nicht. Daraufhin habe ich gesagt: Entschuldigen Sie, kann ich vielleicht im Finanzministerium anrufen? Wissen Sie, wie die Antwort war? — Na glauben Sie, der im Finanzministerium hat Zeit, mit Ihnen eine halbe Stunde zu reden? Ich habe gesagt: Entschuldigen Sie, ich glaube, der Beamte vom Finanzministerium hat dem Staatsbürger die Auskunft zu geben, jedem Staatsbürger. Darauf habe ich gesagt, na gut, ich werde mich trotzdem dort erkundigen. Sagt er, glauben Sie, wegen Ihnen werden wir ein Gesetz ändern? Sage ich: Sie brauchen kein Gesetz ändern, sondern nur nachschauen, ob das im

Ingrid Tichy-Schreder

Gesetz steht, es muß doch eine Möglichkeit geben. Ich habe ihm nicht gesagt, daß ich Abgeordnete bin. Ich bin überzeugt, da hätte er sich anders verhalten, sondern habe ihn als „normale“ Staatsbürgerin, als Unternehmerin angerufen. Eine Viertelstunde später hat man sich dann bei mir durchgefragt, nachdem ich mich als Firma dort gemeldet habe, und er hat gesagt, es tue ihm wahnsinnig leid, die Möglichkeit gebe es und wir könnten das machen.

Ein anderer Unternehmer gibt sofort auf und bekommt den Zoll nicht rückvergütet. Das ist es, die Vorgangsweise dort. Ein bißchen mehr Kundenfreundlichkeit wäre wünschenswert. *(Beifall bei der ÖVP.)* Von der Beamtenschaft im einzelnen, nicht überall ist es so.

Und dann gibt es noch Probleme, meine Damen und Herren, und zwar bei der Hausbeschau außerhalb der Dienstzeit. Das ist etwas, was die Unternehmer auch irritiert. Es gibt Hausbeschauen, die nicht im Zentralraum Wien, sondern in einer kleineren Ortschaft sind, die teilweise außerhalb der Dienstzeit gemacht werden, und außerhalb der Dienstzeit bekommen die Beamten natürlich Überstunden bezahlt. Das wirkt sich so aus, daß man eine höhere Stempelgebühr bezahlen muß. Diese Stempelgebühr können sie nicht vorher bereits ausrechnen und schon vorbereitet haben, nein, weil das hängt davon ab, wie lange der Beamte zu tun hat. Also wenn der Zollbeamte zur Hausbeschau kommt, kann er erst ausrechnen, wie lange er braucht, dann kann er zur Trafik gehen und kann die Stempelmarken kaufen. Und das im Land Österreich einmal irgendwo in einem Ort, wo gerade vielleicht die Trafik zu hat! Dann muß man warten, bis die Trafik offen hat und ob sie die Stempelmarken vorrätig hält. Das sind die praktischen Sachen, die natürlich die Exporte erschweren. Wozu tue ich mir das an? Ich mache da ein Geschäft und da muß ich soundso viele Schwierigkeiten haben? Und da möchte ich gern die Stellungnahme des Herrn Finanzministers haben, ob man nicht da was ändern kann, daß man eben versuchen kann, die Hausbeschau innerhalb der Dienstzeit zu machen. Wir sind stolz auf unsere Exporte; aber die Bürokratie, der Moloch, erschwert es. Das gehört geändert, und das wollen wir erreichen für unsere Klein- und Mittelbetriebe, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Was mir heute besonders aufgefallen ist: daß der Herr Vizekanzler als Handelsminister wahnsinnig lang

gesprochen hat über die kleinen Betriebe, sie gelobt hat über den „grünen Klee“. Ja das ist sehr schön. Nur handeln tut er nicht. Herr Vizekanzler, ich bin sehr froh, daß Sie da sind, da kann ich Sie gleich direkt ansprechen. Wir haben im Entschließungsantrag zum Mittelstandsgesetz einen Punkt Nummer 2, in dem es heißt:

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie wird ersucht, gemeinsam mit dem Bundesminister für Finanzen Vorschläge zur Änderung der Richtlinien für eine Förderungsaktion für Betriebsmittel zugunsten gewerblicher Klein- und Mittelbetriebe auszuarbeiten.

Wissen Sie, von wann das ist, wann wir das beschlossen haben? *(Vizekanzler Dr. Steger: Sicherlich geschieht das!)* Geschehen tut das eben nicht, Herr Vizekanzler! Aber nein! Ich weiß, daß die Betriebsmittelkreditaktion bis jetzt noch nicht durchgeführt ist, weil es eben an Ihnen scheitert. Sie sitzen als Handelsminister und Vizekanzler da, loben die Klein- und Mittelbetriebe, aber Sie führen nicht einen Entschließungsantrag durch und Sie stimmen nicht zu unserem gemeinsamen Antrag, Herr Vizekanzler. Nein, Betriebsmittelkreditaktion gibt es keine. Beweisen Sie es, melden Sie sich zu Wort, und dann werden wir schauen. Aber es gibt keine Betriebsmittelkreditaktion!

Meine Damen und Herren! Wir haben es verlangt, und es ist bis jetzt nicht durchgeführt. Und da sagt der Herr Vizekanzler, er ist für die Klein- und Mittelbetriebe! Er sagt, die Klein- und Mittelbetriebe sind das Rückgrat der Wirtschaft. Wissen Sie, Herr Vizekanzler, das hört sich wunderbar schön an. Sie sagen immer, wir hätten die Entlastung viel zu wenig gewürdigt. Ein Huhn — ein Pferd. Geben sie dem Rückgrat ein Pferd drauf, und dann schauen Sie sich die Bandscheiben an! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und da geht der Betrieb dann zugrunde! Das Huhn weg und ein Pferd drauf, das ist die Belastungspolitik der Regierung! Sie können noch soviel lobende Worte finden: Sie sollen handeln, das verlange ich von Ihnen. Wenn sie handeln, müssen Sie einen Kurswechsel vornehmen. Wenn Sie einen Kurswechsel vornehmen, dann wird es besser werden. Aber die Klein- und Mittelbetriebe müssen gefördert werden. Nicht nur reden, sondern handeln, Herr Vizekanzler! *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.38

Präsident: Der soeben von der Frau Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing.

Präsident

Sallinger und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung, ebenso der zwischenzeitlich vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Graf, Braun und Grabher-Meyer. Auch dieser ist genügend unterstützt und steht ebenfalls in Behandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Schmidt.

15.38

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Schmidt**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich auf einige Punkte eingehen, die in den letzten Wortmeldungen genannt worden sind, die, glaube ich, etwas aufklärungsbedürftig sind.

Zum ersten, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll eines nicht passieren: In einer Debatte, in der sehr intensiv über zukunftsorientierte Tätigkeiten, neue Impulse, über neue Maßnahmen diskutiert werden soll und auch tatsächlich diskutiert wird, soll man nicht bewährte Förderungsmechanismen in Frage stellen. Es ist sicherlich nicht richtig, wenn man dieses bedeutende System der Exportförderung hier in Widerspruch zu den Interessen von Klein- und Mittelbetrieben auf der einen Seite und großen Unternehmen auf der anderen Seite bringt, erstens, weil eben dieses System eine sehr große Bedeutung für den Bereich der Exporte hat, und zweitens, weil es einfach nicht stimmt. Man darf ja nicht nur die ausgegebenen Promessen, man darf nicht nur die ausgegebenen Garantien, man darf ja nicht nur all die Maßnahmen der Exportförderung den einzelnen Unternehmen zurechnen, sondern man muß doch bei der Berechnung und bei der Auswirkung mehrere Dinge beachten.

Erstens: Viele große Unternehmen agieren als Generalunternehmer, das heißt, daß hier durch Subaufträge an kleinere Unternehmen natürlich viele Aufträge gehen. Im Finanzierungsverfahren erscheint das als ein Ganzes auf.

Zweitens: Ein hoher Anteil der großen Firmen macht natürlich Exporte, das ist richtig, aber in Erkenntnis dessen wurde der Exportfonds geschaffen, und der Exportfonds hat immerhin ein Volumen von 5,5 Milliarden und 2 500 kleinere und mittlere Unternehmen in den Exporten finanziert. Es wurden sehr wohl Maßnahmen gesetzt, um hier zu helfen. Es wurde der Zinssatz im Herbst 1983 von 6,5 Prozent auf 6 Prozent gesenkt.

Darüber hinaus gibt es im Ausfuhrförderungsgesetz eine Maßnahme zur Hilfestellung, daß Klein- und Mittelbetriebe Dependancen im Ausland, sozusagen als Starthilfe unterstützt, beginnen können. Daß diese Maßnahme bis jetzt noch nicht entsprechend Früchte getragen hat, liegt nicht daran, daß die Förderung nicht zur Verfügung steht, sondern daß vielleicht zu wenig an Information und sonstiger Form an Hilfestellung stattfindet, daß diese Maßnahme, von der ich meine, daß sie sehr positiv ist, auch erfolgreich in den nächsten Monaten und Jahren angewendet werden kann.

Ich meine daher, daß es nicht richtig ist, in einer Debatte hier Interessen von großen Unternehmen und von Klein- und Mittelbetrieben auszuspielen, sondern zu schauen: Wo sind Lücken?, Wo sind Hilfestellungen notwendig?, um im Bereich der Exportförderung auch zusätzlich eine entsprechende Unterstützung zu geben, daß kleine und mittlere Unternehmen erfolgreich auf dem internationalen Markt im verstärkten Ausmaß tätig sein können.

Ein weiterer Punkt ist die Frage von General Motors. General Motors, die große Investition dieses Werkes in Aspern, wurde heute in der Debatte als Blamage sondergleichen für die Bundesregierung dargestellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist es richtig, daß die Bundesregierung sich besonders bemühen wird, daß die vertraglichen Bestimmungen in jedem einzelnen Punkt eingehalten werden. Aber was nicht im Vertrag steht und was im Zusammenhang mit der Betriebsansiedlung von General Motors in Österreich erreicht wurde, das ist, daß ein Zuliefervolumen von 800 Millionen an General Motors in Aspern mehr als 35 Betriebe und mehr als 2 000 Beschäftigte in den letzten Jahren erreicht hat und daß wir damit weit über die vertragliche Bestimmung der zu Beschäftigenden liegen (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*), wenn man die Gesamtauswirkung sieht, Herr Kollege Blenk, und das muß man ja tun. Das heißt, wir haben die doppelte Zahl an Beschäftigten, als mit der Betriebsansiedlung von General Motors tatsächlich gefördert wurde. Das ist ein ganz großer Erfolg dieser Betriebsansiedlung. Das muß man schon immer wieder sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Noch dazu ist es gelungen, daß jene Firmen, die im Bereich der Zulieferungen weitere Aufträge bekommen haben, ja auch imstande sind, verstärkt an andere ausländische Firmen im Bereich der Automobilindustrie zu

Staatssekretär Dr. Schmidt

liefern, was zusätzliche Arbeitsplätze bringen wird, zusätzlich die Handelsbilanz verbessern und die Leistungsbilanz entlasten wird. Der erste Betrieb — die Salzburger Kolleginnen und Kollegen wissen das sehr genau —, der auf Grund der großen Betriebsansiedlungsaktion des Bundes und des Landes für den Lungau in den Lungau gekommen ist, ist ein Zulieferbetrieb an General Motors, der nur deshalb nach Österreich gekommen ist und bereit war, in den Lungau zu gehen, weil er zusätzliche Aufträge für Aspern bekommen hat. Die ersten 25 Beschäftigten sind schon dort, und die weitere Ausbaustappe auf 70 Beschäftigte ist im Gange.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eben immer zu beachten, wenn man von Großinvestitionen spricht, und man sollte hier sehr vorsichtig sein und verteufeln, sondern die gesamtwirtschaftlichen Aspekte immer im Auge behalten.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Arbeitsmarktförderung. Ich möchte nur, nachdem gesagt wurde, daß fast ausschließlich für die Bankenkonzerne und für die verstaatlichte Industrie die Mittel der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestellt werden, sagen, daß sich die Mittel für die Betriebsförderung aus der Arbeitsmarktförderung in den Jahren 1974 bis 1983 wie folgt aufteilen: der Bereich der ÖIAG 210 Millionen Schilling, Bereich der Konzernbetriebe der Banken 670 Millionen Schilling, Bereich der privaten Unternehmen 3,5 Milliarden Schilling. Auch das zur Information, damit man es sich in Zukunft bei der Darstellung von Daten doch nicht so einfach macht.

Das, wie viele andere Zahlen, zeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es einfach nicht wahr ist, daß es einfach nicht richtig ist, daß die Förderungsmaßnahmen für die Klein- und Mittelbetriebe nur ein ganz geringer Teil des gesamten Förderungsvolumens, das seitens des Bundes zur Verfügung gestellt wird, sind, sondern sie sind ein ganz wesentlicher und bedeutender, und ich würde sagen der überwiegende Teil, der hier zur Verfügung gestellt wird.

Lassen Sie mich das an Hand von ganz wenigen Beispielen noch begründen: ERP-Kredit-Volumen in den Jahren 1970 bis 1982 an die verstaatlichte Industrie: 2,6 Milliarden Schilling, an die private Wirtschaft: 10,6 Milliarden Schilling. Hier sehen wir: Eine Vermehrfachung, ein Vielfaches dessen, was der verstaatlichten Industrie zur Verfügung

gestellt wurde, wurde der privaten Industrie zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der Zinsstützungen ist es ähnlich, im Bereich der Regionalförderung ist es ähnlich, und bei den Top-Krediten sind es für die verstaatlichte Industrie 372 Millionen Schilling und für die private Wirtschaft 2,8 Milliarden Schilling.

Allein im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, die das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie gefördert hat, ist es fast ausschließlich der Bereich der privaten Industrie und natürlich der Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, für den ja die Förderungsaktionen da sind.

Aber die Steigerungsraten — und das zeigt das große Interesse, hier besonders Hilfestellung zu leisten — von 1,4 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf 8,9 Milliarden Schilling im Jahre 1983 zeigen, daß das eine ganz großartige Steigerung ist, was sich noch besonders darin ausdrückt, daß die Förderung der Betriebsneugründungen und der Betriebsübernahmen sehr erfolgreich war. Wir haben auch hier eine Steigerungsrate von 27 Prozent, was eine erfreuliche Zunahme ist, und eine Steigerungsrate des geförderten Kreditvolumens von 17,2 Prozent.

In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß es ein Fehler gewesen sei, die Regelungen nach dem Forderungsankauf im Rahmen der FGG einzustellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese international gesehen einmalige Regelung, die in einer ganz bestimmten Situation geholfen hat, eine Folgewirkung von Konkursen zu vermeiden, kann nur eine befristete sein. Wir können nicht die Mechanismen dieses Systems, daß es eben Veränderungen in Form auch von Konkursen und Ausgleichen gibt, durch staatlichen Forderungsankauf aufheben. Das geht einfach nicht, und wir haben am Ende dieser Aktionen auch gesehen, daß vielfach schon Einrichtungen geschaffen wurden, wo Mißbrauch festzustellen war, sodaß nur in ganz spezifischen Situationen eine solche Form einer Hilfestellung überhaupt sinnvoll und möglich ist, will man nicht das gesamte System in Frage stellen, und Insolvenzen sind nun eben einmal ein ganz wesentlicher Bestandteil des Ausleseprinzips des marktwirtschaftlichen Systems.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war eine Aktion, die sehr wohl ganz wesentlich den Klein- und Mittelbetrieben geholfen hat. Wir haben 1 400 Anträge in die-

Staatssekretär Dr. Schmidt

ser Zeit erledigt, wir haben Zehntausende Arbeitsplätze damit erhalten können und wir haben 1 200 Unternehmen damit Hilfestellung leisten können. Eines der vielen Beispiele erfolgreicher Aktivität und Hilfestellung für Klein- und Mittelbetriebe! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß die vielen Förderungsaktionen — und damit möchte ich auch zum Schluß kommen — vor allem den großen Unternehmen und den kleinen nicht helfen, lassen Sie mich auch an einer kurzen Analyse der Top-Förderungsaktion erörtern. Wir haben im Rahmen der Top-Förderungsaktion im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe und der privaten Industrie gegenüber der verstaatlichten Industrie ein Verhältnis von 7 Firmen im Bereich der verstaatlichten Industrie, die gefördert wurden, und 96 Betrieben der privaten Industrie, von denen ein Großteil kleine und mittlere Unternehmen sind, wo ja auch vorgesehen ist, daß das Höchstvolumen, das gefördert wird, in einer Größenordnung ist, daß vor allem Klein- und Mittelbetriebe bei dieser Aktion zum Zuge kommen. Aber weil man über zukunftsorientierte Aktivitäten spricht und diskutiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch darauf hinweisen, daß eine Fülle von Aktivitäten im Handelsministerium als Hilfestellung für die Klein- und Mittelbetriebe nicht nur gedacht, nicht nur vorgeschlagen, nicht nur konzipiert, sondern auch tatsächlich bereits in Kraft getreten sind oder vor dem Inkraftsetzen sind.

Wenn ich nur erwähnen darf die Innovationsagentur, die in wenigen Wochen ihre Arbeit aufnehmen wird, die vor allem eine Hilfestellung im Umstrukturierungsprozeß der Klein- und Mittelbetriebe vorzusehen hat. Wenn ich nur erwähnen darf den Bereich der Exportförderung, der verbesserten Förderung auf der einen Seite und die verbesserte Information und die Hilfestellung auf der anderen Seite. Wenn ich nur erwähne die umfassenden Aktivitäten im Bereich der Zulieferindustrie. Erst vor kurzem hat wieder ein Einkaufstag der Firma IBM stattgefunden, wo ausschließlich Klein- und Mittelbetriebe anwesend waren, um ihnen einen Zugang zu verschaffen, großen Unternehmen echt zuliefern zu können, um sie zu beraten, um sie zu informieren, damit sie auf dem internationalen Markt auftreten können. Und die Unternehmensgründungsaktionen, Existenzgründungsaktionen und letztendlich auch die Investitionsprämie von 40 Prozent sind mit Sicherheit eine bedeutende Hilfestellung, um Unter-

nehmen zu gründen, und auch eine wesentliche Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen. — Danke schön. 15.52

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Eigruber.

15.52

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich eingangs mit dem Antrag betreffend Entbürokratisierung der Wirtschaft beschäftigen und möchte in diesem Zusammenhang der Kollegin Tichy-Schreder sagen, daß ich, nachdem ich auch in dieser Mittelstandskommission sitze, glaube, daß es richtig wäre, daß man das Finanzministerium an diesem Antrag arbeiten läßt. Ich möchte nur erinnern, daß uns zugesagt wurde, daß sehr schnell gearbeitet wird, daß sehr schnell unsere Beschlüsse in dieser Mittelstandskommission zum Tragen kommen werden.

Ich möchte davor warnen, weil gerade die Opposition immer wieder sagt: Was die Regierung so kurzfristig rausbringt, ist Husch und Pfusch, sind Husch- und Pfuschgesetze. Ich erinnere: Am Anfang der Regierungsperiode dieser Koalition haben Sie immer wieder von Husch und Pfusch geredet, bei allem, was schnell von dieser Koalition gemacht wurde. Ich würde bitten, dem Finanzministerium doch einige Zeit zu lassen, um gravierende Gesetzesänderungen erarbeiten zu können. Ich möchte Ihnen mitteilen — die Frau Kollegin Tichy-Schreder ist leider hinausgegangen; vielleicht kann es ihr jemand ausrichten —, daß wir am 5. März wieder im Finanzministerium beisammensitzen und dieses Problem dann eingehend erörtern können. Der Anlaß dieser Zusammenkunft ist leider ein tragischer; es wurde ja hier schon über die Methoden der Steuerfahndung gesprochen. Aber bei dieser Gelegenheit, wenn wir schon im Finanzministerium in diesem Ausschuß sind, können wir auch darüber reden.

Ich möchte nun zum Mittelstandsbericht des Handelsministeriums kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde heute schon mehrmals dessen Urhebererschaft hervorgehoben, und ich möchte sagen, daß auch hier die Freiheitlichen sehr aktiv mitgearbeitet haben, und zwar am 23. Jänner 1981 anläßlich einer stattgefundenen parlamentarischen Enquete über die Lage der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe in Österreich.

Es wurde von unserem damaligen Wirtschaftssprecher, dem Abgeordneten Dr. Stix

Eigruber

und heutigem Dritten Präsidenten des Nationalrates, darauf hingewiesen, daß es sehr dringlich wäre, hier einen Bericht zu machen. Ich möchte nochmals auf eine Anfrage vom 23. Feber 1983 hinweisen, die von Dkfm. Bauer, Grabher-Meyer und Dipl.-Vw. Josseck gestellt wurde. Dort heißt es folgendermaßen: Mit dem am 1. Juli 1982 beschlossenen Mittelstandsgesetz wurde ein gemeinsamer Entschließungsantrag mit den Stimmen aller drei Parteien — und das spricht ja dafür — angenommen. Darin wird der Bundesminister für Finanzen ersucht, im Rahmen seines Ressorts eine Kommission einzurichten, die Vorschläge zur bürokratischen Entlastung und zur reibungslosen Gestaltung der Besteuerungspraxis erarbeitet. Weiters wurde eben wieder dieser Mittelstandsbericht erwähnt.

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr stolz, daß es gerade ein freiheitlicher Minister war, unser Handelsminister Dr. Steger, der zusammen mit seinem Ministerium, mit Herrn Staatssekretär Schmidt, das erarbeitet hat. *(Beifall bei der FPÖ und bei einigen Abgeordneten der SPÖ.)*

Wir Freiheitlichen halten den nun fristgerecht vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie vorgelegten Bericht für eine ausgezeichnete Grundlage für eine gezielte Politik im Dienste der Klein- und Mittelbetriebe. Er enthält eine ausführliche Beschreibung der Entwicklung und der Lage der mittelständischen Wirtschaft, eingeleitete und durchgeführte Maßnahmen der Bundesregierung zur Leistungssteigerung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser größten Gruppe von Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft Österreichs, einen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung und viele weitere wertvolle Hinweise, sodaß der Bericht auch als Mittel zur Information und zur Erweiterung des Selbstverständnisses von kleinen und mittleren Unternehmungen dienen kann.

Meine Damen und Herren! Es wurden darin die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe aufgezeigt, und es gibt für die Klein- und Mittelbetriebe — ich bin selbst Geschäftsführer in einem kleineren Betrieb — sehr viele Probleme. Ich möchte einige davon erwähnen. Es gibt das Problem der Informationsbeschaffung. Sie stellt ein in vielen Bereichen ungelöstes Problem für kleinere und mittlere Betriebe im Wettbewerb dar. Es gibt zwar eine Vielzahl von Informationsquellen, wie zum Beispiel die zahlreichen Informationseinrichtungen und Veranstaltungen der Handelskammerorganisation, die Informationsstelle

für Investoren und für öffentliche Aufträge beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, die Arbeitsgemeinschaft für Patentförderungen des internationalen Patentdokumentationszentrums und viele, viele andere. Das Problem besteht nach Meinung vieler Unternehmer in der Selektion beziehungsweise darin, daß die richtige Information zum richtigen Zeitpunkt von kompetenter Stelle zu erhalten ist. Ich glaube, darum geht es.

Eine wichtige Forderung ist auch der Abbau des Informationsdefizits für kleine und mittlere Betriebe im Forschungs- und Entwicklungsbereich, im Förderungsbereich, im Beratungsbereich und im steuerlichen Bereich, aber auch beim Export. Daraus folgt: Verstärkte Zusammenarbeit der kleinen und mittleren Betrieben untereinander — hier wäre natürlich auch die Handelskammer herzlichst dazu eingeladen —, verstärkte Nutzarmachung der Verbände und Interessenvertretungen für die Belange der kleinen und mittleren Betriebe, verstärktes Herantragen der Forderungen der kleinen und mittleren Betriebe zur Verwirklichung zukunftsweisender Entwicklungen an die politischen Parteien und vor allem an die Regierung, aber auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Meine Damen und Herren! Es wird sehr viel getan. Es wurde heute schon mehrmals die Eigenkapitalbildung in den Betrieben angeschnitten. Unbeschadet der bevorstehenden Steuerreform 1985, die sehr große Veränderungen bringen wird, gibt es bereits verschiedene Maßnahmen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in drei Jahrestappen, beginnend mit 1. Jänner 1984, die Anhebung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer von 50 000 S auf 60 000 S, die Erhöhung der Steuerbegünstigung für im Betrieb belassene Gewinne von 15 auf 20 Prozent — ich komme noch auf dieses Thema zu sprechen, weil ich diesbezüglich ganz interessante Informationen habe —, weiters die Verhandlungen mit den Finanzausgleichspartnern über den Wegfall der Lohnsummensteuer.

Weitere Probleme sind das Fehlen geeigneter Finanzierungsinstrumente. Auch hier wurde schon sehr viel getan. Ich erinnere nur an Kredite der Österreichischen Investitionskredit AG, Exportrisikogarantien des Bundes, Exportfondskredite, Exportmöglichkeiten für kleinere und mittlere Unternehmen sollen gefördert werden. Weiters: Aktionen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie über die Bürgschaftsfonds-Ges. m.

Eigruber

b. H., Fremdenverkehrsförderungsaktionen des Bundesministeriums, ERP-Ersatzaktionen für die Fremdenverkehrswirtschaft, Förderungsaktionen im Bereich Textil, Leder und Bekleidung, ERP-Kredite, Zinsstützungsaktionen, gemeinsame Förderungsaktionen Bund — Länder zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen. Ich erinnere an die Staatsverträge, die sehr begrüßt wurden, und zwar auch von den Ländern.

Präsident Dittrich hat heute urgiert, daß keine Arbeitsplatzförderung stattfindet. Ich glaube, da war er schlecht informiert, denn es gibt sehr viele arbeitsplatzfördernde Maßnahmen. Ich würde bitten, daß er sich erkundigt, denn gerade als Kammerfunktionär müßte er ja den Wirtschaftstreibenden entsprechende Auskunft geben.

Ein Problem ist die zunehmende Bürokratisierung. Auch hier gibt es — ich habe es schon erwähnt — bereits eine Kommission im Bundesministerium für Finanzen. Es sind in dieser Kommission der Abgeordnete Schüssel, die Frau Kollegin Tichy-Schreder und ich, und die Sozialistische Partei ist durch Vizepräsident Schmidtmeier vertreten.

Es gibt noch Benachteiligungen bei Förderungen, aber ich glaube, das ist auch ein teilweise politisches Problem. Wir wollen, meine Damen und Herren, diese Institutionen weitestgehend entpolitisieren, damit die Verteilung der Förderungen gerecht und nach den wirtschaftlichen Notwendigkeiten erfolgt.

Weiters die Innovationsförderung: Es wurde eine Innovationsagentur zur besseren Nutzung des in Österreich bestehenden Potentials für technische Neuerungen gegründet.

Die Bundesmittel für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft werden im Bundesvoranschlag 1984 um rund 25 Millionen Schilling und für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung um rund 15 Millionen Schilling erhöht.

Zusätzlich wird die Oesterreichische Nationalbank 100 Millionen Schilling für wirtschaftsnahe Forschung zur Verfügung stellen. Aus den der Bundeswirtschaftskammer zur Verfügung stehenden Außenhandelsförderungsmitteln sind im Jahre 1984 für außenhandelsorientierte Forschungsvorhaben 100 Millionen Schilling vorgesehen.

Sie sehen, das Handelsministerium tut sehr viel auch für die Handelskammer. Ich komme

ganz kurz noch einmal darauf zurück, wie man das teilweise dort bedankt.

Weiters gibt es Förderungen von Unternehmensgründungen. Die seit dem Jahr 1977 beim Bürgschaftsfonds bestehende Aktion zur Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen wird verstärkt in Anspruch genommen. So hat sich beispielsweise das geförderte Kreditvolumen im Zeitraum 1977 bis 1983 mehr als verzwölffacht. Die im Rahmen dieser Aktion vergebenen Prämien können bis zu 300 000 S betragen.

Der Zugang zu der seit 1. Jänner 1983 im Rahmen der bestehenden Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 eingerichteten TOP-Aktion zur Förderung von Betriebsneugründungen wird künftig erleichtert und ausgebaut.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaft hat das schon akzeptiert. Ich bringe hier einen Bericht der OECD, weil heute über das Budgetdefizit gesprochen wurde und weil ja alle wissen, daß diese Regierung das Budgetdefizit — auch unter Opfern — einbremsen will und wird.

Hier steht: Voraussetzung für Wachstum und neue Arbeitsplätze ist die einzige Möglichkeit, das Budgetdefizit zu senken. Fundamentale Veränderungen der Wirtschaftspolitik seien Voraussetzung dafür, in den nächsten Jahren das Wachstum zu sichern, und neue Arbeitsplätze können dadurch geschaffen werden.

Auch die Industrie anerkennt das und schreibt: Konjunktur kommt in Schwung. Es ist ja heute schon davon gesprochen worden, daß die Industrie nicht unbedingt ein Freund der Regierungskoalition ist, zumindest nicht die Oberen der Industrie. Wir sehen aber, daß gerade die diese Möglichkeiten ausnützen.

Es steht hier: Die jüngste Konjunkturmfrage der Industriellenvereinigung bei 165 Firmen mit 146 000 Beschäftigten mit Stichtag 10. Jänner 1984 zeigt eine deutliche Belebung der Nachfrage nach Industriewaren. Die Konjunkturschwalben, die im Herbst erst vereinzelt gesichtet worden waren, treten nun zahlreicher und in fast allen Branchen auf.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere an die Kassandrarufer, die von vielen Seiten, vor allem von der Opposition, gekommen sind, wie es im neuen Jahr ausschauen wird. Ich zitiere hier eine Aussendung der Handelskammer Oberösterreich über Weihnachtsein-

Eigruber

käufe, diese Aussendung ist vom 19. Dezember 1983:

Die allgemeine wirtschaftliche Krise, das mit Jahresbeginn wirksam werdende Belastungspaket und insbesondere die Zinsertragssteuer haben die Konsumenten veranlaßt, bei den heurigen Weihnachtseinkäufen tiefer als bisher in die Tasche zu greifen, stellt die Sektion Handel resümierend zu den langen Einkaufssamstagen vor Weihnachten fest. Sie wissen ja, es sind da sehr hohe Umsätze getätigt worden.

Man prophezeite damals im Dezember 1983: Diese Umsätze und Umsatzzuwächse in der heurigen Weihnachtszeit sind zwar erfreulich — das ist klar, das ist für den Handel sehr wichtig —, ob aber auch die Erträge entsprechend gut ausfallen werden, bleibt noch abzuwarten, meint die Sektion Handel und befürchtet, daß diese weihnachtliche Kauf euphorie in den nächsten Monaten des kommenden Jahres nicht nur zu stagnierenden, sondern sogar zu rückläufigen Umsätzen führen wird. Das ohnehin jährlich vorhandene Jännerloch — das hat es ja bisher immer gegeben — wird 1984 so stark wie selten zuvor ausfallen. — Soweit die Handelskammer.

Das stimmt aber überhaupt nicht. Sie wissen, daß im Jänner um 10 Prozent mehr Umsätze getätigt wurden als bisher. Ich möchte endlich einmal die Opposition bitten, positiv zu argumentieren und der Wirtschaft endlich einmal Sicherheit zu geben, um Investitionen tätigen zu können. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Was mir auch nicht sehr gefällt, ist immer wieder der Hinweis auf die Arbeitslosenrate. Gestern hat der Abgeordnete Keimel gesagt, wir haben die höchste Steigerung der Arbeitslosenrate. Das mag stimmen. Sie wissen genau, daß die Betriebe, um gesund zu werden, auch Arbeitsplätze abbauen müssen. Die Regierung ist bemüht, soviel Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten oder neue Arbeitsplätze beziehungsweise die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß heute in den Medien über die EG-Staaten steht, daß dort eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 11,5 Prozent herrscht. Ich möchte auch darauf verweisen, wie glücklich wir in Österreich noch sind, obwohl es für jeden, der arbeitslos ist, bedauerlich ist und obwohl sich die Regierung sehr bemüht. Ich glaube, daß diese Bemühungen auch zum Tragen kommen. Nur brauchen wir bitte auch die

Unterstützung der Opposition, weil immer wieder die Wirtschaftstreibenden verunsichert werden. *(Abg. Helga Wieser: Auch die Länder bemühen sich!)*

Dasselbe ist mit dem Hinweis auf die 35-Stunden-Woche und auf die Steyr-Werke. Sie wissen ganz genau, daß die Steyr-Werke ein Einzelfall sind und daß von den Steyr-Werken nicht die 35-Stunden-Woche abgeleitet werden kann. Die Regierung weiß ganz genau, daß zuerst Leistungen erbracht werden müssen und daß erst dann, wenn wirklich international die Probleme gelöst sind, an solche Maßnahmen gedacht werden kann. Dahinter — da können Sie auch sicher sein — stehen wir Freiheitlichen auf alle Fälle.

In diesem Zusammenhang muß ich etwas bringen, was ich nicht sehr gerne tue: Sie könnten auch mithelfen, der Wirtschaft ihre Probleme zu erleichtern. Ich bin sehr verwundert, daß Sie bei der letzten Gebührengesetz-Novelle im Ausschuß gegen die Erleichterungen waren, die wir und die Regierung bei der Kreditsteuer schaffen wollen. Durch die geplante Novelle würde es Kreditnehmern in Zukunft möglich sein, ihr Kreditinstitut zu wechseln oder günstigere Kreditmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Bisher war das ja nicht möglich, weil man sonst wieder die volle Kreditsteuer hätte zahlen müssen. Heute ist jeder Wirtschaftstreibende und jeder Kreditnehmer in der Lage, wenn er bei irgendeiner Bank durch die Maßnahmen der Regierung einen günstigen Kredit bekommt, die Bank zu wechseln und mit günstigeren Krediten zu arbeiten.

Mir kommt fast der Verdacht, daß das einigen nicht recht ist. Ich will das niemandem unterstellen, aber es schaut fast so aus, daß die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik einiger Leute der Opposition eine Politik für Warenvermittlung und „Raika“ ist. Das würde ich sehr, sehr bedauern, allein im Interesse der österreichischen Wirtschaft.

Es wurde auch über die Eigenkapitalbildung gesprochen. Ich habe hier einen sehr interessanten Beleg. Bekanntlich war die ÖVP gegen das Maßnahmenpaket der Regierung, und in diesem Maßnahmenpaket steht ja auch drinnen die teilweise Reduzierung bei der Gewerbesteuer, bei der Gewerbekapitalsteuer, der Freibetrag für die Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer, die Erhöhung der Rücklage für nicht-entnommene Gewinne und so weiter, und so

Eigruber

weiter. Das war alles im Maßnahmenpaket drinnen. Sie haben dagegengestimmt.

Aber der Wirtschaftsbund schickt ein Schreiben aus, wo alles das drinnensteht, und schreibt dazu: Diese Erleichterungen gehen zum Großteil auf Initiativen des Österreichischen Wirtschaftsbundes zurück, können aber auf Grund der von der sozialistischen Koalitionsregierung beschlossenen massiven Belastungen nicht so zur Geltung kommen, und so weiter, und so weiter.

Sie haben ja bitte dagegengestimmt. Und jetzt sagen Sie, das sei Ihr Verdienst, das seien Ihre Forderungen. Ich glaube, das ist schon etwas bedenklich und bedeutet eine gewisse Verunsicherung der Wirtschaft.

Sie könnten natürlich schon mithelfen, aktiv mithelfen. Ich habe hier zwei ganz kleine Vorschläge, wie Sie mithelfen können.

Zum Beispiel: Im Internat der Handelsschule in Rohrbach, das neu gebaut wurde, gibt es eine Kantine. Dort gibt es ein Menü um 10 S. Früher sind dort alle Beamten von der Bezirkshauptmannschaft und die Lehrer von den Schulen in die umliegenden Gastbetriebe gegangen und haben dort zu Mittag gegessen. Das hat natürlich die Region sehr belebt. Jetzt fährt sogar der Bezirkshauptmann mit dem Dienstwagen in diese Kantine und ißt um 10 S das Menü. Dasselbe machen alle Lehrer, alle Landesbediensteten, die Bediensteten der Bezirkshauptmannschaft und so weiter. Also da könnte wirklich die ÖVP etwas Positives tun.

Auch die Junge ÖVP könnte einen kleinen Beitrag leisten, indem sie ihre Mitglieder nicht auffordert, in das Ausland zu fahren, nach Mallorca (*Abg. Helga Wieser: Der Herr Bundeskanzler Kreisky war dort! — Abg. Schwarzenberger: Er ist mit gutem Beispiel vorangegangen! — Abg. Helga Wieser: Er hat gesagt, Kärnten ist zu teuer!*), sondern ihnen sagt, sie sollen in Österreich Urlaub machen. Wir haben so schöne Gegenden. Wir haben sehr günstige Angebote in Österreich. Das wäre etwas Wunderbares. Wir sind dafür. Ich würde Sie bitten, daß Sie auch das Ihren Leuten sagen. Es wäre sehr schön, wenn gerade die Jungen, die das irgendwann einmal alles tragen müssen, vorerst einmal dafür sorgen würden, daß das Geld im Inland bleibt. Dann können Sie es auch kritisieren, wenn andere so etwas machen. Aber man soll immer mit gutem Beispiel vorangehen. (*Abg. Helga Wieser:*

Eben!) Ich halte es ein bißchen für doppelbödig.

Und noch eine Kleinigkeit: Es wurde gestern dem Minister Frischenschlager unterstellt — ich glaube, vom Kollegen Steinbauer —, daß er Einfluß nimmt auf die Zeitschrift „Der Spind“.

Ich muß Ihnen sagen: Ich weiß, daß das nicht der Fall ist. Ich habe mich erkundigt, weil ich auch gegen solche Machinationen bin.

Ich erinnere nur an die Aussendungen verschiedener Landesregierungen, wo es überhaupt nur die jeweils Regierenden gibt — ich nenne da gar keine Parteien —, in denen nur Leute von einer Fakultät vorkommen. Aber bezahlen tun das bitte alle.

Und es ist mir persönlich auch so passiert, daß man mich zum Beispiel in der Oberösterreichischen Handelskammer bei der Verleihung der Ehrung für Präsident Sallinger, wie man den Präsidiumstisch gezeigt hat — ich habe ja die Ehre, dem Präsidium anzugehören —, einfach weggeschnitten hat, weil ich ja von einer anderen Partei bin. Aber dann soll man es bitte nicht dem Minister Frischenschlager vorwerfen, wenn er einmal in der Zeitung steht.

Oder: Ich habe heute erwähnt, wieviel der Handelsminister für die Wirtschaft tut. Ich muß Ihnen sagen, ich war sehr verwundert, als ich in der Handelskammerzeitung den Bericht gelesen habe, daß eine Firma das Staatswappen erhalten hat. Da ist der Handelsminister extra aus Wien angereist. Er ist 300 oder 200 Kilometer weit gefahren. Dieses Staatswappen kann nur der Handelsminister überreichen oder der Staatssekretär oder der, der von ihm beauftragt wird, und sonst niemand. Und wissen Sie, was drinnensteht in den Kammernachrichten? In Anwesenheit der Ersten Präsidentin des Landtages wurde dieses Staatswappen überreicht. Also es steht nichts vom Handelsminister, und es steht auch nichts von einem Vizepräsidenten der Handelskammer, der auch anwesend war.

Also bitte, ich glaube schon, daß hier nicht so viel Einseitigkeit sein sollte, denn ich muß Ihnen sagen, diese Zeitungen zahlen auch sozialistische Wirtschaftstreibende und zahlen auch freiheitliche Wirtschaftstreibende und die Kammerbeiträge genauso. Ich würde auch hier um mehr Transparenz bitten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Eigruber

Ein Beispiel noch, ein ganz kleines, aber ein sehr wichtiges: Pensionsreform. Es wurde in den Raum gestellt, weder eine Beitragserhöhung noch eine Senkung der Leistungen vorzunehmen, aber der Bund soll die Budgetzuschüsse für die Pensionen senken.

Bitte wie wollen Sie das Pensionsproblem lösen, wenn Sie weder eine Beitragserhöhung noch eine Leistungskürzung vornehmen und wenn der Bund das Geld, das er zuschießt, auch noch kürzen soll? Ich glaube, das ist technisch unmöglich.

Ich würde Sie einladen: Machen Sie uns einen Vorschlag! Wenn er wirklich gut ist, werden wir uns dem sicher anschließen. Aber bis heute hat man noch nichts von Ihnen gehört.

Ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen, daß dieser Mittelstandsbericht ja dazu dienen soll, der österreichischen Wirtschaft, vor allem den Klein- und Mittelbetrieben, den Weg zu zeigen, wie sie besser wirtschaften können, den Weg zu zeigen, wie sie auch in Zukunft bestehen können. Ich muß schon sehr besorgt sagen, auch wenn wir jetzt international einen kleinen Aufschwung haben, ebenso in Österreich, den kann man nicht wegleugnen, daß es jetzt an der Zeit ist, der Wirtschaft den Mut zu geben — und das ist wieder eine Einladung an Sie —, eine Sanierung durchzuführen, nach Möglichkeit eine Erweiterung vorzunehmen, denn es kann — und wir wissen, international geht es momentan nicht immer gleichmäßig aufwärts — demnächst wieder etwas nach unten gehen.

Ich möchte fünf Punkte in den Raum stellen: Wir sind sicher, daß wieder eine Energiekrise auf uns zukommt. Wir wissen, daß gewisse Branchen nach wie vor schrumpfen, vor allem die Metallindustrie, auch was die Energie betrifft, die Kohle und so weiter. Wir wissen, daß man die Arbeitslosigkeit international noch nicht im Griff hat, und wir können uns nicht trennen von den anderen Ländern. Wir wissen auch, daß die Staatsfinanzen gesichert gehören. Wenn das alles gleichzeitig eintreten sollte, dann können wir wieder von einer Krise sprechen, dann wird es unter Umständen wieder etwas nach unten gehen; noch dazu, wo die Umweltschutzprobleme noch nicht gelöst sind, die wir auch — und das verdanken wir ebenfalls dieser Regierung — in Angriff nehmen. Also es kann jederzeit wieder eine Krise kommen.

Und deshalb, bitte: Verunsichern wir die Betriebe nicht! Helfen wir den Betrieben!

Geben wir ihnen Sicherheit, damit sie die Möglichkeiten, die ihnen die Regierung anbietet, ausnützen, damit sie investieren! Ich glaube, wenn wir das gemeinsam tun, dann kann es in Österreich nur gutgehen.

Und wenn wir schon bei der Gemeinsamkeit sind, möchte ich ganz kurz auf die Lkw-Blockade hinweisen, die momentan in Tirol und Kärnten stattfindet. Wir haben heute von Minister Blecha und Minister Lausecker sehr genaue Berichte bekommen. Ich glaube, die Bundesregierung wird und muß jede Möglichkeit ausnützen, um besonders für die österreichischen Frächter diese Situation zu verbessern.

Ich glaube, daß die wahren Hintergründe nicht in Österreich liegen, sondern im bürokratischen Italien, in den bürokratischen Hemmnissen, die Italien aufgebaut hat für die Frächter. Und diese Regelung, meine Damen und Herren, muß die Regierung bei der EG-Kommission in Brüssel treffen, muß die Regierung dort durchsetzen, um Italien dazu zu bewegen, unseren Frächtern eine gesicherte Arbeit zu gewährleisten.

Daher unterstützen wir Freiheitlichen den Antrag, der von der Bundesregierung bereits vorgelegt wurde und der sie in die Lage versetzen soll, die nötigen Maßnahmen fortzusetzen, um den Straßenverkehr mit Italien wieder zu normalisieren und eine rasche Lösung der Problematik bei der Grenzabfertigung zu erreichen. Wir werden deshalb diesem Antrag zustimmen.

Ich appelliere nochmals an alle Verantwortlichen, vor allem an die Verantwortlichen der Opposition. Ich habe der Rede des Präsidenten Sallinger und der gestrigen Rede des Präsidenten Graf entnommen, daß sie gewillt sind, doch irgendwo mitzuarbeiten, mitzutun. Ich appelliere nochmals: Zeigen Sie den guten Willen, im Interesse der österreichischen Wirtschaft, dann kann es in Österreich nur aufwärtsgehen! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 16.19

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Wieser.

16.20

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eigruber hat hier im besonderen auf die Schwarzmalerei der Opposition hingewiesen und gemeint, wir hätten es nicht für gut gefunden, daß für Weihnachten so große Einkäufe getätigt wurden, wenn auch das

Helga Wieser

berühmte Jänner-Loch nicht in dem Ausmaß ausgefallen ist, wie es ursprünglich prognostiziert war.

Ich möchte also sagen: Was uns besorgt hat, war, daß in Anbetracht dessen, daß die Mehrwertsteuererhöhung vor der Tür stand und auch das Problem der Sparbuchsteuer immer wieder diskutiert wurde, sehr viel Geld beoben wurde. Es ging sehr viel in den kurzfristigen Konsum. Es wurde also viel weniger Geld für investive Maßnahmen oder zur Sicherung von Arbeitsplätzen verwendet. Das ist nichts Neues. Herr Abgeordneter Grabher-Meyer, wenn Sie das schon gewußt haben, dann wäre es besser gewesen, Sie hätten es Ihrem Kollegen Eigruber gesagt, dann hätte er nämlich hier nicht so daherreden müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es war heute schon sehr oft vom Wirtschaftsklima die Rede. Auch von meiner Kollegin Ingrid Tichy-Schreder ist schon auf die Beeinträchtigung des Wirtschaftsklimas durch den Herrn Sozialminister hingewiesen worden.

Im engen Zusammenhang damit steht ja auch das Betriebsklima. Ich möchte hier von dieser Stelle aus davor warnen, daß gelegentlich aus parteipolitischen Interessen ein Feindbild zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebaut wird, was letztlich nicht zum Vorteil des Betriebsklimas ist, denn im Grunde genommen hängt ja mit dem Betriebsklima sehr eng auch der Betriebserfolg zusammen. Erfahrungsgemäß wissen wir, daß in den meisten Betrieben ein positives Betriebsklima herrscht. Die meisten Mitarbeiter arbeiten ja viel lieber in einem erfolgreichen Betrieb als in einem gefährdeten Betrieb, sie haben also sehr wohl ein Interesse daran, im Einvernehmen mit der Betriebsführung einen gemeinsamen Erfolg zu erzielen. Ich glaube, so sollte man diese Dinge sehen und man sollte nicht aus gewissen parteipolitischen Interessen hier Verzerrungen herbeiführen.

Der Herr Abgeordnete Heindl meinte also, wir hätten ein Interesse am Krankjammern. Ich glaube, das ist sicherlich nicht der Fall. Aber die ständig steigenden Belastungen haben eben zu steigenden Insolvenzen geführt. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

Die Krisenanfälligkeit der verstaatlichten Industrie ist ja nicht von uns erfunden worden, sondern mit dem kämpfen wir ja schon die längsten Jahre. Er soll den Kollegen Sam-

wald fragen, welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten dann in solchen Gebieten entstehen, wo — wie zum Beispiel in Ternitz — die Gefahr besteht, daß es letztlich Hunderte Arbeitslose gibt. Die Wirtschaftskraft fehlt dann. Ich glaube, wir sollten alle miteinander hier bemüht sein, derartige schwierige Entwicklungen zu verhindern oder die Situation etwas zu verbessern.

Der Herr Präsident Sallinger hat sich auch ganz konkret für die verstaatlichte Industrie ausgesprochen. Ich glaube, man sollte also wirklich nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß der Präsident der Bundeswirtschaftskammer an einem Erfolg der verstaatlichten Industrie nicht interessiert ist. Wir müssen eben nur zur Kenntnis nehmen, daß die berühmten Förderungen viel eher in die großen und größten Betriebe wandern, als daß sie den Klein- und Mittelbetrieben gegeben werden.

Herr Abgeordneter! Die Aussage, daß der Treibstoff zu der Lokomotive, als die heute auch schon Herr Präsident Sallinger die Klein- und Mittelbetriebe bezeichnet hat, vom Bund, vom Staat zur Verfügung gestellt wird, muß ich deswegen zurückweisen, weil wir wissen, daß der Treibstoff dieser Lokomotive der Fleiß und die Einsatzfreude der Unternehmer ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Vizekanzler Steger meinte, es wäre notwendig, daß die Marktpflege teilweise auch durch seine Reisen irgendwo betrieben wird. Wir sehen das alles ein, das ist gar keine Frage.

Wir wünschen uns nur, daß die Marktpflege auch den agrarischen Markt betreffend so intensiv betrieben wird, denn wir müssen leider mit Bedauern feststellen, daß der Herr Landwirtschaftsminister kein Interesse an der Marktpflege hat. Vielleicht könnte der Herr Vizekanzler entsprechenden Einfluß auf seinen Staatssekretär ausüben, damit die entsprechende Marktpflege verwirklicht wird. Im Budget sind jedenfalls weniger Mittel als früher vorgesehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein besonderes Lieblingkind der Freiheitlichen ist vor allem die Aussage „Grüner Riese.“ Ich möchte dazu sagen, daß ich mich genauso vor dem „Roten Riesen“ fürchte *(Abg. Probst: Wir auch!)*, denn bekanntlich hat ja der Konsum bereits einen Marktanteil von fast 30 Prozent. Das darf man, glaube ich, nicht übersehen.

Helga Wieser

Ich möchte aber jetzt hier nicht ein Feindbild zwischen grünen und roten Riesen aufbauen, sondern ich glaube vielmehr, man sollte, wenn die Gespräche im Handelsministerium stattfinden, wo diese Themenkreise diskutiert werden, auch die Betroffenen dazu einladen und nicht letztlich über deren Kopf hinweg irgendwelche Beschlüsse fassen.

Dem Herrn Abgeordneten Haigermoser, der ja sehr auf Gemeinsamkeit pocht, wie wir wissen — wir sind auch sehr interessiert, ich muß Ihnen sagen, ich bin gleicher Auffassung, wenn man hier feststellt, daß dieser Mittelstandsbericht ein sehr objektiver Bericht ist, denn er ist bei Gott kein Jubelbericht, es gibt ja auch in dem Bereich wirklich nichts zum Jubeln —, muß ich entgegenhalten, daß die berühmte Oberpinzgauförderung schon viel früher hätte verwirklicht werden können, wenn man seinerzeit schon die Empfehlungen unseres Landesrates Dr. Katschthaler angenommen hätte, in denen eine umfangreichere Förderung des Oberpinzgau vorgesehen war, nämlich dort hat man auch den Fremdenverkehr und die Landwirtschaft einbezogen. In einem Gebiet, wo der Fernverkehr und die Landwirtschaft eine so große Rolle spielen, ist es, glaube ich, unverantwortlich, wenn man diese zwei wichtigen Bereiche, die ja wegen der Erhaltung der Kulturlandschaft in einem ganz besonderen Maße ineinander übergehen, bei solchen Förderungsmaßnahmen ausschließt.

Ich glaube, wir sollten also froh sein, daß wir zu dieser Oberpinzgauförderung gekommen sind. Wir wollen den Erfolg dieser Region. Das allein sollte im Vordergrund stehen. Man sollte hier nicht gewisse Vaterschaftsrechte anmelden, die einem nicht zustehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vor allem noch aus landwirtschaftlicher Sicht diesen Mittelstandsbericht zur Diskussion stellen.

Anlässlich der Jubiläumsfeier „75 Jahre Präsidentenkonferenz“ hat Herr Präsident Salinger unter dem Thema „Der Bauer — unser Mittelstandspartner“ ganz besonders auf das Zusammenwirken von Landwirtschaft und mittelständischer Wirtschaft hingewiesen. Ich brauchte jetzt nur seine Rede herunterlesen; das wäre ganz im Sinne der Landwirtschaft und gleichzeitig im Sinne der mittelständischen Wirtschaft. Aber ich glaube, wir sollten doch noch einmal ganz besonders hervorheben die Ernährungssicherung in unserem Land, also nicht nur für uns Österreicher, son-

dern auch für unsere Gäste, die ja doch ein sehr, sehr wesentliches Ausmaß ausmachen.

Außerdem ist es ja doch nur mehr ein achtprozentiger Bevölkerungsanteil, und diese kleine Gruppe der Bevölkerung ist in der Lage, nicht nur unsere Bevölkerung zu ernähren, sondern auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir eine gepflegte Kulturlandschaft haben und daß der Fremdenverkehr im bisherigen Ausmaß auch in Zukunft gesichert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist meines Erachtens ein ganz wesentlicher Faktor für unser Land.

Und das alles geschieht trotz Einkommenschwierigkeiten, trotz Mehrbelastungen und Wettbewerbsverzerrungen. Ich führe nur ein Beispiel an, das ich schon einige Male hier im Hohen Haus erwähnt habe: die noch immer nicht zustande gekommene Einfuhrkontrollverordnung, die einen gleichen Wettbewerb oder die gleiche Kontrolle für ausländische Produkte wie für unsere heimische Produktion sichern soll. Das sind für uns Existenzfragen, die in absehbarer Zeit geregelt gehören, denn sonst ist es natürlich nicht mehr zu verantworten, wenn immer mehr Landwirte, Bauern, vor allem Hofübernehmer nicht mehr bereit sind, unter diesen Schwierigkeiten den Betrieb zu übernehmen.

Wir haben ja aus dem Grünen Bericht gesehen und konnten es nachlesen, daß es vor allem im Bergbauerngebiet einen realen Einkommensverlust gegeben hat. Trotz des Sinkens des Ertragswertes wurde der Einheitswert im heurigen Jahr wieder um fünf Prozent hinaufgesetzt. Das bedeutet steigende Betriebskosten, steigende Steuern, steigende Beiträge zu den verschiedenen Versicherungen, steigende Kirchensteuer. In allen Bereichen ist natürlich die Abgabe mit dem Einheitswert gekoppelt.

Es ist also sehr, sehr schwer verständlich zu machen, daß diese Dinge zur „Budgetsaniierung“ — unter Anführungszeichen — notwendig sind, wenn der Bauer immer mehr das Gefühl hat, daß er immer mehr zur Kasse gebeten wird und immer weniger Befürworter findet in der Regierung, am allerwenigsten natürlich den Landwirtschaftsminister.

Meine Damen und Herren! Es stimmt, was auch Präsident Minkowitsch immer wieder sagt, daß es zwar der Bauer als erster spürt, wenn es wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, er es aber am längsten aushält. Und warum hält er es am längsten aus? Weil er bereit ist, natürlich auch auf Grund der Verbundenheit

Helga Wieser

mit seinem Besitz, mit seinem Hof, mehr zu leisten, als vielleicht vorher geleistet wurde, weil er bereit ist, mehr zu sparen, weil einfach die notwendigen Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen, und weil er vor allem daran interessiert ist, daß die Nachkommen den Hof übernehmen und ihn weiterführen.

Meine Damen und Herren! Das Sozialversicherungsrecht der Bauern ist auch darauf aufgebaut, daß nur dann der Bauer die Pension bekommt, wenn die Flächen weiterhin bewirtschaftet werden und wenn es wieder für diese Flächen entsprechende Einzahler gibt. Ich glaube, das sind schon Probleme, die wir hier sehen sollten. Es gibt keinen 8-Stunden-Tag, sondern mindestens einen 12-Stunden-Tag, es gibt keinen Urlaub.

Man soll auch die Wirtschaftskraft der Landwirtschaft nicht übersehen, denn wir wissen, daß zirka 40 Milliarden Schilling jährlich von der Landwirtschaft in den übrigen Wirtschaftsbereich fließen. Das sollte man doch auch sehr, sehr ernst nehmen.

Herr Abgeordneter Eigruber meinte, man solle im Inland Urlaub machen und man solle keine ausländischen Produkte kaufen. Ich glaube, daß gerade von der Landwirtschaft am wenigsten Geld ins Ausland geht. Denn der Bauer ist nicht daran interessiert, Geld über die Grenzen zu bringen, sondern er ist daran interessiert, daß das Geld, das er verdient, wieder in den eigenen Betrieb hineinsteckt und dort dann letztlich zu einem Erfolg kommt.

Warum sage ich das alles, meine Damen und Herren? — Weil hier ein sehr enger Zusammenhang mit den Klein- und Mittelbetrieben besteht, denn auch dort ist die gesamte Familie eingesetzt und auch dort gibt es keinen 8-Stunden-Tag. Ich komme vom Gastgewerbe, und glauben Sie mir, für die Gastgewerbefamilie gibt es einen 16-Stunden-Tag. Wenn sehr viel Arbeit ist, dann kann man zu den Mitarbeitern nicht sagen, sie müssen auch 16 Stunden dableiben, sondern da müssen halt die Kinder einspringen, die müssen natürlich um einen geringeren Lohn viel mehr leisten.

Und glauben Sie mir, es ist manchmal sehr, sehr schwierig, dann noch für diesen Beruf eine entsprechende Begeisterung bei den Kindern herbeizuführen. Ich sage das ganz ernst, denn wir wissen auch, daß die Abwanderung, die es heute teilweise in der Landwirtschaft gibt, eng gekoppelt ist auch mit den gewerblichen Betrieben, denn dort ist die Wirtschafts-

kraft verlorengegangen. Wie schwierig es ist, wieder irgendwo jemanden anzusiedeln, diese Erfahrung haben wir alle miteinander schon gemacht.

Ich möchte noch ein paar Daten hier bringen. Es hat ja nicht nur in Österreich die mittelständische Wirtschaft die größte Bedeutung, sondern auch im gesamten europäischen Raum. Es würde zu weit führen, wenn ich jetzt noch die einzelnen Prozentsätze anführen würde. Es ist ja heute schon sehr oft darüber gesprochen worden.

Was mich wirklich freut, ist, daß die Klein- und Mittelbetriebe die größten Ausbilder unserer Jugend sind. Ich möchte nur davor warnen, daß die Auflagen, wenn man heute einen Lehrling nimmt, immer größer werden, denn dies schadet ja nicht nur der Klein- und mittelständischen Wirtschaft, sondern vor allem der Jugend selbst. Es ist ja niemand mehr daran interessiert, einen Lehrling zu nehmen, wenn er darauf achten muß, daß er nicht zuviel arbeitet, oder — ich sage das jetzt aus der täglichen Erfahrung — wenn der Lehrling nicht einmal einen Besen in die Hand nehmen und zusammenkehren darf. Ich als Chefin muß sozusagen den Putzjetzen in die Hand nehmen, weil ich es dem Lehrling nicht zumuten kann, daß er einmal zusammenputzt. Meine Damen und Herren, da hört es sich irgendwo auf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, diese Dinge muß man auch sehen.

Es gibt sehr viele Lehrlinge, die sehr daran interessiert sind, etwas zu lernen. Ich möchte sagen, daß wir froh sein sollen, daß heute die Jugend daran interessiert ist, einen Beruf zu erlernen. Nur, glaube ich, sollten wir die Voraussetzungen für die Aufnahme eines Lehrlings nicht erschweren, gerade in einer Zeit, in der wir uns alle miteinander bemühen müssen, daß junge Leute Ausbildungsplätze bekommen.

Ich möchte hier ein Beispiel dafür bringen, daß die Bereitschaft, Lehrlinge aufzunehmen, sehr groß ist. Im Herbst vorigen Jahres hat unser Landeshauptmann Dr. Haslauer an alle Gewerbebetriebe geschrieben, sie sollen einen zusätzlichen Lehrplatz zur Verfügung stellen. Es war nicht immer leicht. Es wurde auch keine finanzielle Förderung zur Verfügung gestellt, sondern man hat wirklich aus moralischen, wirtschaftlichen Gründen und sozialen Gründen auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hingewiesen, und man

Helga Wieser

hat alle Lehrlinge in Salzburg untergebracht.
(Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, das sind so wichtige Dinge, die wir hier wirklich erwähnen müssen.

Auch wir lassen unsere Kinder ausbilden. Und wir sind ja auch daran interessiert, daß wir Lehrbetriebe haben, wo wir wissen, daß unsere Kinder dort etwas lernen. Nur glaube ich, sollten wir sie nicht praxisfremd erziehen, sondern wir sollten sie vertraut machen mit den Schwierigkeiten, die es im Wirtschaftsleben eben gibt, denn dann werden sie nicht nur tüchtige, ausgebildete junge Leute, sondern dann sind sie auch in der Lage, selbst einmal unternehmerisch tätig zu sein.

Manchmal, meine Damen und Herren, habe ich echt das Gefühl, daß man zur Selbständigkeit geboren sein muß, so schwierig wird es oft. Ich bin sicherlich ein Mensch, der sehr gerne initiativ ist. Aber wenn es einem halt wirklich vereitelt wird und wenn es so ausschaut, daß man mit der Eigenkapitalbildung nicht mehr zu Rande kommt, wenn die Zinsen nicht mehr zu finanzieren sind, und wenn ich nicht mehr weiß, ob diese Investition, die ich tätige, sich auch wieder einmal amortisiert, dann, muß ich sagen, nützt die unternehmerische Fähigkeit nichts mehr, denn dann gehen wir schnurstracks in den Konkurs. Und das ist etwas, was wir alle miteinander, glaube ich, nicht wollen.

Meine Damen und Herren! Es hat ja die Zahl der Insolvenzen auch sehr wesentlich zugenommen in den Jahren 1978 bis 1982, nämlich um 100 Prozent. Das sind schon Zahlen, die uns doch zu denken geben müssen. Im gleichen Zeitraum haben sich aber die abgewiesenen Konkurse mangels entsprechenden Vermögens auf 155 Prozent erhöht. Das ist auch ein Faktor, den man nicht übersehen darf. Denn wir wissen genau, daß unter Konkursen nicht nur die Banken leiden, sondern auch wieder Gewerbetriebe, die durch solche Konkurse unter die Räder kommen, weil sie einfach nicht mehr die entsprechenden Mittel für ihre Leistungen hereinbekommen. Es gäbe hier noch sehr viele Dinge zu sagen, aber es würde zu weit führen.

Ich glaube, daß teilweise durch wirtschaftspolitische Maßnahmen eine derartige Verunsicherung im gesamten gewerblichen Bereich eingetreten ist, die uns schon sehr zu denken geben muß.

Man sollte nicht nur von der Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe reden,

sondern wir wollen wirklich einmal Taten sehen, wie das heute schon einmal verlangt wurde. (Beifall bei der ÖVP.) 16.39

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Teschl.

16.39

Abgeordneter Teschl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die gegenständliche Debatte wurde heute schon zu Beginn mit Widersprüchlichkeiten eingeleitet von keinem Geringeren als vom Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer und dem Vorsitzenden des Wirtschaftsbundes. Ich darf vielleicht einige Beispiele für diese Widersprüchlichkeiten bringen.

Einmal erklärte Herr Bundesminister Sallinger — ich möchte das im Prinzip gar nicht in Abrede stellen —, daß er und seine Partei sich vollinhaltlich zur Vollbeschäftigung bekennen. Des weiteren erklärte er, untermalt mit einigen Wenn und Aber, sein Bekenntnis zur verstaatlichten Industrie.

Andererseits mußten wir vernehmen, gerade im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung, daß er meinte, da gebe es eine Reihe von Arbeitsplätzen von gestern, die einfach nicht mehr zu bewahren seien. Und bei der verstaatlichten Industrie hat er immer wieder anklingen lassen, wie sehr ihn die sogenannte bevorzugte Förderung dieser verstaatlichten Industrie störe.

Ich darf hier in aller Offenheit die Frage an den Herrn Präsidenten Sallinger richten, was er darunter versteht, wenn er meint, wir sollen uns durch Strukturanpassung der Arbeitsplätze von gestern entledigen, er aber andererseits für Vollbeschäftigung eintritt.

Wenn er dazu noch meint, daß es im Bereich der verstaatlichten Industrie bevorzugte Arbeitnehmergruppen gebe, dann frage ich: Wie passen diese Äußerungen zusammen? Wer heute, angefangen von Ternitz, durch die Mürz- und Murfurche fährt, wird feststellen, welche bevorzugte Arbeitnehmer es in der verstaatlichten Industrie noch gibt, gerade in der Eisen- und Stahlindustrie, nämlich zum Teil Arbeitslose, und alle anderen mußten ihre Sozialleistungen zurücknehmen. Sogar Lohnkürzungen in erheblichem Ausmaße wurden vorgenommen.

Ich frage hier Herrn Präsidenten Sallinger: Wo sind da die bevorzugten Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie?

Teschl

Dann wurde die ganze Zeit von jedem Redner der Österreichischen Volkspartei von Mittelstand gesprochen. Ich habe kein einziges Mal eine klare Definition dieses Begriffes gehört, und so reift in mir der Verdacht, daß mit dem Begriff Mittelstand eine Art Ideologisierung versucht wird, daß ein bestimmter Kreis aus der Wirtschaft heraus als Klasse definiert werden soll anstelle dessen, was wir darunter verstehen, daß nämlich durch eine gemischtwirtschaftliche Struktur — verstaatlichte Industrie, Klein- und Mittelbetriebe der Privatwirtschaft und der Gemeinwirtschaft — ein integratives wirtschaftliches Handeln und Vorgehen durch alle Verantwortlichen in diesem Staatsgebilde erfolgt.

Diese Definition habe ich nicht gehört, daß diese integrative Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben, ob verstaatlicht, aus der Gemeinwirtschaft kommend oder aus der Privatwirtschaft heraus, daß dieses integrative Vorgehen und dieses integrative Handeln für alle Betriebsarten, ob groß oder klein, unser aller Anliegen sein müßte und man nicht eine Gruppe sozusagen ideologisierend klassenmäßig herausgreifen sollte, denn sonst müßten wir in einer ganz anderen Form vielleicht auch über die Gruppe der unselbständig Erwerbstätigen ein sehr offenes Wort im Rahmen dieser Debatte noch verlieren.

Es wurde von Diskriminierung des Mittelstandes gegenüber der verstaatlichten Industrie gesprochen, ebenfalls vom Herrn Präsidenten.

Ich habe mir die Mühe gemacht, einigermaßen zusammenzuzählen, wie viele Milliarden an Förderungen gerade an die Klein- und Mittelbetriebe in den letzten zehn Jahren durch die öffentliche Hand gegeben wurden, vor allen Dingen vom Bund, und ich komme zu einer Summe an Förderungen diversester Art, die so hoch ist, wenn nicht höher, als jene, die bisher für die verstaatlichte Industrie verwendet wurde. Ich frage daher, wo bei dieser gleichen Größe der Summen eine Diskriminierung des Mittelstandsgewerbes oder des Mittelstandes schlechthin gegenüber der verstaatlichten Industrie eigentlich steckt? Diese Antwort ist die Österreichische Volkspartei bis jetzt schuldig geblieben.

Die Vielfalt der Förderungen, die Sie in den Abschnitten 2 und 3 des vorliegenden Berichtes finden, zeigt auf, daß eine vernünftige Struktur seit 1970 gefunden wurde, nämlich durch Direktförderungen und indirekte Maßnahmen gesetzlicher Art, also durch ein gemischtes Förderungssystem, wurde gerade

den Klein- und Mittelbetrieben in Milliardenhöhe zu Recht — wie ich betonen möchte — geholfen. Das alles kam von den Rednern der Österreichischen Volkspartei nicht zum Ausdruck.

Mir ist völlig klar, daß die Ihnen nahestehenden Medien in keinsten Weise ein Interesse zeigen, der Öffentlichkeit einmal vorzurechnen und vorzuzeigen, mit wie vielen Milliarden Schilling durch Bund, Länder und Gemeinden diese Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden. Denn das würde ja gegen Ihre Argumentationen von Anfang an bis jetzt sprechen. Das sollte einmal sehr, sehr offen ausgesprochen werden.

Eine weitere Forderung von Herrn Präsidenten Sallinger und von einigen anderen Rednern der ÖVP war: Weniger Staat. Ein Schlagwort, das von Ihrer Seite so gerne in die Öffentlichkeit gebracht wird. Wer ist es denn, der ununterbrochen, sei es bei Ausschusssitzungen in diesem Hohen Haus oder im Plenum selbst, Forderungen an diesen Staat stellt, in Milliardenhöhe, wenn wir das zusammenzählen? Sie stellen Forderungen an diesen sogenannten Staat für die diversesten Gruppen — in Form von Pressure-groups betätigen Sie sich —, und gleichzeitig haben Sie hier den Mut, zu sagen: weniger Staat.

Wer denn soll diese Förderungen organisch und organisatorisch gestalten als der Staat, an den Sie diese Forderungen nach Förderungen stellen? Wenn Sie diesen Bericht durchschauen, können Sie auf vielen Seiten feststellen, wie viele Gesetze und wie viele Förderungsaktionen — es wurde heute schon vielfach erwähnt — gerade diesem Mittelstand, wie Sie ihn immer zitieren, durch diesen Staat zugute gekommen sind. Gleichzeitig posaunen Sie hinaus, weil es Ihrerseits wie ein politischer Ohrwurm klingen sollte, weniger Staat, an den Sie ununterbrochen Forderungen stellen, die Milliardenbeträge verschlingen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es wurde heute von meinen Vorrednern schon mehrmals zum Ausdruck gebracht, daß sowohl die verstaatlichte Industrie als auch andere Großbetriebe durch Zulieferungsmöglichkeiten den integrativen Charakter zwischen Groß- und Kleinbetrieben herstellen. Es ist von keinem einzigen Redner der Regierungsparteien auch nur ein einziges Wort gegen den Klein- oder Mittelbetrieb gesagt worden, das etwa die Leistungen dieser Betriebe in Frage stellen würde, weil es einfach selbstverständlich ist, daß in einem Wirtschaftswesen wie in unserem Land ein ver-

Teschl

nünftiges Mit- und Nebeneinander dieser gemischtwirtschaftlichen Struktur bestehen muß. Es wurde in keinsten Weise zum Ausdruck gebracht, daß diese gemischtwirtschaftliche Struktur in Zukunft in Frage gestellt sein sollte.

Was soll also dieses Hin- und Hergerede von der besonderen Anerkennung des Mittelstandes? Jeder Betrieb, egal, ob groß oder klein, hat seinen Platz in dieser Wirtschaft, in dieser Gemeinschaft und hat das Recht und die Pflicht, für diese Gemeinschaft zu arbeiten und zu wirken, und selbstverständlich auch das Recht, alle Möglichkeiten von Förderungen, die nach meinem Geschmack schon zu vielfältig und fast unübersichtlich geworden sind, in Anspruch zu nehmen.

Wenn man dieser Regierung einen Vorwurf machen kann, dann ist es der, daß diese Vielfalt an individuellen Förderungen direkter und indirekter Art von Regierungsseite viel zu wenig der Öffentlichkeit ins Bewußtsein gebracht wurde. Es wäre an der Zeit, wenn die Regierung hier etwas mehr an Öffentlichkeitsarbeit gerade in dieser Hinsicht täte, um Ihren Argumenten, die keinesfalls der Wahrheit entsprechen, besser entgegen zu können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn der eine oder die andere Rednerin der rechten Seite dieses Hauses einzelne spezifische Sorgen von Kleinbetrieben oder von Unternehmern in Kleinbetrieben hier aufgezeigt hat, möchte ich diese keineswegs in Abrede stellen, Sie sind selbstverständlich vorhanden, und ich kenne sie auch zum Teil aus eigener Erfahrung. Aber sollen wir Ihnen unsere Sorgen hinsichtlich der unselbständigen Erwerbstätigen auch hier aufzählen? *(Abg. Brandstätter: Diese Sorgen kennen wir sehr gut!)* Die könnten mindestens ebenso vielfältig dargelegt werden. Sie sind noch viel, viel ärger als die Sorgen jener, die wenigstens noch die Substanz haben zum Unterschied von den vielen Arbeitslosen.

Dann wurde hier mit einer Selbstverständlichkeit ein Bekenntnis zur verstaatlichten Industrie abgelegt und mit einer Selbstverständlichkeit ein Bekenntnis zur Vollbeschäftigung. Gleichzeitig hält man der Verstaatlichten aber immer wieder vor, welch riesige Mittel ihr unter den schlechtesten Voraussetzungen zuerkannt wurden. Diese Doppelzüngigkeit können wir auf die Dauer nicht akzeptieren.

Während hier Angriffe versteckter und offener Art — Sie lieben die verstaatlichte Indu-

strie nicht, Sie haben sie nie geliebt, sondern es war primär von Ihnen immer ein Lippenbekenntnis — *(Abg. Brandstätter: Das ist schon wieder eine Unterstellung!)*, das kommt jetzt immer wieder zum Ausdruck —, während also optisch und akustisch hier ein Bekenntnis zur verstaatlichten Industrie abgelegt wird und gleichzeitig im selben Satz dann noch Angriffe auf die verstaatlichte Industrie gestartet werden, werden ebenso selbstverständlich Vollbeschäftigungsbeckenntnisse abgelegt. Wenn es aber um die Umsetzung geht, heißt es, man muß Arbeitsplätze von gestern beseitigen, wir müssen uns zu Strukturbereinigungen bekennen. Ja was heißt denn Strukturbereinigung? In letzter Hinsicht immer Arbeitslosigkeit für die Betroffenen. Wenn hier das Wort von Strukturbereinigungen, sprich Arbeitslosigkeit, geredet wird, gehen dieselben Abgeordneten und ihre Mitläufer hinaus und reden dann in der Mürz- und Murfurche von Beschäftigungssicherung im weitesten Sinne des Wortes und tun so, als ob sie hier nie davon geredet hätten, daß eine sogenannte Strukturbereinigung Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte.

Dann kommen die direkten und indirekten Angriffe auf den Sozialminister, man spricht von der Verunsicherung, die der Sozialminister ständig bereite und die gerade den Mittelstand treffen würde. *(Abg. Brandstätter: An der Strukturbereinigung in Schläglmühl seid ihr schuld, Teschl!)*

Ja ist es denn, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, in Zeiten, wo 35 Millionen Arbeitslose in der westlichen Welt vorhanden sind, so abnormal, daß alle Staaten und alle Gewerkschaften der freien Welt darüber nachdenken, ob auch — ich betone: auch — durch eine Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit verringert werden könnte?

Und ist es dann so ein Verbrechen, wenn der österreichische Sozialminister auch dieses Thema zur Diskussion stellt? Sie wissen sehr genau, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund einen Beschluß gefaßt hat, der mehr als dezent klingt und auch ist: daß nämlich vorsichtig und individuell an das Problem der Arbeitszeitverkürzung herangegangen werden soll. Daraus kommt zum Ausdruck, daß wir durchaus nicht vorpreschend und die ersten in Europa in diesem Bereich sein werden. *(Abg. Dkfm. Gorton: Dallinger hat es gesagt!)* Nein, das hat er nie gesagt. Das ist eine Verleumdung Ihrerseits, Herr Kollege. Das hat er nie gesagt. Er hat nie gesagt, daß

Teschl

wir die ersten sein müssen in Österreich, sondern daß wir darüber diskutieren sollen. (*Abg. Dkfm. Gorton: Präsident Benya war vorsichtiger, aber Dallinger prescht vor!*)

Und wissen Sie, wie viele junge Menschen sagen, daß es in einer Zeit, in der eine so hohe Arbeitslosigkeit in der Welt und in der westlichen Welt vor allen Dingen vorhanden ist, doch sinnvoll wäre, die vorhandene Arbeit aufzuteilen. Und da kann es nicht anders sein, als daß man auch auf das Problem der Arbeitszeitverkürzung zu sprechen kommt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube ein besonnener Gewerkschafter zu sein: Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß über die Arbeitszeitverkürzung allein und ausschließlich das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst werden kann. Aber gestatten Sie uns als Gewerkschafter doch auch das Recht, darüber nachzudenken, in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, ob die Arbeitszeitverkürzung auch dazu beitragen könnte, die Arbeitslosenziffern zu verringern. Nicht mehr und nicht weniger ist geschehen!

Meine verehrten Damen und Herren! Sie haben heute fast einen ganzen Tag hindurch den Vorwurf erhoben, daß eine bestimmte Gruppe unserer Bevölkerung, nämlich die Klein- und Mittelbetriebe — Sie sprechen vom sogenannten Mittelstand —, durch die Struktur, die sie hat, am schlechtesten behandelt wird, das heißt, zu wenig berücksichtigt würde vom Staat, von dieser Regierung. Vom Staat, von dem Sie nicht wollen, daß er in das Geschehen eingreift, vom Staat, von dem Sie ununterbrochen Förderungen verlangen, mehr noch, als schon gegeben wurden, und Sie haben mit keinem Wort zugegeben, daß in diesem Bericht Milliardenbeträge enthalten sind. Sie haben nicht gesagt, wie dieser sogenannte Mittelstand bereits gefördert wird und daß in keiner wie immer gearteten Weise irgendwo auch nur ein Ansatz besteht, an dieser Struktur vom Prinzip her etwas zu verändern.

Ich meine daher, meine Damen und Herren, daß diese Bundesregierung und die vorgegangene, seit sie zu agieren hatte — das beweist der vorliegende Mittelstandsbericht —, nicht nur finanziell, sondern auch durch besondere Gesetzgebungen vorgesorgt haben für eine Gruppe der Gesellschaft, die Sie heute zur Diskussion gestellt haben, die zumindest gleichwertig, wenn nicht sogar besser als andere Gruppen der Bevölkerung vom Staat, von der Gemeinschaft über Steuerleistungen, über bessere Vergabe von Steuermit-

teln für strukturelle Probleme, behandelt worden ist.

Ihre Argumente sind ins Leere gegangen. Der vorliegende Bericht beweist es. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 16.58

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Westreicher.

16.58

Abgeordneter Westreicher (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär! Dem Abgeordneten Teschl, der geglaubt hat, wir sind in unseren Forderungen nicht konsequent genug, wenn wir sagen, wir wollen weniger Staat haben, möchte ich sagen, daß das wirtschaftspolitische Klima derzeit sehr stark belastet ist. Es ist ja kein Wunder, wenn man an die Ereignisse der letzten Zeit denkt, angefangen von der Steuerfahndung der letzten Tage und deren Auswirkungen (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) hin auf die sprunghaften Änderungen der Steuer- und Budgetpolitik der letzten Jahre, wo es nur mehr eine Go- und Stop-Politik gegeben hat, wo eine Verunsicherung in die gewerbliche Wirtschaft und in die Familienbetriebe hineingetragen worden ist.

Daß dies zu dem Ruf nach weniger Staat und mehr Eigenversorgung führt, ist natürlich klar. Auch das Klima des Vertrauens, das bei allen Bevölkerungsgruppen und insbesondere bei der Wirtschaft gegenüber der Regierung sein sollte, ist wesentlich gestört, denn die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften in Österreich haben in der letzten Zeit zunehmende Schwächen gezeigt und machen uns natürlich große Sorgen. Deshalb sagen wir, daß Maßnahmen notwendig sind, um die Zukunft in Österreich zu meistern, um die Wachstumschancen zu nützen, die in Österreich sicher gegeben sind — nicht allein durch den Fremdenverkehr, sondern auch durch andere Wachstumsbranchen. Wir müssen diese Chance zum Besseren und zur Wende nützen. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich glaube, es wird auch notwendig sein, in diesem Zusammenhang, da wir heute den Mittelstandsbericht diskutieren, auch auf die Budgetsanierung hinzuweisen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß wir diese nicht in einem Jahr machen können, sondern daß man konsequent über Jahre darauf hinarbeiten muß, so wie es die Österreichische Volkspartei immer wieder gefordert hat, zu einer vernünftigen Budgetpolitik zu kommen und damit auch zu erreichen, daß der Staat weni-

Westreicher

ger Aufgaben übernimmt und auf der Ausgabenseite Kürzungen vornimmt.

Ich glaube, auch zur Seite der Arbeitnehmerschaft hat gerade die mittelständische Wirtschaft ein partnerschaftliches Verhältnis. Die Sorgen der Arbeitnehmer sind weitestgehend auch unsere Sorgen, und nur eine gute und vernünftige Wirtschaftspolitik kann überhaupt zu einem ausgeglichenen partnerschaftlichen Verhältnis führen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für mich wäre dieser Mittelstandsbericht eigentlich Anlaß genug, heute ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft abzulegen, damit der Wettbewerb und das Privateigentum wieder Anerkennung finden, damit dem Risiko des selbständigen Menschen auch ein höherer Stellenwert in der Gesellschaft eingeräumt wird und damit dem Bedürfnis nach Entbürokratisierung und weniger staatlicher Bevormundung Rechnung getragen wird.

Denn ich bin felsenfest überzeugt, daß gerade beim Klein- und Mittelbetrieb — General Schüssel *(Ruf bei der SPÖ: Hauptmann! — Heiterkeit.)* hat bereits gesagt, daß small beautiful ist — viel mehr Flexibilität beziehungsweise viel mehr Flexibilität für Spezialisierung vorhanden ist, die auch bewältigt wird.

Aber es liegt an der Regierung, als wichtigste Voraussetzung stabile Rahmenbedingungen und ein entsprechendes Wirtschaftsklima zu schaffen. Dann, glaube ich, sind wir auch in der Lage, den wachsenden Problemen, die binnenwirtschaftlich, aber auch außenwirtschaftlich auf uns zukommen, beziehungsweise einer verringerten Nachfrage nach Beschäftigten entsprechend zu begegnen. Das sind die Grundvoraussetzungen.

Nun zum Bericht selber: Ich freue mich sehr, daß es gelungen ist, nun erstmals überhaupt über diesen Bericht zu diskutieren. Wir werden dann sehen, wie sich das in zwei Jahren weiterentwickelt haben wird und ob Sie Vorschläge, die wir Ihnen heute unterbreitet haben, dann aufgreifen.

Aber jedenfalls begrüße ich es, daß sich dieser Mittelstandsbericht sehr weitgehend auch mit der Fremdenverkehrswirtschaft auseinandersetzt und daß den Leistungen auf dem Dienstleistungssektor, hauptsächlich auf dem Gebiet des Dienstleistungsexportes, breite Anerkennung gezollt wird.

Ich freue mich auch, daß die strukturellen

Anpassungen, die die Fremdenverkehrswirtschaft durchgeführt hat, in diesem Bericht positiv hervorgehoben werden.

Ich bin nicht der Meinung des Abgeordneten Teschl, daß strukturpolitische Maßnahmen zur Arbeitsplatzverringerung führen, sondern sie sind einfach notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern. Ich verweise da auf meine Branche: Vor 20 Jahren sind unsere Zimmer noch mit einer Waschschüssel ausgestattet gewesen, und heute bieten wir eben Zimmer mit Fließwasser, Bad und noch mehr Komfort an. Das waren die Grundvoraussetzungen dafür, daß es auch zu einer positiven Entwicklung der Zahl der Beschäftigten gekommen ist.

Diese positive Beschäftigungsentwicklung zeigt sich auch darin, daß die Branche Fremdenverkehr im Berichtszeitraum eine Steigerung von insgesamt 2,6 Prozent aufweist. Dabei können wir feststellen, daß gerade die Betriebe, die bis zu 5 Beschäftigte hatten, eine eher rückläufige Tendenz aufweisen, während die größte Zunahme bei den Betrieben mit 5 bis 19 Beschäftigten zu verzeichnen ist.

Doch insgesamt ist die Beschäftigungssituation im Fremdenverkehr positiv zu beurteilen. In den siebziger Jahren hatten wir eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten im Ausmaß von 38 Prozent. Selbst im Krisenjahr 1982 gab es eine Zunahme von 2 Prozent, sodaß zusätzliche Arbeitnehmer eingestellt werden konnten, was vor allem bei Unternehmensgrößen von 10 bis 19 und von 50 bis 99 Beschäftigten festzustellen ist.

Auch des Lehrlingswesens hat sich die Fremdenverkehrspolitik sehr angenommen. Wir bilden heute im Fremdenverkehr ungefähr 7 Prozent aller Lehrlinge aus. In absoluten Zahlen sind das 16 000 Koch- und Kellnerlehrlinge, und neuerdings ist auch eine sehr starke Zunahme der Hotel- und Gastgewerbeassistentenlehrlinge festzustellen, worüber ich mich sehr freue, weil ich die Meinung vertrete, daß gerade dieser Beruf ein Zukunftsberuf für unsere Jugend mit viel mehr Abwechslung, mit viel mehr Aufstiegschancen sein wird.

Bedauerlich ist aber, daß die immer mehr steigenden Kosten und die sinkenden Erträge die Menschen mißmutig machen. Der letzte Anlaß war sicher die Mehrwertsteuererhöhung, die weitestgehend oder überhaupt nicht überwältzt werden konnte und voll zu Lasten der Betriebsergebnisse gehen wird.

Westreicher

Hier möchte ich noch anmerken: Wir haben heute eine Inflationsrate von 5,6 Prozent. (*Staatssekretär Dr. Schmidt: Im Jänner!*) Im Monat Januar, Herr Staatssekretär, ja. Da möchte ich auch anmerken, daß es ein Verdienst des Fremdenverkehrs ist, daß sie nicht höher ist. Denn die Tatsache, daß die Hotelpreise beziehungsweise die Zimmerpreise um 2,9 Prozent gesunken sind, hat sich positiv auf die Inflation ausgewirkt.

Sie sehen, mit welcher Verantwortung, mit welchem Kostenbewußtsein in dieser Branche gearbeitet wird.

Aber Sorge bekomme ich, wenn ich den Bericht lese, der sicher sehr objektiv abgefaßt ist. Ich darf aus diesem Bericht zitieren:

„Ausnahmslos negativ erscheint das Ertragsbild bei Betrachtung des sogenannten realen Betriebsergebnisses (= Buchgewinn berichtigt vor allem um kalkulatorische Unternehmerentgelte und kalkulatorische Eigenkapitalzinsen).“ Der Cash Flow oder das Betriebsergebnis ist „mit 8,7 Prozent der Betriebsleistung zu gering, um Kreditrückzahlungen, Investitionen und Unternehmerhaushalt zu decken.“ — Ende des Zitates.

Das macht mir Sorge nach einer zehnjährigen oder noch länger dauernden Konjunkturphase im Fremdenverkehr.

Genauso Sorgen macht mir die Vermögen- und Kapitalstruktur. Das Verhältnis des Fremdkapitals zum Gesamtkapital ist sehr ungünstig in unserer Branche; wir wissen das. Aber heute übersteigt das Fremdkapital bereits 90 Prozent des Anlagekapitals. Damit liegt das Eigenkapital unter 10 Prozent, und der Verschuldungsgrad ist über 53 Milliarden Schilling in Österreich angewachsen.

Wenn Sie mir jetzt sagen, daß die Insolvenzen in der Fremdenverkehrswirtschaft eher noch geringer sind als in der Gesamtwirtschaft, so gebe ich Ihnen recht. Aber ich muß auch dazusagen, daß es gerade der Familienbetrieb ist, der vielleicht langsamer stirbt, weil bei ihm viel mehr Flexibilität und viel mehr Ausdauer vorhanden sind. Doch es ist die Gefahr gegeben, daß damit ein Qualitätsverlust eintritt, daß damit Arbeitsplätze verlorengehen. Wir sehen ja schon, daß bereits im Jahre 1982 Rationalisierungen auch bei den Dienstleistungen vorgenommen worden sind.

Die Zuwachsraten steigen nicht mehr, sondern der Bericht sagt selber, daß pro Betrieb

6 Prozent weniger Arbeitnehmer eingestellt sind.

Das sind halt alles Sorgen, die man sehen und erkennen muß und die man — das hätte ich mir erwartet — natürlich auch mit Maßnahmen bewältigen soll.

Wenn ich mir das Maßnahmenpaket ansehe, das hier fremdenverkehrsspezifisch im Bericht behandelt wird, dann muß ich sagen: Es ist unbefriedigend und eigentlich nur halbherzig erstellt. Man spricht hier wohl von einer Kooperation im Fremdenverkehr, man verweist uns darauf, daß der Fremdenverkehrstag 1984, der im Herbst stattfinden soll, dann die Probleme und die Leitlinien für das Jahr 2000, Herr Staatssekretär, festlegen soll. Wer soll heute, in einer so schnelllebigen Zeit, für 16 Jahre, bis zum Jahr 2000, Leitlinien erstellen? Ich glaube, das ist ein bißchen ein Werbegag für die Regierung; mehr ist es nicht.

Was wir positiv anmerken, ist sicher die Gästebefragung in Österreich, damit wir mehr Marketingstrategien verwirklichen können. Es gefällt mir auch, wenn man gruppenspezifische Analysen oder Zielgruppenanalysen in den Orten durchführt. Es gefällt mir auch, wenn man die Fremdenverkehrsstatistik endlich den Gegebenheiten anpaßt. Aber, meine Damen und Herren, mit Time ist das doch nicht getan! Nichts anderes als ein paar Marketingüberlegungen sind hier.

Ich glaube, daß der Fremdenverkehr einfach eine koordiniertere Fremdenverkehrspolitik haben muß, die wesentlich umfassender sein muß.

Man muß auch viel stärker herausstellen, daß der Fremdenverkehr als dienstleistungsexportierender Wirtschaftszweig viel zuwenig anerkannt wird.

Ich glaube, man muß auch hervorheben, daß der Flugverkehr in und nach Österreich verbessert werden müßte, um überhaupt außereuropäische Märkte anzusprechen.

Ich meine auch, daß es ungerechtfertigt ist, materiell ungerechtfertigt ist, daß die Wartungsgebühren bei den Telephonanlagen in den gastgewerblichen Betrieben nicht abgebaut werden können. Österreich hat den Ruf, eines der teuersten Länder zu sein, was das Telefonieren in einem Hotel oder im Gasthaus anlangt. Es ist nicht unsere Schuld, hier müßte von der Regierung her etwas geschehen. So geht das nicht: für das Telefonentgelt

Westreicher

20 Prozent Mehrwertsteuer alleine vom Finanzminister, hohe Wartungsgebühren der Firma und noch dazu die dauernden Kosten der Post und des Telephonamtes.

Ich glaube auch, wir sollten — Herr Abgeordneter Teschl, der Sie für eine Arbeitszeitverkürzung plädiert haben — gerade in dieser Branche, die ja saisonalspezifisch und dienstleistungsspezifisch ist, nicht mit einer 35-Stunden-Woche herumspielen. Das wäre eine totale Verunsicherung und würde sicher eine Flucht aus der Dienstleistung und damit einen Abbau der Beschäftigten bedeuten. Und das wollen wir, glaube ich, beide nicht. Ich jedenfalls bin ein Vertreter des Qualitätstourismus, der auf hoher Dienstleistungsbasis volkswirtschaftlich für uns alle etwas bringen soll. Deshalb muß man hier auch versuchen, branchenspezifische Gesetze, die der Dienstleistung und dem saisonalen Ablauf entsprechen, weiterzuentwickeln. Der Fremdenverkehr ist personalintensiv. Hier muß man auch insbesondere bezüglich der Lohnnebenkosten Überlegungen anstellen.

Eigenkapitalbildung der Betriebe: Davon ist schon gesprochen worden. Auch die Kapitalintensität des Fremdenverkehrs ist bekannt. Wenn man unter 10 Prozent Eigenkapital hat, dann müßte man überlegen, ob man nicht mit einer Schillingeröffnungsbilanz oder mit Aufwertungsmöglichkeiten des Anlagevermögens viel leichter und viel besser Eigenkapital bilden könnte als durch Auslaufenlassen der Gewerbekapitalertragsteuer, Herr Staatssekretär. Hier, glaube ich, sind andere Ansätze da, die auch volkswirtschaftlich etwas bringen würden. (*Staatssekretär Dr. Schmidt: Senkung der Betriebs- und Vermögenssteuer!*) Man könnte ja auch diese Aufwertungssteuersätze halbieren und somit Eigenkapital und Mut in die Branche hineinbringen, um neue Investitionen zu initiieren.

Die wettbewerbsverzerrende kumulative Getränkebesteuerung muß einmal neu überdacht werden. Ich kenne die Problematik. Es ist schwierig. Ich bin aber auch der Auffassung, wir müssen in den eigenen Reihen vorsichtig sein wegen der Überschliefung in den Fremdenverkehrsregionen, umweltschutzmäßig müssen wir hier vorsichtig sein. Aber andererseits muß ich auch die Forderung erheben, eine Qualitätssteigerung in der Berufsausbildung voranzutreiben, damit der Beruf des im Fremdenverkehr Tätigen wieder mehr Ansehen bekommt. Da muß wieder eine Qualitätssteigerung sein. Letzten Endes geht es um die Kreditverlängerung für gefährdete Betriebe.

Meine Damen und Herren! Das sind ein paar Punkte, von denen ich mir natürlich erwartet hätte, daß sie als Maßnahmen irgendwo in den Bericht hineinkommen und helfen, wenigstens Zuversicht für die Zukunft zu geben.

Ich bin der Meinung, daß die Fremdenverkehrsunternehmer auch selbständig bleiben müssen, und zwar durch Eigeninitiative. Herr Staatssekretär, Sie wissen, daß ich seit eineinhalb Jahren oder seit zwei Jahren immer wieder trommle, der Unternehmer solle auf dem Markt selber verkaufen. Wenn ich heute die „Tiroler Tageszeitung“ lese, dann bin ich wieder einmal enttäuscht über das, was Vizekanzler Steger an Absichten äußert, wie er Fremdenverkehrspolitik machen will. In seiner Redemeldung — es ist schade, daß er jetzt nicht hier ist — hat er vom „grünen Riesen“ gesprochen und von der daraus für den Klein- und Mittelbetrieb entstehenden Problematik. Mag sein. Aber im gleichen Atemzug, in der gleichen Zeitung will er einen „weißen Riesen“ aufbauen. Er will eine Konzentrierung der Fremdenverkehrswerbung. Er sagt, es sei nicht effizient genug, wenn sich neun Bundesländer für den Fremdenverkehr engagieren. Er will eine zentralistische Fremdenverkehrswerbung haben. Ja ich weiß nicht mehr: Wo ist der liberale Grundsatz einer Freiheitlichen Partei? (*Zwischenruf des Abg. Probst:*) Ich verstehe das nicht, Herr Abgeordneter Probst. Hier wird herumgespielt ohne Kenntnisse, hier wird gefährdet. Ich weiß nicht, was da langsam, aber sicher ... (*Abg. Probst: Die diesjährige Fremdenverkehrswerbung ist im Sand verlaufen!*)

Werbung ist eines der schwierigsten Kapitel, und ich setze mich mit diesem Thema mein Leben lang auseinander. Ich habe auch einen Betrieb zu vermarkten, und ich glaube, wir haben immer noch gut vermarktet. Ich weiß, wie sensibel Werbung ist und daß sie am besten nur vor Ort und vor Person Erfolg bringt. Und die großen Erfolge sind ja die, wo es von Mund zu Mund geht, die Werbung, daß es hier in Österreich schön und gut und preiswert ist. In dieser Situation verstehe ich nicht, daß diese ganze Aktion nicht durchkommt. Ich höre nur, daß sich der Vizekanzler in der Regierung nicht durchgesetzt hätte.

Aber ich werde sicher immer wieder aufzeigen, daß liberales Gedankengut in der Fremdenverkehrswirtschaft zu einem zentralistischen geführt werden soll. Das ist sicher nicht der Weg, den wir uns wünschen, Herr Abgeordneter Probst.

Westreicher

Ich glaube auch, daß es nun höchste Zeit ist, diese Werbeaktivitäten zu setzen, denn nur Grundlagenforschungen, Marktforschungen alleine werden nichts bringen.

Abschließend darf ich Ihnen sagen: Österreichs Hotel- und Beherbergungsbetriebe warten auf Taten dieser Regierung, bieten aber auch gute Zusammenarbeit an. Denn die fremdenverkehrswirtschaftliche Situation ist ernst genug, aber sie ist auch nicht hoffnungslos. Tausende Unternehmer und deren Mitarbeiter werden auch in Zukunft ihr Bestes geben für unser Land, aber ich würde erwarten, daß sie nicht länger von dieser Regierung enttäuscht werden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.16

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lußmann. Ich erteile es ihm.

17.16

Abgeordneter **Lußmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem nun erfreulicherweise alle den Mittelstand entdeckt haben und die tollsten Ziffern über die Förderungen kursieren — Herr Kollege Teschl, Sie verlassen uns, aber gerade Sie wollte ich einen Moment ansprechen —, möchte ich diese Förderungen ein bißchen unter die Lupe nehmen und auch auf Chancengleichheit hin überprüfen, denn dieses Thema haben Sie, Herr Kollege, auch angeschnitten.

Ich habe mir wirklich die Mühe gemacht und den Mittelstandsbericht hinsichtlich der Direktförderungen studiert. Da kann man es, Herr Kollege Teschl, drehen und wenden, wie man will, in den letzten sechs Jahren sind im Schnitt nicht mehr als 800 bis 900 Millionen Schilling aus dem Budget per anno für den Mittelstand drinnen gewesen, samt ERP-Ersatzaktion und samt der Fremdenverkehrsförderung. Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch der Subventionsbericht von 1981, nämlich auf rund 900 Millionen Schilling.

Es wird, meine Damen und Herren, sicher nicht bestritten, daß es andere Aktionen und weitere Möglichkeiten für Klein- und Mittelbetriebe gibt, zum Beispiel die ERP-Kredite. Hier wurden 5 Milliarden Schilling seit 1975 an Krediten vergeben, und sie haben umfangreiche Investitionen ausgelöst, nämlich an die 20 Milliarden Schilling. Aber, meine Damen und Herren, das ist ja keine Frage des Budgets und damit auch keine unmittelbare Leistung des Bundes! Der ERP-Fonds lebt von

sich selbst, und damit kann sich natürlich die heutige Regierung nicht berühmen.

Wenn man einen Vergleich mit anderen Förderungen zieht, dann schneiden eben die Klein- und Mittelbetriebe nicht mittelständisch, sondern, ich würde sagen, eher miserabel ab. Ich möchte nur an ein paar Beispielen Maß nehmen.

Das GM-Werk in Aspern wurde heute schon einmal herangezogen. 2,6 Milliarden Schilling Direktförderung vom Bund, noch eine Menge dazu, und trotzdem ist die Rechnung hinsichtlich der Beschäftigung bis heute nicht aufgegangen.

Ein zweites Beispiel sind die Bundesbahnen. Alle Jahre wird die Unterstützung aufgestockt. Bald sind es 25 Milliarden Schilling. Wenn man das mißt an der Förderung des Mittelstandes, so ist das das Fünfundzwanzigfache in einem Jahr.

Dann noch die Verstaatlichte; fast 30 Milliarden Schilling seit 1975. Ich neide das der Verstaatlichten nicht; wir haben auch immer mitgestimmt, weil uns die Bedeutung der Schlüsselindustrie klar ist. Aber fest steht, daß allein seit 1980 in der Verstaatlichten 12 500 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Wir wissen, daß in der Mur-Mürz-Furche mit den VEW allein 3 000 bis 3 500 weitere Arbeitsplätze wackeln, während in den Klein- und Mittelbetrieben in der Kategorie von 1 bis 50 Mitarbeitern seit 1973 71 140 Arbeitsplätze neu geschaffen worden sind. So steht es im Bericht. Diese großartige Leistung, meine Damen und Herren, wurde bislang mit weniger als 1 Milliarde Schilling pro Jahr honoriert. Das sind weniger als 0,25 Prozent, weniger als ein Viertel von einem Prozent aus dem Gesamtbudget!

Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen ist das wirklich ein Almosen, und man muß sich fragen, wie es da mit der Chancengleichheit steht.

Ein besonderes Kapitel sind auch die Arbeitsmarktförderungsmittel. Es ist in den letzten sieben Jahren im Schnitt zu einer Vergabe von 250 Millionen Schilling im Jahr gekommen. Im Bericht steht auf Seite 153, diese kämen zum überwiegenden Teil den Klein- und Mittelbetrieben zugute. Das ist schon möglich, aber es ist schwer überprüfbar. Aber wenn schon, dann muß man diese 250 Millionen Schilling in Relation zur Gesamtvergabe stellen. Man muß fragen: Wie

Lußmann

viele Mittel stehen insgesamt zur Verfügung? Dann ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Im Jahr 1981 waren es nach meinen Zahlen ungefähr 850 Millionen Schilling, 1982 nicht ganz 1,5 Milliarden Schilling und im Vorjahr laut Voranschlag 1,028 Milliarden Schilling. Herr Staatssekretär, Sie haben vorhin ganz andere Zahlen genannt.

Ich habe auch diesbezüglich eine schriftliche Anfrage an den Herrn Sozialminister gestellt; die Beantwortung habe ich leider noch nicht. Ich bin aber wirklich gespannt, wieweit Ihre Zahlen, die ich mir aufgeschrieben habe, und die, die ich vom Sozialminister bekomme, übereinstimmen.

Sicher habe ich aber in der Steiermark die Verteilung der Arbeitsmarktförderungsmittel studieren können, weil ich dort beim Arbeitsamt angefragt habe. Ich glaube, daß das Beispiel Steiermark repräsentativ ist, weil sehr viele Mittel in den letzten Jahren dort hingeflossen sind. Ich habe das Jahr 1982 genommen, und jetzt muß ich ein paar Ziffern nennen; ich werde das schnell machen: Investive Förderungen 306 Millionen, 180 davon sind an die verstaatlichte Industrie gegangen, also ein Verhältnis von 40:60 (*Zwischenruf des Staatssekretärs Dr. Schmid*) — ich erkläre es ja von der Steiermark — zugunsten der Verstaatlichten.

Mobilitätsförderung: 143 Millionen Schilling, die Verteilung ist ähnlich. Dann sind die großen Brocken weg, und es kommen die kleineren: Lehrlingsausbildung mit 32 Millionen, wovon viel in die Werkschulen geht und so weiter.

Betriebliche Schulung mit Umschulung: 39 Millionen. Da ist die Verteilung ungefähr 50:50. Zu allem könnte man viel Kommentar geben, ich will das aber nicht, weil die Zeit schon sehr fortgeschritten ist.

Unter dem Strich, Herr Staatssekretär, sind es 70 bis 80 Prozent, die an Große gehen, an die Verstaatlichte einerseits und an die Eumig, Bauknecht, Siemens in Aichfeld-Murboden und so weiter. Der Rest bleibt für Klein- und Mittelbetriebe. Frage: Wie ist es da mit der Chancengleichheit?

Noch ein Kapitel möchte ich doch hervorheben, das sind die Sonderförderungsaktionen. Das sind die, die zwischen Bund und Ländern über das Bundeskanzleramt seit ungefähr drei, vier Jahren als Regionalförderungen vergeben werden.

In der Obersteiermark und in der Oststeiermark ist das die sogenannte Hunderttausend-Schilling-Aktion; meiner Meinung nach eine großartige und sehr effiziente Förderung von den Vergabebedingungen her, weil damit Neugründungen und bestehende Betriebe mit, wie gesagt, 100 000 S pro zusätzlichen oder neuen Arbeitsplatz gefördert werden, gebunden an Investitionen pro Kopf von 400 000 S.

Das heißt, daß pro geförderten Arbeitsplatz in fünf Jahren mindestens an die 6 Millionen Schilling in Bewegung kommen, gemessen an der Investition, am Lohn und am Produktionswert, wovon der Bund wieder Steuern kassiert. Also eine sehr effiziente Sache. In sechs Fällen wurde mit einem Förderungsvolumen von 30 Millionen Schilling diese Förderung prompt auch an die Verstaatlichte vergeben.

Der Kollege Fauland hat sich bei der Regionalkonferenz in Mürzzuschlag im Sommer 1982 mokiert, er sagte, die Privatwirtschaft bringe nichts weiter.

Nun möchte ich Ihnen an Hand eines Beispiels gerne erklären, warum das so ist, und zwar am speziellen Beispiel der Textilfabrik Facona beziehungsweise Junior Dress in Fohnsdorf. Das ist ein neues Unternehmen, das vor kurzem begonnen hat und derzeit schon 80 Mitarbeiter beschäftigt.

Ich habe mir dort selber die Füße wundgelaufen, um zu dieser Förderung zu kommen. Die Bewerbung wurde im Sommer 1981 eingereicht. Die Bearbeitung bis zur Bewilligung hat länger als ein Jahr gedauert.

Dabei hat der Firmenchef auf meine Empfehlungen einen Grazer Buchsachverständigen, der mit diesen Dingen schon zu tun gehabt hat, eingesetzt. Aber es war halt immer wieder und immer wieder ein Papierl erforderlich, bis das endlich durchgegangen ist. Und schließlich: Die Ausschüttung der zweiten und letzten Tranche ist erst vor kurzem, Ende vorigen Jahres, erfolgt. Das heißt, der ganze Prozeß hat zweieinhalb Jahre gedauert! Da ist es kein Wunder, daß die kleinen und mittleren Unternehmen hinten nachhinken.

Nur hat sich die Situation mittlerweile Gott sei Dank geändert. Die Klein- und Mittelbetriebe sind auch bei dieser Förderung längst auf der Überholspur. Nunmehr sind es laut Bericht 61 Prozent der Mittel, die an diese Betriebskategorie gegangen sind, nämlich

Lußmann

14 Fälle mit einem Volumen von 52 Millionen Schilling.

Aber einmal mehr muß man zu der Feststellung kommen, daß die Klein- und Mittelbetriebe bei dieser Aktion ein Plus von 1 070 Arbeitskräften allein in der Obersteiermark gemacht haben. Es ist leider allseits bekannt, daß die Verstaatlichte 7 000 Arbeitskräfte in den letzten Jahren eingebüßt hat und daß sie trotzdem Mittel zur Förderung von Arbeitsplätzen bekommen hat. Auch wieder eine Frage der Chancengleichheit!

Meine Damen und Herren! Es gäbe eine Reihe von Schwierigkeiten aufzuzählen, die für die Klein- und Mittelbetriebe belastend und wettbewerbsverzerrend wirken. Neue Garantiebestimmungen zum Beispiel bei Ausschreibungen und Vergaben, bei Kreditaufnahmen und auch bei Prüfungsorganen der Finanzämter, die immer mehr im Wachsen sind.

Meine Damen und Herren! Ende 1979 waren es noch 1 240 Prüfer, Ende 1982 1 529, das heißt ein Zuwachs pro Jahr um 100. Das bedeutet, daß die Prüfer den Bund schon bald mit einer halben Milliarde belasten, wenn sie sie nicht schon erreicht haben. Das wird ja schön langsam zum Selbstzweck, wobei die Kosten dann von den Kleinen herausgeschunden werden. Dazu könnte man überall in puncto Chancengleichheit verschiedene Kommentare herausholen.

Ich möchte aber, um die Zeit nicht zu überschreiten, schon zum Schluß kommen.

Meine Damen und Herren! 13 Jahre lang sozialistische Regierung haben der Wirtschaft zunächst keine und später einfach zuwenig Priorität eingeräumt, und nun muß unentwegt Feuerwehr gespielt werden.

Immer wurden neue Schwerpunkte gesetzt: Einmal hat es geheißen, das muß uns doch die Gesundheit, einmal hat es geheißen, das muß uns doch die Sicherheit, und einmal wieder, das muß uns doch die Bildung wert sein. Dabei wurde die größte Sünde begangen, nämlich die fiskalische Auszehrung der Betriebe stillschweigend akzeptiert. Damit sind die Klein- und Mittelbetriebe auf dem gewerblichen Sektor auf eine Eigenkapitalquote von 13 Prozent geschrumpft.

Dabei weiß auch der Finanzminister: Ohne Mittelstand müßte er eigentlich den Konkurs anmelden. Daher warten wir endlich auf die Parole: Das muß uns doch die Wirtschaft wert

sein, insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe, damit nicht, meine Damen und Herren, weitere zehn Jahre der Kleinen den Großen und der Gesunden den Kranken stützen muß.

Was dieses Land braucht, sind Maßnahmen zur Eigenkapitalbildung und zur Ausschaltung der wettbewerbsverzerrenden Ungerechtigkeiten im Förderungswesen. Oder mit einem Wort: die Chancengleichheit! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.28

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Heide Lore Wörndl. Ich erteile es ihr.

17.28

Abgeordnete Heide Lore Wörndl (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! ÖVP-Politik ist Wirtschaftspolitik, und Handelskammerpolitik ist ÖVP-Politik. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unter diesem Aspekt steht bei der Opposition die Diskussion zum Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983.

Wie schon im Ausschuß debattiert, ist dieser Mittelstandsbericht nicht nur Anliegen der Volkspartei. Der Bericht wurde auf Antrag aller Fraktionen erstellt und ist ein Anliegen aller Fraktionen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Präsident Sallinger hat in der Ausschußsitzung und hier im Plenum gemeint, daß durch die Regierung die Wirtschaft beziehungsweise das Wirtschaftsklima verunsichert wäre. Diese Verunsicherung gehe vor allem auf die Klein- und Mittelbetriebe über und gefährde den sozialen Frieden.

Ich schließe mich den Aussagen von Bundeskanzler Sinowatz an und behaupte, daß durch die Budgetpolitik der Regierung der Rahmen geschaffen wurde und wird, daß der Wirtschaft — und auch der mittelständischen Wirtschaft — über das Budget Impulse gegeben werden und es gleichzeitig gelungen ist, das Staatsdefizit zu senken.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat zum Budget festgestellt, daß es kräftig für Investitionsförderungen ausgeweitet wurde und daß es um 25 Prozent mehr als 1983 ausmacht. Damit ist deutlich eine Verlagerung von der direkten Nachfrage des Bundes in andere öffentliche Rechtsträger und in die private Wirtschaft zu sehen.

Heidelore Wörndl

Das sind doch genau die Maßnahmen, die Sie verlangen. Nur nennen Sie es halt anders.

Ihr Obmann Dr. Mock hat vor einigen Tagen in einer Aussage zum ersten Mal zugegeben, daß Österreich seit Jahren in der Wirtschaftspolitik und in der Wirtschaftsleistung an der Spitze steht. Es klingt für mich allerdings wie Hohn, wenn er dazu behauptet, daß man im Ausland — wie in den USA mit einer Arbeitslosigkeit von über 9 Prozent, in der BRD mit über 8 Prozent, in England mit über 10 Prozent — die Probleme nun im Griff habe, in Österreich aber mit der Hälfte der Arbeitslosigkeit — die uns auch noch sehr weh tut — eine ausweglose Situation entstanden sei. (Abg. Ottilie Rochus: Bitte, in Güssing haben wir eine Arbeitslosigkeit von 33 Prozent!)

Diese Aussage von Dr. Mock zeigt deutlich auf, daß er genau weiß, wie gut Österreich im internationalen Vergleich wirtschaftlich dasteht, aber im Parteiinteresse immer wieder von einer „anderen Politik“ spricht, die der österreichischen Bevölkerung, sollte sie praktiziert werden, dieselben Verhältnisse wie den konservativ regierten Ländern bringen würde. (Abg. Dr. Ettmayer: Frankreich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vor kurzem in der Zeitung der Salzburger Wirtschaft einen Bericht über eine Fachgruppentagung des Landesproduktenhandels gelesen. Darin hat Kurt Freisleben, der Leiter der handelspolitischen Abteilung der Kammer in Österreich, die privaten Landesprodukthändler aufgefordert, mehr Kooperation zu zeigen, um der Konkurrenz der Genossenschaften die Stirn bieten zu können. Gremialvorsteher Georg Schilchegger hat darauf hingewiesen, daß der Raiffeisenverband im Landesproduktenhandel bereits einen Marktanteil von 75 bis 85 Prozent besitzt und die letzte Chance der privaten Händler darin besteht, daß der Bauer auch weiterhin an einer Konkurrenz interessiert ist. (Abg. Staudinger: Die Molkereien haben einen Marktanteil von 100 Prozent bei der Milch!) Hier wird deutlich gesagt, wie schwierig es auch für die ÖVP ist, die Interessen des Klein- und Mittelstandes zu vertreten. (Abg. Graf: Wegen der Regierung haben wir solche Schwierigkeiten! Das ist ja das Problem!)

Von den meisten Rednern wird auch die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung kritisiert beziehungsweise angeregt. Ich bin auch für die Eigenkapitalbildung, die, wie ich

meine, im Budget und durch steuerliche Maßnahmen gewährleistet wird. Aber die andauernde Polemik, daß für die Eigenkapitalchwäche der Firmen die Steuerpolitik der Regierung verantwortlich sei, das sind für mich widersprüchliche Floskeln. Es ist erwiesen und nachzusehen, daß in den Wachstumsjahren der siebziger Jahre bei hohen Erträgen und bei großen Investitionen fast keine Eigenkapitalbildung erfolgt ist, obwohl die Möglichkeit dazu vorhanden war. (Abg. Dr. Blenk: Es geht nicht um die Zuführung! Es geht um den Anteil!) Ich sage es Ihnen jetzt gleich. — Durch die Umwandlung von Einzelunternehmen in andere Gesellschaftsformen mit den Möglichkeiten von niederem Eigenkapital und von niederem Stammkapital wurde auf die Eigenkapitalbildung zum Teil verzichtet. Erst die weltweite Hochzinsphase ab 1979 hat die Situation vieler Firmen, die einen hohen Fremdmittelüberhang hatten, sehr verschlechtert, dramatisch verschlechtert.

Wie sehr die hohen Zinsen die Firmen belastet haben, geht daraus hervor, daß durch die Bemühungen der Nationalbank und der Regierung, die Zinsen wieder zu senken, 1983 ein Rückgang und nicht ein Fortschreiten der Insolvenzen um 36 Prozent erfolgte. — Sie können ja nachschauen, Frau Abgeordnete! (Abg. Helga Wieser: Sie können es auch nachlesen!) Ich habe es nachgelesen! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Staudinger: Es gibt nichts, wo die Freiheitlichen nicht mitklatschen!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Bericht ist für mich ein Beleg für die wirtschaftsfreundliche Politik der Bundesregierung. Ich möchte auf einige Details des Berichts im Bereich des Einzelhandels, dem ich angehöre, aufmerksam machen. (Abg. Helga Wieser: Das steht ja schwarz auf weiß im Mittelstandsbericht drinnen! Ich habe es von dort herausgelesen!) Vielleicht haben Sie sich verlesen, Frau Abgeordnete! (Abg. Graf: Es trennen die Damen anscheinend Jahre!) Ich bin um ein Jahr vor! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Die Entwicklung und Struktur der Wertschöpfung des Handels betrug 1981 108,4 Milliarden und erreicht damit einen Anteil von 13,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Einen Rückstand im Unternehmens- und Betriebsbestand steht eine außerordentliche Erneuerungsdynamik im Handel gegenüber. Das Durchschnittsalter von 50 Jahren im Jahre 1964 ist auf 45 Jahre im Jahre 1980 gesunken. Der relativ leichte Zugang zur Gewerbeberechtigung in den meisten Bran-

Heidelore Wörndl

chen des Handels ist dieser dynamischen Strukturanpassung sehr förderlich.

Die stärksten Rückgänge — und jetzt hören Sie wieder gut zu — in den Unternehmenszahlen — und hier sieht man wieder die Konkurrenz der Genossenschaften — sind beim Vieh- und Fleischhandel mit 30 Prozent und beim Landesproduktenhandel, der doch dazu gehört, mit 12 Prozent gegeben. Zunahmen sind gegeben bei den Lederwaren, beim Sport und bei den Spielwaren mit 23 Prozent und im Textilhandel mit 10 Prozent.

Ein besonderer Aspekt ist im hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte im Handel zu sehen, der im Jahre 1981 mehr als 52 Prozent erreichte.

Das Lohnniveau der Arbeitnehmer ist im Handel im Vergleich zu anderen Branchen gering. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Tatsache der weniger gut bezahlten Frauenarbeit hinweisen.

Bedeutungsvoll im Handel ist die Ausbildung der Lehrlinge. Der Handel stellt 27 Prozent der Lehrbetriebe in der gewerblichen Wirtschaft. Ich bekenne mich zu der Verpflichtung, junge Menschen auszubilden, und sehe diese Jugendlichen nicht als Kostenfaktor, der meinen Betrieb belastet und durch Zuschüsse gesenkt werden muß, sondern als Zukunft, da sie später als qualifizierte Mitarbeiter behilflich sind, meinen Betrieb als Existenzgrundlage für Dienstnehmer und Dienstgeber zu führen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wie schwierig es für die Kammer ist, die Interessen ihrer Mitglieder unter einen Hut zu bringen, möchte ich an einem Beispiel in bezug auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb aufzeigen.

In Salzburg wurde durch die Handelskammer dieses Gesetz sehr stark kontrolliert. Die Folge war, daß zum Beispiel im Autohandel viele Händler empfindliche Geldstrafen leisten mußten. Und nun haben sich die betroffenen Händler, in deren Interesse die Kammer die Kontrollen ja durchgeführt hat, zu einem Verein gegen die geschäftsschädigenden Maßnahmen der Kammer zusammengetan. Dieser Verein ist für mich genauso widersprüchlich wie Ihr dauernder Ausspruch: Weniger Staat, mehr Förderung und Zuschüsse. *(Abg. Ing. Dittrich: Mehr Freiheit!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! In Anbetracht der Aufgaben im wirtschaftlichen

Bereich kommt auch in Zukunft den kleinen und mittleren Betrieben große Bedeutung zu. Diese Aufgaben werden auch weiterhin mit Hilfe tüchtiger Menschen und mit Hilfe der Wirtschaftspolitik der Regierung gemeistert werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.40

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

17.40

Abgeordnete Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war wichtig und richtig, daß wir in dieser Debatte auch die Gelegenheit benutzt haben, zur aktuellen Situation der Lkw-Blockade, insbesondere im Westen Österreichs, in Tirol, Stellung zu nehmen. Die Situation ist nach wie vor sehr angespannt. Alles hofft auf Erleichterungen etwa um Mitternacht, wie uns das Minister Lausecker mitgeteilt hat.

Ich habe mit Landeshauptmann Wallnöfer gesprochen. Er teilte mir seinerseits mit, daß seit einigen Stunden die Lkw-Fahrer über ihren Wunsch mit Omnibussen in Quartiere in der Umgebung von Innsbruck abtransportiert werden, wo sie sich waschen können, wo sie essen können, wo sie warme Räume vorfinden, weil er glaubt, obwohl das Geld kostet, das ist ein Beitrag zur Beruhigung der Situation. Wir hoffen, daß wir mit einigem Glück diese Situation „hinkriegen“. *(Zwischenruf des Abg. Fauland.)*

Herr Kollege, das ist für einen Tiroler Abgeordneten eine sehr ernste Angelegenheit, für uns alle, aber besonders für die dortige Bevölkerung. Überlegen Sie nur eine einzige Zahl: Von den 120 Millionen Fremdennächtigungen hat Tirol allein 40 Millionen, und ich glaube nicht, daß bei Anhalten dieser Situation das eine besondere Fremdenverkehrswerbung ist. Daher gestatten Sie, daß ich als Abgeordneter der Tiroler Heimat darauf besonders Bezug nehme. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte eines sagen: Bei allem Verständnis für die Lkw-Fahrer kann ein Problem der italienischen Zöllner nicht auf dem Rücken der österreichischen Bevölkerung ausgetragen werden. *(Ruf bei der SPÖ: Haben Sie eine Lösung?)* Das sollte man in aller Ruhe hier im Parlament feststellen, das ist nicht an die Adresse irgendeiner politischen Partei, sondern das ist an die Adresse unserer Nachbarländer gerichtet. Hier sollten wir doch alle geschlossen sein, glaube ich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Lanner

Ich glaube drittens und letztens:

Zur Bewältigung dieser sicher schwierigen Situation hätte ich mir erwartet — wenn Sie wollen: erhofft —, daß man sich neben den sicher notwendigen diplomatischen Schritten, die wichtig, aber schwerfällig sind, zu einem europäischen Krisengipfel der betroffenen Länder zusammenfindet, und zwar nicht nur der EWG-Länder, wie wir hier gehört haben, sondern der betroffenen Länder auf höchster Ebene. Wir reden so furchtbar viel von der europäischen Einigung, nur wenn die europäische Einigung an einer konkreten Situation überprüft werden soll, dann funktioniert sie offenbar nicht.

Wie immer: Wir hoffen, daß wir die Situation bewältigen, aber es wird in Zukunft notwendig sein, einen Krisenplan für derartige Fälle zu erstellen. Ich weiß nicht, wie dieser im Detail aussehen soll, aber ich glaube nicht, daß es zumutbar ist für die Tiroler Bevölkerung, daß bei einem Wiederholungsfall die Grenze nach Tirol auf Dauer offen bleibt, das Land quasi angestopft wird mit Lkw und wir zu einer totalen Wirtschafts- und Straßenblockade kommen, obwohl wir eigentlich für die Ursachen nicht verantwortlich sind. Dieser Krisenplan wird eine wichtige Aufgabe für die Zukunft sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Einige Bemerkungen zum Mittelstand. Der Mittelstand ist wieder „in“, hat der Herr Präsident Sallinger gesagt, er hat einen guten Klang. Wir freuen uns über diese Entwicklung und betrachten das als einen Fortschritt.

Es wurde heute mehrfach die Bedeutung des Mittelstandes für die Arbeitsplatzsicherung unterstrichen, für die Lehrlingsausbildung und für die Nahversorgung. Ich möchte hier noch auf einen Aspekt hinweisen, nämlich auf den der Regionalpolitik. Es ist unerhört wichtig für die Lebensfähigkeit der ländlichen Regionen in Österreich, daß wir einen breiten Mittelstand haben. Nur dann, wenn sich breit gefächert viele Tausende, Zehntausende Arbeitsstätten in den ländlichen Räumen befinden, werden die Menschen dort Arbeit finden, werden sie nicht unbedingt pendeln müssen. Daher wäre auch ein Zusammenhang zur Energiepolitik und zum Umweltschutz gegeben.

Nur dann werden diese Regionen leben, werden dort auch Menschen siedeln, wird dort die Mindestausstattung an Infrastruktur gegeben sein, wird es dort funktionierende Straßen, öffentliche Einrichtungen, einen Arzt, wenn Sie wollen, ein erreichbares Kran-

kenhaus, eine Unterkunft, ein Gasthaus, was immer notwendig ist zum täglichen Leben, geben. Und nur dann — und das an die Adresse der Ballungsräume — wird dieser ländliche Bereich auch funktionsfähig sein für den erholungsuchenden Städter aus dem Ballungsraum. Hier besteht also der enge Zusammenhang zwischen dem ländlichen Bereich auf der einen Seite und der Großstadt auf der anderen Seite.

Aktive Regionalpolitik beginnt mit der Förderung des Mittelstandes, mit der Förderung der Handwerksbetriebe, der Handelsbetriebe, der Fremdenverkehrsbetriebe und der Landwirtschaft.

Es gibt im Mittelstandsbericht eine interessante Passage, die vom Ansatz her sicher richtig ist. Auf Seite 170 steht: „Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft“, und hier wird an erster Stelle richtigerweise die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas angeführt. Das ist der Punkt, auf dem wir eigentlich aufbauen sollten. Wir brauchen eine unternehmerfreundliche Politik, wir müssen die Risikobereitschaft fördern, wir müssen vor allem jungen Menschen den Mut geben, selbständig zu werden.

Ich mache immer wieder die Erfahrung, daß junge Leute sagen: Nur arbeiten, nur Steuer zahlen, das hat keinen Sinn, ich mache auch irgend etwas anderes, ich mache es mir auch bequem. Das ist der falsche Weg! Wir müssen jungen Leuten die Chance und die Ermutigung geben, daß sie sich selbständig machen, wir müssen Ideen unterstützen und nicht behindern und wir müssen eine Politik der Investitionen anregen. Das Ganze nennen wir die Rahmenbedingungen. *(Abg. Braun: Behindern?)* Das Belastungspaket der Regierung ist eine Behinderung, um es ganz konkret zu sagen, wenn Sie ein Beispiel wollen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aktive Wirtschaftspolitik... *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Meine Damen und Herren! Gehen Sie einmal hinaus und fragen Sie die Leute, was sie vom Belastungspaket der Regierung halten. Hören Sie ihnen zu, und dann bilden Sie sich selbst die Meinung, ob das eine Animation, eine Förderung ist oder eine Behinderung. Die Antwort wird Ihnen die Bevölkerung sehr rasch und sehr eindeutig geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Rahmenbedingungen, die das Wirtschafts-

Dr. Lanner

klima verbessern: Das ist der Weg, den wir beschreiten müssen.

Dieser Mittelstandsbericht ist ein Schritt in eine richtige Richtung. Diesem Schritt müssen nun konkrete Maßnahmen folgen oder, anders ausgesprochen: Der Worte sind genug gewechselt, laßt endlich Taten folgen! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.48

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

17.48

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine, wie ich meine, bemerkenswerte — ich will nicht pathetisch sagen historische, aber doch bemerkenswerte — Premiere absolviert. Wir haben erstmalig praktisch einen vollen Arbeitstag lang über jenen Bereich der Wirtschaft gesprochen, von dem noch vor gar nicht allzu langen Jahren immer wieder in die Richtung diskutiert wurde: Hat der Kleinbetrieb, hat das Handwerk, hat der Mittelstand noch eine Zukunft oder nicht?

Es ist eine eigenartige und vielleicht in dieser Form nicht von allen erwartete Entwicklung, daß es offenbar erst einer gewissen Rezession, einer Aufdeckung der Struktur-schwächen unserer Wirtschaft bedurfte, bis man allgemein zur Erkenntnis gekommen ist, daß es gerade jener Mittelstand ist, daß es gerade jene kleinen und mittleren Unternehmen sind, die offenbar das Rückgrat der Wirtschaft besonders in kritischen Phasen bilden.

Ich möchte hier dem Herrn Kollegen Teschl und anderen meiner Herren Kollegen Vorredner, die gemeint haben: Na ja, ich weiß ja gar nicht einmal, was Mittelstand ist, was soll denn dieses Wort, das ist eine Ideologisierung, das ist eine Standes- und Klassenbildung, folgendes sagen: Der Begriff des Mittelstandes, unter dem wir eben jene kleinen und mittleren Unternehmen verstehen, über die heute auf Grund dieses Berichtes diskutiert wird, ist ein alter und nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa längst gängiger.

Ich habe selbst, meine Damen und Herren, Gelegenheit gehabt, im Rahmen des Europarates Berichterstatte des Europarates und der Wirtschaftskommission für das „Jahr des Mittelstandes“, lies das Jahr der kleinen und mittleren Unternehmen, zu sein. Das Jahr 1983 wurde sowohl von den Europäischen Gemeinschaften als auch dann im Anschluß,

möchte ich sagen, vom Europarat zum „Jahr des Mittelstandes“ erklärt.

Dem Herrn Kollegen Teschl möchte ich noch einmal sagen: Nirgends gab es ein Problem der Abgrenzung dieses Begriffes. Es sind die kleinen Unternehmen, die heute europaweit — und traditionell, möchte ich dazusagen — mit jenen Unternehmen gleichgesetzt werden, die etwa bis zu 100 Beschäftigte haben — ich gebe zu, das sind grosso modo gewisse Richtwerte —, und die mittleren Unternehmen, die gehen etwa bis 500 Arbeitnehmer. Auf dieser Basis werden im übrigen auch alle Statistiken, die die Bedeutung dieses Mittelstandes unterstreichen, erstellt.

Und nun kommt etwas, was nicht nur auf Österreich beschränkt ist, meine Damen und Herren, sondern was wir gesamteuropäisch fast ein Jahr lang in diesem „Jahr des Mittelstandes“ diskutiert haben, nämlich die Tatsache, daß der tatsächliche Konjunkturträger in einer europa- und zum Teil weltweiten rezessiven Phase gerade jene kleinen und mittleren Unternehmen waren, über die in diesem Lande so lange — und hier möchte ich das Wort erstmals verwenden — aus zum Teil ideologischen Gründen gelächelt oder zumindest hinweggesehen wurde.

Es war genau der Mittelstand und es waren genau die kleinen und mittleren Unternehmen, die in der kritischen Phase der europäischen und auch der österreichischen Entwicklung die Produktivität gehalten haben, die das Wachstum gehalten haben, die vor allem — und das ist ja das Kernproblem aller heutigen wirtschaftspolitischen Diskussionen — die Beschäftigung gesichert haben. Sie haben alle jene Daten, die da etwa sagen, daß in den letzten zehn Jahren die Großbetriebe aller verschiedenen Kategorien insgesamt in Österreich allein rund 40 000 Arbeitskräfte verloren haben, die aber weit überkompensiert wurden durch einen Zuwachs an Arbeitskräften gerade bei den mittelständischen Unternehmen. Meine Damen und Herren! Das, glaube ich, rechtfertigt mehr als nur Worte die Tatsache, daß wir gemeinsam in diesem Haus diesem Mittelstand unser besonderes Augenmerk schenken und daß wir gemeinsam heute diesen Bericht diskutiert haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zum Bericht selbst Stellung nehmen, wobei ich voll konzedere, daß er ein sehr interessantes Kompendium, eine sehr interessante Zusammenfassung aller Maßnahmen, eine Übersicht über alle in allen ver-

Dr. Blenk

schiedenen Wirtschafts- und Sozialbereichen bestehenden Förderungen, Sondermöglichkeiten, gesetzlichen Voraussetzungen ist. Aber eines, Herr Kollege Eigruher — und das möchte ich Ihnen sagen —, ist er sicher nicht: Er ist sicher nicht etwa dazu da und ist sicher nicht dazu geeignet, den kleinen und mittleren Unternehmen den Weg zu zeigen, wie sie in der Zukunft überleben können, wie Sie das gemeint haben. Ich würde eher meinen, daß der Bereich und der Teil, der die Maßnahmen selbst beinhaltet, eigentlich schon sehr dürftig ist.

Ich sage das nicht einmal als Vorwurf, weil ich es gar nicht erwartet habe, nur soll man es nicht hineingeheimnissen. Es ist im Maßnahmenbereich nur eines gesagt — das wurde schon erwähnt —: Wir erwarten die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas als eine Basis für ein qualitatives Wachstum. Ich kann nur sagen: Sehr wohl! Aber die Frage ist damit erst gestellt und nicht beantwortet, nämlich die Frage: Wie wollen Sie das machen?

Ein Wort noch zum Herrn Kollegen Teschl, weil er so emotionalisiert die Frage der Privilegien etwa für die verstaatlichte Industrie als eine nichtbestehende Tatsache bezeichnet hat.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich an jene eher seltsame Phase in der tragischen Entwicklung der verstaatlichten VEW-Werke, als es dazu kam, daß in Judenburg Arbeitskräfte freigesetzt werden mußten. Damals hat sich etwas abgespielt, was nun denn doch ziemlich eindeutig eine gewisse Privilegierung der Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie dokumentiert hat.

Damals wurden Arbeitskräfte freigesetzt. Private Unternehmer, darunter etwa einer aus meinem eigenen Bundesland, aus Vorarlberg, haben sich bereit erklärt, einen Teil der Arbeitskräfte zu übernehmen. Ich habe noch die „Arbeiter-Zeitung“ in Erinnerung, in der damals Sie, Herr Kollege Kokail, ich glaube, als Betriebsrat dieses Unternehmens — ich weiß nicht, ob er da ist — gesagt haben: Das kommt ja überhaupt nicht in Frage, daß private Unternehmer Arbeitskräfte aus einem verstaatlichten Unternehmen übernehmen, denn damit würden die in einem Maße benachteiligt und damit würden wir in einem Maße zweierlei Sozialberechtigungsträger haben, daß das — dieses Wort stand in der „Arbeiter-Zeitung“ — einem modernen Sklavenhandel gleichkäme.

Meine Damen und Herren! Wenn dem nicht so wäre, wie hier gelegentlich gesagt wird, daß es nun eben tatsächlich Privilegien gibt, dann wäre dieses Wort völlig danebengelegt. Ich sage das nur, um darzutun, daß wir hier doch zwei Bereiche haben.

Allerdings — und hier komme ich kurz zu Herrn Staatssekretär Schmidt —: Herr Staatssekretär, wir haben heute über die Begünstigung oder Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen im Bereiche der staatlichen Förderung gesprochen. Es wurde von Rednern meiner Fraktion etwa festgestellt, daß rund 86 Prozent aller direkten Förderungsmittel im Lauf der letzten Jahre für die Großunternehmen bereitgestellt wurden und nur etwa 14 Prozent für den klein- und mittelständischen Bereich, der andererseits rund 70 Prozent aller Beschäftigten aufnimmt und 70 Prozent der Lehrlingsplätze bereitstellt. Sie haben dann gesagt: Das stimmt nicht! Sie haben Zahlen gebracht, die für sich auch stimmen. Sie haben — ich glaube, das richtig zu sagen — von 2,4 Milliarden zu 10,6 Milliarden zugunsten der Privatwirtschaft gesprochen. Nur sind das zwei Paar Schuhe, Herr Staatssekretär; das wissen Sie auch. Wir sprechen hier nicht über die Verstaatlichte und die Private, sondern über Klein- und Mittelunternehmen. Und wenn Sie heute die Klein- und Mittelunternehmen als Teil der Privatwirtschaft bezeichnen, dann haben Sie natürlich recht, nur: dann gehen Sie am Thema der heutigen Diskussion vorbei.

Wir haben — ich halte das noch einmal fest — heute den mittelständischen Bereich zu diskutieren und nicht jenen privaten Bereich, der etwa jenseits der mittelständischen Grenzen liegt.

Aber ich möchte noch ein weiteres Wort zu den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs Schmidt sagen. Er hat etwa zum hier behandelten Thema General Motors, das sehr kritisch betrachtet wurde, gemeint, das ist genau umgekehrt, denn dort haben Zulieferbetriebe mit insgesamt 2 000 Menschen für 800 Millionen Schilling Zulieferungsaufträge erhalten. Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahlen haben, Herr Staatssekretär. Mag sein, daß die Betriebe, die Zulieferungen ausführen, insgesamt 2 000 Menschen beschäftigen, aber ich glaube, auch Ihnen wird klar sein, daß die Wertschöpfung, die sich für 2 000 Beschäftigte ergeben müßte, bei unserem heutigen Durchschnitt denn doch höher sein müßte als 800 Millionen.

Dr. Blenk

Herr Staatssekretär! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Wenn dieser Bericht für die Zukunft einiges bringen würde und hoffentlich in fernerer Zukunft auch einiges bringt, möchte ich nur auf einen Punkt verweisen, der nach einer Untersuchung, die kürzlich über die Situation der mittelständischen Betriebe vorgelegt wurde, das größte Wachstumshindernis für den ganzen mittelständischen Bereich ist, nämlich den Mangel an Information. Ich möchte das nur anreißen und möchte Sie bitten, daß Sie dieser Frage einmal, Herr Vizekanzler und meine Damen und Herren von der Linken, einige Beachtung schenken.

Es wurde zum Beispiel festgehalten, daß die größten Probleme im mittelständischen Bereich darin liegen, daß die Betriebe zuwenig Information haben, daß sie zuwenig Außenkontakte haben, daß die Information als betriebliche Funktion in den kleinen und mittleren Betrieben kaum einmal professionell betrieben wurde und wird, daß die Informationsmängel in vielen Bereichen bestehen und sich daraus eine wesentliche Benachteiligung ergibt, von der mangelnden Rechtskenntnis angefangen, weil eben die meisten der Gesetze so konzipiert sind, daß sie fast nur ein Großunternehmen mit großer Administration verarbeiten kann.

Hier kommt, meine Damen und Herren, jenes große Problem der Überbürokratisierung und damit der zusätzlichen Belastung herein, die fehlende Infrastruktur, etwa im Bereiche der Dienstleistungen, Schwierigkeiten, von Prospekten angefangen über Geräte- und Maschinentests bis zum Erfassen und Erarbeiten ausländischer Märkte, Informationsmängel auch im Innovationsbereich, die ich nur mit einem Schlagwort sage: im Zulieferwesen die mangelnde Chancengleichheit, vor allem etwa bei der Fertigungsüberleitung, wo die Kosten einfach für viele Klein- und Mittelbetriebe zu hoch sind.

Ich möchte das nicht weiter ausführen. Nur eines möchte ich der Frau Kollegin Wörndl hier sagen: Sie hat einen Satz ausgesprochen, bei dem ich eigentlich verständnis- bis fast fassungslos dagestanden bin. Sie hat etwa gemeint: Es ist eine glatte Illusion, wenn man heute so tut, als wäre die Mehrbelastung durch Steuern einer der wesentlichen Gründe für den Eigenkapitalmangel. Meine Damen und Herren, was ist es denn sonst?

Und jetzt komme ich zu einem anderen Problem, das ich auflösen möchte, nämlich die mehrfach bekrittelte angebliche Widersprüch-

lichkeit, daß Vertreter meiner Fraktion und die Vertreter vor allem der mittelständischen Wirtschaft in diesem Hause gesagt haben: Wir haben zuviel Staat!, und dann gleichzeitig bemängeln: Aber wir kriegen zuwenig Förderung! Das mag für manche, die nicht näher hinhören, ein Widerspruch sein. Aber ich sage Ihnen meine Meinung dazu, meine Damen und Herren:

Das Problem liegt darin, daß wir gerade wegen dieser gigantischen Belastung, wegen dieses gigantischen ständigen Wachstums des Abziehens aller Erträge ein ständiges Rückgehen der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten — lies: der Eigenkapitalbasis — haben, daß wir als Folge dieser gigantischen Belastung heute kein Unternehmen mehr haben, das die notwendigen Investitionen allein durchführen kann, und daß als Folge dieser unguten Entwicklung diese von uns allen nicht als optimal angesehene und trotzdem notwendige Förderungspalette besteht.

Ich möchte hoffend abschließen, daß die heutige Diskussion, daß dieser heutige Bericht und die Erkenntnisse, die aus der Diskussion gezogen wurden, für die Regierung und für dieses Hohe Haus Anlaß dazu sein werden, die ganze Breite und die ganze Palette der Notwendigkeiten zu einer Förderung des konjunktur- und beschäftigungstragenden Mittelstandes tatsächlich neu zu überlegen und zu verbessern.

Ich wiederhole die Punkte: Mangel an Eigenkapital, Fehlen geeigneter Finanzierungsinstrumente, zunehmende Bürokratisierung, Verunsicherung im Sozial- und Steuerbereich und so weiter, und möchte, meine Damen und Herren, die Hoffnung aussprechen, daß die heutige Debatte — wie schon gesagt — den mittelständischen Unternehmen und damit der Beschäftigungs- und Wirtschaftslage in diesem Lande einen neuen Auftrieb und vor allem auch eine neue Anerkennung verschafft. — Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP und beim Abgeordneten Pfeifer.)* 18.02

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen, und der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-34 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Mag. Minkowitsch

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Graf, Braun, Grabher-Meyer und Genossen betreffend unhaltbare Situation im LKW-Verkehr.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 15)

Wir gelangen ferner zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Sallinger und Genossen betreffend Entbürokratisierung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag 78/A der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (224 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag 78/A der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (224 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Preiss. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Preiss: Hohes Haus! Herr Präsident! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (78/A).

Die genannten Abgeordneten haben in der Sitzung des Nationalrates am 26. Jänner 1984 den obgenannten Initiativantrag, der dem

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zugewiesen wurde, eingebracht.

Diesem Gesetzesantrag liegen Erwägungen zugrunde, den Zugang ausländischer Studierender an die Universitäten und Hochschulen unseres Landes gewissen notwendigen Beschränkungen zu unterwerfen. Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geht vom Grundsatz aus, daß ausländische Studierende an österreichischen Universitäten und Hochschulen als ordentliche Hörer inskribieren können, wenn ihnen dies auch an den Universitäten und Hochschulen ihres eigenen Landes möglich wäre. Für diesen Personenkreis gibt es faktisch keine Beschränkungen des Studiums an österreichischen Universitäten und Hochschulen.

Von diesem Grundsatz gibt es jedoch einige in § 7 Abs. 11 geregelte Ausnahmen, die insbesondere im Interesse der in Österreich ansässigen Ausländer in das Gesetz aufgenommen wurden. Immer wieder unternehmen jedoch Personen, die nicht diesem begünstigten Personenkreis angehören, den Versuch, im Wege der genannten Bestimmungen doch den Zugang zu österreichischen Hochschulen zu finden. Der gegenständliche Antrag unternimmt es daher, in zwei Fällen auf Grund von Rechtsänderungen in anderen Rechtsbereichen sowie neuen Praktiken eröffnete Umgebungsmöglichkeiten einzuschränken.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 21. Feber 1984 in Verhandlung genommen. Nach eingehender Debatte brachten die Abgeordneten Dr. Nowotny und Dipl.-Vw. Dr. Stix einen Abänderungsantrag ein, der dem Bericht, der in Ihren Händen ist, angeschlossen ist.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der Fassung des Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zum schriftlichen Bericht 224 der Beilagen ist noch eine Berichtigung anzubringen. Anstelle der letzten Zeile auf Seite 8 mit dem Wortlaut: „Der bisherige Artikel II erhält die Bezeichnung Artikel III“, ist der gesamte Text wiederzugeben. Dieser lautet:

„Artikel III

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Februar 1984 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetz-

Dr. Preiss

zes ist der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betraut.“

Im Reindruck des Ausschlußberichtes wird dieser Wortlaut selbstverständlich enthalten sein.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschluß für Wissenschaft und Forschung somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Herr Präsident, falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

18.09

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute hier einen Initiativantrag zur Novellierung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes, der mit einem relativ umfassenden und eigentlich die wesentlichen Punkte darstellenden Abänderungsantrag ausgestattet ist, zu diskutieren und werden diesen dann, wie ich hoffe, auch in weitgehender Einmütigkeit beschließen.

Es geht bei dieser Regierungsvorlage im wesentlichen um drei Bereiche: Es geht zunächst darum, die Probleme der Exmatrikulation, das heißt, des Erlöschens der Immatriculation, neu zu regeln. Zum zweiten geht es um den wesentlichen Teil, nämlich um die Änderung der Hochschulzulassung für ausländische Hörer. Und zum dritten geht es um die Problematik von Fristen bei der Ablegung von Prüfungen oder bei der Einreichung von Diplomen und Dissertationen.

Zum ersten, meine Damen und Herren, zur Exmatrikulation, das heißt das Erlöschen der Einschreibung an den Hochschulen. Sie tritt derzeit nach dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz generell verständlicherweise etwa nach erfolgreichem Abschluß des Studiums, bei einer ausdrücklichen Erklärung des Verlassens der Hochschule oder bei einem totalen Mißerfolg des Studenten und außerdem dann ein, wenn mit Sicherheit

angenommen werden kann, daß das Studium nicht mehr ordnungsgemäß abgeschlossen werden kann. Dies wird nun nach dem Gesetz angenommen, wenn der Hörer die Studien länger als zwei Semester unterbricht, das heißt, wenn er weder inskribiert noch Prüfungen ablegt. Diese Frist wird unterbrochen, wenn wichtige Gründe vorliegen, und als solche sind derzeit vorgesehen: Krankheit, Schwangerschaft und unvorhergesehene oder unabwendbare Ereignisse, die nicht vom Hörer verschuldet wurden.

In der Praxis hat sich immer wieder ergeben, daß dieser Begriff der unabwendbaren Ereignisse unterschiedlich interpretiert wurde. Diese Novelle soll nun vorsehen, daß wichtige Gründe, also unabwendbare Ereignisse unter anderem, speziell, im übrigen der Praxis der Einschreibungs- und Universitätstechnik entsprechend, Berufstätigkeit und familiäre Verpflichtungen sind.

Der Hauptteil und — ich darf das so sagen — der unmittelbare Anlaß für diese Novelle jedoch, meine Damen und Herren, liegen in einer Neuregelung oder sagen wir besser in einer Klarstellung der Universitäts- oder Hochschulzulassung ausländischer Hörer.

Ich möchte hier grundsätzlich und ohne Einschränkung feststellen, daß sich Österreich immer zur Notwendigkeit und natürlich auch Wünschbarkeit internationalen Studienzuganges und Studienaustausches bekannt hat. Trotzdem ist es notwendig gewesen, etwa für Studenten solcher Nachbarstaaten, in denen ein Numerus clausus, also eine Zugangsbeschränkung, besteht, eine gewisse Regelung und auch Beschränkung in Österreich vorzusehen. So ist es derzeit so, daß Ausländer grundsätzlich an einer österreichischen Universität nur dann inskribieren dürfen, wenn sie das auch im eigenen Land tun können, mit einigen Ausnahmen, die speziell für Ausländer, die in Österreich leben, getroffen wurden. Es ist also etwa vorgesehen, daß derzeit die Ausländer dann, wenn sie in Österreich unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind, wie Inländer behandelt werden.

Nun ist dieser Begriff der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht ein weitgehend abstrakter. Er wird zum Beispiel nach Entscheidungen oberster Gerichte schon dann erwirkt und erworben, wenn etwa in Österreich ein Nebenwohnsitz besteht, ja selbst dann, wenn in Österreich nur eine Ferienwohnung besteht. Das hat — und das muß man hier ganz offen sagen — dazu geführt, daß unter Ausnützung oder — sagen wir es offen

Dr. Blenk

— unter Umgehung dieser vom Gesetzgeber vorgesehenen Absichten nun eine ganze Reihe, nämlich bis in die Hunderte gehende Bestätigungen bei den Universitäten, vorgelegt wurden und noch werden, wonach die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht besteht. Sie besteht theoretisch schon dann, wenn der Student hier, wie ich schon gesagt habe, ein Grundstück oder eine Wohnung oder sonst etwas hat.

Nun soll diese Umgehung dadurch verhindert werden, daß in dieser Regelung, die wir hier vorschlagen, auch verlangt wird, daß der betreffende Studienwerber in Österreich nicht nur unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist, sondern auch den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen in Österreich hat; eine Formulierung, die nicht neu ist, die in den meisten Doppelbesteuerungsabkommen schon vorkommt.

Weiters ist eine zweite Umgehung üblich geworden, die ebenfalls saniert werden soll. Es ist nämlich dann der Ausländer einem Inländer gleichgestellt, wenn er Inhaber oder Bezieher eines Stipendiums einer inländischen Gebietskörperschaft oder auch einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft ist. Nun hat sich auch hier im Bereich öffentlich-rechtlicher Körperschaftsstipendien — gemeint vor allem etwa der verschiedenen Kammern — eine nicht im Sinne des Gesetzgebers liegende Umgehungspraxis herausgebildet, sodaß eine der Änderungen dieses Antrages dahin geht, daß künftig nur mehr Stipendien öffentlicher Gebietskörperschaften als Gleichstellungskriterium gelten.

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren, der eine Art Flexibilitätsklausel beinhaltet, ist: Es soll nämlich vorgesehen sein, daß dann, wenn besonders berücksichtigungswürdige Interessen für irgendeinen ausländischen potentiellen Hörer oder humanitäre Interessen bestehen, dieser Ausländer zum Studium zugelassen wird.

Hier hat nun meine Fraktion, meine Damen und Herren, bei aller Anerkennung des grundsätzlich wichtigen Anliegens insoweit Bedenken, als die Entscheidung darüber nicht von den Universitäten im Rahmen ihrer eigenen Autonomie, sondern vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung getroffen werden soll. Wir sind hier der Meinung, daß — ich wiederhole das — bei aller Notwendigkeit der Schaffung von solchen Ausnahmemöglichkeiten die Entscheidung darüber den Universitäten im Rahmen ihrer autonomen Kompetenz zustehen soll. Das ist auch der

Grund, warum ich dann anschließend einen Antrag auf getrennte Abstimmung vorbringen werde.

Schließlich sind im zweiten Teil noch eine Reihe von Friständerungen enthalten, über die dann, glaube ich, meine Kollegen sich näher äußern werden. Dieses gesagt, meine Damen und Herren, möchte ich nur zwei kurze Anträge zum Schluß einbringen.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Blenk, Dr. Seel, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen zu Antrag der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (78/A), in der Fassung des Ausschlußberichtes (224 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

In Art. I Z. 7 hat der zweite Satz des neu gefaßten § 30 Abs. 3 zu lauten:

„Innerhalb dieser Grenzen sind die Reprobationsfristen nach Art der Prüfung und deren Fachgebiete sowie unter Berücksichtigung der Gründe für das Nichtbestehen einer Prüfung beziehungsweise für die Nichtannahme einer wissenschaftlichen Arbeit von Einzelprüfern, Prüfungssenaten, Begutachtern oder vom Fakultätskollegium (Abs. 1) festzusetzen.“

Außerdem bringe ich, wie schon angedeutet, das Verlangen der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen nach getrennter Abstimmung gemäß § 65 Abs. 6 der Geschäftsordnung zu 78/A Antrag der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird, in der Fassung des Ausschlußberichtes (224 der Beilagen), vor.

Gemäß § 65 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, hinsichtlich Art. I Z. 5 getrennt abzustimmen.

Ich danke, Herr Präsident. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.18

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Der verlesene Abänderungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Präsident Mag. Minkowitsch

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Seel. Ich erteile es ihm.

18.18

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist ein Grundprinzip österreichischer Bildungspolitik, den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen, auch zu allen Universitäts- und Hochschulstudien für alle Interessierten und Befähigten zu sichern. Das Recht auf Bildung — die Hochschulbildung eingeschlossen — ist verfassungsmäßig gewährleistet. Bei der Festsetzung von Voraussetzungen des Hochschulzugangs für Inländer dürfen schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nur Bildungsvoraussetzungen definiert, nicht jedoch bildungspolitische Steuerungsmechanismen zum Einsatz gebracht werden.

Zugangsbeschränkungen, ein Numerus clausus, müssen ausgeschlossen bleiben und werden auch allgemein abgelehnt. Man setzt auf Information, auf Beratung und auf Aufklärung über spätere Möglichkeiten im Beschäftigungssystem, um die Studenten in ihren Entscheidungen über die Studienlaufbahn zu beeinflussen, nicht aber, um ihnen Entscheidungen vorzugeben oder aufzuzwingen.

Zweifelloos sind diese Maßnahmen nicht immer kurzfristig wirksam, vor allem dann nicht, wenn die Attraktivität bestimmter akademischer Berufe ungebrochen sehr groß ist, nicht zuletzt dann, wenn Engpässe in der Befriedigung der Nachfrage immer noch erlebt werden und Einkommensverhältnisse über dem Durchschnitt vergleichbarer akademischer Berufe liegen. Das gilt zweifelloos für den Ärzteberuf und kann den Zustrom zum Medizinstudium im Inland und im Ausland erklären.

Zahlreiche Länder Europas haben mit ihrer Bildungspolitik andere Wege eingeschlagen. Sie versuchen, Kapazitätsengpässe an Hochschulen und zu erwartende überhöhte Absolvenzahlen durch restriktive Bestimmungen über die Zulassung von Maturanten zu einzelnen Studienrichtungen zu kontrollieren. Diesen Weg ist insbesondere unser Nachbar, die Bundesrepublik Deutschland, gegangen. Der Numerus clausus wird oder wurde dort über Notendurchschnitte in den Maturazeugnissen exekutiert.

Zu welch wenig befriedigenden Lösungen man hier kommt, welche Schwierigkeiten entstehen, zeigen etwa die Beschlüsse der westdeutschen Kultusministerkonferenz zur Neu-

regelung des Zulassungsverfahrens zu den medizinischen Studiengängen ab 1986. 10 Prozent der Studienplätze werden durch Zentralstellen vergeben, 45 Prozent auf Grund einer Kombination von Abiturnoten und Aufnahmetestergebnissen, 10 Prozent nur nach Aufnahmetestergebnissen, 15 Prozent auf Grund eines Auswahlgesprächs mit den Universitätslehrern, zu dem die Bewerber durch Los zugelassen werden, und schließlich 20 Prozent nach den Wartezeiten auf den Studienzugang.

Um den freien Studienzugang in Österreich weiterhin zu sichern und um nicht von ausländischen Studienbewerbern, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, die in ihren Heimatstaaten nicht zum Studium zugelassen werden, überschwemmt zu werden, sind für Ausländer auch in Österreich Zugangsbeschränkungen notwendig. Diese sollen aber nicht den internationalen Studienaustausch verhindern, der für Österreich ebenfalls ein wichtiges Grundprinzip der Hochschulbildung darstellt, sondern nur an den österreichischen Universitäten für die ausländischen Studenten die gleichen Zugangsregelungen herstellen, die in deren Heimatstaaten bestehen.

Diese Absicht wurde bereits bei der Novellierung des AHStG 1981 verwirklicht. Ursprünglich kannte das AHStG ja mangels Notwendigkeit diese Bestimmung nicht.

Neben dieser Maßnahme, daß nur die Voraussetzungen für das Studium im Heimatland auch in Österreich den Studienzugang ermöglichen, werden dann noch in einer langen Liste notwendige Gleichstellungsregelungen aufgezählt, ebenfalls beschlossen 1981, wodurch ausländische Personen hinsichtlich des unbehinderten Studienzuganges mit den österreichischen inländischen Studienbewerbern gleichgestellt wurden. Mein Vorredner hat diese Dinge bereits angeführt. Ich kann mir die Wiederholung aus Zeitgründen ersparen. Die Maßnahmen, die getroffen wurden, konnten sicherstellen, daß trotz alledem rund 10 Prozent der Hörer an den österreichischen Hochschulen Ausländer sind. Die Studienrichtungen Medizin, Technik und Bodenkultur sind besonders und überdurchschnittlich vertreten.

Diese Bestimmungen zur Gleichstellung erwiesen sich in letzter Zeit insbesondere infolge der ebenfalls bereits angesprochenen Rechtsänderung in anderen Bereichen als nicht mehr ausreichend, Mißbräuche hintanzuhalten. Dem soll nun durch die vorliegende neuerliche Novellierung des Allgemeinen

Dr. Seel

Hochschul-Studiengesetzes vorgebeugt werden, wobei die Motive die gleichen geblieben sind, die bereits der Novellierung 1981 zugrunde lagen.

In Zukunft soll die Gleichstellung nicht mehr nur durch die unbeschränkte Einkommensteuerpflichtigkeit in Österreich erbracht werden. Diese ist ja bereits gegeben, wenn ein Nebenwohnsitz in Österreich besteht oder eine regelmäßige Ferienunterkunft. Auf diese Personengruppe zielt jedoch der § 7 Z. 11 e nicht, sondern gleichgestellt sollten ja nur Ausländer werden, die tatsächlich in Österreich ihren ständigen Hauptwohnsitz haben. Dies soll nun in Zukunft durch die Bestimmung im Gesetz gesichert werden, daß neben Einkommensteuerpflichtigkeit auch der Mittelpunkt der Lebensinteressen in Österreich liegen muß. Wie bereits aufgewiesen, stammt dieser Begriff aus den Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung und wird analog zu diesen Regelungen verstanden. Ausgedrückt wird dies etwa durch die Zulassung des Kraftfahrzeuges, durch Schulbesuch der Kinder in Österreich und ähnliche Indikatoren.

Weiters wird die Gleichstellung durch die Stipendienvergabe, § 7/11 g, modifiziert. Solche die Gleichstellung bewirkende Stipendien können in Zukunft nur von den Gebietskörperschaften vergeben werden, nicht mehr von anderen Körperschaften öffentlichen Rechts, wobei jedoch alle Gebietskörperschaften weiterhin in diesem Stand bleiben, solche Stipendien vergeben zu können.

Durch die Aufnahme eines neuen § 7 Z. 11 m soll schließlich über die Form der automatischen Gleichstellung hinaus die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Bundesminister in Fällen eines besonderen staatspolitischen oder humanitären Interesses eine Gleichstellung eines Ausländers mit den Inländern bestätigen kann. Anträge könnten von den Körperschaften des öffentlichen Rechts gestellt werden, aber es soll auch ein Antragsrecht des Interessenten selbst bestehen.

Diese Regelung, die offensichtlich von der ÖVP nicht akzeptiert werden kann, wie ich dies dem Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Blenk entnehmen kann, ist aber — glaube ich — notwendig, weil hier ein Problem aufgegriffen wird, das bisher unzureichend gelöst war. Nochmals: Es können ja Gründe für Gleichstellungen vorliegen, die im besonderen Interesse der Republik Österreich gelegen sind oder bei denen humanitäres Interesse durch

die übrigen Regelungen nicht gewahrt wird. Es mußte bisher immer der indirekte Weg über Initiierung eines Stipendiums durch irgendeine der Körperschaften gegangen werden.

Diese Interessen, meine ich, können aber nur von einer Instanz wahrgenommen werden, die vom Gesetzgeber auch tatsächlich kontrolliert werden kann. Und der Bundesminister kann vom Parlament in seiner Ministerverantwortung angesprochen werden und hat seine diesbezüglichen Entscheidungen auch zu rechtfertigen. Die von der ÖVP ja schon bei der Ausschlußberatung vorgeschlagene Regelung, diese Kompetenz an die Rektoren der Universitäten zu delegieren, scheint mir nicht zielführend zu sein. Es sprechen eine ganze Reihe von Gründen dagegen.

Die Rektoren entscheiden auch heute nicht über Gleichstellungen. Ihre Zuständigkeit bezüglich der Immatrikulation gemäß § 4 Z. 1 des AHStG wird nicht beeinträchtigt, bleibt in der bisherigen Form bestehen. Eine Gleichstellungskompetenz bestand auch bisher nicht.

Der Gesetzgeber drückt ja meines Erachtens durch die detaillierte Aufzählung der Gleichstellungsfälle aus, daß eine solche Kompetenzverlagerung zur Universität, in den autonomen Bereich der Universität systemfremd wäre. Sonst hätte ja der Gesetzgeber schon beim ersten Novellierungsanlauf eine Generalvollmacht an die Rektoren als die überhaupt bequemste Lösung gewählt und hätte sich nicht dazu verstanden, eine solche lange Aufzählung der ganz konkreten Fällen vorzunehmen, um sich hier sozusagen diese Entscheidungskompetenz selbst zu sichern.

Das gesamtstaatliche Interesse, das Interesse der Republik, kann meines Erachtens auch von den Rektoren weniger gut beurteilt werden als vom Bundesminister. Entscheidungen des Bundesministers — das habe ich vorhin schon aufgewiesen — sind gegenüber dem Parlament zu verantworten, nicht aber haben Rektoren ihre Entscheidungen gegenüber dem Parlament zu verantworten.

Außerdem würde bei der Verschiebung in den autonomen Kompetenzbereich der Universität auch wirksam werden, daß der Rektor einer bestimmten Universität mit gesamtösterreichischer Wirksamkeit eine solche Entscheidung trifft, also nicht nur für seine eigene Universität entscheiden würde, sondern durch diese Entscheidung die Immatri-

Dr. Seel

kulation an jeder österreichischen Universität eröffnen würde.

Außerdem würde die Handhabung der Gleichstellungsentscheidungen durch die Rektoren sicher zu unterschiedlichen Entscheidungen führen, was nicht wünschenswert wäre und eventuell ein unerwünschtes Konkurrenzsystem bezüglich des leichteren oder schwierigeren Erreichens der Gleichstellungen an verschiedenen Universitäten oder Hochschulen bewirken würde.

Außerdem glaube ich, daß die Körperschaften öffentlichen Rechts, die ja nun diese Kompetenz der Stipendienvergabe nicht mehr direkt haben, ihre Anliegen bei einer zentralen Anlaufstelle besser durchsetzen können als bei den einzelnen Rektoren, bei denen sie in ihrem Interesse dann vorstellig werden müßten.

Ich glaube, daß daher diese im § 7 Z. 11 lit. m vorgesehene Regelung dem Problem am besten gerecht wird, und ich würde die ÖVP doch einladen, sich ihren Standpunkt dazu noch einmal zu überlegen.

Neben den Modifikationen hinsichtlich der Gleichstellung von Ausländern enthält die AHStG-Novelle noch einige Prüfungszeit- und Anrechnungsbestimmungen, also Fristen, die das Studium reglementieren.

Die Maßnahmen, die in der Novelle vorgesehen sind, sollen die Freiheit und die Selbstverantwortung der Studierenden bei der Studienplanung und der Studiengestaltung erhöhen, gleichzeitig aber auch für verschiedene Studienrichtungen besondere Regelungen erlauben, die den fachspezifischen Notwendigkeiten besser Rechnung tragen können als allgemeine Rahmenbestimmungen. Auch administrative Vereinfachungen würden sich durch diese Maßnahmen ergeben.

Diese Maßnahmen wurden von der Studienreformkommission des Akademischen Rates geprüft und befürwortet, sodaß auch von dieser Seite her die Anerkennung der Notwendigkeit besteht.

Ich möchte auf die einzelnen Punkte angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht weiter eingehen. Kollege Dr. Blenk hat auch schon auf den Abänderungsantrag verwiesen, der gemeinsam eingebracht wird und nur eine stilistische Korrektur eines Satzes mit sich bringt.

Ich darf daher bereits zum Schluß kommen

und die vorgeschlagenen Änderungen des AHStG als insgesamt wichtige Verbesserungen der studienrechtlichen Bestimmungen kennzeichnen und ausdrücken, daß die sozialistische Fraktion daher dem Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschulstudien-gesetz geändert wird, in der vorliegenden Form zustimmen wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.32

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Höchtl. Ich erteile es ihm.

18.32

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! In der nun vorliegenden Novelle zum AHStG werden, wie meine Vorredner zum Ausdruck gebracht haben, zwei Bereiche behandelt. Ich möchte zu beiden Bereichen einige Klarstellungen aus der Sicht der Volkspartei treffen.

Was die Zugangsregelung für Ausländer zu Universitäten in Österreich anbelangt, haben wir in den letzten Monaten eine Fülle von Fällen erleben müssen, wo man tatsächlich gewisse Bestimmungen umgangen hat, die zu einer dringenden Regelung hier im Nationalrat Anlaß gegeben haben. Um nur eine einzige Universität zu erwähnen: Allein in Graz wollten sich rund 300 Personen aus der Bundesrepublik den Zugang zur medizinischen Fakultät verschaffen in Umgehung oder in Ausnützung von Gesetzeslücken, was wir ganz einfach nicht akzeptieren können. 300 Fälle in einem Semester bedeuten eine enorme Anzahl. Es waren insbesondere zwei Vorgänge: Einerseits ist kurzfristig die Möglichkeit geschaffen worden, durch die Wahl eines Wohnsitzes beispielsweise der Eltern einen Monat vor der Inskription eine unbeschränkte Steuerpflicht zu erlangen und damit sozusagen die Zugangsmöglichkeit zu erhalten. Andererseits ist ein Weg beschritten worden, zu dem sich auch eine Körperschaft öffentlichen Rechtes hergegeben hat und der äußerst bedenklich war, indem gewisse Beträge als Spenden gegeben worden sind und gleichzeitig dafür dieser Person im Rückfluß ein Stipendium gegeben worden ist, was natürlich mit sich gebracht hat, daß er als Stipendienempfänger nun das Recht hat zu inskribieren und zu immatrikulieren. Aber das kann doch wirklich nicht der Weg sein, den wir in Österreich akzeptieren wollen.

Wenn wir nun diese Regelung in einem Dreiparteienweg finden, dann heißt das nicht, daß wir unser generelles System der sehr

Dr. Höchtl

starken Offenheit Ausländern gegenüber ändern. Es ist doch — das möchte ich betonen — sicherlich eine große Leistung der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen, wenn rund 10 Prozent sämtlicher Studierenden Ausländer sind. 10 Prozent, das sind rund 12 000 bis 13 000 Ausländer, von denen ein Großteil zweifellos aus der Bundesrepublik Deutschland kommt — rund 25 Prozent —, aus Italien kommen rund 20 Prozent, aus den Entwicklungsländern sogar rund 37 Prozent. Diese Zahlen deuten darauf hin, daß wir in Österreich zweifellos ein großes Interesse und eine große Bereitschaft hatten, Ausländern, insbesondere auch solchen aus den Entwicklungsländern, unsere Möglichkeiten der universitären Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß mit der Verstopfung der Umgehungsmöglichkeiten ein richtiger Schritt gesetzt wird und Fairneß allen anderen gegenüber gewährleistet ist.

Der zweite Bereich, der die Neuregelung von gewissen Fristen anbelangt — und das möchte ich besonders betonen —, ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß seit Jahren seitens der Hochschülerschaft — meines Erachtens berechtigterweise — auf eine derartige Novellierung gedrängt wird. Es war nicht zuletzt der Wissenschaftssprecher der Volkspartei, unser Kollege Dr. Neisser, der sich schon zur Zeit der Ministerschaft von Frau Dr. Firnberg hinter diese Forderung der Hochschüler gestellt hat und der auch unmittelbar nach Amtsübernahme von Dr. Fischer in Form einer parlamentarischen Anfrage versucht hat, diesem berechtigten Begehren mit seiner Unterstützung den nötigen Rückhalt zu geben.

Diese Punkte, die sowohl vom Kollegen Blenk als auch vom Kollegen Seel erwähnt worden sind — teils sinnvolle Novellierungen von Fristen, teils ein Wegfall von Fristen —, dienen dem, was sich die österreichischen Studenten für ein besseres Fortschreiten ihres Studiums berechtigterweise wünschen. Dazu sagen wir von der Österreichischen Volkspartei jeweils ein klares Ja.

Obwohl wir diese Novellierung durchführen, glaube ich doch, daß vieles von dem, was bei den Hochschülern noch an Wünschen vorhanden ist, bald in einer größeren Novelle zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz Platz finden muß beziehungsweise in einer Novelle tatsächlich bearbeitet werden muß.

Wenn wir im Ausschuß Einigung darüber erzielt haben, heißt es auch, unsererseits die Forderung aufzustellen, daß im Wissen-

schaftsministerium für die restlichen Bereiche möglichst bald die Vorbereitungen getroffen werden, weil es sehr vieles im gesamten Studienrecht gibt, das notwendigerweise novelliert werden muß, um auch hier im Interesse der Studenten eine baldige befriedigende Lösung zu finden.

Was noch die Kritik des Kollegen Seel zu dem anbelangt, was Kollege Blenk mit dem Abänderungsantrag eingebracht hat, möchte ich auch eine Klarstellung treffen, warum wir dafür sind, daß in Ausnahmefällen die Rektoren die Zuständigkeit für die Aufnahme ausländischer Studenten haben sollen.

Erstens sind wir dafür, weil es dem System in Österreich entspricht, daß jeweils diese Kompetenz bei den Rektoren liegt. Zum zweiten sind wir dafür, weil wir im Sinne einer entsprechenden Aufrechterhaltung der Autonomie der Universitäten das befürworten, und drittens sind wir dafür, weil die Rektoren selbst sich Richtlinien erarbeitet haben, die ein einheitliches Vorgehen in all diesen Fällen gewährleisten würden.

Das heißt, die Argumentation, daß der Minister unbedingt erforderlich wäre, um eine einheitliche Vorgangsweise zu gewährleisten, ist nicht richtig, wenn man die Beschlüsse der Rektorenkonferenz kennt.

Wir stimmen daher der Regelung zu, daß diese Umgehungsmöglichkeiten für Ausländer tatsächlich beseitigt werden, wir stimmen auch der Regelung über die Neuordnung beziehungsweise den Wegfall von Fristen zu, haben aber auf Grund der Sachlage den berechtigten Abänderungsantrag gestellt, daß nicht der Minister, sondern die Rektoren in ihrem autonomen Bereich in Ausnahmefällen die Entscheidung treffen können, für Ausländer den Zugang zu österreichischen Universitäten zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.41

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Kabas. Ich erteile es ihm.

18.41

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Novelle zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz, die wir heute beschließen werden, verfolgt im wesentlichen zwei Ziele: Einerseits will man rasch einem Mißbrauch des § 7 Abs. 11 einen wirksamen Riegel verschieben, und andererseits sollen gleichzeitig damit Änderungen bei der Regelung der Fristen herbeigeführt werden,

Mag. Kabas

welche im Zuge des Begutachtungsverfahrens größtenteils begrüßt wurden.

Die Abstellung bisher beobachteter Mißstände bei der Gleichstellung von ausländischen und inländischen Studienbewerbern bedeutet — das möchte ich betonen — keine Abwehrhandlung gegen Ausländer. Wir bekennen uns zur Weltoffenheit unserer hohen Schulen und sehen die Begrenzung nur dort, wo die Studienmöglichkeiten für Inländer zu knapp werden.

Da der Herr Bundesminister dankenswerterweise im Sinn einer einvernehmlichen Lösung bereit war, die anfallenden Materien nochmals mit allen drei Wissenschaftssprechern auszudiskutieren, konnte man annehmen, daß einem Dreiparteienantrag nichts im Wege stehen wird.

Dem war erstaunlicherweise jedoch nicht so, denn die Vertreter der ÖVP waren entgegen ihrer ursprünglichen Zustimmung dann doch nicht mit allem einverstanden, obwohl der vorliegende Initiativantrag, wenngleich er auch sicher keine umfassende große Novelle darstellt, doch einige grundlegende Verbesserungen für die Studierenden bringt. Ich stelle aber mit Genugtuung fest, daß die ÖVP anscheinend doch im letzten Moment noch eingelenkt hat.

Hier soll auch gleich eines festgestellt werden: Die Änderungen des § 20 Abs. 3, des § 30 Abs. 3 und der Entfall von § 31 AHStG wurden angestrebt, weil man nach langen Diskussionen in der Studienreformkommission übereingekommen war, daß die derzeitigen Regelungen unklar und zu starr waren.

Die nun gefundene Formulierung des § 20 Abs. 3 hält zwar weiterhin an der Gliederung des Studiums in Studienabschnitte fest, läßt jedoch bereits auf der Ebene des AHStG den Studierenden etwas mehr Freiheit. Denn sie geht von der Kann-Bestimmung weg und läßt eine abschnittübergreifende Prüfungsmöglichkeit zu, zwingt also den Studenten nicht so sehr in eine vorgeschriebene Bahn.

Letzteres widerspricht ja eigentlich nach unserer Auffassung einem Universitätsstudium. Denn wenn auch vom Gesetz her gewisse Grenzen, Rahmen gesetzt werden müssen, soll an der Universität doch ein allzu schulmäßiger Ablauf verhindert werden.

Daher würde sich die ÖVP, die immer wieder, zum Teil sicher berechtigt, auf die Gefahr der Verschulung hinweist, selbst widerspre-

chen, wenn sie diesen Teil des Antrages ablehnte. Sie hat das auch, wie ich gehört habe, mittlerweile eingesehen. Sie wäre dabei auch wohl kaum auf das Verständnis der Studierenden gestoßen, wenn sie sich gegen strukturelle Verbesserungen gestellt hätte.

Das gleiche gilt für den Entfall des § 31. Dieser Paragraph bestimmt derzeit den Verfall gültig bestandener Prüfungen. Dazu muß man grundsätzlich die Frage stellen, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, einmal erbrachte Leistungen abzuerkennen.

Abgesehen davon haben jedoch Untersuchungen und die Diskussion in der Studienreformkommission deutlich gezeigt, daß diese Bestimmung den tatsächlich vorhandenen Unterschieden zwischen den einzelnen Studienrichtungen nicht gerecht wird und faktisch auch kaum Anwendung fand. In den technischen Studienrichtungen wurde sie ja überhaupt nicht angewendet.

Ich halte es daher für sinnlos und der grundsätzlichen Intention eines Gesetzes widersprechend, eine Bestimmung, die ihren Zweck nicht erreicht, nur um der Bestimmung willen aufrechtzuerhalten.

Was die neue Regelung der Reprobarationsfristen betrifft, so glaube ich kaum, daß man etwas dagegen einwenden könnte. Es wird ja vor allem eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, daß der Prüfer in Ausnahmefällen von der Festsetzung einer solchen Frist absehen kann; eine Möglichkeit, die sicherlich viele Prüfer bereits jetzt ohne gesetzliche Grundlage angewendet haben, wenn sie es für pädagogisch vertretbar empfunden haben.

Einer derartigen Bestimmung negativ gegenüberzustehen, und zwar mit dem Argument, einige Prüfer, die ohnehin zuwenig Ansprüche stellen, könnten dadurch verleitet werden, noch mehr Erleichterungen zu gewähren, unterstellt eigentlich den Lehrenden an unseren Universitäten, zuwenig Verantwortungsgefühl zu haben, und heißt zugleich auch, daß man sie in ihrer autonomen Entscheidungsfreiheit beschränken müßte.

Das will aber sicher niemand. Wie sich das mit dem Ruf nach mehr Autonomie verbinden läßt, würde ja dahingestellt bleiben.

Wir halten es jedenfalls für richtig, den Professoren in Prüfungsangelegenheiten vom Gesetz her mehr Handlungsfreiheit zu gewäh-

Mag. Kabas

ren, umso eher, als dadurch auch für Studierende Erleichterungen geschaffen werden.

Zum Schluß möchte ich noch auf den § 7 Abs. 11 lit. m zu sprechen kommen, der deshalb notwendig geworden war, weil man durch strenge Bestimmungen der lit. e und g Mißbrauch in Hinkunft vermeiden will, für besonders berücksichtigungswürdige Fälle aber doch eine Ausnahmebestimmung braucht.

Bei den berücksichtigungswürdigen Fällen im Interesse Österreichs geht es vor allem um humanitäre und wirtschaftliche Interessen. Es handelt sich also insbesondere um außenpolitische Interessen. Daher halte ich es für richtig, die Entscheidung über die Bestätigung der Gleichstellung eines Ausländers mit einem Inländer dem Minister zu überlassen und nicht dem Rektor, Herr Kollege Höchtl.

Abgesehen davon, daß die Entscheidung in diesen Fällen möglichst nach einheitlichen Kriterien getroffen werden sollen, sichert das Entscheidungsrecht des Ministers auch mehr Transparenz, weil ja der Minister dem Parlament verantwortlich ist. Dem Rektor wird damit auch nichts weggenommen.

Durch die vorliegende Novellierung geht die Entscheidung über die Gleichstellung von öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften auf den Minister über, wodurch gewährleistet sein soll, daß nicht eine etwaige günstige finanzielle Lage der Eltern des Bewerbers über die Gleichstellung entscheidet oder sonst die Vergabe eines Stipendiums, sondern objektiv das Interesse Österreichs. Über ein derartiges staatspolitisches Interesse zu entscheiden ist eben Aufgabe der Regierung und nicht eines Rektors. Daher kann ich in dieser Bestimmung weder, wie Sie gemeint haben, Herr Kollege Höchtl, einen Systembruch noch einen angeblichen Eingriff in die Autonomie unserer Universitäten erblicken.

Dabei ist auch noch ein weiterer Aspekt zu beachten: Früher brauchte man ein Stipendium irgendeiner Körperschaft, egal wie man dazu kam. In Zukunft ist das nicht mehr notwendig. Es sind dann andere Kriterien dafür ausschlaggebend. Dies ist meines Erachtens, weil objektiver, richtig. Es wäre daher unverständlich, wenn die Oppositionspartei diesem Initiativantrag, der aus freiheitlicher und objektiv sachlicher Sicht doch wesentliche Verbesserungen bringt, die Zustimmung verweigern würde.

Seitens der FPÖ-Nationalratsfraktion wer-

den wir dieser Neuregelung jedenfalls gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 18.51

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm.

18.51

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Novelle des AHStG trägt zweifellos gegebenen Realitäten insofern Rechnung, als Sachverhalte normiert werden, die es zum Teil in der Praxis jetzt schon gegeben hat.

Was die Abstellung des Mißstandes betrifft, daß sozusagen Bestimmungen über die Zulassung zu den österreichischen Hochschulen durch Ausländer übergangen werden, ist es sicherlich richtig, daß hier eben klare Richtlinien geschaffen werden.

Den tatsächlichen Gegebenheiten wird insofern Rechnung getragen, als es heute schon vielfach so war, daß die Reprobationsfrist dort, wo es nicht notwendig war, kaum über ein halbes Jahr hinaus erstreckt wurde. Es ist auch sicherlich richtig, daß eine einheitliche Regelung für eine Ex-lege-Exmatrikulation gefunden wird.

Ich glaube auch, es ist gut, daß die Sechsemesterfrist betreffend jene Fälle, wo im ersten Studienabschnitt nicht alle Prüfungen gemacht wurden, doch weitgehend geklärt ist.

Ich möchte aber, Herr Bundesminister, da gerade diese Novelle dazu dient, vorliegende Fälle dahin gehend zu regeln, daß sie eben gesetzlich erfaßt werden, auch darauf hinweisen, daß wesentliche Bereiche der Studien, der Hochschulen und Universitäten, die das Leben auf diesen Universitäten berühren, ja von gesellschaftspolitischer Bedeutung sind, nicht beziehungsweise nicht ausreichend geregelt sind.

Ich denke hier insbesondere an zwei Bereiche: einmal an eine noch ausständige Klarstellung der rechtlichen Grundlagen für Prüfungen und dann auch daran, daß Österreich doch jenes Land ist, wo die meisten Studenten im internationalen Vergleich das Studium abbrechen. Bekanntlich beträgt die Drop-out-Quote, also die Rate jener Studenten, die nach Inskription ihr Studium nicht beenden, in Österreich 50 Prozent.

Wir müssen uns daher fragen: Warum beenden diese Studentinnen und Studenten ihr

Dr. Ettmayer

Studium nicht? Was veranlaßt sie, vorzeitig aus den Hochschulen wieder auszuschneiden? Sind das falsche Erwartungen? Sind das soziale Schwierigkeiten? Sind das nicht mehr vorhandene Möglichkeiten, die mit dem Beruf in Verbindung stehen? Ist es der Massenbetrieb, der den Menschen zu schaffen macht, oder ist es die mangelnde Kenntnis der Studienorganisation?

Unser Wissenschaftssprecher Dr. Neisser hat deshalb vor kurzem erst wieder urgiert, daß eine Studieneinstiegsphase geschaffen wird, die eben dazu dienen soll, den Studenten die Möglichkeit zu geben, sich mit dem beabsichtigten Studium vertrauter zu machen. Insbesondere sollte schon jetzt die Möglichkeit geschaffen werden, daß Hochschulen von sich aus Einführungsstudien, Einführungslehrgänge entsprechend flexibel gestalten.

Was die Studieneingangsphase betrifft, so möchte ich jetzt nicht näher darauf eingehen. Wie gesagt, das Ziel dieser Regelung sollte eben sein, den Studenten bei der Wahl ihres Studiums zu helfen, ihnen insbesondere dazu zu helfen, daß sie ein einmal begonnenes Studium dann tatsächlich auch beenden können. Diese Eingangsphase sollte einerseits die Motivation für das Studium begründen, stärken und dort, wo sie vielleicht doch nicht ausreichend ist, dem Studenten dazu verhelfen, entweder ein anderes Studium zu wählen oder in den Beruf einzusteigen.

Diese Studieneingangsphase könnte dazu dienen, einen besseren Kontakt des Studenten mit den Kollegen einerseits, mit den Professoren, mit den Hochschullehrern andererseits herzustellen und insbesondere Nachteile, die im jetzigen System, in der jetzigen Organisation bestehen, zu mildern.

Man könnte sich natürlich dann eingehend über die organisatorische Ausgestaltung dieser Studieneingangsphase unterhalten. Man könnte darüber diskutieren, ob sie obligatorisch sein soll, wie sie insbesondere gestaltet werden muß, damit es nicht zu einer Verlängerung des Studiums kommt.

Ich darf aber nur darauf verweisen, daß es insbesondere in Großbritannien und in angelsächsischen Ländern heute schon so ist, daß zu Beginn des Studiums der Student eingegliedert wird in eine kleine Gruppe, die von einem Tutor betreut wird, der ihm insbesondere Hilfestellung gewährt bei der organisatorischen Bewältigung, bei der didaktischen Bewältigung des Studiums.

Zweitens noch ganz kurz ein Problem, Herr Bundesminister, das auch geregelt werden müßte: Es ist dies die rechtliche Vereinheitlichung der Prüfungen.

Es hat unlängst in Salzburg einen Prozeß gegeben, der von einem Studenten angestrengt worden ist, weil er seiner Meinung nach bei einer Prüfung benachteiligt wurde. Der zuständige Richter hat dann eine Reihe von Professoren als Zeugen vorgeladen. Es sind anerkannte wissenschaftliche Kapazitäten gewesen. Es hat sich dann allerdings eines herausgestellt: Selbst diese Kapazitäten haben die Prüfungsordnung weitgehend nicht gekannt. Die Professoren haben dann vielfach so argumentiert, daß sie gesagt haben: Die jetzigen Prüfungsordnungen sind eben vielfach gar nicht anwendbar.

Es wird also — so kann man bei diesen Gelegenheiten feststellen — in Österreich vielfach nach Gewohnheitsrecht geprüft. Jetzt bin ich durchaus nicht gegen ein Gewohnheitsrecht. Es gibt Länder, die ihr ganzes System darauf aufbauen. Nur glaube ich, daß es in diesem Fall rechtswidrig beziehungsweise eben nicht rechtssystematisch, rechtssystemimmanent ist.

Ich darf daher, Herr Bundesminister, im Zusammenhang mit der Novellierung des AHStG an Sie den Appell richten, daß Sie zusammen mit uns, vor allem auch auf Grund der Vorlagen, die unser Wissenschaftssprecher Neisser bereits ausgearbeitet hat, daran gehen, die noch offenen Fragen, insbesondere im Bereich der Drop-out-Quote und im Bereich der Rechtsgrundlagen für die Prüfungen, entsprechend zu regeln beziehungsweise entsprechende Novellen zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.) 18.57

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 224 der Beilagen unter Berücksichtigung der vom Berichterstatter vorgebrachten Berichtigung.

Es liegt ein Abänderungsantrag vor; außerdem ist getrennte Abstimmung verlangt worden.

Präsident Mag. Minkowitsch

Ich gehe daher so vor.

Zunächst gelangen wir zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Z. 4 des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zu Z. 5 des Artikels I ist getrennte Abstimmung verlangt worden, und ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Bestimmung in der Fassung des Ausschußberichtes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Nunmehr gelangt Artikel I Z. 6 und Z. 7 bis einschließlich deren ersten Satz in der Fassung des Ausschußberichtes zur Abstimmung, und ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zum zweiten Satz der Z. 7 liegt ein gemeinsamer Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk, Dr. Seel, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen vor.

Ich lasse daher über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des erwähnten gemeinsamen Abänderungsantrages abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Schließlich bringe ich die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschußberichtes unter Berücksichtigung der vom Berichterstatter bezüglich Artikel III vorgebrachten Berichtigung zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (14 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten (168 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten.

Da die Frau Berichterstatter Abgeordnete Dipl.-Ing. Maria Möst krank gemeldet ist, ersuche ich den Obmann des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Abgeordneten Dr. Blenk, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Blenk: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erstatte Bericht namens des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (14 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten.

Das Abkommen entspricht sowohl dem Text als auch dem Inhalt nach im wesentlichen der von Österreich ratifizierten Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse sowie den von Österreich abgeschlossenen Abkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse mit Bulgarien, der DDR, Finnland, Jugoslawien, Liechtenstein und Rumänien.

Das Abkommen regelt nur die allgemeinen Voraussetzungen für die Zulassung zu den Universitäten (in Österreich „Immatrikulation“) und nicht die spezifischen fachlichen Voraussetzungen für die Zulassung zu den einzelnen Studienrichtungen. Die Hochschulbereichungsverordnung ist auch auf Konventionszeugnisse anzuwenden.

Das Abkommen hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz der Genehmigung durch den Nationalrat.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 2. Dezember 1983 in Verhandlung genommen und nach

Dr. Blenk

einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Neisser und Dipl.-Vw. Dr. Stix sowie der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer beteiligten, einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Abkommens zu empfehlen.

Im gegenständlichen Fall hält der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Erfüllung des Abkommens für entbehrlich. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten (14 der Beilagen) wird genehmigt.

Ich bitte, Herr Präsident, in die Debatte einzutreten.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Ausschußobmann für seine Ausführungen.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Ausschußobmann ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 14 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig **a n g e n o m m e n**.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (167 der Beilagen): Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (225 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Rahmenabkom-

men zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Ettmayer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (167 der Beilagen): Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Das gegenständliche Abkommen ist ein langfristiger Rahmenvertrag, der den beiderseitigen Willen zur Förderung der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen der Wissenschaft und Technik bekundet.

Die Spanische Regierung hat schon seit einigen Jahren den Wunsch erkennen lassen, zur Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit Österreich ein wissenschaftlich-technisches Abkommen abzuschließen, ein Wunsch, dem Österreich aufgeschlossen gegenüberstand. Der Abkommenstext wurde auf der Grundlage von Expertengesprächen mit der spanischen Seite schriftlich auf diplomatischem Wege abgestimmt, innerstaatlich wurde das Einvernehmen mit den zuständigen Ressorts hergestellt.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 21. Feber 1984 in Verhandlung gezogen und nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie einer Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ermacora einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des Rahmenabkommens zu empfehlen.

Weiters hält der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung im gegenständlichen Fall die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes gemäß Artikel 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Erfüllung des Vertrages für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Rahmenabkommens zwischen der Republik Österreich und dem Spa-

3056

Nationalrat XVI. GP — 36. Sitzung — 23. Feber 1984

Dr. Etmayer

nischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (167 der Beilagen) wird genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort ist niemand gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Danke. Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 167 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

5. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen nunmehr zum 5. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Österreich entsendet sechs Mitglieder und ebenso viele Ersatzmitglieder.

Vom Nationalrat sind fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder zu wählen; der Bundesrat wird ein Mitglied und zwei Ersatzmitglieder wählen.

Bezüglich der vom Nationalrat zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder liegt mir folgender gemeinsamer Wahlvorschlag vor:

Als Mitglieder die Abgeordneten: Dr. Hilde Hawlicek, DDr. Hans Hesele, Dr. Marga Hubinek, Dr. Karl Reinhart und Dipl.-Vw. Dr. Ludwig Steiner.

Als Ersatzmitglieder die Abgeordneten: Dr. Wolfgang Blenk, Dr. Sixtus Lanner, Dr. Jolanda Offenbeck und Friedrich Probst.

Da nur dieser Wahlvorschlag vorliegt, werde ich die Wahl im Sinne des § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht mittels Stimmentzettel, sondern durch Erheben von den Sitzen vornehmen.

Besteht gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung? — Das ist nicht der Fall.

Ich gehe daher so vor und bitte jene Damen und Herren, die dem von mir bekanntgegebenen Wahlvorschlag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 505/J bis 515/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 7. März, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 10 Minuten